

IMT Nuremberg Archives

H – 3453

International Court of Justice



H3453 – 0001

14-3453

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

=====

Date : 23 July 1948

I certify that Document Number 3943-P5 was introduced into evidence as Exhibit Number USA-864 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall
Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

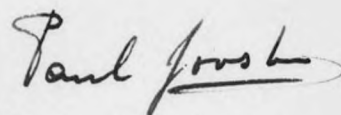


H3453-0002

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 3943-PS
No. USA-864 is a photostat of an original
document submitted in evidence by the United States
Prosecution under this number. The original document
has been withdrawn in accordance with Rule 10 of
the International Military Tribunal, and to the
best of my knowledge and belief is to be held at
the National Archives, Washington D.C. .

Nuremberg, 4 July 1948



PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-Kommandostab-

3543-PS
520
Berlin, den 11.XII.1942

Geheim!

Der Reichserziehungsminister
für den Wehrkreis XVII

Einzel am. 15. Dez. 1942

Z-RO-6 4330/6/930/42 y f

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten
=====

Nr. 33
=====

1.) *form*

Regierungsangelegenheiten

vorlegen.

2.) *g. d. d.*

2. febr.

17.12.42.

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen!



H3453 - 0004



H3453 - 0005

Inhalt s a n g a b e .

3943-PS
521

A. Gegner und Exekutivfragen.

Seite.

Bandenunwesen.

Lettland:

In Riga versuchten Juden zusammen mit entwichenen Kriegsgefangenen sich nach Lettgallen zu den Banditen durchzuschlagen. Das Vorhaben wurde verhindert. 7 Juden wurden erschossen und weitere 19 Personen festgenommen.

1

Litauen:

Bei einem Banditenüberfall auf den litauischen Polizeiposten in Rudnikai kam es zu einem Feuergefecht.

2

Weißruthenien:

Auf Grund Erkundungen von Kommandos dSPudSD wurden 3 grössere Bandenlager bei Gorilez, Kolodino und Stariza geräumt, wobei 409 Banditen erschossen wurden. Bei einer weiteren Aktion im Raum nordwestlich Minsk wurden 63 Banditen erschossen und 11 Sommer- und 3 Winterlager zerstört.

2

Ukraine:

Die Bandentätigkeit im Norden Wolhyniens hält unvermindert an.

2-3

In Pinsk wurde ein Anschlag auf ein Soldatenkino durchgeführt, wobei es 7 Tote und 43 z.T. Schwerverletzte gab.

Im Kdr.-Bereich Rowno wurden 40 Bandenüberfälle gemeldet. Bei Sonderaktionen und Feuergefechten wurden mehrere Bandenlager zerstört und 300 Banditen und Banditenhelfer erschossen.

Bereichs

Die Bandentätigkeit ist im Norden des Kdr./dSPudSD Shitomir besonders stark. Bandentätigkeit ist aus dem Kdr.-Bereich Dnjepropetrowsk und Nikolajew gemeldet.

Einsatzgruppe D

Im Nordkaukasus ist eine Zunahme der Bandenumtriebe zu verzeichnen. Eine grössere Anzahl von Bandengruppen zeigte sich vor allem besonders aktiv in der Gegend von Kislowodsk, Budenowsk und um Maikop, wo Überfälle auf Angehörige der Wehrmacht, La-Führer, Milizangehörige und Starosten sowie Anschläge auf Eisenbahnstrecken unternommen werden. Die Bandenbildung wird namentlich in der Frontnähe durch Verbindung mit den roten Truppen begünstigt. Die Führung dieser Banden sowie der grösste Teil der Banditen bestehen aus geflüchteten Parteifunktionären und anderen kommunistischen Elementen.

3-4

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im Zuge der Aktion gegen die illegale Bänderagruppe konnten in Lemberg weitere 18 Personen festgenommen werden. Es handelt sich hauptsächlich um Funktionäre, die führend in der Militär-Abteilung, der Propaganda-Abteilung und

4-7

der Organisations-Abteilung der Banderagruppe tätig waren.

Auf Grund Ermittlungen wurde in Cholm eine Nebenstelle festgestellt.

Unter den in Lemberg Festgenommenen befindet sich der stellvertretende Führer der illegalen Banderagruppe L e g e n d a, der als der Kopf der ganzen Organisation anzusprechen ist. Bei der Überholung von Revierwachen und Posten, auf denen ukrainische Polizeibeamte eingesetzt sind, wurden verschiedene Waffen, Munition usw. sichergestellt.

Die bisherigen Feststellungen haben ergeben, daß die ukrainische Polizei in Lemberg mit Banderaanhängern durchsetzt ist.

Auch im Reich wurden in der-selben Angelegenheit noch weitere Festnahmen durchgeführt.

In Kiew wurden 2 Personen, die sich erfolgreich bei der Aufrollung der illegalen Banderagruppe betätigt hatten, von bisher Unbekannten niedergeschossen.

Die Zahl der in Kiew festgenommenen Bandera-Anhänger beträgt 29, in Rowno 13.

In Kiew sind in grösserer Zahl Abschriften eines angebl. Briefes des Metropoliten S c h e p t i z k i verbreitet worden, in dem von Melnik die Vereinigung mit Bandera verlangt wird.



H3453 - 0006

3443-45
523

B. Lebensgebiete.

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Estland:

- Landwirtschaft: In der Landwirtschaft macht sich weiterhin das Fehlen von Arbeitskräften und von wichtigen Betriebsmitteln sehr ungünstig bemerkbar. 8
- Versorgung: Die Bevölkerung klagt über den Mangel von Bedarfsartikeln. Der Schleichhandel konnte bisher nicht nennenswert abgedämmt werden. Die Reprivatisierung entwickelt sich nur sehr schleppend. 8 - 10
- Verkehr: Estnischerseits wird das Transportwesen stark kritisiert. 10- 12
- Arbeits- und Sozialwesen: Die Arbeitseinsatzlage ist nach wie vor sehr angespannt. Die Arbeitsdisziplin verschlechtert sich zusehends. Als Grund wird die schlechte Ernährungslage angeführt. 12- 14

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Lettland:

- Landwirtschaft: Die Landbevölkerung weist daraufhin, daß die Ablieferungsaufgaben für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht erfüllt werden können. 15-17
- Versorgung: Eine Abnahme des Schleichhandels ist nicht feststellbar. Die neuen Durchführungsbestimmungen für die Reprivatisierung werden lettischerseits mit Zurückhaltung aufgenommen. 17-18
- Industrie: Die Industrie rechnet mit Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kohle- und Holz. Sehr nachteilig wirkt sich für fast sämtliche Zweige der Industrie der Abzug von Arbeitskräften für die verschiedenen Sondervorhaben aus. 18-19

Wirtschaftliche Lage in Litauen:

- Landwirtschaft: Die Landwirtschaft hält es nicht für möglich, die Ablieferungskontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse erfüllen zu können. 20-21
- Versorgung: Die schlechte Versorgungslage für einen Teil der städtischen Bevölkerung wirkt sich stimmungsmässig ungünstig aus. Der Bevölkerung fehlen Textilien und Brennstoff. Der Schleichhandel besteht im gleichen Umfang weiter. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise um 100 und mehr Prozent gestiegen. 21-23
- Währung- und Bankenfrage: Es werden Erörterungen angestellt wie die Gewinne vor allem der Schleichhandel abgeschöpft werden können. 23-24
- Arbeits- und Sozialwesen: Die weitere Erfassung von Arbeitskräften stößt auf grosse Schwierigkeiten. 24-25



H3453 - 0007

C. Meldungen aus den unbesetzten Gebieten der UdSSR.
=====

Nach Meldungen ist in der Sowjetunion der Jahrgang 1925 im Mai einberufen worden. Der Jahrgang 1926 wird zu einer vormilitärischen Ausbildung herangezogen. 26-27

In der leichten und mittleren Industrie wird die Arbeit fast ausschliesslich von Frauen durchgeführt. In der Rüstungsindustrie sollen 20% Männer, 50% Frauen und 30% Jugendliche beschäftigt werden.

Nachdem die Verwendung von Frauen als Heizer auf den Lokomotiven bereits durchgeführt ist, sollen jetzt auch weibliche Lokomotivführer eingesetzt werden. Auch die männlichen Funker und Telefonisten sowie Bedienungsmannschaften der Flak sollen weitgehend durch Frauen ersetzt sein.

In der Zivilbevölkerung ist die Kriegsmüdigkeit allgemein, ohne daß davon jedoch Weiterungen erwartet werden können.

Die Strenge der Sowjetbehörden, u.a. auch des NKWD, sollen verschiedentlich nachgelassen haben, so besonders in der Behandlung der Arbeiter und bei der Bekämpfung von Schwarzhandel.

- - -



H3453 - 0008

A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandenunwesen.

Lettland:

Aufgrund eingehender nachrichtendienstlicher Tätigkeit konnte in Erfahrung gebracht werden, daß Juden beabsichtigen, zusammen mit entwichenen Kriegsgefangenen aus Riga zu fliehen, um sich mit den Banditen in Lettgallen zu vereinigen. Durch zuverlässige Gewährspersonen wurde bekannt, daß in einer Privatwohnung diesbezügliche Besprechungen abgehalten wurden. Bei dieser Zusammenkunft wurden alle Einzelheiten hinsichtlich der Bewaffnung, des Fluchtweges und des Zusammentreffens mit den Banden festgelegt. In der Nacht versammelten sich in einer leerstehenden Wohnung 9 aus dem Ghetto geflüchtete Juden sowie ein aus dem Stalag geflüchteter sowjet-russischer Leutnant Pismanow, genannt "Borka". Pismanow ist Jude und flüchtete am 5.9. aus dem Gefangenenlager in Riga. Er war der Leiter und Organisator der flüchtigen Juden und Kriegsgefangenen. Pismanow hielt sich seit seiner Flucht illegal in Riga auf und nahm die Verbindung mit dem Ghetto durch den jüdischen Kolonnenführer S a n d e l auf. Durch einen Gewährsmann, der mit den Juden Verbindung hielt, wurde den Beteiligten ein LKW mit einem Kraftfahrer zur Verfügung gestellt. Der LKW sollte die flüchtigen Juden nach Auspils in das Bandengebiet bringen. Hier sollten sie von einem Verbindungsmann der Banden in Empfang genommen werden.

Der LKW wurde von einem Kommando der Sicherheitspolizei 1 auf der Strasse Riga-Modohn angehalten. Sämtliche Wageninsassen eröffneten sofort das Feuer. Bei dem Feuergefecht, das etwa 1½ Stunden dauerte, wurden 7 Juden erschossen und zwei festgenommen. Auf Seiten der Sicherheitspolizei wurden 1 Mann verwundet. An Waffen führten die Juden mit sich:

zwei deutsche Armee-Pistolen 08, 5 Trommelrevolver und eine russ. MP. mit zwei Magazinen. Die Juden waren mit Wintersachen - wattierten Hosen und Jacken - bekleidet. Im Zuge dieser Aktion konnten der Leiter der Organisation sowie weitere 16 Personen, darunter 5 sowjetrussische Offiziere, festgenommen werden. Es war beabsichtigt, falls die erste Fahrt geglückt wäre, weitere Transporte in das Bandengebiet zu bringen.



H3453 - 0009

Litauen:

In der Nacht vom 27. zum 28.11.42 überfielen etwa 20 bewaffnete Banditen den litauischen Polizeiposten in Rudnikai. Z.Zt. des Überfalles befanden sich 4 Polizisten im Dienstgebäude, die von den Banditen zur Ablieferung ihrer Waffen aufgefordert wurden. Die Polizisten setzten sich zur Wehr. Im Verlauf eines viertelstündigen Feuergefechts wurde ein litauischer Polizeibeamter schwer verletzt und von den Banditen das Dienstgebäude und drei anliegende Häuser durch Brandmunition in Brand gesetzt. Als Dorfeinwohner zur Unterstützung der Polizei in den Kampf eingriffen, zogen sich die Banditen zurück. Die Verfolgung der Banditen wurde aufgenommen.

Weissruthenien:

Aufgrund von Erkundungen von Kommandos der Sicherheitspolizei und des SD wurden durch Kräfte des Beauftragten für die Bandenbekämpfung Reichsführer-SS bekämpft:

- a) Ein Bandenlager bei Horilez (ostwärts Sluzk).
Ergebnis: 125 Feindtote, keine eigenen Verluste.
- b) Ein Lager bei Kolodino (nördlich Schask).
Ergebnis: 127 Feindtote, keine eigenen Verluste. In beiden Fällen Munition und Lebensmittel erbeutet. Die Lager wurden zerstört.
- c) Ein Lager bei Stariza (nördlich Kopyl).
Ergebnis: 157 Feindtote, 10 Gefangene, eigene Verluste: 18 Tote, 17 Verwundete, 6 Panzer, die von zahlreichen von den Banditen eingesetzten Pakgeschützen ausser Gefecht gesetzt wurden.

Auf Grund von sicherheitspolizeilichen Erkundungen wurde weiterhin vom Pol.-Reg. 14 mit unterstellten Verbänden ein Unternehmen im Raum nordwestlich Minsk durchgeführt.
Ergebnis: 63 Feindtote, 6 Gefangene, Beute an Pferden und Munition, 11 Sommer- und 3 Winterlager zerstört. Eigene Verluste: Keine.

Ukraine:

Im ganzen Norden Wolhyniens hält die Bandentätigkeit unvermindert an. Überfälle auf Staatsgüter, Bürgermeisterämter und Fürstereien sowie Minenanschläge auf Eisenbahnstrecken ereignen sich täglich.

Erstmalig ist auf eine ausschliesslich von Deutschen besuchte Veranstaltung ein Bombenanschlag zur Durchführung gekommen. Durch den Anschlag auf ein Soldaten-Kino im Gebiet Pinsk wurden Kinobesucher, die sich aus Wehrmacht-, Polizei- und Reichsbahn-



angehörigen zusammensetzten, getötet und 43 z.T. schwer verletzt. Mehrfach sind in letzter Zeit Fälle bekanntgeworden, daß von Angehörigen der illegalen KP rote Fahnen gehißt worden sind, die mit Sprengladungen verbunden waren und Personen, welche die Fahnen entfernen wollten, töteten.

Im Kdr.-Bereich Rowno werden, insbesondere aus den Gebieten Sarny und Kostopol, laufend Raubüberfälle und Eisenbahnattentate gemeldet. Bandengruppen in Stärke von 10 - 20 Mann kommen aus nördlicher Richtung über den Pripjet, plündern in Dörfern und entfernen sich wieder in gleicher Richtung, wo sie in den grossen Wäldern oberhalb des Pripjet untertauchen. In der Berichtszeit wurden 10 Bandenüberfälle gemeldet. 8 Staatsgüter, Oberförstereien und Bürgermeisterämter wurden zerstört bzw. abgebrannt. 33 Rinder und 4 Getreidemieten sind ebenfalls durch Feuer vernichtet worden. 10 Personen der einheimischen Bevölkerung wurden von den Banditen getötet und eine Person verschleppt. Bei Sonderaktionen und Feuergefechten wurden mehrere Bandenlager zerstört und 300 Banditen und Banditenhelfer erschossen.

Die Bandentätigkeit im Norden des Kdr.-Bereichs Shitomir ist unvermindert stark. Besonders die Gebiete Rjetschitza, Bragin Wassiljewitschi, Kalinkowitschi und Jelsk sind stark bandenverseucht. Etwa 60 Banditen drangen in Kotschtsche - Jelsk ein, erschossen den Bürgermeister und 2 weitere Einheimische, raubten Lebensmittel und fuhren mit 2 Gespannen davon.

Die Bürgermeister in Nogotwerscht und Wjasowiza bei Wassiljewitschi wurden von Banditen ermordet. 2 Schutzleute sind im Feuergefecht gefallen. Bei der 2 Tage darauffolgenden Beerdigung der beiden Schutzleute wurden die Teilnehmer von Banditen mit MG beschossen.

In Kriwoj Rog, Kdr.-Bereich Dnjepropetrowsk, wurden 6 Bandenangehörige festgenommen, bei denen 29 leichte Granatwerfer, 4 Gewehre, 39 Pakgeschosse und 1 000 Schuss Infanteriemunition gefunden wurden.

In Alexandria, Kdr.-Bereich Nikolajew, wurde eine 24-köpfige Bande festgenommen, welche die in letzter Zeit erfolgten Überfälle auf Kolchosen und Eisenbahnsprengungen ausgeführt hatte.

Einsatzgruppe D

An verschiedenen Stellen der bewaldeten Berggebiete des Nordkaukasus ist eine Zunahme der Bandenumtriebe zu verzeichnen.



H3453 - 0011

Wenn auch die Erkundung und Festlegung der Bandengruppen in der Regel erfolgreich verläuft, zeigen sich bei der militärischen Bekämpfung und Vernichtung erhebliche Schwierigkeiten. Mangel an eigenen geeigneten Kräften und die Unwegsamkeit des Geländes sowie geschickte Ausweichmanöver der Banden sind die Hauptgründe, die bei angesetzten Aktionen nicht immer den angestrebten Erfolg eintreten lassen.

Eine grössere Anzahl von Bandengruppen zeigte sich vor allem besonders aktiv in der Gebirgsgegend von Kislowodsk, im Gebiet ostwärts Budenowsk, im Raum um Newinomysskaja und um Maikop. Immer wieder werden von diesen Gruppen erfolgreiche Überfälle auf Angehörige der Wehrmacht, La-Führer, Milizangehörige und Starosten sowie Anschläge auf Eisenbahnstrecken unternommen, wobei Todesopfer und Sachschäden eintreten. Wenn auch bei den eingeleiteten Gegenmaßnahmen verschiedentlich Teilerfolge eintraten und kleinere Gruppen aufgerieben bzw. vernichtet werden konnten, so muss doch gegenüber der Gesamtlage festgestellt werden, daß von dieser Seite her nach wie vor nicht zu unterschätzende Gefahren drohen.

Die Bandenbildung wird namentlich in Frontnähe wesentlich begünstigt, zumal die Banditen vielfach noch in Verbindung mit den roten Truppen stehen und daher ihre Schlagkraft Unterstützung erfährt. Die Führung dieser Banden sowie der grösste Teil der Banditen bestehen aus geflüchteten Parteifunktionären und anderen kommunistischen Elementen, teilweise aber auch aus versprengten regulären Truppen. Die Ausrüstung an Waffen, Munition und Lebensmitteln ist nach den bisherigen Feststellungen vorerst noch gut und ausreichend.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im Zuge der Aktion gegen die illegale Banderagruppe konnten in Lemberg weitere 18 Personen festgenommen werden. Es handelt sich hauptsächlich um Funktionäre, die führend in der Militär-Abteilung, der Propaganda-Abteilung und der Organisations-Abteilung der Banderagruppe tätig waren. Es wurde wesentliches Propagandamaterial sichergestellt, ferner Listen und Adressen sowie Hinweise darüber, die auf eine Zusammenarbeit mit dem NKWD schließen lassen.

Weiter wurde auf Grund der Ermittlungen eine Nebenstelle der Lemberger Hauptzentrale der Bandera-Gruppe mit dem Sitz in Cholm festgestellt. Diese Nebenstelle arbeitet nur für die Hauptzentrale.



8 Personen, die bei dieser Nebenzentrale tätig sind, sind namentlich bekannt; ihre Festnahme ist veranlaßt worden.

In den Abendstunden des 4.12.1942 gelang es, in Lemberg den Propagandaleiter der Hauptzentrale der Banderagruppe, S t a r u c h , (genannt S y n i j), festzunehmen. Sein richtiger Name steht noch nicht fest. S t a r u c h ist derjenige, der für die Organisation das gesamte illegale Material ausgearbeitet hat und allein die Retschriften verfertigte. Er hatte bei seiner Festnahme mehrere auf Zigarettenpapier geschriebene Briefchen in seinen Kleidungsstücken versteckt, die wichtige Nachrichten für die noch nicht festgenommenen Bandera-Funktionäre enthielten.

Am selben Tage gelang es in Lemberg, den stellvertretenden Führer der illegalen Banderagruppe, L e g e n d a , auch Semen S u d b a genannt, richtiger Name Iwan K l i m i w , festzunehmen. Klimiw ist als der geistige Kopf der ganzen Bandera-Organisation anzuspreehen.

Im Zusammenhang mit den Ermittlungen in Lemberg konnten bei dem dritten Kommissariat der ukrainischen Polizei in Lemberg in einem besonderen Raum, hinter einem Schrank versteckt, Waffen gefunden werden. Es wurden u.a. sichergestellt 10 Gewehre, die sich in einem tadellosen Zustand befinden, Gwchrläufe, Gewehrschlösser, 2 Pistolen, Munition, russische Handgranaten, 1 Sprenggranate, 1 Flugmine, Säbel, 100 neue Sensenblätter, die zweifellos als Waffen Verwendung finden sollten, 6 Stahlhelme mit ukrainischem Abzeichen, und eine Menge sonstigen Kriegsgerät.

Auf Grund dieses Vorfalles wurde in den Nachtstunden schlagartig eine Überholung sämtlicher Revierwachen und Posten, auf denen ukrainische Polizeibeamte eingesetzt sind, vorgenommen. Auch an diesen Stellen wurden in geringerem Umfange Waffen und Munition gefunden. Es ist bemerkenswert, daß die ukrainische Polizei über derartiges Waffenmaterial verfügte, obwohl die ukrainische Polizei erst vor kurzer Zeit seitens der Schutzpolizei überholt und ausserdem aufgefordert wurde, sämtliche vorhandenen Waffen, mit Ausnahme der besonders gelieferten Pistolen, abzugeben.

Nach den bisherigen Feststellungen ist die ukrainische Polizei in Lemberg mit Bandera-Anhängern durchsetzt. Bisher sind insgesamt 5 ukrainische Polizeibeamte festgenommen worden. Die Aktion ist noch im Gange.

Im Reichsgebiet sind in der Zwischenzeit acht weitere Funktionäre der illegalen Banderagruppe festgenommen worden.



Es handelt sich um:

Kosma K a c z m a r , geb. 16.11.17
Wasył S a c h n o w y t s c h , geb. 9.11.16
(durch Stapoleit. Reichenberg)
Wasył M a n i a k , geb. 10.8.20,
(durch Stapoleit. Dresden)
Iwan K o m a r y n s k y j , geb. 7.11.10,
(durch Stapo Nürnberg)
(K. ist aus dem Gcr. Gef. Neustadt/Saale geflüchtet)
Theodor S c h p i l k i n , geb. 9.6.12,
Theodor K o b e l n i k , geb. 21.2.21
(durch Stapo Oppeln)
Johann D u t k o , geb. 31.5.20,
Nikolaus S o l o n i n k a , geb. (?)
(durch Stapoleit. München)

Nachgetragen werden die Personellen des Fahrlehrers S i k o r s k i ,
der bei der Berliner Fahrschule Himmel tätig war und die Schulung
der Bandera-Kuriere besorgte.

Anton S i k o r s k y j , geb. 7.4.92 in Huczko.

Anfang November wurden in Kiew ein H-Bewerber und ein ukrainischer Hilfspolizist, beide Angehörige der Dienststelle des Kdrs. dSPudSD in Kiew, niedergeschossen. Der Mord wurde durch zwei Personen in deutscher Gendarmerieuniform begangen. Es handelt sich zweifellos um Mitglieder der Banderagruppe, die auf Befehl ihres Leiters M o h i l l a gehandelt haben. Die beiden Ermordeten haben seit Wochen erfolgreich bei der Aufrollung der illegalen Banderagruppe in Kiew mitgewirkt und waren dem Anführer M o h i l l a auf der Spur. Die Zahl der bisher in Kiew festgenommenen Bandera-Anhänger ist auf 29 gestiegen.

Im Bereich Rowno wurden ebenfalls 13 Personen wegen Propaganda für die Banderagruppe festgenommen.

In der Nacht zum 3.10.42 wurden an den Wohnungen zweier SD-Angehöriger in Stanislaw je ein Todesurteil in ukrainischer Schrift angeklebt. Der Text lautete:

"Volk und Vaterland unterschreiben Deinen Tod!"

Unterschrift OUN

Näheres über die Täter ließ sich bisher nicht feststellen.

Im Bereich Kiew sind in grösserer Zahl Briefe verbreitet worden, die einen Brief des Metropoliten S c h e p t i z k i an André M e l n i k vom 7.7.41 zum Inhalt haben.

Der besagte Brief lautet:



*Hoch geehrter Herr Oberst!

Die ganze ukrainische Öffentlichkeit verlangt als unbedingt notwendige Vorbedingung Ihr Einvernehmen mit Bandera und die Aufhebung dieses für die ukrainische Sache so furchtbaren und schädlichen Streites. Es ist undenkbar, daß die OUN uns nach der bolschewistischen Herrschaft einen Bruderkrieg mit allem sich daraus ergebendem Unglück bringen sollte. Wir anerkennen Jaroslaw S t e t z k o als Ihren und Stefan B a n d e r a s Untergebenen, ohne uns in Ihre inneren Streitigkeiten einzumischen. Bitte dieses zur Kenntnis zu nehmen. Ich erwarte Ihre Antwort über Ihr volles Einvernehmen.

Wünsche Gottes Segen!

Mit herzlichem Gruß

gez. A n d r e j , Metropolit".

Die Ermittlungen darüber, ob der Brief authentisch ist, sind eingeleitet.



H3453 - 0015



H3453-0016

B. Lebensgebiete

=====

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Estland.

Landwirtschaft: Nach den vorliegenden Meldungen konnten die Druscharbeiten infolge des fehlenden Treibstoffes nicht vollauf bewältigt werden, so dass erhebliche Mengen von Getreide auf den Feldern auswuchsen und verfaulten. Der Ausfall wird auf 20% geschätzt. Der für Estland wiederholt angeforderte Treibstoff konnte nur ungefähr zur Hälfte angeliefert werden.

Obwohl die Bauern die Ablieferungsnormen als zu hoch empfinden, läuft trotzdem die Ablieferung befriedigend, wobei das Kartoffelsoll bereits 100 %ig erfüllt ist und zusätzlich noch 7.000 Tonnen für Finnland abgestellt werden konnten.

Die Pflugarbeit ist im Gange. Hier macht sich allerdings insbesondere der Entzug von rund 11.000 Kriegsgefangenen aus der Landwirtschaft bemerkbar. So wurden Betrieben der Ostlandbewirtschaftungsgesellschaft bisher 1.300 Kriegsgefangene entzogen, was bei der Bearbeitung von 50.000 ha stark ins Gewicht fällt.

Die landwirtschaftlichen Arbeiten werden auch ausserordentlich erschwert durch das Fehlen wichtigster Bedarfsartikel wie Eisen, Leder, Schmiedekohle, Ersatzteile aller Art, Düngemittel und besonders Petroleum. Da die meisten Bauernhöfe ohne Elektrizität sind, Petroleum aber fehlt, wirkt sich dies auf die Bewirtschaftung in Stallungen und Scheunen in den Wintermonaten besonders auf die Milchleistung und Schweinemast nachteilig aus.

Versorgung: Infolge der grossen Lieferungen für die Wehrmacht konnte die Zivilbevölkerung mit Fleisch und Butter nur unzureichend und zum Teil auf Wochen gar nicht versorgt werden. Die Belieferung mit Fisch reicht nicht aus, um einen Ausgleich zu schaffen. Zur Butterauslieferung weist die Bevölkerung darauf hin, dass vor Monaten beim Tausch Butter gegen Brot zu viel Butter ausgegeben worden sei und



H3453 - 0017

-9-

es daher jetzt keine mehr gäbe. Allgemein wird aber die Ansicht geäussert, dass in diesem Winter die Verpflegung besser werde als im vergangenen, zumal die Bevölkerung sich in grösseren Mengen Kartoffeln und Gemüse beschafft habe.

Der Warenmangel spitzt sich immer mehr zu. Es fehlen Bedarfsartikel, insbesondere Haushaltsgüter, Bekleidung, Seife und in verstärkter Masse Schuhwerk. Die Bevölkerung ist insbesondere darüber erbittert, dass die deutschen Geschäfte vor allem an Textilwaren und Schuhwerk bester Qualität reichlich versorgt seien, während das für die estnische Bevölkerung vorgesehene Kontingent völlig unzureichend und qualitätsmässig minderwertig sei. Um die Ungerechtigkeiten wenigstens auf dem Textilsektor auszuschalten, wünscht die Bevölkerung die Einführung der Kleiderkarte nach dem Punktsystem.

Der Schleichhandel konnte bisher nicht nennenswert abgedämmt werden. Massnahmen zur Bekämpfung des Schleichhandels und Tauschhandels stossen allgemein auf Unverständnis und Ablehnung. Da z.B. die Bauern, nach eigenen Angaben, nur auf diesem Wege zu Petroleum, Zucker und Seifenstein sowie anderen Gebrauchsartikeln kommen können, suchen sie von Wehrmachtsangehörigen diese Dinge zu erhalten. Es hat sich den Meldungen zufolge bei der Bevölkerung herumgesprochen, dass die Soldaten Seifenstein, Petroleum, Benzin, Seidenstrümpfe, Sacharin u.a. Artikel zum Tausch anbieten. Die Bevölkerung wundere sich, dass bei der Wehrmacht die begehrte Mangelware in so reichlichem Masse vorhanden sei, während die Zivilbevölkerung sich auf rechtmässigem Wege nichts beschaffen könne.

Für die einzelnen Waren werden folgende Schleichhandelspreise gezahlt:

1 Huhn ca 1 kg	25.-- RM	1 kg Zucker	35.-- RM
1 kg Käse	20.-- "	1 fM Birkenholz	65.-- "
1 kg Butter bis	40.-- "	1 kg Seifenstein	55.-- "
1 kg Schweinespeck	40.-- "	1 Paar Schuhe	100.-- "
1 kg Sauerkohl	2.50 "	1 kg Dorsch	1.50 "
1 Ltr. Petroleum	10.-- "	1 kg Aal	8.-- "
1 kg Fisch	5.-- "	1 Paar Damenstrümpfe	80.-- RM
1 kg Honig	35.-- "	1 Liter Schnaps	100.-- RM
1 Schachtel Papyros	5.-- "	1 Aktentasche	500.-- "
1 Paket Tabak	10.-- "		

Die Durchführung der Reprivatisierung entwickelt sich sehr schleppend, wodurch in allen beteiligten Kreisen eine ungünstige Stimmung ausgelöst wird. Nachdem nunmehr die volle Zuständigkeit für die Reprivatisierung auf die Treuhandverwaltung des Generalkommissariats übergegangen und eine Reihe von Verfahrensfragen mit dem Bevollmächtigten für den Einzelhandel und dem Wirtschaftsdirektorium geklärt ist, konnten bisher ca. 40 Privatisierungsentscheidungen getroffen werden. Die für die Durchführung im Handel erforderliche Festsetzung der Verdienstspannen ist nunmehr auch endlich erfolgt, so dass allgemein mit einer Beschleunigung der Reprivatisierung gerechnet wird.

Der grosse Mangel an Waren ermöglicht dem Handel nur geringe Umsätze, so dass die entstandenen Unkosten entweder kaum oder gar nicht gedeckt werden können. Handelskreise weisen darauf hin, dass der Unternehmergeist des einzelnen Kaufmanns, der gefördert werden sollte, durch die deutschen Massnahmen laufend unterdrückt werde. Die noch nicht durchgeführte Reprivatisierung und die Tätigkeit der verschiedenen deutschen Monopol- und Privatgesellschaften ermöglichen es dem einheimischen Kaufmann z.B. nicht, die Waren selbst einzukaufen, wodurch er wesentlich grössere Warenmengen zu billigeren Preisen erhalten und vor allem auch eine Auswahl treffen könnte, wie sie nach den Bedürfnissen seiner Kundschaft zweckentsprechend wäre. Darüber hinaus fordere die Zentral-Handelsgesellschaft-Ost für ihre Vermittlung Provisionen von 4 - 10 %, sogar auch dann, wenn sie bei der Vermittlung überhaupt nicht mitgewirkt hat.

Verkehr: Auf dem Gebiete des Transportwesens wurde estnischerseits folgendes bemängelt:

- 1) Das Transportwesen sei dezentralisiert, da das Generalkommissariat, der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen, die Strassentransportgruppe Reval und das estnische Direktorium für Wirtschaft und Finanzen sich in seiner Lenkung teilten.



2) Aus alten Autowracks habe die estnische Verwaltung mit eigenen Mitteln 550 LKW, 170 PKW und 25 Omnibusse instandgesetzt und in Betrieb genommen. Die weitere Verarbeitung sei an Zuständigkeitsfragen gescheitert und schliesslich seien die restlichen Autowracks verschrottet worden.

3) Die Frage, welche Dienststelle für die Versorgung mit Autoreifen zuständig sei, hätte nicht geklärt werden können. Infolgedessen hätten 7.600 Autoreifen nicht beschafft werden können und es sei auch die von dem Generalbevollmächtigten für das Kraftfahrwesen bis April 1942 in Aussicht gestellte Lieferung von 2.000 dringend benötigten Autoreifen nicht durchgeführt worden.

4) Die eingeführten Transporttarife deckten nicht einmal die Selbstkosten. Im Zusammenhang damit wäre eine Regelung der Preise für Ersatzteile und Reparaturkosten vorzudringlich erforderlich.

5) Der Fuhrtransport, der mit 1.326.500 t gegenüber dem Autotransport mit 77.500 t in Estland eine bedeutende Rolle spielt, hätte, obwohl an sich möglich, nicht gesteigert werden können, sondern gehe ständig zurück. Es fehle im besonderen an Rädern, Kufeisen, Hufeisen, Nägeln, Leinen, Riemen und anderem Material. Über den Pferdeinsatz selbst wird aus Pornau berichtet, was auch ähnlich in anderen Bezirken zutrifft, dass von der Transportstelle von 281 zur Verfügung stehenden Pferden nur etwa 50 unmittelbar verwendet und zu verschiedenen Arbeiten eingesetzt werden können. Die übrigen Pferdebesitzer seien für längere Zeit bei verschiedenen Betrieben zu Stauerarbeiten im Hafen dienstverpflichtet. Im übrigen betrage der Arbeitslohn eines Fuhrmannes 1.— RM je Stunde, gleich 10.— RM je Tag. Zum festgesetzten Preis erhält er monatlich 40 kg Hafer, während ein Pferd bei mittlerer Arbeit wenigstens 4 kg Hafer täglich benötigt. Da das fehlende Futter durch Schleichhandel beschafft werden müsse und der Arbeitslohn dazu bei weitem nicht ausreicht,



würden die Arbeitszuweisungen der Transportstelle nicht ausgeführt, vielmehr bemühten sich die Fuhrknechte unter der Hand Dienste zu günstigeren Preisen zu erhalten.

6) Seitens der Wehrmacht sei eine umfangreiche Gestellung an Schlitten gefordert worden, wodurch das Fuhrtransportwesen eine kaum tragbare weitere Einbusse erleidet.

7) Die im Laufe des Jahres auf dem Peipussee geborgenen 30 Schiffe seien zusammen mit dem Bergungsmutterschiff von der Wehrmacht beschlagnahmt worden und lägen unbenutzt in Pleskau und Dorpat. Zwei weitere auf dem Triigisee geborgene Schlepper hätte man an Riga abgeben müssen. Diese Fahrzeuge also seien sämtlich für die Behebung der Transportschwierigkeiten ausgefallen.

Arbeits- und Sozialwesen: In der stark angespannten Lage im Arbeitseinsatz ist bisher keine Besserung zu verzeichnen. Der durch die Ernte hervorgerufene Spitzenbedarf in der Landwirtschaft hatte die Lage sehr verschlechtert. Die Beschaffung von Brennstoff bindet sehr viele Arbeitskräfte, die vorwiegend bei Torfarbeiten und der Gewinnung von Brennholz Verwendung finden. Für die Rüstungsindustrie und kriegsentscheidende Baumassnahmen gingen dadurch Arbeitskräfte verloren, wodurch eine besonders angespannte Lage entstand. Die Erfassung der Arbeitskräfte und die Ausstellung der Arbeitsausweise wurde infolgedessen von den Arbeitsämtern beschleunigt vorwärts getrieben. In Estland sind bisher rund 140.000 Personen erfasst worden, wobei ausserdem noch rund 50.000 Arbeitsausweise ausgestellt wurden. Die Zahl der arbeitslosen Frauen konnte infolge verstärkter Heranziehung auf ungefähr 900 gesenkt werden.

Aus den zur Zeit in verschiedenen Betrieben von Reval laufenden Lehrgängen erhofft man weitere zusätzliche nicht beschäftigte Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zu erhalten.



H3453 - 0020



H3453 - 0021

-13-

3443-PS
537

Durch eine Verordnung der Estnischen Selbstverwaltung werden alle Abiturienten und Abiturientinnen, die zur Ablegung des Arbeitsdienstes nicht tauglich sind, einem studentischen Ausgleichsdienst zugeführt, der hauptsächlich in der Land- und Hauswirtschaft, aber auch in der Rüstungsindustrie geleistet werden soll.

Im Arbeitseinsatz in den einzelnen Wirtschaftszweigen war die Kräftegestaltung besonders in der Landwirtschaft vorrangig, da die Ernte durch Regenfälle verzögert wurde. Durch die Aktion "Städter aufs Land" und den Einsatz von Polizei und Selbstschutz konnten der Landwirtschaft ca. 8.000 Arbeitskräfte zugeführt werden. Auch der Einsatz von Wehrmachtsangehörigen wurde in kleinem Rahmen bei besonderem Spitzenbedarf vorgenommen, z.B. in Dorpat.

Ein besonders hoher Fehlbedarf an Arbeitskräften war in der Holz- und Forstwirtschaft festzustellen, da die hierfür in Frage kommenden Personen grösstenteils in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Für die Zukunft werden für den Holzeinschlag ungefähr 16.000 Arbeitskräfte benötigt, die im wesentlichen von Kleinbauern gestellt werden sollen.

In der Metallindustrie herrscht nach wie vor Mangel an Fach- und Hilfsarbeitern. Die durch den erhöhten Einsatz von Frauen eingetretene Entspannung hat sich durch Neuforderungen wieder ausgeglichen. Infolge der geringen Zuteilung von Arbeitskräften sind einzelne Firmen zur 10-stündigen Arbeitszeit übergegangen, wodurch eine Reduzierung ihrer Kräfteforderung eingetreten ist. In der Metallindustrie sind jedoch immer noch ca. 2.000 offene Stellen vorhanden.

Im Baugewerbe ist weiterhin ein grosser Bedarf an Baufach- und Hilfsarbeitern jeder Art vorhanden. Durch den Bau zahlreicher Unterkünfte für Mannschaften und Fahrzeuge ist eine Verschärfung der Arbeitseinsatzlage eingetreten.

Im Verkehrswesen bereitet vor allem die Bereitstellung der Arbeitskräfte für den Umschlag in den Häfen grössere Schwierigkeiten. In Reval beispielsweise sind zum grössten Teil



H3453 - 0022

Kriegsgefangene eingesetzt, deren Zahl durch weitere bereitsstehende Transporte vergrössert werden soll. Unter den Eisenbahnern dauert der Unwillen infolge der geringen Entlohnung und des langen Arbeitstages an. Diese erklären, dass die lettischen Eisenbahner einen weit höheren Lohn erhielten und auch sonst besser gestellt seien. Man wirft der Estnischen Eisenbahnverwaltung Interesselosigkeit vor.

Die Lohnfrage in der Landwirtschaft verdiene nach den vorliegenden Meldungen besondere Beachtung, da die Löhne in den letzten Monaten dauernd anstiegen. Es wurde festgestellt, dass die zur Zeit in der Landwirtschaft gezahlten Monatslöhne bedeutend über den Sätzen des Entwurfes der Verordnung zur Regelung der Arbeitsbedingungen im Reichskommissariat Ostland liegen.

Mit Eintritt der schlechten Jahreszeit häufen sich die Klagen, dass sich die Arbeitsdisziplin und die Stimmung unter der Arbeiterschaft in allen Teilen des Landes zusehends verschlechtere. Ein rapides Ansteigen der Fälle des unerlaubten Fernbleibens von der Arbeit ist in vielen Betrieben festzustellen. In einigen dieser Betriebe soll die Zahl der von der Arbeit Ferngebliebenen bis zu 25% der Belegschaft erreicht haben, wobei besonders gegen Wochenende eine Erhöhung zu verzeichnen sei.

Als Entschuldigung des Fernbleibens wird von den Arbeitern grösstenteils die schlechte Ernährungslage angegeben, die den Arbeiter zwingt, sich zusätzlich Lebensmittel vom Lande zu beschaffen. Seit Wochen gebe es weder Butter noch Fleisch und die Brotationen seien gering. Als weiterer Grund wird die Verrichtung von Feldarbeit angegeben.

Wie aus Narwa berichtet wird, haben sich die neu eingesetzten Betriebssprecher äusserst nützlich erwiesen und konnten bei den in dortigen Betrieben immer wieder aufflackernden Unruhen in wiederholten Fällen die Arbeiter mit Erfolg zur Ruhe und Disziplin bringen. Weiter wird berichtet, dass sich die erstmals in Kiviöli eingesetzten ukrainischen Werk-schutzmänner, die bereits schon im Generalgouvernement eingesetzt waren, bestens bewährt hätten. Die kleineren und grösseren Diebstähle, die bisher an der Tagesordnung gewesen seien, hätten schlagartig aufgehört und die schwunghaften Tausch- und Schmuggelgeschäfte mit Leichtöl, Benzin und Seifenstein seien erheblich eingedämmt worden.

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Lettland.

Landwirtschaft: Die Landbevölkerung bringt wiederholt zum Ausdruck, dass die Ablieferungsauflagen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Ausnahme der Flachsauflage zu hoch bemessen seien, und die Durchführung sich zum Schaden der zukünftigen Erzeugung auswirken würde. So sei z.B. der Kartoffelauflage ein Ertrag von 12 - 13 t pro ha zugrundegelegt worden, während im Durchschnitt wohl nur mit einer Höchsternte von etwa 10 t pro ha zu rechnen sei. Auch die Roggen-Erträge erfüllten nicht die Erwartungen und lägen unter dem Durchschnitt. Da die Abgabe von Vieh nach der Stückzahl und nicht nach Gewicht bemessen wird, liefert der Bauer - wie gemeldet wird - in erster Linie seine minderwertigen Kühe ab. Es wird auch beobachtet, dass viele Bauern, ungeachtet der hohen Preise, sich magere Kühe vorübergehend anschaffen und - ohne ihren eigenen Viehbestand zu vermindern - die Umlage erfüllen.

Nach wie vor macht sich die ungünstige Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse bemerkbar, welche gegenüber den Preisen für andere Wirtschaftsgüter als zu niedrig bezeichnet werden. Auf die Dauer kann nach den vorliegenden Meldungen ein derartiger Unterschied in der Preisgestaltung sich nur nachteilig auf die weitere Erzeugung und Ablieferung auswirken.

Anfang November fand in Riga eine Tagung der Kreis- und Gemeindeältesten der Kreise Riga und Wenden statt, an der etwa 300 Personen teilnahmen und auf der die akuten Probleme der Landwirtschaft zur Sprache kamen. Von der deutschen Verwaltung wurden Richtlinien für die künftige Gestaltung der Landwirtschaft gegeben. U.a. wurde darauf hingewiesen, dass die Umlagen in diesem Jahre im Vergleich zum vorigen Jahre um etwa 50 - 80 % erhöht worden sind. Ferner wurde auch für die Landbevölkerung eine Lebensmittelrationierung





eingeführt werden, die bisher nicht bestanden hat. Zur Reprivatisierung des ländlichen Besitzes wurde ausgeführt, dass dieses Problem während des Krieges nicht gelöst werden könne, denn die Durchführung desselben setze eine grosse organisatorische Arbeit voraus, die mangels Arbeitskräften während des Krieges nicht bewältigt werden könne. Bei einer künftigen Reprivatisierung würde jedoch auch das Verhalten der Bauern während des Krieges Berücksichtigung finden und nur der Bauer, der die ihm während des Krieges erteilten Auflagen auch tatsächlich erfüllt haben wird, könne damit rechnen, seinen Besitz einmal wieder zurückzubekommen. Es sei schon jetzt beim Generalkommissar bekannt, welche Bauern ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen sind. Diese Bauern dürften auch nicht mit einer Rückgabe ihres Besitzes rechnen. Ferner müssten diejenigen, die ihre Auflage nicht erfüllen, mit grösseren Geldstrafen rechnen, die bis 10 000 RM betragen können. Auch Haftstrafen müssten notfalls angewandt werden.

Diese Ansprache hat den Vertretern des Landvolkes vor allem hinsichtlich der Ausführungen über die Reprivatisierung grosse Unruhe hervorgerufen. Es wurde geäussert, dass mit einer allgemeinen Rückgabe demnach nicht mehr gerechnet werden könne, sondern dass nur diejenigen Bauern ihren Besitz zurückerhalten würden, die in der Lage wären, sämtliche Auflagen zu erfüllen. Da dieses unter Berücksichtigung der hohen Umlagen nur bei einem Teil der Fall sein dürfte, würde ein grosser Teil der lettischen Bauern ihren Besitz wohl niemals zurückbekommen. Dabei sei es besonders ungerecht, dass die Umlage nicht die unterschiedlichen Böden der einzelnen Betriebe berücksichtige. Jedenfalls lohne es sich unter diesen Voraussetzungen auch gar nicht mehr, all die kriegsbedingten Schwierigkeiten auf sich zu nehmen. Auch die angeführten Strafen



H3453 - 0025

wurden als zu hoch empfunden, denn praktisch könne heute kein einziger Bauer eine Geldstrafe in der Höhe von 10 000 RM entrichten, ja eine ganze Gemeinde wäre dazu nicht in der Lage.

Auch die Verordnung über die militärische Pferdewormusterung im Generalbezirk Lettland vom 27. Oktober d.J. hat unter der Landbevölkerung ernst Unruhe hervorgerufen. Wenngleich in der VO gesagt ist, dass eine Aushebung von Pferden mit dieser Vormusterung nicht verbunden sei, so wird dieser Versicherung kein Glauben geschenkt und allgemein die Ansicht vertreten, dass die Vormusterung nur der Auftakt zu einer weiteren Ablieferung von Pferden darstelle, die zu einer erneuten Verringerung des schon jetzt stark dezimierten Pferdebestandes führen würde.

Versorgung: Eine Abnahme des Schleichhandels konnte nach den vorliegenden Meldungen nicht festgestellt werden. Insbesondere blüht der Schleichhandel mit Seifenstein, Brennstoff, Brot, Fett und Fleisch. Wie die Preisbehörde festgestellt hat, sind in der letzten Zeit grössere Mengen von Seifenstein aus dem Altreich nach Lettland eingeschmuggelt worden. Seifenstein kostet im Altreich ca. 0,45 RM pro kg, wogegen in Lettland der Schleichhandelspreis 130,-- RM bis 140,-- RM pro kg beträgt. Auch als Tauschmittel gegen Fleisch und Fett ist Seifenstein sehr beliebt. Dass eine Unterbindung oder Verringerung des Schleichhandels trotz aller Massnahmen der Preisbehörden bisher nicht erzielt werden konnte, ist auch daraus zu ersehen, dass gegen Abgabe von Lebensmitteln, Waren, die auf legalen Wege nicht erhältlich sind (z.B. Hufeisen, Nägel, Eimer usw.) im Schleichhandel zu haben sind.

Die Arbeiten an der Fertigstellung eines Planes für die künftige Gestaltung des Einzelhandels werden fortgeführt.

Von den Letten sind bisher etwa 450 Anträge zur Eröffnung neuer Einzelhandelsgeschäfte eingelaufen, die jedoch erst nach Fertigstellung des Planes entschieden werden können. Wie verlautet, ist entgegen den anfänglichen Absichten auch die Zulassung eines lettischen Grosshandels in einem gewissen Rahmen geplant.

Die von der Treuhandverwaltung beim Generalkommissar ausgearbeiteten und nunmehr den zuständigen lettischen Wirtschaftsstellen zugestellten neuen Durchführungsbestimmungen für die Reprivatisierung werden lettischerseits mit Zurückhaltung aufgenommen, da sie im Vergleich zu den früheren Bestimmungen wesentlich verschärft sind und eine Rückgabe der Betriebe erst nach Berücksichtigung der verschiedensten Gesichtspunkte möglich ist. Andererseits ist das Interesse der Letten an der Reprivatisierung des Einzelhandels in Anbetracht der kleinen Verdienstspanne und des Warenmangels im Vergleich zu früher wesentlich geringer geworden. Nachdem eine Reihe von Handwerksbetrieben durch Entziehung der Arbeitskräfte geschlossen worden ist und einige einträgliche Handwerkszweige in die Hände deutscher Unternehmer übergegangen sind, kann auch in Handwerkerkreisen ein Nachlassen der Stimmung festgestellt werden.

Industrie: In den kommenden Monaten wird nach den vorliegenden Meldungen mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Kohle und Holz für den industriellen Bedarf gerechnet, da infolge plötzlich stark eingeschränkter Schiffstonnage die Zufuhr des für den Generalbezirk Lettland freigegebenen Kohlenkontingents sehr erschwert worden ist. Um nicht Gefahr zu laufen, im Januar oder Februar 1943 überhaupt keine Kohle zu haben, wird eine beträchtliche Drosselung der gesamten Industrie im Generalbezirk Lettland vorgenommen werden müssen. Eine



Verlagerung der Kohlenzufuhr auf die Eisenbahn wird bei der gleichfalls angespannten Transportlage nur zum Teil durchführbar sein.

Eine weitere Einschränkung des bereits um ca. 40 % gekürzten Hausbrandkontingents wird nicht erfolgen. Bei der bisher herrschenden gemässigten Witterung kann daher damit gerechnet werden, dass die Beheizung des Wohnraums im Winter gewährleistet sein wird. Das bisherige Industriemindestkontingent an Kohle und Koks von etwa 17 000 t muss daher auf 10 000 t vermindert werden, wobei die Verminderung nur auf Kosten der Industrie gehen soll. Die sich daraus ergebende Beeinträchtigung der Produktion muss in Kauf genommen werden, da sonst der Mangel an Hausbrand weitaus grössere negative Auswirkungen nach sich ziehen würde.

Besondere Schwierigkeiten und Produktionsausfälle ergeben sich in fast sämtlichen Zweigen der Industrie durch den noch immer anhaltenden Abzug von Arbeitskräften für die verschiedenen Sondervorhaben. Da die Industrie fast ausschliesslich im Rahmen der Kriegswirtschaft tätig ist, erfolgt die Zufuhr von Rohstoffen aus dem Reich im wesentlichen zufriedenstellend. Besondere Schwierigkeiten bereitet jedoch die Belieferung der eisenverarbeitenden Industrie mit Edelmetallen.

Die Herstellung von Gasgeneratoren für Kfz's und PKW's wird auch im Generalbezirk Lettland eine Steigerung erfahren. Nachdem die letzten Versuche mit Generatoren für PKW's zu zufriedenstellenden Ergebnissen geführt haben, sollen auch die im Osten eingesetzten PKW's nach Möglichkeit auf den Betrieb mit Holzgas umgestellt werden. Infolge der anhaltenden günstigen Witterung kann in der Forstwirtschaft der Abtransport des im vorigen Winter eingeschlagenen Holzes fortgesetzt werden. Durch Mangel an Arbeitskräften wird die vorgesehene Umlage allerdings nicht ganz erfüllt werden können.





H3453 - 0028

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Litauen.

Landwirtschaft: Nach den vorliegenden Meldungen ist die Verteilung der Ablieferungskontingente auf die einzelnen Wirtschaften trotz mancher Mängel der Hofkarte in diesem Jahre eine bessere als im Vorjahre. Einige Ablieferungskontingente sind höher als die Bauern annahmen, und es wird damit gerechnet, dass nicht alle Kontingente in voller Höhe zur Ablieferung kommen, so mit Sicherheit nicht das Kartoffel- und Brotgetreidekontingent. Bei Brotgetreide wird nach den Meldungen mit einer Höchstablieferung von 185 000 t gerechnet. Bei Kartoffeln hat sich ergeben, dass der ursprünglich angenommene Durchschnittsertrag von 108 Dz pro ha nur etwa 88 Dz beträgt, was ein Minus von 400 000 Dz ergibt. In den besten Jahren führte Litauen nicht über 30 000 t Getreide aus, alles andere kam zur Verfütterung. Die Ablieferungspflicht von Getreide und Kartoffeln bleibt deshalb nicht ohne Auswirkung auf die Viehzucht. So wird voraussichtlich die Erfüllung des Schweinefleischkontingents auf die größten Schwierigkeiten stossen. Aufgrund der Erhebungen vom Mai des Jahres rechnete man litauischseits mit einer Lieferung von 300 000 Schweinen, deutscherseits wurde das Kontingent auf 400 000 Stck. heraufgesetzt, wobei man die Produktion früherer Jahre mit anderen Fütterungsmöglichkeiten zugrundelegte. In diesem Sommer ist aber infolge Krankheiten, wie Rotlauf, in einzelnen Amtsbezirken der Bestand um 1000 Stck. zurückgegangen. Dazu kommt, dass jetzt ein Ferkel zur Aufzucht 10 - 11 Monate gegen früher 6 - 8 verlangt. Von litauischer Fachseite rechnet man daher mit einem Auftrieb von nur etwa 200 000 Schweinen. Auch das Butterkontingent von 14 000 t wird, wie gemeldet, kaum erreicht werden und wird mit etwa 10 000 t vorausbestimmt, und zwar vorausgesetzt, dass die Landwirte nicht gezwungen sind, Milchkühe zu schlachten, um das fehlende Schweinefleischkontingent aufzufüllen. Eine Erleichterung bedeutet es,



H3453 - 0029

dass neuerdings durch erhöhte Milchablieferung die Schweinefleischablieferung teilweise ersetzt werden kann.

Versorgung: Wegen der zu kleinen Rationen ist das Ernährungsproblem nach wie vor aktuell, obwohl die Belieferung auf Karten sich gebessert hat. Eine fühlbare Erleichterung ist durch eine erhöhte Zuweisung von Kartoffeln eingetreten. Unter der Lebensmittelknappheit leidet indessen nur die städtische Bevölkerung, und hier auch nur der Teil, der keine verwandtschaftlichen Beziehungen zum Lande hat. Im ganzen werden nur etwa 10 % der Gesamtbevölkerung davon betroffen, und wenn es gelänge, für diese, insbesondere für die städtische Arbeiterschaft wenigstens eine Erhöhung der Rationen zu erreichen, wäre - nach den vorliegenden Meldungen - ein Herd der Unzufriedenheit beseitigt. Augenblicklich bleiben etwa 20 - 25 % der Belegschaften der Unternehmen im Turnus der Arbeit fern, um sich im Schleichhandel zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen. Eine Kauener grosse Druckerei richtete deshalb eine Werksküche ein, in der Angestellte und Arbeiter täglich einen Teller Suppe und 100 gr Brot zusätzlich erhalten. Das Ergebnis ist, dass der Prozentsatz der Fehlenden von 20 % auf 5 % zurückgegangen ist.

Eine bevorzugte Stellung nehmen landwirtschaftliche Arbeiter ein, die Lebensmittelkarten erhalten und in den meisten Fällen vom Bauern Naturalentlohnung verlangen. Trotz des Verbotes der Naturallohnung zahlt ein grosser Teil der Bauern in Naturalien, nur um sein Land bestellen und den Ablieferungspflichten nachkommen zu können, und weil bei Geldentlohnung 15 - 20 RM Tagelohn verlangt werden.

Von führenden Personen des litauischen Wirtschaftslebens wird in letzter Zeit in steigendem Masse auf die Einführung einer Punktkarte für Textilien gedrängt und darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung seit dem Einmarsch der Sowjets im Sommer 1940 fast gar keine Textilien mehr ge-

kauft habe. Das trifft indessen nach den Meldungen in dem Ausmass nicht zu, denn unmittelbar nach dem Einmarsch der Deutschen kaufte insbesondere die städtische Bevölkerung vorübergehend stark Textilien, so dass sie heute verhältnismässig noch gut eingedeckt ist. Dagegen besteht Mangel an Arbeitskleidung und warmer Unterwäsche. Die Bestandsaufnahme im Sommer d.Js. ergab rd. 9 Mill. Punkte, von denen allerdings $\frac{2}{3}$ aus wenig angeforderten Textilien, Möbelbezug, Bresent, Tischtüchern usw. bestehen. Die Ostlandfaser GmbH gibt Bauern bei Ablieferung von Wolle und Flachs bestimmte Punktwertscheine, zu deren Deckung aber nur $\frac{1}{3}$ Meterware und $\frac{2}{3}$ Trikotagen, für die der Bauer nur beschränkte Verwendung hat.

Die Brennstofffrage hat eine befriedigende Lösung nicht gefunden. Für die Bevölkerung aller Städte stehen nur gegen 200 000 Festmeter Brennholz zur Verfügung, während Kauen allein infolge der unzureichenden Versorgung mit Kohle etwa 400 000 Festmeter braucht, von denen gegenwärtig nur etwa 50 000 vorhanden sind. Es waren deshalb zum Einschlag alle Männer von 15 bis 50 Jahren verpflichtet. Dabei fiel auf, dass die Belegschaften von Unternehmen mit deutschen Treuhändern meist nicht an dieser Arbeit teilnahmen, obwohl es sich um die Unternehmen mit den grössten Belegschaften handelt.

Der Schleichhandel besteht in gleichem Umfang weiter. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise aber um 100 und mehr Prozente gestiegen. Dies wird - nach den vorliegenden Meldungen - nicht so sehr mit einer weiteren Verknappung an Waren erklärt, vielmehr auf die wachsende Geldmenge zurückgeführt, insofern die diesjährige Ernte zum grossen Teil verkauft sei und laufend durch die durchreisenden Wehrmachtangehörigen und Beamten der Zivilverwaltung, die sich zu Schleichhandelspreisen mit Lebensmitteln eindecken, neue Gelder ins Land kämen. Solange daher eine



Kontrolle des Geldumlaufes nicht möglich sei, könne auch nicht an eine wirksame Bekämpfung des Schleichhandels gedacht werden. Weiterhin komme hinzu, dass die Bevölkerung zur gegenwärtigen Führung kein Vertrauen habe und unter allen Umständen versuche, Geld in Warenwerte einzutauschen. Zum Schleichhandel trage auch wesentlich bei, dass noch keine endgültige Klarheit bestehe, welche Warenmengen im einzelnen vorhanden sind und die Waren nicht über die Verkaufsstellen zu den amtlichen Preisen an den Verbraucher gelangen, sondern auf dem Wege von der Versorgungsverteilungsstelle zur ländlichen Verkaufsstelle versickern würden. Diese Mißstände bei dem litauischen Verteilerapparat werden von Litauern selbst zugegeben, was aber nichts daran ändert, dass die breite Masse den Deutschen die Schuld zuschiebt.

Währung und Bankenfrage: Nach den vorliegenden Meldungen gibt es keine Übersicht, welche Geldmengen im Lande vorhanden sind. Die Folge sei, dass sich auch keine Währungspolitik, die Voraussetzung für jede andere gesunde Preis- und Wirtschaftspolitik, treiben lasse. Inzwischen ist die Ostlandbank als Noteninstitut gegründet worden, und zwar soll eine Reichskreditmark einer Ostlandmark gleichgesetzt werden. Von einem Notenumtausch werde allerdings vorläufig abgesehen und die Reichskreditkassenscheine bleiben weiter gesetzliches Zahlungsmittel. Der spätere Umtausch in die Ostlandwährung werfe aber schwierige Fragen auf, da die Art der Durchführung die wirtschaftliche und soziale Entwicklung erheblich beeinflussen könne. In den Meldungen wird die Ansicht vertreten, dass die zur Einlösung eingereichten Reichskreditkassenscheine nicht in gleicher Höhe als Ostlandmarketräge zur Auszahlung kommen dürften; vielmehr müsse eine genaue Untersuchung über den Geldbedarf des Landes aufgrund seiner normalen wirtschaftlichen Bedürfnisse zur





Bestimmung des Geldumlaufes vorgenommen werden. Die darüber hinaus heute in der Bevölkerung schwimmenden Geldbeträge müssten den Eigentümern gutgeschrieben werden und zunächst als eingefrorene Guthaben liegen bleiben, bis normale Wirtschaftszeiten auch ihren Einsatz rechtfertigen. Allerdings sei hierbei noch folgendes besonders zu beachten. Die grosse Masse der Bauern, die ihre Gesamtproduktion zu den amtlichen Preisen abliefern müsste, verfügte über keine grösseren Barmittel, auch die Angestellten und Beamten, sowie ein grosser Teil der Arbeiterschaft nicht, dagegen aber gewisse Berufsstände und vor allem Schleichhändler, also ein asoziales Element, welches durch unrechtmässig erworbenen Besitz künftig eine ihm nicht zukommende Rolle in der Wirtschaft spielen könnte. In vielen Fällen wird daher die Nachprüfung der Erwerbsquelle notwendig sein. Es wird auch die Geldmenge die beim Umtausch dem Besitzer zur freien Verfügung belassen bleibt, verschieden gestaffelt sein müssen. Es sei mit Sicherheit damit zu rechnen, dass Personen, die durch dunkle Geschäfte in diesen Jahren gross verdient hätten, gerade deshalb gegen eine bestimmte Vergütung Geld auf das Konto anderer eintragen lassen, um so ihr wahres Vermögen zu verschleiern. Es wird deshalb der freizulassende Betrag je nach Beruf und der sozialen Lage des Betreffenden auf das Minimum herabzusetzen sein.

Arbeits- und Sozialwesen: Von den ursprünglich angeforderten 37 500 Arbeitern für den Einsatz im Reich sind erst gegen 13 000 gestellt worden. Die weitere Erfassung stösst auf grosse Schwierigkeiten, da sich einsatzfähige Leute auf alle nur denkbare Weise der Erfassung entziehen oder dem Gestellungsbefehl nicht nachkommen. So haben



sich z.B. in einem Falle von 327 Personen, die die Aufforderung erhalten hatten, nur gegen 60 gestellt. Da solche Personen nachts aus den Wohnungen geholt werden, ist es dazu gekommen, dass diese nicht zu Hause nächtigen und ein unstetes wanderndes Bevölkerungselement darstellen. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht die richtige Methode sei, die Leute nachts aus den Wohnungen abholen zu lassen. Praktischer wäre es danach, wenn jedem, der sich zu stellen hat, von dem Zeitpunkt der Mitteilung bis zur Gestellung der Personenausweis abgenommen würde, was nach der Mentalität des östlichen Menschen ein ausserordentlich wirksames Mittel sei.

C. Meldungen aus den unbesetzten Gebieten der UdSSR.

Mobilisationsfragen und Stimmung.

Während lt. früheren Meldungen bisher die Mobilisierung der Jahrgänge 1886 - 1925 bekannt war, wurde lt. Meldungen aus Rjasan und Ufa-Westsibirien auch die Mobilisierung des Jahrganges 1885 auf Grund der letzten Gefangenen- und Überläuferaussagen ermittelt. Der Jahrgang 1925 wurde im gesamten Gebiet der Sowjetunion im Mai 1942 einberufen. Der Jahrgang 1926 wird weitgehend zu einer vormilitärischen Ausbildung herangezogen. Besonders die Angehörigen dieses Jahrganges in den grossen Industriezentren werden, soweit sie in der Industrie tätig sind, in den einzelnen Werken gemeinsam vormilitärisch ausgebildet und sind bereits uniformiert.

Die seitens der Sowjets durchgeführte totale Mobilisierung für die Rote Armee wird durch nachstehende Meldungen beleuchtet. In einem Dorf mit 56 männlichen Dorfbewohnern verblieben nur 5 Greise. Die Arbeit in der leichten und mittleren Industrie wird fast ausschliesslich von Frauen durchgeführt, selbst in der für die russische Kriegsführung wichtigen Rüstungsindustrie wird der Anteil nach den Geschlechtern einheitlich wie folgt beurteilt: 20% Männer, 50% Frauen, 30% Jugendliche. Die Heizer auf den Lokomotiven wurden bereits im letzten Frühjahr durch Frauen ersetzt. Im Laufe des Sommers ging man auch dazu über, für die einberufenen Männer weibliche Lokomotivführer einzusetzen. Über die Mobilisierung weiterer Jahrgänge von Frauen und Mädchen ist bisher nichts bekannt geworden. Der Ersatz der bisherigen männlichen Funker und Telefonisten sowie Bedienungsmannschaften der Flak u.a. scheint weitgehend durchgeführt zu sein, was von den ersetzten Rotarmisten unwillig aufgenommen wird, da sie dann meist in der vordersten Linie eingesetzt werden. Wie bereits früher berichtet, erhalten die Angehörigen der Mobilisierten keine Unterstützung. Lediglich an die Hinterbliebenen werden pro Kind im Monat 50.-- Rubel bezahlt.

Die Stimmung der Zivilbevölkerung wird allgemein als kriegsmüde bezeichnet. Der Respekt gegenüber der machthabenden Schicht ist weiterhin sehr gross, so daß man keineswegs aus der Stimmung der Bevölkerung Rückschlüsse für die Zukunft schliessen



394345
587

-27-

kann. Man ist überzeugt, dass es der Regierung der Sowjets gelingt, auch weiterhin die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen und Forderungen durchzusetzen. Nur aus Archangelsk wird berichtet, daß hier unter den Vershickten eine sowjetfeindliche Stimmung Platz greift, die sich jedoch aktiv nur in Gelagen bei deutschen Erfolgen äussert. Bei den bisherigen Erfahrungen muss jedoch auch diese Schilderung mit einer entsprechenden Vorsicht aufgenommen werden. Im wesentlichen muss lt. bestätigten Aussagen festgestellt werden, daß die Strenge der sowjetischen Behörden, u.a. auch des NKWD., etwas gelockert wurde. So wird in Molotow und wahrscheinlich auch in den anderen Gebieten der Arbeiter höflicher behandelt als früher. Ebenso wird, wie schon früher berichtet, der Schwarzhandel allgemein geduldet.

Die seit dem letzten Winter durchgeführten Sammlungen von Wollsachen, Metallen und Stiefeln usw. hatten nicht den gewünschten Erfolg und mußten z.T. unter Druck durchgeführt werden.

- - -



H3453 - 0035

USA 864

Z - RV - K - 1320/2

Meldungen aus den be-
setzten Ostgebieten.

USA-864B



H3453 - 0036

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

-Kommandostab-

Berlin, den 4.XII.1942

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten
=====

Nr. 32.
=====

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY

USA Exhibit 864 B

Filed 27 May 1946

Der Reichsminister für Propaganda	4.5.1943
Z. 80.	

Der Reichsminister für
Propaganda

10. Dez. 1942

Erz. 10. FEB 1943

Z. 80. 3to - 10.10.1942

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen!



H3453 - 0037

I n h a l t s a n g a b e

A. Gegner und Exekutivfragen.

Kommunistische Bewegung in den Ostgebieten.

Seite

In Mikojan-Schachar wurden bei einer Aktion 42 Personen wegen kommunistischer Betätigung festgenommen.

1

In Naltschik wurden 2 Frauen, die ein Attentat auf Generaloberst von Kleist geplant hatten, festgenommen. Nach 2 weiteren Mitbeteiligten wird gefahndet.

In Lokot wurden 3 kommunistische Gruppen aufgerollt und bisher 34 Personen festgenommen und exekutiert.

In Mosyr wurde mit der Zerschlagung einer kommunistischen Organisation begonnen. Bisher 43 Festnahmen.

In Kursk ist eine illegale Kl.-Organisation festgestellt, die u.a. über 2 grössere Waffenlager verfügt. Von einem Zugriff wurde vorerst abgesehen.

Ein Anschlag auf das Dienstgebäude eines Höheren Stabes in Woroschilow konnte durch Festnahme der Täter verhindert werden.

Bandenunwesen.

In Lettland sind im Kreise von Walk Bandengruppen in Stärke 1-3 von 2 - 5 Mann aufgetreten, die bei ihren Raubzügen mit falschen Geldscheinen bezahlen.

Im Grenzgebiet von Illuxt wurden mehrere grössere Banden beobachtet, die verschiedene Überfälle durchgeführt haben.

Im Kreise Walk wurden Zettel gefunden, in denen die Bevölkerung gewarnt wurde, nach dem 15.10. noch mit deutschen Stellen zusammenzuarbeiten.

Gestellungsbefehle, die von den Banden an der lettisch-russischen Grenze an die Bauern verschickt wurden, sind in Dünaburg erfaßt worden.

Die Bandentätigkeit in der Ukraine hält weiter an und spiegelt sich in dem bisherigen Ergebnis der Getreideerfassungsaktion.

3-6

Die im Rahmen der Bandenbekämpfung eingeleitete Propagandaaktion hat dazu geführt, daß sich Bandenmitglieder freiwillig bei deutschen Dienststellen melden.

Im Kommandeur-Bereich Rowno wurden 100 Bandenüberfälle gemeldet, die in erster Linie der Versorgung der Banden mit Lebensmitteln dienen.

Im Kommandeur-Bereich Sinitomir ereigneten sich 49 Bandenüberfälle.

Im Kommandeur-Bereich Tschernigow wurden 2 Dörfer von Banditen überfallen. In dem einen Fall trugen sie die bei den Schutzmannschaften üblichen Armbinden, im zweiten Fall deutsche Reichsbahnuniform.

Im Kommandeur-Bereich Charkow wurde unter verstärktem Einsatz eine Aktion gegen die Banden durchgeführt.



H3453 - 0038

Im Kommandeur-Bereich Simferopol wurden ca. 2 000 ha Eichen- und Buchenwald von den Banditen in Brand gesteckt.

Zwischen Bandsan und Kurtlak erfolgten in den Abend- und Nachtstunden vielfach Landungen von sowjetischen Flugzeugen, die den Banditen Nachschub brachten.

Im Bereich der Einsatzgruppe D wurden grössere Aktionen gegen die Banden durchgeführt.

6

Fallschirmspringer, Sabotage usw.

6-7

Die Vernehmung von Fallschirmspringern ergab u.a., daß vor allem die Aufmarschbewegungen durch Sabotageakte und Sprengungen zu stören sind und bei Sabotageakten der Sprengstoff "Tol" Verwendung findet.

Ausser den bereits bekannten Dornbleistiften sollen Zigarettenetuis, Taschenuhren und Frösche abgeworfen werden, die bei Berührung detonieren.

B. Lebensgebiete.

=====

Allgemeine Lage und Stimmung im Reichskommissariat Ukraine

8-10

Als stimmungsbeeinträchtigende Faktoren stehen den Meldungen zufolge nach wie vor die Ernährungslage, die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien für die Wintermonate und das Problem des Arbeitseinsatzes im Reich im Vordergrund weiterer Bevölkerungskreise.

Nach wie vor blüht im Zusammenhang mit den Versorgungsschwierigkeiten der Tausch- und Schleichhandel.

Die allgemeine schwierige Versorgungslage wird von Spekulanten aller Schichten durch Forderungen geradezu unsinniger Preise ausgenutzt.

In der in gleicher Stärke auch weiterhin auftretenden Gerüchtebildung nehmen die Lebensmittelversorgung, die militärische und politische Lage einen breiten Raum ein.

Freiwillige Meldungen zur Arbeitseinsatz sind so gut wie gar nicht zu verzeichnen.

Von aufbauwilligen ukrainischen Lehrkräften wird geäußert, daß man positive Briefe von Angehörigen, die in Deutschland beim Arbeitseinsatz sind, nicht nur faksimiliert zu Plakaten verwenden, sondern daß man sie vom Bürgermeister während einer Dorfversammlung vorlesen lassen solle.

Allgemeine Lage und Stimmung in den Operationsgebieten.

10-12

Eine starke Beunruhigung in der gesamten Stadt Kursk sowie auch der ostwärts Kursk liegenden Landbevölkerung haben die in letzter Zeit durchgeführten Befestigungsarbeiten hervorgerufen.

Die Anordnung, daß nur Volks- und Fachschulen zugelassen werden, trägt weiterhin zur Verschlechterung der Stimmung bei. Vor allem läßt sich eine starke Abneigung gegen den Arbeitseinsatz im Reich feststellen.



H3453 - 0039



H3453 - 0040

-III-

Seite

Bedeutend besser stellt sich die Stimmung der Landbevölkerung dar, jedoch ist sie in Gegenden, in denen im vergangenen Winter die Kampfoperationen andauerten und so auf dem Gebiet der Landwirtschaft noch verhältnismässig wenig geschafft wurde, schlechter als in den übrigen Teilen des Kursker Gebietes.

Propagandawesen in der Ukraine.

12-19

Die feindliche Flüsterpropaganda ist nach wie vor sehr aktiv. Die deutschen Dienststellen sind sehr bemüht, trotz entgegenstehender technischer und organisatorischer Schwierigkeiten immer wieder Neuerungen zu finden, um die Bevölkerung propagandistisch zu beeinflussen.

Die deutschen Spielfilme werden von der Bevölkerung gern gesehen. Nur wenige Standardfilme werden gezeigt, es überwiegen Liebeskomödien oder Gesellschaftsstücke, die einen falschen Begriff von Deutschland vermitteln. Auch wird es für taktisch falsch gehalten, durch solche Filme der Bevölkerung einen übertriebenen Lebensstandard vor Augen zu führen. Aus Kiew wird berichtet, daß die ersten deutschen Filme die Zuschauer dadurch verblüfft hätten, dass ihnen jede Agitation fehle.

Etwa 20 - 25% der Jugendlichen stehen in der Arbeit, 10% werden von Haus aus erzogen und betreut, einige wenige Prozent werden amtlicherseits erfasst und versorgt. Die Masse der Charkower Jugendlichen treibt sich in der Stadt und auf dem Land umher, verrichtet Gelegenheitsarbeit, stiehlt oder treibt unehrliche Geschäfte. Die absolute Zahl der als unbedingt gefährdet anzusehenden Jugendlichen, soweit nicht schon von einer ausgesprochenen Verwahrlosung gesprochen werden kann, beträgt mindestens 12.000 Kinder und Halbwüchsige. Durch die Eröffnung der unteren Volksschulklassen und durch Erfassung der männlichen Jugendlichen von 14 - 17 Jahren in Lehr- und Betriebsschulen und ähnlichen Einrichtungen will man der Vergrößerung der Verwahrlosung im kommenden Winter entgegensteuern.

Wirtschaftliche Lage in der Ukraine.

19-26

Die anhaltende Trockenheit hat die Keimfähigkeit des Saatgutes sehr beeinträchtigt.

Die äusserst angespannte Transport- und Verkehrslage tritt besonders auf dem Ernährungssektor nachteilig in Erscheinung. Grosse Mengen an Eiern, Gemüse, Obst, Butter usw. verderben.

Das Viehlieferungssoll kann nur durch einschneidende Massnahmen erfüllt werden.

Die von Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz bis März 1943 angeforderten Arbeitskräfte können nach Ansicht der Arbeitseinsatzdienststellen in der Ukraine nicht aufgebracht werden.

- - -



H3453 - 0041

A. Gegner und Exekutivfragen.

Kommunistische Bewegung in den Ostgebieten.

In Mikejan-Schachar wurden im Zuge einer Aktion bisher 42 Personen wegen kommunistischer Betätigung festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich eine grössere Anzahl früherer Funktionäre der KP und Banditen.

Nach Aussagen eines in Naltschik festgenommenen Parteimitgliedes sollte auf Generaloberst von Kleist ein Attentat durch 4 Frauen verübt werden. Zwei von den Frauen sind bereits festgenommen, die Fahndung nach den beiden anderen ist im Gange.

In Lokot wurde festgestellt, daß sich dort Gruppen auf der Grundlage des kommunistischen Programms bilden. Drei dieser Gruppen wurden bisher aufgerollt und 34 Personen festgenommen, die erhängt bzw. erschossen wurden.

In Mosyr, im Bereich des BfH.dSPudSD Ukraine ist am 27.10. 42 mit der Zerschlagung einer kommunistischen Organisation begonnen worden. Bisher wurden 43 Personen festgenommen. Der Führer war ein Lehrer.

In Kursk ist es gelungen, Einblick in eine illegale KP.-Organisation zu erhalten. Die Organisation setzt sich aus Fünfer-Gruppen zusammen, die jeweils durch einen Kommissar geführt werden. Dieser allein unterhält die Verbindung zu der nächsten Gruppe. Die neu aufzunehmenden Mitglieder werden ausserst sorgfältig ausgewählt und vor ihrer Annahme besonders überprüft. Durch die Ermittlungen wurde weiter festgestellt, daß einige deutsche Wehrmachtangehörige mit der illegalen Organisation in Verbindung stehen und mit einzelnen Angehörigen finanzielle Schiebergeschäfte betreiben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Organisation über 2 grössere Waffnlager verfügt. Von einem Einschreiten gegen die Organisation wurde bisher aus taktischen Gründen Abstand genommen.

Durch die Einsatzgruppe D konnte ein geplanter Anschlag auf das Dienstgebäude eines höheren Stabes in Weroschilow durch die Festnahme der Täter verhindert werden. Die Täter sollten durch besonders konstruierte Leuchtraketen sowjetischen Bombern einen gezielten Bombenabwurf auf das Dienstgebäude ermöglichen.

Bandenwesen.

In Lettland sind im April 1942 Walk Bandengruppen in Stärke von 2 - 5 Mann aufgetreten. Sie haben von den Bauern Lebensmittel und

Kleidung verlangt und - allerdings nur unter Druck - auch erhalten. Die Banditen waren mit Handgranaten, Gewehren und Pistolen bewaffnet. Zur Teil trugen sie Zivilkleider. Die mitgenommenen Lebensmittel und Bekleidungsstücke wurden mit Beträgen bis zu RM 50.-- bezahlt. Es hat sich aber gezeigt, daß das von den Banditen in Zahlung gegebene Geld z.T. falsch war. Es handelt sich hierbei um 5-Markscheine die sehr gut gefälscht und schwer als Fälschungen erkennbar sind. Die falschen 5-Markscheine wurden eingezogen.

Aus dem Kreise Illuxt laufen in der letzten Zeit wiederholt Meldungen ein, die von einer aktiveren Tätigkeit der jenseits der Grenze in Weissruthenien befindlichen Banden melden. Von der Grenzpolizei Illuxt wurden mehrere grosse Banden im Grenzgebiet beobachtet. Bis Mitte Oktober hat sich die Bandentätigkeit auf das weissruthenische und litauische Grenzgebiet beschränkt, jedoch scheinen einzelne Trupps auch in lettischen Gebiet hineingekommen zu sein.

So sind z.B. auf der Bahnstrecke Zemgale - Richtung Kurzum - ungefähr 8 km von Zemgale - durch eine Mine 1 Lokomotive und 1 Waggon eines Transportzuges in die Luft gesprengt worden. Einen Tag darauf ist von unbekannten Banditen in der Gemeinde Silene die Poststelle K u m b u l i und eine Molkerei angegriffen und ausgeplündert worden. Die Frau des Botenmeisters wurde durch einen Schuss verwundet. Es sollen ungefähr 24 Banditen mit automatischen Gewehren bewaffnet gesehen worden sein. Eine Meldung vom 3.11.42 besagt, dass am 2.11. um 6 Uhr einem Grenzbeamten des III. Polizeibezirks sämtliche Häuser abgebrannt worden sind. Auch diese Tat ist von den in Weissruthenien herumstreichenden Banditen verübt worden.

Der Stab der Lettischen Banden . erließ am 19.10. eine Warnung an die Bevölkerung, die von einem Buschwächter im Kreise Walk gefunden wurde. Die Warnung wurde durch handgeschriebene Zettel verbreitet, sie hat folgenden Inhalt:

"Allen, im Kreise Walk sich befindenden Hüttern der Heimat, oder den sogen. Pasteljantschi, welche sich beim Berauben unserer Heimat dienend der deutschen Macht zur Verfügung stellen, legen wir ans Herz, diese verbrecherische Tätigkeit bis zum 15. Oktober aufzugeben. Wer die Warnung nicht befolgt, mit dem werden wir abrechnen und ihn samt den Gebäuden in die Luft sprengen und sie wie die Hasen erschiessen. Stellt Euch bei den lettischen Partisanen ein. Kommt zum Walde, noch ist es Zeit zur Umkehr. Tod den deutschen Okkupanten".



Anlässlich einer Sonderaktion der Aussenstelle Dünaburg wurden mehrere Gestellungsbefehle, die die Banden an der lettisch-russischen Grenze an die Bauern verschickten, gefunden. Der Gestellungsbefehl lautete:

"Dem Kriegsverpflichteten....

Sie sind verpflichtet, sich am 25.9.42, um 2 Uhr mittags, zur Militäreinstellung im Dorfe Seledzowo in der Gemeinde Sadescheno zu stellen. Mitzunehmen sind: Dokumente, Schuhwerk und Verpflegung für 10 Tage.

Im Falle des Nichterscheinens tragen Sie die Verantwortung.

Befehlsstelle R.K.K.A."

In der Ukraine hat die Aktivität der Banden nicht nachgelassen. Allein in den Kommandeurbereichen Rowno und Shitomir haben sich innerhalb der letzten 8 Tage etwa 150 Bandenüberfälle, die hauptsächlich der Versorgung der Banden dienten, ereignet. Aber auch Sprengungen und Entgleisungen von Eisenbahnen sind noch sehr zahlreich.

Ein anschauliches Bild über die Auswirkung der Bandenbekämpfung gibt das bisherige Ergebnis der Getreideerfassungsaktion im Kdr.-Bereich Rowno. In allen, auch in den im Sommer noch bandenverseucht gewesenen Gebieten konnte die Aktion zu 50 bis 100% durchgeführt werden. Dagegen stehen die Gebiete: Pinsk, Kostopol und Sarny wegen der starken Bandentätigkeit in der Erfassung weit zurück: Pinsk 28%, Kostopol 32 - 35% und Sarny 25 - 30%.

Die im Rahmen der Bandenbekämpfung eingeleitete Propagandaaktion hat bereits zu Erfolgen geführt. Verschiedentlich melden sich Bandenmitglieder darauf hin freiwillig bei deutschen Dienststellen.

In der Berichtszeit wurden im Bereich des Kdrs. dSPadSD Rowno etwa 100 Bandenüberfälle gemeldet, die in erster Linie der Versorgung der Banden mit Lebensmitteln dienten. 4 Staatsgüter, mehrere Bürgermeistereien und Molkereien sind z.T. vollständig vernichtet worden. Mehrere 100 Zentner Getreide, grössere Mengen Vieh wurden geraubt.

Bei Feuergefechten im Rahmen der Bandenbekämpfung sind 594 Banditen erschossen worden, 2 Erdbunker und 13 Bandenlager wurden gesprengt bzw. zerstört. Auf deutscher Seite sind 3 Schutzpol. angehörige und 10 ukrainische Schutzleute gefallen. In Gebieten



H3453 - 0043

wo eine Unterstützung der Banden durch die Bevölkerung festgestellt wurde, sind Vergeltungsmaßnahmen durchgeführt worden. Nördlich von Lenin bei Lininiez ist eine Kompanie Schutzpolizei vorübergehend von einer starken Bande eingeschlossen worden.

Der Gebietskommissar von Kamen-Kaschirsk wurde am 3.11.42 von einem Banditen überfallen und mit dem Rasiermesser schwer verletzt.

In der Nacht zum 4.11.42 versuchten Banditen den Wasserturm bei Powursk zu sprengen. Infolge einer zu schwachen Sprengladung ist kein grösserer Schaden entstanden.

Am 5.11. wurde der Zug auf der Kleinbahnstrecke Mochoro-Janow von etwa 20 Banditen, unter denen sich auch 2 Frauen befanden, angehalten. Das Zugpersonal wurde gezwungen, den Zug bis zum Kanal nach Kuschilischtschi zu fahren. Dort wurde die Lokomotive zur Engleisung gebracht und in den Kanal gestürzt.

Am gleichen Tage wurden in fast alle Fenster eines Bauerngehöftes bei Uhorsk, Rayon Sxhumsk, Stielhandgranaten geworfen. Anschl. wurde das Haus mit Maschinenpistolen beschossen und die Scheune niedergebrannt.

Südlich Kleben wurde am selben Tage die Mühle von etwa 15 Banditen überfallen. Die anwesenden Personen wurden in einem Raum zusammengetrieben und mit Pistolen bedroht. Währenddessen raubten die Banditen 12 Zentner Mehl, zerstörten die Wasserturbine und entfernten alle Treibriemen. Die geraubten Sachen wurden auf einem Panjewagen fortgeführt.

In der Nacht zum 7.11. wurde in Karasin bei Manewitsche von einer Bande eine rote Fahne gehißt. Als am nächsten Tage ein Bauer, die Fahne entfernen wollte, erfolgte eine Explosion, durch die ihm ein Fuß abgerissen wurde.

Bei der Ausräumung einer Banditenwohnung in Brest-Litowsk wurden 4 Eierhandgranaten und 30 Schuss Gewehrmunition gefunden, die in einem aufgespalteten Holzklotz geschickt eingelassen waren.

Am 11.1.42 drangen 6 mit einer MP, automatischen Gewehren und Handgranaten bewaffnete Banditen in die Wohnung eines Bauern in Hei, Geb. Kremianez ein und raubten Kleidung und Lebensmittel sowie 1 Fuhrwerk. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich um eine Bande, die über die nahe Generalgouvernementsgrenze kommt und nach Überfällen wieder über die Grenze zurückgeht. In der Nacht zum 18.11.42 erschien eine stark bewaffnete Bande an der Bahnstation nördlich Mokwin, zerstörte den Bahnhof und setzte das Postgebäude in Brand.



In Kdr.-Bereich Shitorir ereigneten sich in der Berichtszeit 49 Bandenüberfälle, die vor allem Plünderungszwecken dienten. Im Rayon Gorodnitsa treten seit dem 29.10.42 Banden in Stärke von 10-15 Mann unter Führung von sowjetischen Offizieren auf, die Vieh und Lebensmittel rauben und einzelne Einheimische verschleppten.

Am 8.11.42 fand ein Feuergefecht zwischen einer etwa 100 Mann starken Bande und einer slowakischen Einheit statt. Die Slowaken litten 27 Tote. Von einem ebenfalls eingesetzten Gendarmerie-Einsatzkommando wurden 1 Leutnant und 2 Wachtmeister vermißt.

In Selenotsch, nordwestlich Wassilkewitschi, plünderte eine starke Bande und ermordete den Amtsvorsteher und den Schuldirektor.

Am 24.11.42 wurde südwestlich Darschew der Kurier eines Sonderführers von Banditen überfallen und seiner Post beraubt. In dem Empfangsbuch trugen die Banditen ein "Kurierpost haben Banditen in Empfang genommen". Bei Owrutsch, Rjetschitzn und Olewsk wurden wiederholt sowjetische Flugzeuge beobachtet. In den genannten Gebieten sind Fallschirmspringer abgesetzt und Ausrüstungsgegenstände für Banden abgeworfen worden.

Ein Fallschirmspringer meldete sich freiwillig bei einer Dorfverwaltung, ein zweiter konnte festgenommen werden. Am 16.11.42 wurde auf das Kino in Moksaschewitzee ein Bombenanschlag durchgeführt, bei dem 1 Tote, 50 Schwer- und Leichtverletzte zu beklagen sind.

Am 10.11.42 drangen 17 mit einem SMC und mehreren LMG ausgerüstete Banditen in das Dorf Berkoff, Rayon Koseletz, Kdr.-Bereich Tschernikow ein, die sich als Schutzmannen ausgaben und auch die für die Schutzmannschaft üblichen Armbinden trugen. Die Banditen zerstückten die Unterkunft der Schutzmannschaft und verschleppten 6 Schutzmannen, die später bis auf einen, dem die Flucht gelang, erschossen wurden. Am 12.11.42 wurde die Schutzmannschaftsstation in Branitz von Banditen in deutscher Reichsbahnuniform überfallen.

Bei einer Bandenbekämpfungsaktion bei Nikolajewka, Kdr.-Bereich Charkiw, wurde eine durch Polizei verstärkte Pionierkompanie gegen eine mit SMC und Granatwerfern ausgerüstete Bande angesetzt. Auf deutscher Seite sind 2 Tote, 3 Verwundete und 12 Verletzte zu beklagen.

In Waldgebiet am Schwarzen Berg bei Aluschna, Kdr.-Bereich Simferopol, wurden 2 000 ha Eichen- und Buchenwald von Banditen in Brand gesetzt und vernichtet. Am 14.11.42 beschossen Banditen aus der Höhle Adshin-Uschkai bei Kertsch einen russischen Posten. Nach Sprengung der Höhle konnten 20 Banditen, darunter ihr Stabschef, ein sowjetischer



- Oberleutnant, gefangengenommen werden. Mehrere Maschinengewehre und Munition wurden erbeutet. Im Gelände zwischen Bandsan und Kurtluk erfolgten in den Abend- und Nachtstunden vielfach Landungen von sowjetischen Flugzeugen, die dort den Nachschub für die Banditen aufrecht erhalten.

Im Bereich der Einsatzgruppe D wurde im Raume nördlich Werchne Bakanskaja - EK 10 a - in der Nacht zum 17.11. vom EK in Zusammenarbeit mit Gendarmerie ein Bandenunternehmen durchgeführt. 2 verlassene Bandenlager wurden vernichtet. Keine Verluste. Weiter erfolgte am 19. und 20.11. unter Beteiligung EK 10a ein grösseres Bandenunternehmen der Wehrmacht im Raume südostwärts Gestagejeskaja. Dabei wurden 6 stark ausgebaute Winterlager zerstört und grosse Vorräte an Lebensmitteln und Munition erbeutet. Der Gegner verlor 18 Tote und eine nicht feststellbare Zahl Verwundeter. Eigene Verluste: 5 Tote und 4 Verwundete.

Fallschirmspringer, Sabotage usw.

Nach Aussagen eines im Gebiet der Einsatzgruppe B festgenommenen Fallschirmspringers befindet sich in Moskau in sogen. Villenviertel, das am Ufer der Moskwa liegt, eine Ausbildungsschule für Einsätze im besetzten Gebiet. Zur Schule gehören 3 villenartige Gebäude. Der Leiter der Schule ist ein Major. In einem zehntägigen Lehrgang werden die Teilnehmer mit der russischen MP, Karabiner und Handgranate sowie in der Anwendung des Sprengstoffes "Tol" (Trinitoluol?) bei Brücken- und Gebäudesprengungen vertraut gemacht. Die Fallschirmspringer hatten die Anweisung, sich nach dem Absprung und Landung auf dem Boden durch Klopfzeichen - Eisen gegen Eisen- und Zurufe der Buchstaben "P" und "A" zu verständigen und zu sammeln.

Aus den Angaben eines anderen Fallschirmspringers ist hervorzuheben, daß jeder Führer einer Gruppe, in der Regel ein Leutnant, eine Geheimmine mit sich führt. Sie ist angeblich in einem 30 x 25 x 15 cm grossen Holzkasten eingebaut, mit einer 50 cm langen Zündschnur versehen und für Sprengungen an Bahnanlagen bestimmt. Durch die geringste Berührung bei einem Ausbau der Mine soll eine besonders hochexplosive Sprengkapsel entzündet und die Mine zur Explosion gebracht werden.

Ferner sollen die Fallschirmspringer mit einem Gewehr ausgerüstet gewesen sein, das an der Laufmündung mit einer metallenen Vor-



richtung und einer Gummiröhre versehen ist. Dadurch soll der Abschußknall des Gewehres völlig unhörbar sein. Nach 80 Schuss soll die Gummiröhre gewechselt werden müssen.

Ein verstärkter Einsatz von Fallschirmspringern ist bei der Einsatzgruppe A festgestellt worden. Die Aufträge lauten vor allem auf Störung deutscher Aufmarschbewegungen durch Sabotageakte und Sprengungen. Auch der Abwurf sogen. Propagandatrupps wird gemeldet.

Am 12.11.42 wurden auf den Bahnstrecken Podbrodzie-Postawy und Wilno-Minsk je eine Mine gefunden, die ohne Schaden zu verursachen, ausgebaut werden konnten.

In der Berichtszeit waren mehrere Fälle von Eisenbahnsprengungen und Zugentgleisungen zu verzeichnen, die z.T. Todesopfer und schweren Schaden zur Folge hatten.

Die Strecke Kiew-Moskau ist in der letzten Zeit zwischen den Bahnhöfen Brevary und Bobrik 10 mal gesprengt worden.

Im Kdr.-Bereich Shitomir wurde ein Zug, der bei Choladniki nordostwärts Kalinkowitschi auf eine Mine gefahren war, von etwa 30 Banditen beschossen.

Bei Rpiliki, Kdr.-Bereich Tschernigow, wurde ein NKWD-Agent, 1 sowjetischer Oberleutnant und 1 Feldwebel festgenommen, die Sprengstoffanschläge auf Dienststellen der Wehrmacht vorbereitet hatten.

Nach Aussagen eines übergelaufenen russischen Oberleutnants besitzt die russische Luftwaffe ausser den bereits bekannten Drehbleistiften mit Sprengkörpern folgende Gegenstände, die an und hinter der Front abgeworfen werden sollen:

- 1) Zigarettenetuis; beim Öffnen der Etuis erfolgt Detonation,
- 2) Taschenuhren; beim Versuch, die Uhr aufzuziehen, erfolgt Detonation,
- 3) Frösche in erdgrauer Färbung; Detonation beim Druck auf den naturgetreu nachgebildeten Körper.





H3453 - 0048

3943-PS
564

-3-

B. Lebensgebiete.

=====

Allgemeine Lage und Stimmung im Reichskommissariat Ukraine.

Als stimmungsbeeinträchtigende Faktoren stehen den Meldungen zufolge nach wie vor die Ernährungslage, die Versorgung der Bevölkerung mit Brennmaterialien für die Wintermonate und das Problem des Arbeitseinsatzes im Reich im Vordergrund weiterer Bevölkerungskreise.

Wegen der Ernährung und Lebensmittelversorgung im Winter ist die Bevölkerung im allgemeinen stark in Besorgnis. Während die vorübergehend verbesserte Versorgungslage die Sorgen vor dem kommenden Winter zeitweilig zurückdrängte, treten sie mit dem Abflauen der Zufuhr zusätzlicher Nahrungsmittel wie Gemüse usw. wieder stärker in Erscheinung (Kiew, Rowno, Tschernigow, Dnjepropetrowsk).

Die Ernährungssorgen der Bevölkerung gelten insbesondere für die Städte, während dies auf dem Lande nicht in demselben Masse der Fall ist. So wird aus den landwirtschaftlichen Bezirken der Generalbezirke Rowno und Kiew berichtet, dass der günstigere Verlauf und gute Ertrag der diesjährigen Ernte sich stimmungsmässig in Kreisen der Landbevölkerung gut ausgewirkt habe und diese dem kommenden Winter mit einer gewissen Ruhe entgegenehe.

Neben der die Stimmung herabdrückenden schwierigen Ernährungslage und den mit dem Arbeitseinsatz im Reich zusammenhängenden Fragen ist es insbesondere die Sorge um ausreichendes Brennmateriel, dass die Bevölkerung mit Befürchtungen in den beginnenden Winter gehen lässt. Aus Charkow wird gemeldet, dass sich die Sorge um Heizmaterial bis zur offenen Angst verstärkt hat. Während in dem letzten Winter noch Vorräte vorhanden gewesen seien und die Möglichkeit bestanden hätte, aus den zerstörten Häusern Holz zu beschaffen, stünde die Bevölkerung jetzt vor dem Nichts. Auch in Kiew und Dnjepropetrowsk spielt die Frage des fehlenden Brennmateriels in der Bevölkerung eine wesentliche Rolle.

Nach wie vor blüht im Zusammenhang mit den Versorgungsschwierigkeiten der Tausch- und Schleichhandel. Die Meldungen aus dem Shitomirer Bereich lassen erkennen, dass ein Teil der Bevölkerung sich für den kommenden Winter auf allen möglichen Wegen Nahrungsmittel zu beschaffen versucht. Auch in Kiew und Rowno versorgen sich breite Bevölkerungskreise weitgehendst durch den Schleichhandel. Diese allgemeine schwierige Versorgungslage wird von Spekulanten aller Schichten durch Forderungen geradezu unsinniger Preise ausgenutzt. Wenn schon bei den täglichen Bedarfsartikeln hohe Preise gefordert werden, so gilt das in einem noch höheren Masse für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

In den judenfreien Orten machte sich den Berichten zufolge ein rapides Sinken der Preise im Schleichhandel bemerkbar.

In der in gleicher Stärke auch weiterhin auftretenden Gerüchtebildung nehmen die Lebensmittelversorgung, die militärische und politische Lage einen breiten Raum ein. So wurden in Dnjepropetrowsk zahlreiche Gerüchte in Bezug auf die Ernährungslage verbreitet, z.B.:

Die Brotration würde auf 200 Gramm herabgesetzt, den Invaliden und Arbeitslosen würde das Brot überhaupt gestrichen, die hierfür verantwortliche Abteilung der ukrainischen Hilfsverwaltung habe Wichtigeres zu tun, als sich der Versorgung der Bevölkerung anzunehmen, nämlich ihre "Selbstversorgung" sicherzustellen.

Weiterhin laufen über die militärische und politische Lage in allen Bereichen die verschiedensten Gerüchte u. Stimmen aus der Bevölkerung in Dnjepropetrowsk behaupten, die militärische Macht der Sowjets sei weitaus grösser als die deutsche. Das deutsche Heer befinde sich in den "letzten Atemzügen" und verfüge über keine Menschen und Waffen mehr zur Kriegführung. Ebenso stehen Gerüchte über einen bevorstehenden Waffenstillstand an der Ostfront im Mittelpunkt. Sie verbreiteten sich in den verschiedensten



Variationen wie ein Lauffeuer innerhalb der gesamten Bevölkerung.

Eine Quelle laufender Mißstimmung ist die Werbung für den Arbeitseinsatz im Reich und alle damit zusammenhängenden Fragen. Freiwillige Meldungen zum Arbeitseinsatz sind so gut wie gar nicht zu verzeichnen. Neuerdings wird seitens der Bevölkerung, wie aus Kiew, Dnjepropetrowsk, Rowno, Tschernigow gemeldet wird, immer auf die angebliche schlechte Behandlung der Arbeiter im Reich und die ungenügende Verpflegung hingewiesen. Die Ostarbeiter im Reich würden, wie durch Briefe und zurückgekehrte arbeitsunfähige Kräfte bekannt wird, nicht einmal den Polen gleichgestellt (Kiew). Aus dem Bereich Tschernigow wird gemeldet, dass zurückgekehrte Arbeiter die Lage in der Ukraine in Deutschland sehr schlecht beurteilen. Obgleich diese Rückkehrer wohl kaum zu den positiven Kräften gewertet werden können, lässt sich nicht vermeiden, dass allen diesen mündlichen Berichten gern geglaubt wird. Es wird deshalb von aufbauwilligen ukrainischen Lehrkräften geäußert, dass man positive Briefe von Angehörigen, die in Deutschland beim Arbeitseinsatz sind, nicht nur faksimiliert zu Plakaten verwenden, sondern dass man sie vom Bürgermeister während einer Dorfversammlung vorlesen lassen solle. Auch aus Dnjepropetrowsk liegen Meldungen vor, dass in der Bevölkerung über die schlechte Behandlung der Arbeiter im Reich und die ungenügende Verpflegung geklagt wird. Z.T. wird in der Bevölkerung die Behauptung aufgestellt, dass sich die Aushebungen für den Arbeitseinsatz im Reich in keiner Weise von den gefürchteten Verschleppungen zu Zeiten der Sowjets unterscheiden.

Allgemeine Lage und Stimmung in den Operationsgebieten.

Eine starke Beunruhigung in der gesamten Stadt Kursk sowie auch der ostwärts Kursk liegenden Landbevölkerung haben die in letzter Zeit durchgeführten Befestigungsarbeiten her-





vorgerufen. Eine Reihe von Gerüchten, die vorsätzlich durch die bolschewistische Flüster- und Schriftpropaganda hervorgerufen wurden, waren im Umlauf. Zu der Stimmungsverschlechterung trug vor allem auch die schlechte wirtschaftliche Lage bei; u.a. hat die letzte behördliche Massnahme zur Beschlagnahme sämtlicher Lebensmittel, die durch die Landbevölkerung nach Kursk zum Markt gebracht wurden, grosse Unzufriedenheit hervorgerufen. Die zur gleichen Zeit durchgeführte Erfassungsaktion der Volksdeutschen gab ebenso den Anlass zu weiteren Gerüchten.

Das Schicksal der aus Woronesch Evakuierten, die massenweise in Kursk und Umgebung auftä^uchten, begünstigte weiterhin die Arbeit der feindlichen Propaganda. In den letzten Wochen sind diese Gerüchte jedoch verstummt und die Nervosität der Bevölkerung hat nachgelassen. Die verhältnismässig gute Belohnung der bei den Befestigungsanlagen Beschäftigten (15 Rubel und 500 g Brot pro Tag) haben dazu wesentlich beigetragen.

Wesentlich schlechter als bei der übrigen Bevölkerung ist die Stimmung in Kreisen der russischen Intelligenz, vor allem unter Lehrern und Studenten. Diese Kreise sprechen die Vermutung aus, dass sie die Schule gegen eine Arbeitswerkstätte eintauschen müssen. Auch bei den Personen, die stets feindlich gegenüber dem Kommunismus eingestellt waren, macht sich eine starke Unzufriedenheit bemerkbar. Die Anordnung, dass nur Volks- und Fachschulen zugelassen werden, trägt weiterhin zur Verschlechterung der Stimmung dieser Kreise bei. Vor allem lässt sich eine starke Abneigung gegen den Arbeitseinsatz im Reich feststellen. Die Gerüchte über das Schicksal der russischen Arbeiter im Reich sind verschieden, überwiegend aber sind sie negativ. Die deutsche Propaganda wird auf diesem Gebiet gegenüber der feindlichen als stark unterlegen bezeichnet, obwohl sie mit vielem Schrift- und Bildmaterial arbeitet. Man weist darauf hin, dass eine aus dem Altreich durch-

sickernde Nachricht eines Kursker Arbeiters stärker wirkt als Hunderte von Plakaten. Von der Intelligenz haben sich bisher die Ärzte am besten bewährt. 80 Ärzte haben z.B. unentgeltlich ihre Arbeit zur Betreuung der Zivilkrankenhäuser zur Verfügung gestellt. Bedeutend besser stellt sich die Stimmung der Landbevölkerung dar, jedoch ist sie in Gegenden, in denen im vergangenen Winter die Kampfoperationen andauerten und so auf dem Gebiete der Landwirtschaft noch verhältnismässig wenig geschafft wurde, schlechter als in den übrigen Teilen des Kursker Gebietes. Die Hoffnung auf zukünftiges z.T. auch schon realisiertes Privatrecht ist der wichtigste Stimmungsfaktor bei der Landbevölkerung.

Propagandawesen in der Ukraine.

Für das Gebiet der Propaganda gilt im wesentlichen auch jetzt noch die in den vorhergegangenen Meldungen Nr. 24 und 25 ausführlich dargelegte Situation. So wird aus Rowno berichtet, dass die feindliche Flüsterpropaganda nach wie vor sehr aktiv sei und einen grossen Teil der Bevölkerung in starkem Masse beeinflusse. Dabei werde das langsamer werdende Vordringen der deutschen Truppen im Südabschnitt der Front im besonderen Masse herausgestellt und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass die deutschen Armeen am Ende ihrer Kräfte seien. Auch im Shitomirer Bereich ist den Meldungen zufolge die gegnerische Flüsterpropaganda, die im wesentlichen von den Banden ausgeht, noch ganz erheblich im Gange. Mit Rücksicht auf die wenig vorhandenen Zeitungen, die auf das Land kommen, dort aber mit Interesse gelesen werden, wird aus dem Shitomirer Bereich der Vorschlag gemacht, wenigstens an den Markttagen die neuesten Ereignisse durch Lautsprecher in ukrainischer Sprache bekannt zu geben, zumal Versuche deutscher Dienststellen, die deutschen Wehrmachtberichte zu übersetzen und der Bevölkerung mittels Rundfunkgerät bekannt zu geben, gezeigt hätten, dass die Bevölkerung mit grossem Interesse daran Anteil nähme.



H3453 - 0052



H3453 - 0053

3943-PS
569

-13-

Die deutschen Dienststellen sind nach vorliegenden Meldungen sehr bemüht, trotz der entgegenstehenden technischen und organisatorischen Schwierigkeiten und Hemmnisse immer wieder Neuerungen zu finden, um die Bevölkerung propagandistisch zu beeinflussen. So stellten die ausgehängten Wehrmachtberichte in grösseren Städten im Rownoer Bereich eine Neuerung dar, die Interesse bei der einheimischen Bevölkerung finde. Besonders gelte dies auch für die mit Fähnchen besteckten Karten über die Frontlage. Vom Generalkommissar in Rowno ist ferner als neues Propagandamittel ein Informationsdienst geplant, der die Behandlung aller Fragen des täglichen Lebens, Darlegung der geplanten und getroffenen Massnahmen, usw. vorsieht und in etwa 10 000 Exemplaren erscheinen soll.

Auch aus Charkow wird berichtet, dass die Propagandastellen lebhaft bemüht sind, der Bevölkerung über das Mass des allgemein Propagandistischen hinaus Neues zu bieten. So ist im Oktober eine Ausstellung "Nieder mit dem Bolschewismus" eröffnet worden, die in Gemeinschaftsarbeit von der Propagandastaffel mit dem Bildungsamt der Stadt Charkow und der Gesellschaft "Prowita" erstellt wurde. In der Ausstellung waren Abteilungen für Kunstbolschewismus, volkswirtschaftliche Fragen, Fragen des Gesundheitswesens und der Jugenderziehung zu sehen. Die Grundtendenz der Ausstellung war, die sowjetische Entartung, Scheinfortschritte und Agitationsmittel gesunden und erstrebenswerten Verhältnissen gegenüber zu stellen.

Auswirkungen deutscher Spielfilme in der Ukraine.

Die deutschen Spielfilme werden von der Bevölkerung gern gesehen und auch als Beispiel deutscher Leistung und deutscher Kultur.

schen Könnens anerkannt. Die Meldungen heben jedoch hervor, dass sie zum grössten Teil nicht die deutsche Wirklichkeit und eine Schilderung des deutschen Gemeinschaftslebens erkennen lassen. Die Filme seien ^{grösstenteils} zu eintönig, zu flach und zu gleichartig. So seien, wie aus Kiew berichtet wird, im Laufe eines halben Jahres nur drei bessere Filme, nämlich "Trenck der Pandur", "Robert Koch" und "Der Postmeister" gezeigt worden. Sonst hätten fast immer Liebeskomödien oder Gesellschaftsstücke auf dem Programm gestanden. Die Bar- und Hotelszenen, elegante Wohnungseinrichtungen, feudale Landsitze, teure Autos, vornehme Kleider, wie sie in den meisten Filmen vorkommen, vermögen dem Ukrainer kaum ein Bild deutschen Lebens zu vermitteln, schienen vielmehr der sowjetischen Agitation Recht zu geben, dass in Deutschland tatsächlich eine kapitalistische Lebensweise herrsche. Auch wurde es für taktisch falsch gehalten, durch solche Filme der Bevölkerung einen übertriebenen Lebensstandard vor Augen zu führen (Rowno, Charkow). Einem Bericht aus Charkow zufolge gehen die Wünsche der ukrainischen Bevölkerung dahin zu wissen, wie sich das alltägliche Leben eines deutschen Volksgenossen wirklich abspielt, um feststellen zu können, ob und wie sich die von der deutschen Propaganda verbreiteten Grundsätze nationalsozialistischer Lebensführung im Dasein des deutschen Durchschnittsmenschen tatsächlich auswirken. Auch in einer Meldung aus Kiew wird darauf hingewiesen, dass bei der Auswahl der Filme eine grössere Sorgfalt schon in Deutschland vorgenommen werden müsste. Nachdem zur Zeit der bolschewistischen Herrschaft die Filme zu einem hohen Prozentsatz irgendeinen propagandistischen oder tendenziösen Hintergrund hatten, würden heute Filme gezeigt, die inhaltlich irgendeine belanglose Liebesgeschichte aufwiesen. Wie aus Kiew noch berichtet wird, hätten die ersten deutschen Filme die Zuschauer dadurch verblüfft, dass ihnen jede Agitation fehlte. Auch aus Charkow wird ähnliches

gemeldet. Z.B. sei man erstaunt, dass der Gruss "Heil Hitler" fast überhaupt nicht in deutschen Filmen vorkomme.

Zur Situation der fremdvölkischen Jugend im Charkower Bereich.

Die Jugendlichen der Stadt Charkow waren bis vor kurzer Zeit so gut wie sich selbst überlassen. Im Sommer 1942 zeigte sich daher folgendes Bild: Etwa 20 bis 25 % aller Jugendlichen standen in einem vollen oder wenigstens in einem Teilarbeitsverhältnis. Diese Gruppe gab im allgemeinen zu Besorgnissen keinen Anlass. Wenigstens 75 % waren auf die Betreuung und Erziehung durch Eltern und Vormünder angewiesen. Schulunterricht fand noch keiner statt, von offizieller Seite her bekümmerte man sich nur um Kleinkinder (bis zu 4 Jahren), die in Kinderheimen untergebracht sind und um elternlose Kleinkinder, für die einige Kinderhäuser eingerichtet worden waren. Selbstverständlich wurden aber nicht alle erziehungs- und betreuungsbedürftigen Kinder erfasst, die Auswahl war infolge der beschränkten Unterbringungsmöglichkeiten weitgehend dem Zufall überlassen.

Nur ein geringer Teil aller Jugendlichen wurde einigermaßen von zu Hause aus erzogen und versorgt, nach zuverlässigen Schätzungen handelt es sich hierbei um höchstens 10 % der Gesamtzahl. Die Hauptmasse der Jugendlichen war somit ohne regelmässige oder überhaupt ohne jegliche häusliche, amtliche oder berufliche Erziehung. Gründe für Lockerungen des Familienlebens waren: Tod oder Krankheit der Eltern, auswärtige Arbeit der Eltern, Aus- und Nachwirkungen sowjetischer Erziehungsmethoden, günstige Möglichkeiten zu ehrlichem oder unehrlichem Nebenerwerb.



Da Waisenkinder nur zufällig und in ganz geringer Menge in den Kinderhäusern untergebracht wurden konnten, blieben sie in der Regel sich selbst überlassen. Mindestens ebenso gefährdet waren die Jugendlichen, die von kranken, unversorgten Eltern auf Geld- und Nahrungssuche geschickt wurden. Aus Furcht vor Strafe entwickelte sich diese Gruppe zu besonders gefährlichen Dieben und Betrügern.

Es erscheint kaum glaubhaft, mit welcher Leichtigkeit vielfach Mütter ihre Kinder aufgeben (es handelt sich stets um Frauen, deren Männer nicht anwesend, also arbeitsvermittelt, verschleppt oder gestorben sind). Zur Kennzeichnung werden zwei Beispiele aus amtlichen Unterlagen angeführt:

Eine Frau bringt 3 minderjährige Kinder dem Fürsorgeamt der Stadtverwaltung, weil sie sich nicht mehr um sie kümmern könne, da sie ausserhalb von Charkow Arbeit aufgenommen habe. Die Wohnung hatte sie aufgegeben und einige wenige Habseligkeiten der Kinder in ein Tuch gepackt und mitgegeben. Eine 35-jährige Frau, die zum Arbeitseinsatz in das Reich vermittelt worden ist, liess ihre 4 Kinder im Alter von 10, 12, 14 und 16 Jahre ohne Ausweise und jegliche Mittel, nur mit dem Notdürftigsten bekleidet, auf dem Marktplatz stehen. Durch einen Zufall wurde dieser einzelne Fall bekannt, es kann mit Sicherheit auf eine Vielzahl solcher Fälle geschlossen werden. Diese unmütterliche Haltung der Frauen wird auf sowjetische Agitation zurückgeführt, die eine weitgehende Gültigkeit hinsichtlich familiärer Bindungen entstehen liess.

Zu den sowjetischen Erziehungsmethoden ist zu bemerken, dass alle ihre Gefahren, Mängel und Unrichtigkeiten, bei den der erstrebten Selbständigkeit überlassenen Jugendlichen sich voll auswirken konnten, während die auch in der Sowjetzeit vorhandene gewisse Ordnung, wie z.B. die Erfassung durch die Schule, fortgefallen ist.



Die Verlockung für den Jugendlichen, Geld oder Waren zu verdienen, z.T. auf recht einfache Weise, ist sehr gross. Tausende von Kindern beschäftigen sich mit Koffertransport (sie haben sich dafür kleine Wägelchen zurechtgezimmert), mit Kauf und Verkauf sämtlicher nur erdenklichen Waren, besonders Lebensmittel, Genussmittel und einfacherer Wertgegenstände. Brennpunkte dieser jugendlichen Geschäftemacher sind der Platz vor dem Bahnhof und die 2 Charkower Märkte. Bei älteren weiblichen Jugendlichen greift die geheime Prostitution stetig um sich. Diebstähle, Einbrüche, besonders in Wohnungen, deren Besitzer auf Arbeit sind, oder in alleinstehenden Häusern und in Gärten (Obst, Gemüse), Verlockung von Wehrmachtangehörigen zu Falschspielen (z.B. schwarz gewinnt - rot verliert ua.) sind an der Tagesordnung. Bandenbildungen waren und sind zur Zeit noch Ausnahmen. Vornehmlich werden sie verhindert durch die Furcht vor scharfem Zupacken. Im kommenden Winter sind, falls eine Verschlechterung der Versorgungslage eintritt, und die abgestrebte Erfassung der Jugendlichen nicht in gewünschtem Ausmasse Erfolg hat, Bandenbildungen jugendlicher zu befürchten.

Zusammengefasst ergibt sich folgendes Bild:

20 - 25 % der Jugendlichen stehen in Arbeit, 10 % werden von Haus aus erzogen und betreut, einige wenige Prozent werden amtlicherseits erfasst und versorgt. Die Masse der Charkower Jugendlichen treibt sich in der Stadt und auf dem Lande umher, verrichtet, Gelegenheitsarbeit, stiehlt oder treibt unehrliche Geschäfte. Die absolute Zahl der als unbedingt gefährdet anzusehenden Jugendlichen, soweit nicht schon von einer ausgesprochenen Verwahrlosung geredet werden kann, beträgt mindestens 12 000 Kinder und Halbwüchsige.

Die deutsche Führung hat in Zusammenarbeit mit der Stadt-



H3453 - 0057

verwaltung verschiedene Vorschläge überprüft, die darauf abzielten, den bestehenden Zustand zu beseitigen und der zu erwartenden Vergrößerung der Verwahrlosung im kommenden Winter vorzubeugen. Von den nächstliegenden Massnahmen, wie Arbeitslager, Zwangsarbeit u.ä., kamen die Stellen ab. Es wurde lediglich zweierlei beschlossen, von dem man sich einen recht weitgehenden Erfolg verspricht. Das ist einmal die Eröffnung der unteren Volksschulklassen, womit erreicht wird, dass die Kinder vom 8. bis zum vollendeten 11. Lebensjahr wenigstens schulisch betreut und erzogen werden, und zum anderen die Erfassung der männlichen Jugendlichen von 14 - 17 Jahren in Lehrbetrieben, Betriebsschulen und ähnlichen Einrichtungen. Vorausgesetzt, dass diese zweite Massnahme auch tatsächlich alle in Frage kommenden erfasst, bleiben immer noch die 12 oder 13-jährigen ohne Beaufsichtigung und Beschäftigung.

Die Planung sieht im wesentlichen vor: Soweit noch nicht vorhanden, werden Lehrbetriebe, Betriebsschulen, Fachschulen u.a. wiederhergestellt oder neu geschaffen. Alle Jungen von 14 - 17 Jahren, die keine feste (registrierte) Arbeit haben oder sonstwie in deutschen Dienststellen beschäftigt sind, müssen sich an bestimmten Tagen, nach Bezirken geordnet, eintragen lassen. Die Mehrzahl ist bereits erfasst worden. Nach Beratung durch Fachleute wird dem Einzelnen unter möglicher Berücksichtigung persönlicher Wünsche eine Lehrstätte zugewiesen. Er wird dort gepflegt und erhält, soweit er praktische Arbeit zu verrichten hat, auch Entlohnung. Wer sich zu den festgesetzten Terminen nicht meldet, wird zwangsweise unter Bestrafung herangeholt.



Wirtschaftliche Lage in der Ukraine.

Die Herbstbestellung wurde nach den vorliegenden Berichten in der Ukraine wie vorgesehen durchgeführt. Die anhaltende Trockenheit hat aber die Keimfähigkeit des Saatgutes sehr beeinträchtigt. Die frühbestellten Herbstsaaten auf guten rachen zeigen einen günstigen Stand, während die Saat auf Stoppel sehr abfällt und bei einem strengen Winter nicht ohne Ausfälle bleiben dürfte. Im Generalbezirk Kiew wird von einem schlechten Saatenstand gesprochen. Grosse Teile der Aussaat sind entweder noch nicht aufgegangen oder weisen grosse Lücken auf. Auch im Gebiet Poltawa ist ein schlechter Stand der Wintersaaten festzustellen. Über 30 % der bestellten Flächen haben einen ungünstigen Stand.

Die äusserst angespannte Transport- und Verkehrslage tritt besonders auf dem Ernährungssektor nachteilig in Erscheinung. Nach den vorliegenden Meldungen könnten die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in weit grösserem Umfange erfasst werden, wenn genügend Transportmittel, wie Kraftfahrzeuge und Panjewagen zur Verfügung stünden. Da die vorhandenen Kraftfahrzeuge und Panjewagen zur Bewältigung der Transporte keineswegs ausreichen, müssen die verantwortlichen Stellen immer so disponieren, dass die Transportkolonnen dort zum Einsatz gelangen, wo die Abfuhr bestimmter Güter besonders vordringlich erscheint. Letzteres traf in den vergangenen Monaten für die Getreideabfuhr zu. Dadurch mussten andere ernährungsmässig gesehen auch wichtige Fahrten unterbleiben. Die Folge davon war, dass grosse Mengen an Eiern, Gemüse, Obst, Butter usw. dem Verderb anheim gefallen sind. Nicht nur der Mangel der Kraftfahrzeuge wirkt sich nachteilig aus, sondern auch die Tatsache, dass die vorhandenen Fahrzeuge sehr oft verbraucht und reparaturbedürftig sind und



den täglichen Einsatz bei den schlechten Wegeverhältnissen nicht aushalten. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise aus dem Bezirk Tschernigow bekannt, dass dort vor einiger Zeit durch den Ausfall der Stralo (Strassenlastkraftwagenorganisation) viele landwirtschaftliche Erzeugnisse leicht verderblicher Art über eine Woche lang nicht abgefahren werden konnten. Die alte Kolonne der Strale war abgerückt, bevor die neue Kolonne einsatzbereit zur Verfügung stand. In einem anderen Falle konnte eine grössere Menge Eier nicht abtransportiert werden, weil sich die Stralo darauf berief, dass der Abtransport die Möglichkeit einer Bahnverladung hätte. Da jedoch die Bahn grundsätzlich nur mit Fahrtnummer befördert, bis zu deren Erteilung etwa 6 - 10 Tage vergehen, wird es bei saisonmässig auftretenden grösseren Mengen an Butter, Eiern, Gemüse usw. für erforderlich angesehen, dass eine grössere Anzahl von Kraftfahrzeugen einsatzbereit ist. Die örtlichen Stellen sind allgemein bestrebt gewesen, die schwierige Transport- und Verkehrslage nach Möglichkeit durch Ausnutzung jedes irgendwie gangbaren Transportweges zu beheben. So wurden selbst die Flussläufe durch den Einsatz von Schiffen weitestgehend für den Transport von Lebensmitteln ausgenutzt.

Aus dem Generalbezirk Dnjepropetrowsk wird in diesem Zusammenhang ein Beispiel bekannt, dass die schwierige Lage auf dem Transportsektor besonders herausstellt. Es handelt sich dabei um ein verkehrstechnisch sehr benachteiligtes Gebiet nördlich von Dnjepropetrowsk, in dem sich weder eine Bahnlinie, noch eine feste Strasse befindet, sondern lediglich die äusserste Ecke des Gebietes von einer zur Zeit nicht in Betrieb befindlichen Bahnlinie gestreift wird. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse dieses Gebietes müssen zum weitaus grössten Teil nach Dnjepropetrowsk gebracht werden. Die Transportentfernungen bis zur Verladestation Dnjepropetrowsk betragen von den einzelnen Erzeugungspunkten 54 - 130 km. Das Gebiet ist rein landwirt-



schaftlich und hat teilweise guten Schwarzerdeboden. Trotzdem das Gebiet vor nicht allzu langer Zeit noch durch die Operationen der Wehrmacht berührt wurde, sind bereits folgende landwirtschaftliche Produktionsziffern erreicht worden:

1) Getreide, Soja-Bohnen und Buchweizen	24 000 t
2) Sonnenblumenkerne	20 000 t
3) Spezialkulturen (Kampfer usw.)	4 000 t
4) Kartoffeln	16 000 t
5) Gemüse und Obst	10 500 t
6) Heu und Stroh	7 000 t
zusammen	81 500 t

Ausserdem müssen

130 000 Hühner
5 390 000 Eier
5 000 Schweine
430 t Wolle, Honig und Butter

abtransportiert werden. Es muss daher für das Jahr 1942 eine Gesamtziffer von etwa 85 000 t landwirtschaftlicher Produkte zugrundegelegt werden.

Für den Abtransport stehen nur Panjewagen und Stralo-Kolonnen zur Verfügung. Der Bestand an Panjewagen ist jedoch stark zusammengeschrumpft. Tatsächlich vorhanden sind im ganzen Gebiet nur noch 1 250 Stück, obwohl ein Sollbestand von mindestens 6 000 Stck. angenommen werden müsste, wenn alle Feldarbeiten reibungslos durchgeführt werden sollen. Von den vorhandenen 1 250 Stck. können aber regelmässig etwa nur 25 %, d.h. 300 Stck, wirklich zum Transport verwendet werden; die übrigen werden für die Feldarbeit benötigt. Im übrigen ist der Einsatz der Panje-Wagen nur für kürzere Zufuhrstrecken, also vom Erzeugungspunkt (Gemeinwirtschaft) zum Getreidepunkt oder Notpunkt (Behelfs-Getreidelager) möglich. Für einen regelmässigen Transport nach der Verladestelle Dnjepropetrowsk fallen die Panjewagen überhaupt aus. Stralo-Kolonnen aus Dnjepropetrowsk sorgen schon seit Monaten ununterbrochen im täglichen Einsatz für den Abtransport. Darüber hinaus wurde noch zusätzlich eine



Kompanie einer Transporteinheit mit 100 Fahrzeugen im Kreisgebiet stationiert. Unter Zugrundelegung der seit 1.8.42 abgefahrenen Mengen ergibt sich eine Durchschnittsabfuhrleistung durch Stralo-Kolonnen und sonstige Kraftfahrzeuge von täglich 80 t. Im günstigen Falle können in dem bis zur nächsten Ernte (1.8.43) verbleibenden Zeitraum an etwa 150 Tagen Transporte mit Kraftfahrzeugen durchgeführt werden. Während der übrigen Tage sind Transporte durch Witterungsverhältnisse (Schneeverwehungen, Schlammperioden usw.) unmöglich. Es können also bis zur neuen Ernte im günstigsten Falle abgefahren werden.

$$150 \text{ (Tage)} \times 80 \text{ t} = 12\,000 \text{ t.}$$

Daraus ergibt sich die Tatsache, dass nicht weniger als 73 000 t landwirtschaftlicher Produkte nicht der deutschen Ernährung zugeführt werden können, weil die Transportmittel fehlen (das ist der Jahresbedarf einer Großstadt wie Dresden).

Wenn sich die Transportlage nicht gründlich bessert, kann die Ernte 1943, die wesentlich höher als 1942 sein wird, nach den vorliegenden Meldungen nicht eingebracht werden, weil alle Lagerräume dann noch aus der alten Ernte vollständig gefüllt sind. Da ohnehin ein grosser Teil der Getreidernte wegen Mangel an geeigneten Lagerräumen in Notpunkten und sogar auf freiem Felde gelagert werden muss, ist bis zur nächsten Ernte nach bisherigen Erfahrungen mit einem Verderb von mindestens 25 % d.s. rund 18 000 t zu rechnen.

Wenn die angegebene Gesamtmenge von 85 000 t bis zum 1. August 1943 abgefahren werden soll, müssten in den 150 möglichen Verkehrtagen täglich 566 t abtransportiert werden. Es wäre also ein täglicher Einsatz von 283 Zweitonnen-Fahrzeugen notwendig. Das ergebe bei einer Durchschnittskilometerzahl von 192 km für Hin- und Rückfahrt einen Treibstoffverbrauch von insgesamt 2 500 000 Liter Treibstoff = 2 500 t (100 km = 30 Liter). Wenn also tatsächlich genügend Fahrzeuge herangeschafft werden könnten - und das müssten mindestens 4 500 Stck. sein, denn ein Drittel muss infolge der schlechten Wege immer als nicht fahrbereit verbucht werden - so würde der Abtransport dennoch an der Treibstofflage scheitern.



H3453 - 0062

Auch in anderen Gebieten der Ukraine ist durch die ungünstige Transportlage die Abfuhr der Erzeugnisse erst nach Wochen möglich gewesen. So haben beispielsweise an einem der heissen Sommermonate in einer Stadt des Generalbezirks Tschernigow wochenlang viele Tonnen Butter gelagert, die aus Mangel an Lastkraftfahrzeugen nicht abgefahren werden konnten. Auch die Verladung mit der Eisenbahn ist durch die Erteilung der Fahrtnummern gerade bei leicht verderblichen Gütern der Ernährungswirtschaft mit Schwierigkeiten verbunden. Anträge auf Erteilung von Fahrtnummern laufen im Durchschnitt 5 - 14 Tage, wobei nicht feststeht, ob Anträge genehmigt zurückkommen. Dem zuständigen LA-Führer ist es in vielen Fällen gelungen, durch Beziehungen zu den örtlichen Dienststellen der Eisenbahn unter Umgehung der Antragstellung die Verladung leicht verderblicher Güter innergebietslich zu bewirken.

Allgemein ist festzustellen, dass das Viehablieferungs-soll nur durch einschneidende Massnahmen erfüllt werden kann. Die Wegnahme der letzten Kuh bei den Bauern ist in vielen Fällen eine zwingende Notwendigkeit. Die Stimmung der Bevölkerung wird dadurch selbstverständlich nachteilig beeinflusst. Aus dem Berichtsgebiet Stalino wird in diesem Zusammenhang bekannt, dass sich dort die Ablieferung besonders hart bemerkbar macht. Die Kuh bedeutet sehr oft die einzige Nahrungsgrundlage der Familie. Hinzu kommt, dass der vergütete Satz für die abgelieferte Kuh etwa 2% des jetzigen Marktwertes beträgt. So werden beispielsweise dem Ablieferer 400 - 600 Rubel für eine erstklassige Milchkuh vergütet. Will der Betreffende jedoch eine Kuh gleicher Güte kaufen, muss er bis zu 25.000 Rubel dafür bezahlen. Die Werbung von Arbeitskräften für den Reichseinsatz ist durch die vom Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz erteilte weitere Auflage in ein neues Stadium getreten. Es sollen demnach bis Ende März 1943 weitere rund 600.000 Arbeitskräfte aus dem Gebiet des



Reichskommissariats Ukraine dem Reich zugeführt werden. Von seiten der Arbeitseinsatzdienststellen aus der Ukraine wird jedoch allgemein die Ansicht vertreten, dass dieses neue Soll nicht erreicht werden kann. Freiwillige Meldungen erfolgen nur in Ausnahmefällen. Die Werbepropaganda wird nach den vorliegenden Meldungen als nicht ausreichend und zweckentsprechend bezeichnet. Der durchgeführte Versuch, bereits im Reich eingesetzte Ukrainer als Werberedner auftreten zu lassen, habe bisher lediglich in Nikolajew einigen Erfolg gebracht. In den übrigen Bezirken begegne man den Rednern mit Misstrauen. Die sowjetische Gegnerpropaganda wirke sich nach wie vor ungünstig auf die Werbung aus. Die ablehnende Haltung der Bevölkerung zum Reichseinsatz ist zum Teil auch darin begründet, dass die Unterstützung für die Angehörigen der im Reich Eingesetzten im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten zu niedrig ist. Hinzu kommt, dass in den Gebieten, in denen die Arbeitseinsatzdienststellen grössere Kontingente an Arbeitskräften für den Reichseinsatz herausholen wollten, durch die Bandentätigkeit die Werbung - soweit nicht eingestellt - nur in engen Grenzen möglich ist. Gerade aus dem wolhynischen Teil der Ukraine sollten bei der vorgesehenen Aktion rund 90.000 Kräfte herausgeholt werden. Die zuständigen Stellen rechnen aber mit einem Misserfolg.

Die Massnahmen der Arbeitseinsatzdienststellen der Ukraine zur Erfüllung des auferlegten Solls bedingen schärfste Eingriffe auch in die in der Ukraine bereits wieder aufgebaute oder noch im Aufbau begriffenen Industrie. Besonders aus dem Generalbezirk Dnjepropetrowsk werden in diesem Zusammenhang Stimmen laut, die besagen, dass, die Inbetriebnahme bzw. der Ausbau der Industrie in dem von den Reichsstellen angeordneten Masse nicht durchgeführt werden kann, wenn das dem Generalbezirk auferlegte Abgabesoll bestehen bleibt. Die im Generalbezirk vorhandenen Arbeitskräfte können, so stellt man heraus, nur der einen oder der anderen Aufgabe zugeteilt werden.



Aus dem Bezirk Tschernigow wird bekannt, dass sich der Widerstand der Bevölkerung bei der zur Zeit in Gang befindlichen Werbung von 12.000 weiblichen Arbeitskräften wesentlich gesteigert hat. Besonders in den bandengefährdeten Rayons führte die feindliche Flüsterpropaganda dazu, dass sich nur ein geringer Prozentsatz der aufgeforderten Frauen und Mädchen an dem Gestellungsplatz einfanden. Die zum Arbeitseinsatz vorgesehenen Frauen und Mädchen verstecken sich und laufen vielfach auch zu den Banden über. Dazu kommt, dass auch männliche Familienangehörige aus Furcht vor Repressalien infolge Arbeitsaufnahmeverweigerung eines Familienmitgliedes sich den Banden anschliessen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass sich ein Mißerfolg in der Werbung in einem Ort sofort in den umliegenden Dörfern auswirkt und ebenfalls zu schlechten Ergebnissen führt. Aus dem Bezirk Tschernigow wird bekannt, dass die dort in der letzten Zeit durchgeführten Werbungen nicht gerade zweckmässig aufgezo-gen worden sind. So sollten aus dem Rayon Tschernigow 3.000 weibliche Arbeitskräfte gestellt werden, das sind etwas weniger als 25% der vorhandenen arbeitsfähigen Frauen und Mädchen, also ein Prozentsatz, der nach Meldung der zuständigen Stellen bei geeigneter Werbung durchaus zu erfüllen sein müsste. Anfang Oktober wurden von zuständiger Seite die notwendigen Anordnungen an die einzelnen Dörfer herausgegeben. Die für die einzelnen Ortschaften festgelegten Zahlen hielten sich aber nicht annäherungsweise an den Satz von 25%. So wurden aus dem Dorf Brussilow 60% der vorhandenen Arbeitskräfte verlangt, von anderen Orten wieder nur 2% oder 3%. Nachstehende Zahlen beleuchten diese unterschiedlichen Anforderungen:



	<u>Zahl der tatsächlich arbeitsf. Frauen:</u>	<u>angeforderte Zahl:</u>
Brussilow	398	248
Klotzschnow	401	239
Ssednew	596	471
Kobiljanka	109	54
Piski	440	25
Terechowna	461	5
Janowka	598	20
Chaljawin	672	33

Diese unterschiedlichen Auflagen haben dazu geführt, dass die Bevölkerung in Aufregung versetzt wurde und die Verärgerung weiter um sich gegriffen hat. In Dobrianka beispielsweise liefen die Frauen und Mädchen bei Erscheinen der Werber über die Grenze des Oblastes in Richtung Gomel. Der Rayon Tschernigow sollte am 7.10. aus seinem Überschuss von 3.000 Personen mindestens den für den 10.10. 1942 vorgesehenen Transport von 2.000 weiblichen Arbeitskräften stellen. Am 9.10.1942 waren im Sammellager jedoch nur insgesamt 237 Frauen und Mädchen eingetroffen, von denen 176 als tauglich ermittelt wurden. Der Transport konnte daher nicht abgefertigt werden. Zum nächsten festgelegten Transport am 14.10. waren bis zum 12.10. ebenfalls nur 781 Kräfte beisammen.



H3453 - 0066

Das NKED hat nach vorliegenden Angaben keinen unmittelbaren Einfluss auf die Lenkung der Wissenschaft genommen. Doch wird auch hier als sicher angenommen, dass sowohl bei den Volkskommissariaten als auch in der "Akademie der Wissenschaften" Fachleute als Vertrauensmänner des NKWD eingebaut waren, die über die im Wissenschaftsbereich tätigen Personen berichteten.

Aus allen Erörterungen geht zusammenfassend hervor, dass die Entwicklung des Schulwesens und besonders der Hochschuleinrichtungen der Sowjetunion gegenüber der zaristischen Zeit ohne Zweifel einen erheblichen Fortschritt darstellte und auch im Vergleich zu den europäischen Kulturnationen als eine Leistung gewertet werden muss. Diese Fortschritte gegenüber der Zarenzeit traten der russischen Bevölkerung so handgreiflich vor die Augen, dass auch ohne die ausgiebige Propaganda, die die Bolschewisten mit den Erfolgen ihrer Kulturpolitik getrieben haben, Anerkennung und sogar ein gewisser Stolz der russischen Bevölkerung natürliche Folge war.

Mit diesem Fragenkomplex vertraute Personen bezeichnen es daher als nicht verwunderlich, dass der deutsche Fragesteller auf seine Frage, was der Bolschewismus dem russischen Volk denn an Positivem gegeben hätte, immer wieder und meist ausschliesslich auf das Bildungswesen verwiesen wird. Selbst Russen, die dem Bolschewismus absolut ablehnend und feindlich gegenüberstehen, äussern gelegentlich einen gewissen Stolz über die heute allgemein verbreitete "Bildung" des russischen Volkes, die dem sowjetischen Schulwesen zu verdanken ist.



3943-PS
584

Z-RV-K.

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-Kommandostab-

Berlin, den 18. XII. 194

Geheim!

3.1.43 ✓
J.A.

2.1.43

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten

Nr. 34

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Reichsraum Wien

Eingelangt 4. FEB. 1943

Z-RV-K. 1320/2-90/43 T

Nur zur persönlichen Unterrichtung.

Der Reichsstatthalter in Wien	
eingel. am	4. FEB. 1943
Z-RB	

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen !



H3453 - 0068



H3453 - 0069

-II-

3943-PS
585

Seite

sind in Krasnodar als dem religiösen Zentrum des Kuban-gebietes heftig aufeinandergestossen. Beide wollten sich der Kontrolle durch die Zivilverwaltung entziehen und eine eigene zentralistische Kirchenverwaltung ins Leben rufen.

Bei den mohammedanischen Bergvölkern wird die freie Religionsbetätigung mit Dankbarkeit empfunden. Die Heeresgruppe erdriete an, das im geschlossenen mohammedanischen Siedlungsgebiet der Freitag - unter Fortfall des Sonntags - als Feiertag zugelassen sei.

B. Lebensgebiete.

Allgemeine Lage und Stimmung im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Nach den letzten vorliegenden Meldungen (Oktober-November) hat sich die allgemeine Lage und entsprechend auch die Stimmung der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Nordkaukasus weiterhin beruhigt und gebessert. Die Aufbauarbeit geht im Hinblick auf die im Nordkaukasus nicht übermässig angetroffenen Zerstörungen - abgesehen von einigen besonders betroffenen Städten - gut voran. Die Sorgen um die Beschaffung von Heizmaterial nehmen in der Bevölkerung in wachsendem Masse zu. In der bäuerlichen Bevölkerung wurde seit der Besetzung die Frage der Landzuteilung und eine entsprechende Lösung oft mit Ungeduld erwartet. Die Belohnung solcher Einheimischen mit Land, die sich Verdienste in der Bandenbekämpfung erworben haben, wirkt sich stimmungsmässig sehr günstig aus. Nach den neuesten Meldungen wurde nunmehr in Woroschilowsk auf einer Kundgebung in feierlicher Form auch für Kaukasien die bekannte neue Agrarordnung für die besetzten Ostgebiete in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aller deutschen Dienststellen sowie von Abordnungen der Bauern Nordkaukasiens und der Bergvölker verkündet.

14-16

Volksdeutsche im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Die Einsatzkommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD haben mit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Operationsgebiet Nordkaukasus gleichzeitig umfassende vorläufige Betreuungsmaßnahmen für die in diesem Gebiet ansässigen Volksdeutschen eingeleitet. Die geringe Zahl, die allzu grosse Streuung und die ungünstigen sozialen Verhältnisse sowie die bei den kleineren Gruppen nur in ungenügendem Maße mögliche soziale und kulturelle Betreuung lassen die Gefahr der fortschreitenden Russifizierung immer noch bedenklich erscheinen. Ein grosser Teil der im Nordkaukasus angetroffenen Volksdeutschen ist nicht dort ansässig, sondern stammt von der Krim und will in die Heimat zurück. Im Zuge der allgemeinen Maßnahmen zur Betreuung der Volksdeutschen erfolgte insbesondere die Versorgung mit Kleidung, bevorzugte Belieferung mit Lebensmitteln, Zuweisung von besseren Wohnungen, ferner wurden an verschiedenen Orten Schulen und Kindergärten eröffnet. Mangel an geeigneten volksdeutschen Lehrkräften macht eine Einstellung von Russinnen, die z.T. die deutsche Sprache beherrschen, notwendig.

16-19

Briefe von evakuierten Volksdeutschen geben in erschreckender Weise Aufschluss über den Leidensweg der im Oktober-November 1941 von den Bolschewisten verschleppten Volksgenossen. Die Evakuierungen erfolgten vornehmlich nach Kasachstan und Sibirien.

Zur Lage der Verwaltung im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Der Aufbau der landeseigenen Gemeindeverwaltungen und Rayonverwaltungen ist in den neubesetzten kaukasischen Gebieten in grossen und ganzen durchgeführt.

Die eingesetzten einheimischen Verwaltungskräfte entsprechen zum Größtteil nicht den fachlichen Voraussetzungen.

Von den deutschen Verwaltungsstellen wird über die Tätigkeit der von Berliner Zentralstellen entsandten Sonderbeauftragten allgemein Klage geführt.

Auswirkung deutscher kultureller Veranstaltungen im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Film.

Der Film steht dank seines verhältnismässig einfachen Einsatzes und dem von der Bevölkerung dafür entgegengebrachten Interesse an der Spitze aller Einwirkungsmöglichkeiten. Dem Einsatz stehen die verschiedensten Schwierigkeiten entgegen wie Zerstörung bzw. Wegbringung der Filmapparaturen, Zerstörung der Lichtspielhäuser durch Kriegseinwirkungen, Ausfall von Filmtheatern durch Truppenbelegung, Strommangel usw. Die Programmgestaltung war von dem verfügbaren Filmmaterial und von den momentan zur Verfügung stehenden Filmen abhängig. Nach den Meldungen war der Einsatz deutscher Filmstreifen bisher noch ungenügend. Es werden zeitnahe synchronisierte Filme oder wenigstens Filmstreifen mit Anbringung russischer Textzeilen im Filmbild gewünscht. Grösste Wirkung und lebhafteste Bewunderung lösen überall und immer wieder die deutschen Wochenschauen aus. Beliebtheit erfreuen sich auch die Ufa-Wochenschauen mit russischem Begleittext. Der Besuch aller Filmvorführungen ist ausserordentlich rege.

Theater.

Das Theaterleben beginnt sich in den nordkaukasischen Städten allmählich wieder zu regen.

Musik.

Ebenfalls als Folge der Stimmungsauflockerung ist auf dem Gebiet der Musik eine Belebung zu beobachten. Die grosszügige Gestaltung bzw. Unterstützung des russisch-ukrainischen Theater- und Musiklebens wirkt sich den Meldungen zufolge recht günstig aus.



Schulwesen im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Der Neuaufbau des russischen Schulwesens im Nordkaukasus ist in vollem Gange. Zunächst wurden die 4-klassigen Volksschulen wieder eröffnet. In der Bevölkerung, stärker noch in der Lehrerschaft, wird immer wieder der Wunsch laut, auch die übrigen Schultypen wieder einzuführen.

24-25

Wirtschaftliche Lage im Operationsgebiet Nordkaukasus.

(Den Ausführungen liegen Meldungen zugrunde, die die Verhältnisse Anfang bis Mitte Oktober behandeln).

26-32

Versorgungslage: Auf Grund eingehender Erhebungen wurde festgestellt, daß die gesamte Versorgung der Wehrmacht nur unter restloser Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten 100-prozentig zu erreichen ist. Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung des Gebietes von Maikop, insbesondere der Erdölgebiete von Apsheronskaja und Chadychenskaja, sind bisher nicht behoben. In den meisten übrigen grösseren Orten findet eine regelmässige Lebensmittelzuteilung an die Bevölkerung statt, die sich allerdings bisher vorwiegend auf die Ausgabe von Brot und Fett beschränkt.

Die Preise sind in der Berichtszeit sowohl für Lebensmittel als auch für Gebrauchsgüter rapide gestiegen. Nach den vorliegenden Meldungen muss die Preisentwicklung, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird, im Winter zu einer Preiskatastrophe führen.

Es ist beabsichtigt, die gesamte Preisgestaltung allmählich unter behördlichen Zwang zu stellen.

Arbeits- und Sozialwesen: Die Arbeitsämter haben in allen grösseren Orten des Einsatzgebietes ihre Arbeit aufgenommen. Sie sind neben der ständigen Vermittlung von Arbeitskräften fortgesetzt mit der Registrierung aller arbeitsfähigen Personen nach Berufsgruppen beschäftigt.

Die Haltung der Bevölkerung zur Arbeit ist nicht immer gleich gut. Der Grund hierfür liegt in der Lohnfrage.

C. Meldungen aus den unbesetzten Gebieten der UdSSR.

Lage in Russisch-Turkestan.

In Russisch-Turkestan wurden die Aushebungen von Männern und Frauen zum Militär- und Hilfsdienst z.T. über die sonst festgelegten Altersgrenzen hinaus durchgeführt. Alle wichtigen staatlichen Posten sind mit Parteimitgliedern besetzt worden.

33-34

Um einen Ausgleich für die verlorengegangenen Getreidegebiete zu schaffen, haben die Sowjets die Anbaufläche von Baumwolle weitgehend zu Gunsten des Anbaues von Getreide zurückgedrängt.

Die Stimmung der Bevölkerung ist durch die angespannte



Logo auf dem Ernährungs- und Wirtschaftssektor bestimmt.
Mit grösseren Aufständen von innen heraus kann jedoch
einstweilen nicht gerechnet werden.

In Lande befinden sich eine grössere Anzahl von Flüchtli-
gen aus den besetzten und gefährdeten Gebieten der SU.

- - -



H3453 - 0072

A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandenunwesen.

Bei der Bandenbekämpfung in Litauen sind durch den Einsatz von Erkundern beachtliche Erfolge erzielt worden.

In den Grenzdörfern des Kreises E i s c h i s k i s wurden die Bauern in der letzten Zeit laufend von Banden in Stärke von 10 - 15 Mann, die aus weissruthenischem Gebiet kamen, beraubt. Die Suchaktionen blieben zunächst ohne Erfolg bis mit Einsatz des Frostes und Schneewetters Angehörige des litauischen Selbstschutzbatt. Wilna als Erkunder in das gefährdete Grenzgebiet geschickt wurden.

Am 4.12. konnte ein Erkunder einen befestigten Bunker im Wald ermitteln. Kurz entschlossen organisierte der Selbstschutzmann, der in der Gegend beheimatet ist, einen kleinen Stoßtrupp, mit dem er am 5.12. den Bunker angriff. Der Stoßtruppe war mit 5 Gewehren und 6 Handgranaten bewaffnet. Im Wald etwa 300 mtr. vom Bunker entfernt, stießen sie auf einen mit einer KP bewaffneten Banditen, der sofort erledigt wurde. Daraufhin arbeitete sich der Stoßtrupp an den Bunker heran und überwältigte 3 in der Nähe stehende Banditen. 3 weitere Männer und 2 Frauen, die sich zur Wehr setzten, wurden mit einer Handgranate unschädlich gemacht. Einem Banditen gelang es zu entfliehen. Er konnte später in einem Dorf in der Nähe gestellt und ebenfalls erledigt werden. Bei den Banditen handelt es sich vorwiegend um Juden, die aus dem Raduner Ghetto entflohen waren.

Am 8.12. gelang es dem gleichen Erkunder mit einem selbst zusammengestellten Stoßtrupp in Stärke von 5 Mann im gleichen Waldstück einen weiteren Bunker auszuheben und 13 Banditen, darunter 3 Frauen, unschädlich zu machen. In dem bezeichneten Waldstück befinden sich noch etwa 10 - 12 Bunker mit einer Besatzung von etwa 120 Banditen, deren Aufräumung in die Wege geleitet ist. Dem Erkunder und seinen Männern wurden vom Kommandeur dSFudSD Kaun angemessene Belohnungen zugestanden.

Illegale kommunistische Bewegung.

Im Zuge der Bekämpfung der illegalen kommunistischen Partei wurden am 3.12.1942 durch den Kommandeur dSFudSD Litauen 21 Personen festgenommen. Durch Beobachtungen war festgestellt worden, daß die Beschuldigten seit Monaten unter Beachtung der konspirativen Regeln der kommunistischen Partei Straßentreffe und andere Zusammenkünfte wahrnahmen sowie illegale Besprechungen in Privatwohnungen abhielten. Anfang September 1942 erhielten auch zwei deutsche Deserteure



in Riga Anschluss an die illegale kommunistische Organisation und erklärten sich zur aktiven Mitarbeit bereit. Sie beschafften sowjetrussischen Kriegsgefangenen sowie Fallschirmspringern Quartiere, versorgten sie mit Lebensmitteln und halfen ihnen zur Flucht nach der UdSSR. Die Deserteure haben auch an mehreren Treffs mit Funktionären der Organisation teilgenommen, wobei nähere Einzelheiten hinsichtlich des organisatorischen Aufbaus der kommunistischen Organisation besprochen wurden. Sie versuchten ferner, gemeinsam mit den sowjetrussischen Fallschirmspringern eine Funkverbindung mit Moskau herzustellen, um von dort Propagandamaterial, Waffen, Munition und Sprengstoff zu erhalten. Da eine Funkverbindung nicht zustande kam, begaben sich die beiden Deserteure mit zwei sowjetrussischen Fallschirmspringern und dem Leiter der illegalen kommunistischen Partei Rendnieks nach Stara-Jarussa, um von dort durch die deutsche Kampflinie nach Moskau zu gelangen. Kurz vor dem Passieren der deutschen Kampflinie wurden sie festgenommen und nach Riga überführt. Bei Durchsuchung ihrer Schlupfwinkel wurden 500 Marschbefehle, 500 Wehrmachtsfahrtscheine, Kriegsurlaubsscheine, Soldbücher, Ahnenpässe sowie eine grössere Anzahl von Stempeln mit Feldpostnummern, Dienstgradstempel mit dem Aufdruck "Major und Regimentskommandeur", "Oberst und Regimentskommandeur", "Stabszahlmeister" usw. vorgefunden.

Die Deserteure haben im Oktober und November ds.Js. unter Benutzung dieser gefälschten Marschbefehle und Fahrtscheine Fahrten nach Paris unternommen. Auch an 8 Juden, die aus dem Ghetto in Riga geflüchtet waren, haben sie Marschbefehle nach Frankreich ausgestellt und ihnen so zur Flucht ins Ausland verholfen. Die 8 Juden, die in Begleitung eines deutschen Deserteurs waren, wurden in Paris festgenommen.

Weiter wurden bereits hergestellte illegale Hetzschriften, die kurz vor dem Weihnachtsfest zur Verbreitung gelangen sollten, ein Abzichapparat, ein Funkgerät sowie anderes Material sichergestellt.

Im Laufe der Festnahmen anlässlich dieser Aktion wurden 2 sowjetrussische Fallschirmspringer in einer leerstehenden Wohnung von Männern der Sicherheitspolizei angetroffen. Die Fallschirmspringer eröffneten sofort das Feuer, wurden aber im Verlaufe des Feuergefechtes beide erschossen.

Der Leiter der illegalen kommunistischen Organisation Rendnieks, gab an, daß die erschossenen Fallschirmspringer im Sommer ds.Js. von Moskau kommend in Lettland abgesetzt worden und beim Aufbau der illegalen kommunistischen Organisation in Riga mit





H3453 - 0075

-3-

3943-PS
59/

tätig gewesen seien. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Rechtsanwalt R e k s c h a n s aus Riga. Er hatte seine Privatwohnung dem Leiter der kommunistischen Organisation Rednieks zu Besprechungen zur Verfügung gestellt, an denen auch die genannten Deserteure und Fallschirmspringer teilgenommen hatten. Die Tochter des Rekschans, Legita, Studentin der Chemie, war ebenfalls bei diesen Besprechungen zugegen und hat anlässlich des 1. Mai kommunistisches Propagandamaterial verbreitet.

Durch die Aushebung der leitenden kommunistischen Funktionäre ist die Organisation zerschlagen und eine weitere Tätigkeit vorläufig unterbunden.

Fallschirmspringer, Sabotage usw.

Im Gebiet der Straße Luga - Laskowo - Tjemmoje Worota war eine etwa 130 Mann starke aktive Fallschirmspringergruppe gemeldet worden, die in kleinere Einheiten aufgeteilt, Bahnsprengungen, Überfälle auf einzelne Kraftfahrzeuge usw. verübt. Diese Gruppe ist gut bewaffnet und ausgerüstet und steht unter der Führung eines spanischen Rotarmisten-Hauptmanns. In mehreren Zusammenstößen mit dieser Gruppe wurden verschiedene Mitglieder erschossen und gefangen genommen.

Im Gebiet von Jamburg setzen die Sowjets Fallschirmspringergruppen von 3 bis 4 Mann ein, welche zur Aufgabe haben, Erkundungen an ihre Leitstelle durch Funk durchzugeben. 14 Fallschirmspringer konnten festgenommen werden.

Bei Owrutsch, Rjetschitza und Olewsk wurden wiederholt sowjetische Flugzeuge beobachtet, die Fallschirmspringer absetzten und Ausrüstungsgegenstände für Banden abwarfen. Ein Fallschirmspringer meldete sich freiwillig, ein zweiter konnte festgenommen werden.

In Nikolajew wurde ein 15-jähriger Fallschirmspringer festgenommen, der im Juli 1941 in Moskau ausgebildet und zusammen mit einem gleichaltrigen abgesetzt worden war.

Am 14.11.1942 sind im Waldgebiet nordostwärts Emiltschino etwa 10 und nach einer vertraulichen Mitteilung Anfang November 1942 in der Nähe des Dorfes Borowe-Rokitno 27 sowjetische Fallschirmspringer abgesetzt worden.

Sabotage:

Die Bahnlinie Wolossowo-Jamburg wurde in Länge von etwa 40 m gesprengt.

Bei Tikopis lief ein Eisenbahnzug auf eine von Bahnangehörigen gelogte Mine.

Am 26.10.1942 fuhr ein Eisenbahnzug zwischen den Stationen

Staiska und Indra auf eine Mine, wobei die Gleisanlage stark beschädigt wurde.

In der Nacht zum 4.11. versuchten Banditen den Wasserturm bei Powarsk zu sprengen. Infolge einer zu schwachen Sprengladung ist kein grösserer Schaden entstanden.

Der in der Nähe des Bahnhofs Robrik stehende Wasserkran wurde gesprengt.

Auf der Bahnstrecke Browary-Dimerka wurde erneut ein Minenanschlag verübt.

Ein gleicher Anschlag erfolgte auf der Eisenbahnstrecke Kowel-Kamen Kaschirsk.

Die Bahnstrecke Muljarowka-Korschewka wurde am 3.11.42 8mal gesprengt.

Bei Gollendry, Bahnstrecke Winniza-Kasatin, entgleiste ein Transportzug, nachdem auf einer Strecke von 20 m die Schienennägel entfernt waren.

In Tschernigow konnte ein geplanter Sabotageakt auf die Gross-Tankstelle durch Festnahme der Beteiligten vereitelt werden.

Am 13.11. warf ein ukrainischer Arbeiter eine Eisenstange in den auf vollen Touren laufenden Fleischwolf der Wurstfabrik in Bila Cerkwa. Der Betrieb musste für einige Zeit eingestellt werden. Der Täter, der ausserdem Umlauberpakete beraubt hatte, wurde auf dem Hof des Schlachthofes öffentlich gehängt.

Die Eisenbahnstrecke Kiew-Neshin wurde erneut durch Explosion einer Mine beschädigt.

Weitere Beschädigungen durch Minenexplosionen erfolgten auf den Bahnstrecken Sarny-Kowel, Gomel-Kalinkowitschi und Brest-Kalinkowitschi.

Am 27.10.42 sind in der Umgebung von Reval, vermutlich durch Fallschirme, Gas enthaltend Flaschen abgeworfen worden. 3 Kinder haben mit diesen Flaschen gespielt und eine zerschlagen, woraufhin sie durch Einatmen von Gas den Tod fanden.

In Kiew wurde eine Ukrainerin festgenommen, die zwei bei ihr zu Besuch weilende Soldaten, vergiften wollte.

Eine Gruppe von 5 Kriegsgefangenen wurde in Schepatowka wegen Fälschung von Entlassungsausweisen festgenommen. Der benutzte Stempel wurde von einem der Gefangenen aus Holz geschnitzt; zum Druck wurde Finte benutzt. Der Anführer der Fälschergruppe war ein ehemaliger Regimentskommissar.





H3453 - 0077

-5-

3943-PS
593

Einigungsbestrebungen zwischen autokephaler und russisch-autonomer Kirche in der Ukraine.

Während in den vergangenen Monaten laufend eine starke Rivalität zwischen den beiden Kirchenrichtungen, zwischen der russisch-autonomen und der autokephalen, zu beobachten war, hat seit Anfang Oktober eine Änderung dieser Situation Platz gegriffen:

Zwischen dem Metropoliten der russisch-autonomen Kirche - Alexej und zwei beauftragten Bischöfen der autokephalen Kirche ist es zur Unterzeichnung eines Schriftstückes gekommen, in welchem u.a. von Seiten der russisch-autonomen Kirche, also des Metropoliten Alexej die Autokephalie der ukrainisch-orthodoxen Kirche anerkannt und Maßnahmen zu einer endgültigen Einigung zwischen beiden Kirchen getroffen wurden.

Die russisch-autonome Richtung stellt die eigentliche prawoslawische Kirche dar, die während der Sowjetzeit dem Moskauer Metropoliten Sergius unterstellt war. Ihre Bischöfe und Priester wurden von den Sowjets grösstenteils ausgerottet. Eine gewisse Ausnahmestellung hatten jedoch jene Gebiete, welche von den Sowjets erst nach dem deutsch-polnischen Krieg besetzt wurden, wie Wolhynien, Podolien u.a. So war es möglich, daß das Lawra-Kloster Potschajew in Wolhynien mit einem Bestand von etwa 400 Mönchen fast ungestört bestehen und öffentlich Gottesdienste abhalten konnte, an denen sich die Bevölkerung bis in die letzte Zeit zahlreich beteiligte. Aus dem Kloster Potschajew sind mehrere Bischöfe hervorgegangen, die nach dem Abzug der Bolschewiken das Konzil von Potschajew bildeten. Als Vorsitzender dieses Konzils fungiert Erzbischof A l e x e j, der sich als Metropolit von Wolhynien und Shtomir bezeichnet und vom Reichskommissar Ukraine offiziell als Oberhaupt der autonomen Richtung anerkannt wurde.

Die autokephale Kirche unter Führung des vom Warschauer Metropoliten D i o n y s i j eingesetzten und vom Reichskommissar anerkannten Erzbischofs - jetzigen Metropoliten - P o l i k a r p umfaßt im wesentlichen jene ukrainischen Nationalistenkreise, welche bereits in den Jahren 1918/19 unter Petljura die Autokephalie der ukrainischen orthodoxen Kirche erklärten. Zu ihr gehören die "Lipkowzer" und die "Budowzer", zwei national betonte Splittergruppen der ukrainischen orthodoxen Kirche, die sich früher feindlich gegenüberstanden. Vor wenigen Monaten gelang es Bischof M s t y s l a w, einer der aktivsten Persönlichkeiten der autokephalen Kirche, den Führer und Begründer der "Budowzer" Metropolit B u d o w s h i j zu einem Zusammengehen mit Polikarp zu bewegen.



H3453 - 0078

-6-

3943-PS
194

Die autokephale Kirche bezeichnet die Potschajewer Bischöfe öffentlich als "moskauhörig" oder auch als Agenten des NKWD und versuchte, mit Unterstützung ukrainischer Bürgermeister und durch Terror die Priester der "autonomen" Kirche zu einem Überlaufen in das autokephale Lager zu zwingen. Wo dies nicht gelang, versuchte die autokephale Kirche durch Massenweihen von Priestern der autonomen Kirche in der Besetzung der Pfarren zuvorzukommen. Polikarp und seine Bischöfe wandten sich ausserdem in einer Flut von Rundschreiben an die ukrainische Bevölkerung, um diese gegen die "Russenbischöfe" der autonomen Kirche aufzuhetzen, die sie als Feinde des ukrainischen Volkes brandmarkten. Gegen diese Hetze wandte sich von Seiten der autonomen Kirche besonders entschieden der von A l e x e j als Leiter der "Kiewer Eparchie" eingesetzte Bischof und ehem. Abt der Potschajewer Lawra, P a n t e l e j m o n , in Kiew, während Alexej selbst sich ruhig verhielt. Daraufhin verbündete sich Pantalejmon mit anderen Bischöfen des Potschajewer Konzils zu einer "Initiativgruppe", welche sich an Metropolit S e r a f i m in Berlin wandte und ihn um Hilfe in dieser unerträglichen Lage bat. Inzwischen wurde versucht, auf Alexej durch Beeinflussung seiner Umgebung einen Druck auszuüben. So sind in der Gegend von Potschajew in letzter Zeit auffallend viele Leute in Erscheinung getreten, welche mit den dortigen Mönchen Gespräche anknüpften und die von der Notwendigkeit einer national orientierten ukrainischen Kirche zu überzeugen versuchten. Tatsächlich ist es nun gelungen, A l e x e j umzustimmen und ihn zu einer Einigung mit der autokephalen Kirche zu bewegen.

In der Zeit vom 4. bis 8.10.1942 fand in Lutz entgegen einem ausdrücklichen Verbot des Reichskommissars Ukraine eine Synode der ukrainischen autokephalen Bischöfe statt. Auf ihren Beschluss begab sich eine Abordnung, bestehend aus dem bereits vorherin aufgeführten Bischof Matyslaw und dem Kiewer autokephalen Bischof N i k a n o r zu Alexej und brachte ihn zur Unterzeichnung eines Schriftstückes, in dem er u.a. die Autokephalie der ukrainisch orthodoxen Kirche anerkannte und Maßnahmen zu einer Einigung zwischen den beiden Kirchen beschlossen wurde. Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

A k t vom 8.10.1942 Heilige Potschajewskaja Lawra.

Wir Unterzeichneten, Hochwürden Metropolit Alexej und die Vertreter des bischöflichen Konzils der heiligen ukrainischen orthodoxen autokephalen Kirche, Erzbischof Nikanor und Bischof Matyslaw haben folgenden Akt durch Unterschrift besiegelt:

Da die Trennung der orthodoxen Kirche in der Ukraine in zwei Lager sich negativ auf das Leben der Kirche und des ukrainischen Volkes

auswirkt, die Gläubigen demoralisiert und Ruhe und Ordnung, die zum Endsieg der grossen Deutschen Wehrmacht über den gottlosen Bolschewismus nötig sind, gefährdet, beschliessen wir:
die Entzweiung der Kirche unter folgenden Bedingungen aufzuheben:

1. Wir erkennen an, daß die ukrainische autokephale orthodoxe Kirche tatsächlich schon existiert.
2. Die ukrainische autokephale Kirche vereinigt sich mit allen orthodoxen Kirchen durch Hochwürden Metropolit Dionysius, der bis zur Einberufung des allukrainischen Konzils den Kiewer Metropolitenstuhl inne hat.
3. Höchste Institution der Verwaltung der ukrainischen autokephalen orthodoxen Kirche bis zur Einberufung des allukrainischen Landeskonzils ist das heilige Konzil der Bischöfe der Ukraine, das das Kirchenleben der Ukraine durch die heilige Synode leitet.
4. Die heilige Synode setzt sich aus fünf der ältesten Bischöfe zusammen: Hochwürden Alexander, Metropolit von Pinsk und Polossje, Hochwürden Alexej Metropolit Wolhynien und Shitomir, Hochwürden Metropolit Polikarp, Erzbischof von Luzk und Kowel, Hochwürden Nikanor, Erzbischof von Tschögirinsk und Hochwürden Simon, Erzbischof von Tschernigow und Neshin. Das Amt eines Sekretärs der heiligen Synode bekleidet Hochwürden Mstyslaw, Bischof von Perejaslaw, der zugleich auch das abwesende Mitglied der heiligen Synode vertritt.
5. Auf ihrer ersten Tagung wird die heilige Synode alle Fragen, die in Zusammenhang mit der Vereinigung auftauchen, erörtern, z.B. Verteilung der Eparchien und Katheder unter den Bischöfen und zugleich alle Angelegenheiten die mit der Vereinigung zusammenhängen, aber in diesem Akt nicht vorgesehen sind, regeln.
6. Die erste Tagung der heiligen Synode beruft der seiner Einweihung auch der älteste Metropolit ein und setzt Tag und Ort der Tagung fest.
7. Alle Uneinigkeiten kanonischen Charakters, die vor der Vereinigung da waren, sind von uns geschlichtet worden und existieren nicht mehr.
8. Die Kopie dieses Aktes wird unverzüglich an alle Bischöfe der vereinigten ukrainischen autokephalen orthodoxen Kirche durch die hochwürdigsten Metropoliten Alexej und Polikarp abgeschickt, mit dem Befehl, dieselben unverzüglich in allen Kirchen der Ukraine zu veröffentlichen.

Nach Verlesung dieses Aktes wurden dem Herrn in allen Kirchen der Ukraine Dankgebete entgegengebracht, daß er uns zum gegenseitigen Verstehen und Vereinigung geführt hat.

gez. A l e x e j

Metropolit von Wolhynien und Shitomir

gez. N i k a n o r

Erzbischof von Tschögirinsk und

gez. M s t y s l a w

Bischof von Perejaslaw."



H3453 - 0079



Sollte es zu einer Verwirklichung der in dem bezeichneten Schriftstück niedergelegten Punkte kommen, so bedeutet dies einen wesentlichen Schritt zum Aufbau einer, die gesamte Ukraine umfassenden Nationalkirche. Dies geht eindeutig aus Punkt 2 und 3 der Urkunde hervor.

Diese plötzliche Änderung der Haltung des Metropoliten Alexej hat bei den orthodoxen Kirchenrichtungen, aber auch bei den deutschen Stellen zunächst größte Überraschung hervorgerufen, da Alexej bis vor kürzester Zeit auf dem Standpunkt stand, daß eine Vereinigung der beiden Kirchen schon aus kanonischen Gründen gänzlich untragbar sei. In seiner Niederschrift gibt Mstyslaw zu verstehen, daß die eigentlichen Hintergründe der Verhandlung mit Alexej in folgenden Gedankengängen zu suchen sind:

Das Hauptargument, welches Alexej um seine Bischöfe, besonders Pantolejmon, immer wieder vorbrachten und öffentlich, sehr zum Schaden der autokephalen Kirche propagierten, war der Vorwurf, daß die autokephale Kirche "unkanonisch" sei. Mit der Erklärung, daß es weiterhin keine kanonischen Unterschiede zwischen den beiden Kirchen mehr gebe, hat sich Alexej nunmehr öffentlich schwer kompromittiert und kann nicht mehr zurück, auch dann nicht, wenn, wie zu erwarten ist, Pantolejmon und einige mit ihm verbündeten Bischöfe sich weigern würden, die Einigung anzuerkennen und sich von Alexej lossagen. Es ging, wie dies aus der Niederschrift hervorgeht, also im Wesentlichen darum, den Gegner ALEXEJ los zu werden und gleichzeitig der autonomen Kirche das Hauptkampfmittel - den Vorwurf der Ungesetzlichkeit der autokephalen Richtung - aus der Hand zu schlagen.

Das Reichskommissariat Ukraine in Rowno erklärte dem Bischof Mstyslaw, dem "Sekretär" - Kanzler - der "Synode der ukrainischen Bischöfe", daß es eine Einigung der beiden Kirchenrichtungen zwar grundsätzlich begrüße, sich jedoch mit der neuen Sachlage insofern nicht einverstanden erklären könne, als sie das Ergebnis einer verbotenen Bischofsversammlung darstelle, und übrigens nach dem Willen des Reichskommissars die Form der ukrainischen kirchlichen Hierarchie erst nach der endgültigen Befriedigung der Ukraine festgelegt werden könne. Bei dieser vom Reichskommissar vorgesehen späteren Einigung und Oberleitung der Kirche werde dafür Sorge getragen werden, daß diejenigen Bischöfe beider Richtungen, welche trotz Verbotes an Konzil mitgewirkt und eigenmächtig sich an der Einigung beteiligt haben, ausgeschaltet werden. Mstyslaw, der trotz eines vom Reichskommissar erst kürzlich ausgesprochenen Aufenthaltsverbots für die diesseits des Dnjepr liegende Ukraine sich in Lutzk aufgehalten und an der



H3453 - 0081

-9-

3943-PS
597

Eigenmächtigkeiten entscheidend mitgewirkt hat, wurde die Auflage erteilt, sich nach einem, von ihm selbst namhaft zu machenden Ort jenseits des Dnjepr zu begeben. Mstyslaw hat am 22.10. Kiew verlassen und sich nach seinem Verbannungsort Pryluky im Generalbezirk Tschernigow begeben. Mstyslaw, dem auferlegt wurde, sich während seiner Verbannung jeder politischen und kirchlichen Tätigkeit zu enthalten, wurde mitgeteilt, daß ihm die Verbannung gewissermassen als Bewährungsgelegenheit zugedacht werde.

Bischof Pantolejmon erklärte, daß ihn die Nachricht von der Unterzeichnung der Abmachung wie ein Blitz aus heiterem Himmel getroffen habe. Alexej habe sich und die prawoslavische Kirche kompromittiert, da kanonische Gegebenheiten nicht durch eine Unterschrift aus der Welt geschafft werden könnten. Er beabsichtigt aber daher, zunächst eine Besprechung und später ein Konzil der autonomen Bischöfe einzuberufen, auf dem zur Paktunterzeichnung durch Alexej Stellung genommen und über eine Loslösung von Alexej entschieden werden solle.

Der Pantolejmon nachstehende greise Bischof Antonij hat von der Kiewer Lawra aus ein Schreiben an Alexej gerichtet, in welchem er die Paktunterzeichnung verurteilt und Alexej heftige Vorwürfe macht. Diese Stellungnahme ist insofern beachtenswert, als Antonij bei den Bischöfen und Priestern beider Kirchen grosses Ansehen genießt. Polikarp soll, nach einer Äusserung Mstyslaw, mit der neuen Lage unzufrieden sein, und zwar besonders deshalb, weil er für seine bisherige Stellung als Administrator fürchte. Er habe versucht, die Abreise der Delegation zu Alexej zu verhindern, und auch nur auf Druck der übrigen autokephalen Bischöfe die Abmachungen mit Alexej der Öffentlichkeit in einem Rundschreiben bekanntgegeben. Bischof Pantolejmon hat daraufhin ebenfalls ein Rundschreiben an die orthodoxe Geistlichkeit herausgegeben, in dem er ausdrücklich darauf hinweist, daß seinen Wissen nach Alexej sich nur bereit erklärt habe, über die Sache vor Vereinigung beider Kirchen zu verhandeln, die Vereinigung selbst jedoch noch nicht vollzogen sei. Er bittet seine Geistlichkeit, vorerst nichts aus eigener Selbständigkeit zu unternehmen, sondern auf seine Weisungen zu warten.

In den Kreisen der autokephalen Richtung findet naturgemäss diese Einigungsbestrebung Anklang, da sie eine wesentliche Stärkung dieser Richtung mit sich bringen wird. So hat sich der autokephale Bischof Genadij in Dnjepropetrowsk über die ihm bekanntgewordenen Einigungsbestrebungen in der Weise geäussert, daß die Untergeordnete



H3453 - 0082

3943-PS
398

-10-

ten dann folgen müssen, wenn die kirchliche Obrigkeit sieheinig geworden sei, wobei zu bedenken ist, daß im Bereich Dnjepropetrowsk der überwiegende Teil der Bevölkerung sich zur russisch-autonomen Kirche bekennt. Äusserungen von Genadich liessen jedoch erkennen, daß dieser annimmt, einmal werde sich die Masse der ukrainischen Bevölkerung seiner Kirche zuwenden.

Zur kirchlichen Lage im Nordkaukasischen Abschnitt.

In der Berichtszeit konnte eine zunehmende Festigung, Ausweitung und Intensivierung des kirchlichen Lebens in den meisten grösseren Ortschaften und Städten des Nordkaukasischen Gebietes festgestellt werden.

Die russisch-orthodoxe Kirche ist seit 1923 in zwei Lager gespalten. Die Anhänger des Patriarchen Tychon "Tychonowsze" kämpften gegen die Erneuerer "Obnowlenze", die sich von der alten Kirche lossagten und aus materiellen Gründen im bolschewistischen Sinne gearbeitet haben sollen. Im Nordkaukasus ist die Kirche der Erneuerer infolge bolschewistischer Unterstützung tatsächlich in vielen Fällen herrschend gewesen. Allerdings richteten sich seit 1937 die bolschewistischen Massnahmen (z.B. Schliessung von Kirchen) auch gegen die neue Richtung. Ihre Geistlichen bestreiten allerdings z.T., daß sie bolschewistische Unterstützung erhalten hätten. Sie seien denselben Anfeindungen ausgesetzt gewesen wie alle übrigen Bekenntnisse. Die zugesagte Unterstützung sei eine leere Propagandaphrase der Sowjets gewesen. Der Pope in Labinskaja, Anhänger der Erneuerer-Bewegung, habe z.B. seit Juli 1936 1 000 Rubel Steuern und im letzten Jahr ausserdem 5 000 Rubel Kriegsteuern zahlen müssen.

Mit dem Wiederaufleben kirchlicher Betätigung haben sich die Spannungen zwischen diesen beiden stärksten konfessionellen Richtungen innerhalb der russischen Orthodoxie wieder verschärft.

In Krasnodar als dem religiösen Zentrum des Kubangebietes stießen Tychonowsze und Obnowlenze heftig aufeinander. Beide wollten sich der Kontrolle durch die Stadtverwaltung entziehen und eine eigenzentralistisch geleitete Kirchenverwaltung ins Leben rufen. Indirekt wurden diese Bestrebungen dadurch gefördert, daß sowohl der abgelöste wie auch der neue erste Bürgermeister überzeugte Anhänger der beiden Glaubensrichtungen sind. Jeder versuchte, die gegnerische Richtung nach Möglichkeit auszuschalten. In letzter Zeit ging der Streit hauptsächlich um die freigegebenen drei Kirchen, wobei der Jekaterinon-Dom, die grösste Kirche der Stadt, von beiden Parteien beansprucht wurde. Im Einvernehmen mit der Ortskommandantur wurde der Dom vorläufig der

alten Kirche überlassen, weil sie die meisten Anhänger hat.

In Prochladny verfügten die Erneuerer über die Kathedrale, während die Tychonowsze nur eine kleine Kirche besaßen. Die Kathedrale musste 1937 geschlossen werden. Trotz dieser Tatsache dürfte das Erneuerertum in Beziehung zum Bolschewismus gestanden haben. Die Geistlichen der Obnowlenze werden auch hier von der Bevölkerung im allgemeinen als Bolschewistenfreunde angeprangert. In Pjatigorsk ist erwiesen, daß ein Priester dieser Richtung seine Amtshandlungen benutzte, um Spitzeldienste für das NKWD zu leisten. Auch der vor einigen Monaten aus Prochladny geflüchtete Pope Sergius Pantschentschenko, der seit der Schliessung seiner Kirche (1937) in einem Privathaus Gottesdienste abhielt, war NKWD-Agent.

Die Ablehnung der Erneuerer durch die übrigen Popen ist ganz allgemein und entsprechende Streitigkeiten zwischen den Geistlichen konnten häufig beobachtet werden (z.B. in Anstasjewskaia, Krasnodar). Man wird also bei der Wiedereröffnung der Orthodoxen Kirche den dort zutage tretenden Richtungen jeweils grösste Aufmerksamkeit schenken müssen, wenn nicht die erneuerte Kirche ihre Tätigkeit unter dem Druck der öffentlichen Meinung (z.B. Georgiewsk) oder durch ein entsprechendes Verbot (Pjatigorsk) bereits hat einstellen müssen. Allerdings dürfte auch in diesem Falle die Beobachtung der gegebenenfalls illegal weiter bestehenden erneuerten Richtung notwendig sein. Die Frage, ob ein Pope der alten oder erneuerten Kirche angehört, ist oft nicht leicht zu entscheiden, da nach Meinung z.B. des Erzbischofs von Pjatigorsk oft rein persönliche Auseinandersetzungen bei gegebenenfalls vorgebrachten Beschuldigungen eine Rolle spielen.

Die Teilnahme der Bevölkerung an den Gottesdiensten ist nach wie vor sehr stark und nimmt nach hier vorliegenden Beobachtungen sogar laufend zu. Vorwiegend erscheinen Angehörige der älteren Generation, die sich ihren Kirchenglauben über die bolschewistische Zeit hinweg bewahrt haben, in den Gottesdiensten. Die Jugend steht vorläufig den kirchlichen Bestrebungen im allgemeinen noch fern. Dies soll aber nicht heißen, daß das bolschewistische Gottlosentum hier Wurzel geschlagen hätte. Das religiöse Bedürfnis der Frauen wiederum scheint grösser zu sein als das der Männer. Diese stellen etwa 20%, jene - mit ihren Kindern - etwa 80% der Besucher.

In den Gottesdiensten kommt immer wieder die grosse Dankbarkeit gegenüber der deutschen Wehrmacht zum Ausdruck, durch die die freie Betätigung in Glaubensdingen und die Benutzung der Kirchen erst wieder ermöglicht wurde. In Kislowodsk wurden der Ortskommandant und der dortige Teilkommandoführer des SD vom Bürgermeister





H3453-0084

gebeten, aus den Händen der russisch-orthodoxen Gemeinde Brot und Salz zu empfangen. Im Umkreis der Kirche waren etwa 2000 Menschen versammelt. Der Pope und die Alttesten der Kirche empfingen die Deutschen und übergaben die symbolischen Geschenke Brot, Salz und Blumen. Dann wurden sie etwa 100 m über Teppiche zu einem aufgebauten Altar geführt. Dieser Weg wurde von der Bevölkerung dicht mit Blumen bestreut. Die Ansprache des Popen hatte etwa folgenden Inhalt:

"Die Bevölkerung hatte zur Zeit des Bolschewismus bereits den Glauben und die Hoffnung auf die Befreiung von Joch aufgegeben. Sie hat schon zu Gott gebetet, die Berge des Kaukasus mögen auf sie stürzen und damit dem Elend und der Not ein Ende bereiten. (Bei dieser Stelle grosse Tränenausbrüche). In letzter Stunde schlug das deutsche Reich und seine siegreiche Wehrmacht den bolschewistischen Feind zu Boden. Dadurch wurden wir befreit. Wir danken dem Führer (wiederum grosse Szenen der Rührung und Bekreuzigung) und bringen mit dem Geschenk von Salz und Brot unsere Ergebenheit dar".

Die Ansprache des Popen wurde vom Ortskommandanten kurz, aber mit nur schwacher Wirkung erwidert. Seine Worte trugen der augenblicklichen Stimmung der Bevölkerung keineswegs Rechnung. Nach den Reden wurde eine Messe gelesen, die von ausgezeichneten Chordirigierungen umrahmt war. Zum Schluss des Gottesdienstes waren die Teilnehmer vollkommen aufgelöst. Die Frauen weinten, fielen vor den beiden Deutschen zu Boden und küßten ihnen Hände und Füße. Solche und ähnliche Beobachtungen zeigen, daß bei einer psychologisch geschickten Lenkung der religiösen Gefühle eine starke Beeinflussung der Bevölkerung im deutschen Sinne möglich ist, von der aus die Befriedung des Raumes vorwärtsgetrieben werden kann.

Ein besonders reges Kirchenleben hat sich in den Kosaken-Stanizen zwischen Manytsch und Don entwickelt, an dem auch die Jugend schon stärker teilnimmt. Ähnlich ist es im Raum um Bjelaja-Glina, während die Landgebiete südostwärts des Manytsch noch nicht so aktiv wurden, obwohl auch hier ein entsprechendes Bedürfnis in der Bevölkerung vorhanden ist. Bestrebungen, grössere Kirchenverbände zu bilden, oder politische Tendenzen unter religiösen Deckmantel sind bisher noch nicht festzustellen gewesen.

Bei den mohammedanischen Bergvölkern wird die freie Religionsbetätigung mit derselben Dankbarkeit empfunden. Die Heeresgruppe A ordnete an, daß in geschlossenen mohammedanischen Siedlungsgebieten auf dem Lande und in den kleineren Städten der Freitag - unter Fortfall des Sonntags - als Feiertag zugelassen sei. Nur in grösseren Städten mit überwiegend russischer Bevölkerung soll der Sonntag als Feiertag erhalten bleiben. Auf das islamitische Ramasan-Fest (9.



H3453 - 0085

-13-

und 10. Oktober sei weitgehend Rücksicht zu nehmen. Soweit die mohamedanische Bevölkerung den Wunsch hat, dieses seit langen Jahren erstmals wieder begangene Fast mit Befreiungsfeiern zu verbinden, sei der Rechnung zu tragen.

3943-PS
602

B. Lebensgebiete.

Allgemeine Lage und Stimmung im Operationsgebiet Nordkaukasus..

Nach den letzten vorliegenden Meldungen (Oktober - November) hat sich die allgemeine Lage und entsprechend auch die Stimmung der städtischen und ländlichen Bevölkerung im Nordkaukasus weiterhin beruhigt und gebessert. Die Stabilisierung der Verhältnisse schreitet fort. Die Aufbauarbeit geht im Hinblick auf die im Nordkaukasusgebiet nicht übermässig angetroffenen Zerstörungen - abgesehen von einigen besonders betroffenen Städten - gut voran. Das Fehlen von Facharbeitern für gewisse Vorhaben sowie von Handwerkzeugen, Maschinen und Ausrüstungsgegenständen für diverse Aufbauarbeiten macht sich bemerkbar. Auf dem Sektor Verkehrswesen sind die vorhandenen Transportmittel völlig unzureichend.

Durch die Einrichtung von Kreislandwirtschaftsstellen, Arbeitsämtern und Aussenstellen der Gruppe Wirtschaft ist ein Überblick über die Bevölkerungsverhältnisse gewährleistet, der das Bild von der Wirtschafts- und Arbeitsmarktstruktur abrückt und damit die Voraussetzung für die Ausarbeitung grösserer Planungen schafft. Die deutsche Propaganda sei noch immer nicht mit befriedigendem Ergebnis eingesetzt. Durch das Fehlen zuverlässiger Nachrichten entsteht in der einheimischen Bevölkerung eine grössere Bereitschaft zur Aufnahme von Feindgerüchten. Dies wird als umso bedauerlicher empfunden, als der Wunsch nach deutschen Meldungen äusserst rege ist und diese auch unbedingt geglaubt werden.

Die Sorgen um die Beschaffung von Heizmaterial nehmen in der Bevölkerung in wachsender Masse zu. Es wird nach den vorliegenden Meldungen im Kaukasus-Vorland und besonders in der Steppe kaum möglich sein, eine auch nur einigermaßen ausreichende Versorgung der Einheimischen mit Heizmaterial zu gewährleisten. Die geringen Vorräte an Kohlen und Holz werden für die Wehrmacht bzw. für die lebenswichtigen Betriebe und für die Landwirtschaft dringend benötigt. Auch hier sind die Städte



am ungünstigsten gestellt, da man sich in den ländlichen Gebieten häufig mit getrocknetem Stallmist als Brennstoff behilft. Im Gebirge liegen zum Teil reichliche Vorräte an geschlagenem Holz in den Wäldern, deren Abfuhr jedoch infolge Fehlens von Transportmitteln äusserst schwierig ist. Darunter leidet auch das bedeutende einzige grössere Kohlenbergwerk in Mikojan Schachar. Hier liegen grössere Vorräte und man arbeitet bereits wieder in 3 Schichten. Aber auch hier ist die Frage des Abtransportes bisher noch ungelöst. In der bäuerlichen Bevölkerung wurde seit der Besetzung die Frage der Landzuteilung lebhaft erörtert und eine entsprechende Lösung oft mit Ungeduld erwartet. Teilweise wurde gehofft, daß bereits nach dem Einbringen der diesjährigen Ernte Landverteilungen vorgenommen werden würden und die Herbst- und Frühljahrsbestellung bereits von "freien Bauern" erfolgen könne.

Die Belohnung solcher Einheimischen mit Land, die sich Verdienste in der Bandenbekämpfung erworben haben, wirkt sich stimmungsmässig sehr günstig aus, so daß die Mitarbeit der bäuerlichen Bevölkerung im allgemeinen gesichert ist.

Nach den neuesten Meldungen wurde nunmehr am 6.12. in Woroschilowsk auf einer Kundgebung in feierlicher Form auch für Kaukasien die bekannte neue Agrarordnung für die besetzten Ostgebiete in Anwesenheit zahlreicher Vertreter aller deutschen Dienststellen sowie von Abordnungen der Bauern Nordkaukasiens und der Bergvölker verkündet. Der Bevölkerung wurde hierbei in einer Ansprache die agrarpolitischen Ziele der deutschen Militärverwaltung unter Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit dargelegt. Als Vertreter der russischen Bauern sprach ein Kolchosen-Agronom des Woroschilowsker Bezirkes, der in seiner Rede den Dank an die deutsche Wehrmacht und ihren Führer Adolf Hitler für die





H3453 - 0088

3943-PS
604

-16-

Befreiung zum Ausdruck brachte und tatkräftige Mitarbeit aller Bauern gelobte.

Volksdeutsche im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Die Einsatzkommandos des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD haben mit Aufnahme ihrer Tätigkeit im Operationsgebiet Nordkaukasus gleichzeitig umfassende vorläufige Betreuungsmassnahmen für die in diesem Gebiet ansässigen Volksdeutschen eingeleitet. Zunächst wurde eine genaue Registrierung der Volksdeutschen durchgeführt.

Die geringe Zahl, die allzu grosse Streuung und die ungünstigen sozialen Verhältnisse sowie die bei den kleineren Gruppen nur in ungenügender Masse mögliche soziale und kulturelle Betreuung lassen die Gefahr der fortschreitenden Russifizierung immer noch bedenklich erscheinen. Auch das Volkstumbewusstsein hat stark gelitten. Eine ausgesprochene Intelligenzschicht ist nicht mehr vorhanden. Die wirklich vollwertigen Deutschen sind im allgemeinen nicht mehr im Lande. Sie wurden, vor allem seit 1936, nach Mittelasien evakuiert. Ein grosser Prozentsatz der im Nordkaukasus angetroffenen Volksdeutschen war nicht dort ansässig, sondern stammt von der Krim und will wieder in die Heimat zurück. Der allgemeine Eindruck geht dahin, dass für die mit vorläufigen Volkstumsausweisen versehenen Volksdeutschen eine Umsiedlung in deutsche Siedlungszonen erforderlich erscheint.

Die Massnahmen zur Betreuung betrafen insbesondere die Versorgung mit Kleidung, die aus angefallenen Judenbeständen gedeckt werden konnte. Die bevorzugte Belieferung mit Lebensmitteln wurde in Zusammenarbeit mit den Wikos- und Laführern erwirkt. Die Möglichkeit, wieder Arbeit zu finden, ist bei den Volksdeutschen, soweit sie beide Sprachen sprechen, rasch gegeben. Aber auch die übrigen werden bevorzugt eingestellt, so dass nach Möglichkeit eine soziale und wirtschaftliche Besserstellung erreicht werden konnte. Die Zu-



3943-PS
605

weisung von besseren Wohnungen schuf günstigere hygienische Verhältnisse.

Auf kulturellem Gebiet lagen die Betreuungsmassnahmen vor allem bei der Eröffnung von Schulen und Kindergärten.

In Kislowodsk wurde die deutsche Schule am 21.9.1942 eröffnet. Sie steht unter der Leitung des Sprachwissenschaftlers Prof. Dr. Sorgenfrey, der s.Zt. vom Leningrader Pädagogischen Institut evakuiert wurde. Daneben sind weitere 5 Lehrkräfte an dieser Schule tätig. Die Schule wird zur Zeit von 71 Kindern besucht, von denen nur 10 % die deutsche Sprache beherrschen. Das Schulgebäude wurde von der Stadt zur Verfügung gestellt. Die Räume sind sauber hergerichtet und vermitteln infolge ihrer schlichten, aber schönen Ausgestaltung den Eindruck einer deutschen Schule. Bei der festlichen Eröffnung übergab der Führer des zuständigen SD-Teilkommandos im Namen des Reichsführers-~~er~~ als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums die Schule ihrer Bestimmung. In anderen Städten konnten gleichfalls deutsche Schulen, wenn auch z.T. in bescheidenem Masse eingerichtet werden. So in Pjatigorsk, wo über 70 Kinder den Unterricht in 4 Gruppen besuchen. Auch in Maikop hat die deutsche Schule ihre Arbeit aufgenommen.

Kindergärten befinden sich gleichfalls schon in mehreren grösseren Ortschaften. Der Kindergarten in Woroschilowsk (Sawropol) beschäftigt 6 Kindergärtnerinnen, die von dem ehemaligen sowjetischen Kindergarten übernommen wurden. Der Mangel an geeigneten volksdeutschen Lehrkräften machte diese Einstellung von Russinnen, die zum Teil die deutsche Sprache beherrschen, notwendig. Die Instandhaltung der Gebäude, die Verpflegung der Kinder werden durch entsprechende Beiträge der Eltern aufgebracht. Es sollen etwa 100 volksdeutsche Kinder im Alter von 3 - 7 Jahren untergebracht, unterrichtet und verpflegt werden. Schränkchen, Kindermöbel, Ruhebetten und Spielzeug stehen zur Verfügung. Der Tagesplan ist den gemachten Erfahrungen angepasst. Auch in Maikop hat der volksdeutsche Kindergarten seine Arbeit aufgenommen.

Im Laufe der letzten Wochen konnten zahlreiche Briefe von evakuierten Volksdeutschen erfasst werden, aus denen der Leidensweg der im Oktober-November 1941 von den Bolschewisten verschleppten Volksgenossen hervorgeht. Die meisten Verschleppungen erfolgten nach Kasakstan und Sibirien. Die Briefe lassen eindeutig erkennen, dass die Deutschen dort ein fürchterliches und vollkommen unmenschliches Dasein fristen müssen. Sie sind dem allmählichen Hungertode preisgegeben. Schon auf der etwa 3 Monate dauernden Reise starben viele an den Folgen der Entbehrungen und Strapazen. Am Ziel wurden die Verschleppten zu Strassen- und Kolchosarbeiten, zu Flussregulierungen usw. verwendet. Die Wohnungen sind meist denkbar primitiv: Lehmhütten oder Erdhöhlen. Anfänglich konnten sich die Verschiedenen noch selbst Brot beschaffen, indem sie mitgebrachte Kleidungsstücke eintauschten. Gelegentlich erhielten sie auch Lebensmittelpakete von ihren Angehörigen, die allerdings nur selten kamen. Die Briefe lassen im einzelnen auszugsweise folgendes erkennen:

Die Barbara Steiner aus Georgiewsk schrieb aus Sibirien, dass sie schon seit Monaten kein Brot bekommen habe und sich nur von Brennesseln und Wurzeln nähre. Viele ihrer Leidensgenossinnen seien schon hungers gestorben, vielen seien so schwach, dass sie nicht mehr arbeiten könnten.

Die Maria Grauberger schrieb am 15.2.1942 ihrer Tochter:

" Wir sind drei Monate unterwegs gewesen, davon 26 Tage in einem Schiff auf dem Kaspischen Meer. Während dieser Überfahrt sind 775 Menschen gestorben und ins Meer geworfen worden. Viele sind ertrunken".

Die Volksdeutsche Weber aus Neslobnaja schrieb am 26.4.1942 aus Kasakstan, sie sei in den ersten Monaten auf ihre eigene Sachen angewiesen gewesen. Nunmehr bekomme sie alle 10 Tage 500 g Weizen. Die Arbeit sei schwer. Sie müsse Erde in Säcke gefüllt aufs Land hinaustragen, um dort den Humusstand zu erhöhen.- Ähnlich berichtet die Berta Frick am 25.6.1942, dass sie 5 Monate nur vom Erlös oder Tausch ihrer Kleider gelebt habe. Einen Monat lang sei sie an Fieber erkrankt gewesen, im übrigen sei sie vor Hunger "ganz geschwollen" gewesen. Sie müsse in den Kornfeldern die sog. Feldwanzen von



den Ahren lesen und in Säcke sammeln.-

3943-PS
607

Eine andere Volksdeutsche schreibt ihren Eltern:

"Lang sind wir gefahren, bis wir auf den Platz kamen, Vieles haben wir gesehen und durchgemacht. Viele Kinder und viele Männer und Frauen starben auf dem Wege. Der Weg ging von Ssalsk nach Baku, dann nach Krasnowodsk über das Kaspische Meer, dann nach Aschelabad, Taschkent, Alma-Ata, Semipalatinsk, Nowo-Sibirsk, Tatarsk, Omsk und Petropelowsk nach Sochotin in Sibirien. Zu kaufen gibt es hier nichts, so dass wir hier unsere Kleider vertauschen mussten, um leben zu können. Dabei wurden uns noch Steuern aufgelegt und wir wissen nicht, wovon wir sie bezahlen sollen".

Ähnlich heisst es in einem anderen Brief:

" Wir müssen 120 - 280 Rubel Kriegssteuern bezahlen. Die Kleider sind alle schon verkauft und verhandelt für ein Stückchen Brot. Wenn wir das Leben bis zum Frühjahr durchhalten, ist es gut. Wir hungern hier so, wie 1933 als die grosse Hungersnot war".

Eine andere Volksdeutsche schreibt:

" Wir werden wie das Vieh behandelt. Wir wurden in Viehwagen verladen. Auf dem Wege starben sehr viele. Aber dennoch lassen wir den Mut nicht sinken und stehen eisern. Das Leben ist sehr schlecht, alles teuer und man kann nichts kaufen. Dazu noch der harte Winter. Alles was drückt auf unsere Schultern. Aber dennoch verlieren wir die Hoffnung nicht. Wir werden leben und wieder unsere Heimat sehen".

Ein anderer Volksdeutscher schrieb an einen Russen:

"Wir fuhren von Estokan im Regen und Schmutz nach Stalingrad, von dort nach Ssalsk, dann nach Baku, von hier aus über das Kaspische Meer ... nach Petropawlowsk. Auf dem Wege in Schnee und Regen durchnässt wurden wir in Waggons verladen, bekamen 200 g Brot auf den Tag und Suppe bekamen wir für einen Tag. Es starben von Estokan 400 Kinder und alte Leute. Als wir auf dem Platz ankamen, wurden die Männer von 17 - 50 Jahren in die Arbeitsarmee genommen, ins Kollektiv wurden wir nicht übernommen und warm zu essen vom Kollektiv bekamen wir auch nicht. Die letzten Kleider sind schon für Brot verhandelt, so dass wir in nächster Zeit vor Hunger zu Grunde gehen müssen. Ich verabschiedete mich von Dir, wir werden uns weiter nicht mehr sehen".



H3453 - 0091

Zur Lage der Verwaltung im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Der Aufbau der landeseigenen Gemeindeverwaltungen und Rayonverwaltungen ist, den vorliegenden Meldungen zufolge, in den neubesetzten kaukasischen Gebieten im grossen und ganzen durchgeführt. Die für die Amtsstellen vorgesehenen Personen wurden von den Orts- und Feldkommandanturen eingesetzt. Wegen des Fortfalls verschiedener Verwaltungsangelegenheiten sind die landeseigenen Behörden wesentlich kleiner gehalten als zur Zeit der sowjetrussischen Verwaltung.

Da die eingearbeiteten und fachlich vorgebildeten Verwaltungskräfte zum Großteil von den Sowjets verschleppt worden waren, entsprechen die in den landeseigenen Verwaltungsstellen eingesetzten Personen in fachlicher Hinsicht nicht den Voraussetzungen. Nach den vorliegenden Meldungen beklagt sich die Bevölkerung wiederholt über die Unzulänglichkeit der Hilfsverwaltung und bringt den deutschen Dienststellen mehr Vertrauen entgegen als der landeseigenen Verwaltung. Mehrfach wurden Fälle bekannt, in denen Bürgermeister oder Polizeichefs wegen politischer Unzuverlässigkeit aus ihren Ämtern wieder entfernt werden mussten. Zum Teil handelte es sich dabei um NKWD-Agenten, die bestimmte Aufträge hatten und auch mit Banden in Verbindung standen.

Die Stellen der deutschen Militärverwaltung haben ihre Tätigkeit in vollem Umfang aufgenommen.

Von allen deutschen Verwaltungsstellen wird den Meldungen zufolge lebhaft über die Tätigkeit der von den Berliner Zentralstellen eingesetzten Sonderbeauftragten Klage geführt, von deren Entsendung die örtlichen Stellen in den meisten Fällen überhaupt nicht in Kenntnis gesetzt wurden. Es werde immer darauf hingewiesen, dass die Tätigkeit der Sonderbeauftragten sachlich nicht von Erfolg sein könne, da sie, ohne die örtlichen Verhältnisse ausreichend zu kennen, nach bestimmten Weisungen der Zentralstellen arbeiteten.



H3453 - 0092



H3453 - 0093

3943 + 3
609

-21-

Auswirkung deutscher kultureller Veranstaltungen im Operations-
gebiet Nordkaukasus.

Film.

Neben der Wehrmachtsbetreuung wird auf die Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Filmen ein besonderes Augenmerk gerichtet. Der Film steht dank seines verhältnismässig einfachen Einsatzes und dem von der Bevölkerung entgegengebrachten starken Interesse an der Spitze aller Einwirkungsmöglichkeiten.

Die Schwierigkeiten, die einem vollen Einsatz dieses Mittels im Wege stehen, sind verschiedener Art. In vielen Fällen wurden in den größeren Filmtheatern der Städte die Vorführapparaturen von den Sowjets weggebracht oder unbrauchbar gemacht. Häufig sind Lichtspielhäuser durch Kriegseinwirkungen zerstört worden. Einige Filmtheater fallen wegen Truppenbelegung aus. Schwierigkeiten entstehen ferner infolge Strommangels, einem vorübergehenden Fehlen oder Versagen des Stromes oder in unerwünschten Spannungsschwankungen, die die Bildbetrachtung erschweren.

Die Programmgestaltung war von dem vorgefundenen Filmmaterial und von den momentan zur Verfügung stehenden Filmen abhängig. Die vorhandenen sowjetischen Filme waren in den meisten Fällen ungeeignet. In Maikop wurden die russischen Filme "Peter der Grosse", "Wolga - Wolga", und "Maskerade" eingesetzt. Ferner wurden die aufgefundenen ausländischen, meistens amerikanischen Filmstreifen (z.B. "Hundert Mann und ein Mädchen") vorgeführt.

Die Meldungen von Oktober - November heben immer wieder hervor, dass der Einsatz von Spielstreifen deutscher Herkunft bisher ungenügend war und eine ausgezeichnete Möglichkeit deutscher Kulturpropaganda - auf dem Lande völlig - damit brach liegt. Man habe sich mit deutschsprachigen Filmbändern, die im Austausch mit den Soldatenkinos gezeigt werden, beholfen. Dieser Zustand befriedige aber nicht, da die Zuschauer in den meisten Fällen der deutschen Sprache nicht mächtig seien und so die Vorgänge auf der Leinwand nur ungenügend verstünden. Zum anderen erscheint

es überhaupt problematisch, der russischen Bevölkerung Spielfilme zu zeigen, die nach Inhalt und Gestaltung Ausdruck deutschen Wesens sind, wie z.B. "Der grosse König", "Zwischen Himmel und Erde", "Kadetten", "... reitet für Deutschland". Der ersteren Schwierigkeit habe man hier und da durch kurz Schilderung des Handlungsverlaufes vor Spielbeginn oder durch ausgeteilte Handzettel Herr zu werden versucht. Es wurde in diesem Zusammenhang von verschiedenen Seiten wiederholt der Wunsch ausgedrückt, synchronisierte Filme vorzuführen oder wenigstens russische Textzeilen im Filmbild anzubringen.

Es wird berichtet, dass das Interesse an deutschen historischen Filmen, wie z.B. "Der grosse König", mangels der notwendigen Kenntnisse der deutschen Geschichte nicht besonders gross sei. Auch Filme aus dem 19. Jahrhundert und um die Jahrhundertwende (z.B. "Zwischen Himmel und Erde", und "Wir bitten zum Tanz") hätten keinen besonderen Eindruck hervorgerufen, weil der sowjetische Film bis auf wenige Ausnahmen ausgesprochen zeitnahe gestaltet sei. Den besten Anklang hätten noch reine Unterhaltungs- und Operettenfilme wie "Viel Lärm um Nixi", "Eine Nacht in Venedig" gefunden.

Grösste Wirkung und lebhafteste Bewunderung lösten überall und immer wieder die deutschen Wochenschauen aus, die regelmässig vor den Spielfilmen laufen. Die Bevölkerung bewundere vor allem die Zahl und Güte der deutschen Waffen und werde dadurch stimmungsmässig sehr günstig beeinflusst. Stellenweise (z.B. Woroschilowsk) sei man zur Vorführung von Ufa-Wochenschauen mit russischem Begleittext übergegangen, die neben dem militärischen Geschehen die europäische Aufbauarbeit sowie deutsches Land und Volk zeigen. Diesen Bildern werde grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Ein Ausbau dieser Art Wochenschau sei erwünscht, zumal sie den stark vorhandenen Bedürfnissen entgegenkommt, über die Verhältnisse in Deutschland eingehend aufgeklärt zu werden. Aus dem gleichen Grunde seien auch deutsche Kulturfilme beliebt.

Der Besuch aller Vorführungen sei bei dem Filmhunger der Bevölkerung ausserordentlich rege. Fast sämtliche Vorstellungen seien bei einem durchschnittlichen Eintrittspreis von 2-3 Rubel,



die in der Regel an die Stadtverwaltung abgeführt werden, völlig ausverkauft.

Theater.

Nach den vorliegenden Meldungen beginnt sich das Theaterleben in den nordkaukasischen Städten allmählich wieder zu regen. So spielen das Stadttheater in Jeiksk neuerdings jeden Sonnabend und Sonntag. In Armawir, wo das Theater abgebrannt ist, bereiten zurückgebliebene Schauspieler unter grössten äusseren Schwierigkeiten (Fehlen von Requisiten und Kostümen) Theateraufführungen im Konferenzsaal des Rathauses vor. In Krapotkin wurde das russische Theater Anfang September mit dem Lustspiel "Mein Baby" eröffnet. Das Stück hat grossen Anklang gefunden, weil es in bürgerlichen Kreisen des Auslandes spielt und von dem bolschewistischen Regime verboten war. In Maikop stehe ein kleines aber recht gut ausgestattetes Theater mit einer festen Spielgemeinschaft zur Verfügung, in dem Dreyer's "Liebe mit 17 Jahren" ins Russische übersetzt mit grossem Erfolg aufgeführt worden sei. Mit gleichem Erfolg wurde dieses Theater zur Truppenbetreuung verwendet,

Hier und da seien in letzter Zeit verschiedentlich einheimische Spiel- und Tanzgruppen stärker in den Vordergrund getreten, die sich zwar mit einfachen Mitteln behelfen, aber in ihren Vorführungen grossen Erfolg unter der russischen Bevölkerung aufzuweisen hätten.

Musik.

Ebenso als Folge der Stimmungsauflockerung sei auf dem Gebiet der Musik eine Belebung zu beobachten. Dies gelte ebenso für Orchester- und Chormusik wie für die Gebiete des ernsten und leichteren Musikschaaffens. Auch die Volksmusik wird in Form von Liederchören und Balalaika-Orchestern wieder gepflegt.

Wie aus Kislowodsk, Armawir, Labinskaja, Bjelala-Glina, Woroschilowsk und anderen Städten berichtet wird, ist der Besuch aller derartiger Veranstaltungen, die von den deutschen Dienststellen unterstützt werden, ausserordentlich rege. In Armawir seien z.B.





H3453 - 0096

3943-PS
612

-24-

bei jedem Konzert etwa 1000 Personen anwesend.

Die großzügige Gestaltung bzw. Unterstützung des russisch-ukrainischen Theater- und Musiklebens wirkt sich den Meldungen zufolge recht günstig aus. Bei der Bevölkerung wird dadurch das Gefühl der Sicherheit im Schutze der deutschen Waffen verstärkt und der Eindruck hervorgerufen, dass Deutschland die vorgefundene Volkskultur respektiert und entgegen den Behauptungen der bolschewistischen Propaganda nicht beabsichtigt, sie auszurotten. Es entsteht ferner aus dem Wiederaufblühen des Kulturlebens der Vorteil, dass der Truppe Stunden der Aufheiterung und Entspannung vermittelt würden, in denen der Soldat gleichzeitig Gelegenheit habe, den Volkscharakter kennenzulernen. Beispielsweise waren von deutschen Soldaten besonders die bodenständigen Lieder und Tänze mit Begeisterung aufgenommen worden.

Schulwesen im Operationsgebiet Nordkaukasus.

Der Neuaufbau des russischen Schulwesens im Nordkaukasus ist im vollem Gange. Zunächst würden die 4-klassigen Volksschulen (Elementarschulen) wieder eröffnet, wobei laufend Schwierigkeiten infolge Mangel an Schulräumen und durch Fehlen von Lehrkräften und Lehrmitteln entstehen. Als Lehrkräfte kommen vornehmlich Personen in Frage, die entweder in bolschewistischen Zeit wegen ihrer politischen Einstellung verfolgt bzw. unterdrückt wurden oder bereits vor 1918 als Lehrer tätig waren. Zu Lernzwecken können nur in Ausnahmefällen die alten Schulbücher verwendet werden, die jedoch nicht mit nach Hause genommen werden dürfen. Als Lesestoff für höhere Klassen werden die Werke alter russischer Erzähler, z.B. Puschkin, herangezogen.

In der Bevölkerung, noch stärker in der Lehrerschaft, wird immer wieder der Wunsch laut, auch die übrigen Schultypen wieder einzuführen. Diesem Wunsch wird jedoch mit grösster Zurückhaltung begegnet. Lediglich aus Kislowodsk wird die Neueinrichtung von 7-7-klassigen Schulen und 4 8-klassigen Gymnasien berichtet und dazu ausgeführt, dass die 7-klassige Mittelschule eine allgemeine Bildung vermitteln und für die mittleren Fachschulen und Techniken vorbereiten soll, während die Gymnasien die Verbindung

zu den Hochschulen darstellen sollen. Der Unterricht soll für Knaben und Mädchen gemeinsam erteilt werden. Er ist für 3 der 7-klassigen Schulen unentgeltlich gedacht, während das Schulgeld für die restlichen 7-klassigen Schulen jährlich 150 Rubel und für die Gymnasien 300 Rubel betragen soll.

Der Lehrplan der 7-klassigen Schulen soll die russische Sprache und Literatur, die naturwissenschaftlichen Fächer (Arithmetik, Algebra, Geometrie, Physik, Geographie, Botanik und Zoologie), Geschichte, deutsche Sprache, Schreiben, Zeichnen, Musik und Turnen umfassen, während für das Gymnasium zu den üblichen Fächern der Mittelschule Latein und wahlfrei Französisch oder Englisch dazu kommt. Aus Mangel an Lehrbüchern soll nach Konzepten zuverlässiger und gut qualifizierter Lehrer unterrichtet werden. Als Direktoren und Inspektoren sollen nur Personen mit Hochschulbildung und mindestens 10-jähriger Dienstzeit bestellt werden, die innerhalb der Lehrerschaft über die erforderliche Autorität verfügen. Sämtlichen Lehrkräften der Schulen in Kislowodsk sind bereits Richtlinien für ihre Arbeit gegeben worden.



Wirtschaftliche Lage im Operationsgebiet Nordkaukasus.

(Den Ausführungen liegen Meldungen zugrunde, die die Verhältnisse Anfang bis Mitte Oktober behandeln).

Versorgungslage : Zur Versorgungslage im Operationsgebiet Nordkaukasus wurde in den "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten", Nr. 28, vom 6.11.1942, ausgeführt, dass nach übereinstimmenden Meldungen die Versorgung der Wehrmacht und auch bis zu einem gewissen Grade die der Bevölkerung als gesichert angesehen werden kann. Auf Grund eingehender Erhebungen wurde nun - wie gemeldet wird - festgestellt, dass die gesamte Versorgung der Wehrmacht nur unter restloser Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten 100-prozentig zu erreichen ist. In einzelnen Rayons sollen die von der Bevölkerung angelegten und einer zentralen Bewirtschaftung entzogenen schwarzen Bestände so erheblich sein, dass sie für 1 bis 2 Jahre ausreichen. Die von der Bevölkerung aufgestapelten Getreidevorräte sollen nun durch eine grosse zentral gesteuerte Aktion erfasst werden. Zunächst ist eine aufklärende Propaganda unter Beteiligung aller Propagandaeinheiten vorgesehen, durch die der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Massnahme klargemacht werden soll. Bei Nichteinhaltung des Ablieferungstermins will man jedoch vor Zwangsmassnahmen nicht zurückschrecken, wobei diese Massnahmen zu allererst den Teil der Bevölkerung treffen sollen, der den deutschen Truppen gegenüber weniger positiv eingestellt ist. Man erwartet davon, dass daraufhin der übrige zuverlässige Teil der Bevölkerung die schwarzen Bestände freiwillig abliefern wird.

Die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung des Gebietes von Maikop, insbesondere der Erdölgebiete von Apscheronskaja und Chadychenskaja, sind bisher nicht behoben. Infolge der ungenügenden Ernährungsmöglichkeiten in diesen Gebieten zeigen sich schon jetzt in der Bevölkerung stärkere Abmagerungserscheinungen und allgemeine Körperschwäche. In Maikop selbst findet immer noch keine Lebensmittel- und Brotabgabe statt. Zur Zeit soll genügend Brotgetreide vorhanden sein, jedoch kann es infolge Beschlagnahme der arbeitsfähigen Mühlen durch die Wehrmacht nicht vermahlen werden. Es wird jedoch an der Instandsetzung einer Mühle gearbeitet, die dann ausschliesslich für die Versorgung der Zivilbevölkerung arbeiten soll.



In den meisten übrigen grösseren Orten des Einsatzgebietes (Worosschilowsk, Pjatigorsk, Armawir, Krapotkin, Labinskaja) findet eine regelmässige Lebensmittelzuteilung an die Bevölkerung statt, die sich allerdings bisher vorwiegend auf die Ausgabe von Brot und Fett beschränkt. Die Gemeinden gehen aber allmählich dazu über, alle wichtigen Lebensmittel zu rationieren und selbst zu verteilen. Die Verteilung erfolgt in den Städten Armawir und Krapotkin nach folgenden Gesichtspunkten :

Für die Bevölkerung, die dauernd schwere körperliche Arbeit leistet :

250 g Fleisch oder Fleischwaren	pro Kopf und Woche				
150 g Fett oder Fettersatz	"	"	"	"	"
2.500 g Brot	"	"	"	"	"
1.750 g Maisschrot	"	"	"	"	"
1.750 g Hirse	"	"	"	"	"

Zu dieser Kategorie gehören in Krapotkin 2.846 Personen. Für die Bevölkerung, die nützliche Arbeit leistet, so z.B. Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende :

100 g Fleisch oder Fleischwaren	pro Kopf und Woche				
100 g Fett oder Fettersatz	"	"	"	"	"
2.000 g Brot	"	"	"	"	"
1.250 g Maisschrot	"	"	"	"	"
1.250 g Hirse	"	"	"	"	"

Zu dieser Kategorie gehören 12.158 Personen.

Für die Bevölkerung, die keine nennenswerte Arbeit leistet, z.B. Arbeitslose, Invaliden, Pensionäre :

1.400 g Brot	Pro Kopf und Woche				
1.000 g Maisschrot	"	"	"	"	"
1.000 g Hirse	"	"	"	"	"

Zu dieser Kategorie gehören in Krapotkin 7.527 Personen.

Für Kinder unter 14 Jahren :

750 g Brot	pro Kopf und Woche				
500 g Maisschrot	"	"	"	"	"
500 g Hirse	"	"	"	"	"

Zu dieser Kategorie zählen in Krapotkin 11.598 Personen.



Die Preise sind in der Berichtszeit sowohl für Lebensmittel als auch für Gebrauchsgegenstände rapide gestiegen. Man beobachtet von Tag zu Tag, insbesondere bei den Marktpreisen für Lebensmittel, eine erhebliche Steigerung. Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht in der Verknappung der Waren zu finden, denn im allgemeinen ist die Nachfrage besonders bei Lebensmitteln nicht gross, zum mindesten reicht die angebotene Ware zur Deckung des Bedarfs voll aus. Der Hauptgrund für die Preisentwicklung dürfte darin zu suchen sein, dass viele Personen infolge des Fortfalls einer eigenen Erwerbstätigkeit, aber auch wegen der geringen Lohnzahlungen, gezwungen sind, Gebrauchsgegenstände u. Kleidungsstücke usw. zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen, um Geld für den Lebensunterhalt zu erhalten. Solche Verkäufe stehen im Mittelpunkt des Wirtschaftsverkehrs der Bevölkerung. Ein weiterer Grund ist die spekulative Einstellung der Bevölkerung, insbesondere aber der Händler. Auch der Schwarz- und Schleichhandel spielt eine besondere Rolle. Er gewinnt immer mehr an Bedeutung, zumal die Bevölkerung schon während der Sowjetzeit sich seiner infolge der Verknappung der auf den Märkten befindlichen Waren in grossem Umfange bedienen musste.

Diese Entwicklung gibt zu ernsten Besorgnissen Anlass. Abgesehen davon, dass sie auf die Stimmung der Bevölkerung in hohem Masse negativ einwirkt, muss sie erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Folge haben. Sie wird zwangsläufig auch zu einer Änderung der Lohnpolitik führen müssen, wenn vermieden werden soll, dass die Bevölkerung demnächst nicht mehr ihren Lebensunterhalt decken kann. Bisher haben sich die Löhne gegenüber der Sowjetzeit von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht geändert.

Folgende Übersicht aus Krapotkin gibt einen aufschlussreichen Einblick in die Preisentwicklung von 1941 bis heute :

1 Ltr. Milch	1941/42	August 1942	jetzt Schleich- handelspreis:
1 Ltr. Milch	1 - 1,5 Rbl.	10 - 12 Rbl.	15 Rbl.
1 kg Butter	15 - 20 "	150 - 200 "	250 "
10 Eier	3 "	35 "	35 - 40 "
1 kg Fleisch	5 "	30 "	50 - 60 "
1 kg Kartoffeln	1,2 "	20 "	40 - 50 "
1 l Öl	8 "	50 "	80 - 100 "
1 l Honig	8 "	180 "	200 - 250 "
1 Gans	16 "	180 "	200 - 250 "
1 kg Mehl	1,2 "	18 "	25 - 30 "
1 Kleid	250 "	600 "	700 - 800 "
1 Anzug	1.000 "	4.000 "	5.000 - 7.000 "
1 Paar Schuhe	200 "	2.000 - 3.000 "	4.000 - 5.000 "



Aus Bjelaja-Glina liegen folgende Preisangaben für landwirtschaftliche Produkte vor:

		Mitte 1941	28.9.1942
Weizenmehl	1 Pud	35 - 65 Rbl.	500 Rbl.
Weizen	1 "	25 - 40 "	320 "
Gerste	1 "	15 - 18 "	120 "
Mais	1 "	17 - 23 "	130 "
Kartoffeln	1 "	25 - 30 "	160 "
Tomaten	1 kg	0,5- 1 "	3,6 "
Kohl	1 "	0,35-0,7 "	10 - 15"
Fleisch	1 "	7 - 12 "	40 - 50"
Schweinefett	1 "	20 - 25 "	280 "
Butter	1 "	18 - 22 "	240 "
Öl	1 "	9 - 12 "	190 "
Eier	10 Stck.	2 - 3 "	35 "
Honig	1 kg	15 - 20 "	250 "
Geflügel			
(Hühner)	1 Stck	5 - 8 "	45 - 60"
(Gänse)	1 "	23 - 35 "	140 -160"
(Enten)	1 "	12 - 17 "	80 - 90"
(Truthahn)	1 "	20 - 28 "	130 -150"
Wassermelonen	1 Stck.	1 - 3 "	40 "
Milch	1 Ltr.	0,50- 1 "	8 "
Weisskäse	1 kg	1 - 1,50"	13 "

Nach den vorliegenden Meldungen muss die Preisentwicklung, wenn ihr nicht Einhalt geboten wird, im Winter zu einer Preiskatastrophe führen. Die hierdurch entstehenden Gefahren werden von den deutschen Dienststellen durchaus erkannt. Mehrere Ortskommandanturen und Bürgermeister haben versucht, durch Festsetzung von Höchstpreisen für die wichtigsten Lebensmittel der Entwicklung entgegenzuarbeiten. So sind z.B. in Maikop vom Bürgermeister durch eine Verordnung folgende Höchstpreise für Lebensmittel festgesetzt worden (die von der Bevölkerung tatsächlich gezahlten Preise sind mit angeführt) :



Fest reis: tats. Preise:

Weizenmehl	72 %	Pud	200 Rbl.	400 Rbl.
Weizenmehl	85 %	"	180 "	225 - 250 Rbl.
Gerstenmehl		"	150 "	200 - 210 "
Maismehl		"	80 "	160 "
Meis		"	60 "	180 "
Ol		Ltr.	35 "	bis 150 "
Butter		kg	100 "	225 - 300 "
Speck		"	100 "	bis 225 "
Schmalz		"	100 "	250 - 280 "
Rindfleisch		"	20 "	50 "
Schweinefleisch		"	25 "	80 - 90 "
Hahn		Stck.	20 - 25	60 - 70 "
Gans		"	50 "	200 "
rohe Milch		Ltr.	8 "	25 "
Buttermilch		Glas	1,50	2 "
Eier		lo	15 "	36 - 70 "
Kartoffeln		kg	6 "	10 "
Zwiebeln		"	3 "	10 "
Tomaten und Kohl		"	2 "	10 - 12 "
Äpfel und Birnen		"	3 "	10 - 12 "
Pflaumen		"	2 "	10 - 12 "

Die bisher getroffenen Massnahmen haben sich jedoch, wie vorstehendes Beispiel aufzeigt, in der Praxis als wirkungslos erwiesen. Der seither rege Marktverkehr schrumpfte auf ein Minimum zusammen, gleichzeitig setzte eine stärkere Abwanderung zum Tausch- und Schleichhandel ein, wodurch die Preise nur noch schneller hochgetrieben wurden.

Es ist beabsichtigt, die gesamte Preisgestaltung allmählich unter behördlichen Zwang zu stellen. Da man glaubt, das Preisniveau nur ganz vorsichtig beeinflussen zu können, sollen zunächst nur für solche Güter Höchstpreise festgesetzt werden, die unter den gegebenen Umständen nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen gehören (z.B. Strompreise). Von entscheidendem Einfluss wird sein, daß die Gemeinden dazu übergehen werden, alle wichtigen Lebensmittel zu rationieren und unter eigener Kontrolle zu verteilen. Bei einer behördlich vorgenommenen gleichmässigen Verteilung wird man zum mindesten die Lebensmittelpreise leichter regulieren können. Voraussetzung wird allerdings hierbei sein,



3943-P3
619

daß die zur Verteilung gelangenden Rationen einigermaßen ausreichend sind, so dass die Bevölkerung von dem Schwarzhandel abgezogen wird. Im Übrigen wird es kaum möglich sein, den schon zu Sowjetzeiten sehr starken Schwarz- und Schleichhandel durch Zwangsmassnahmen zu unterbinden. Dagegen könnte versucht werden, durch Regelung und Beschränkung der Handelstätigkeit Einfluss auf den schwarzen Markt auszuüben. Zu diesem Zweck müsste, wie in den Meldungen vorgeschlagen wird, jeder, der mit Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen handeln will, registriert werden und mit einem Ausweis versehen werden. Die registrierten Händler müssten durch Androhung schärfster Strafen und der Entziehung ihrer Zulassung gezwungen werden, regelmässig ihre Waren auf dem Markt zum Verkauf zu bringen.

Arbeits- und Sozialwesen: Die Arbeitsämter haben in allen grösseren Orten des Einsatzgebietes ihre Arbeit aufgenommen. Sie sind neben der ständigen Vermittlung von Arbeitskräften fortgesetzt mit der Registrierung aller arbeitsfähigen Personen nach Berufsgruppen beschäftigt. Zuerst wird hierbei die städtische Bevölkerung erfasst, zumal die Landbevölkerung sich zumeist in Arbeit befindet. Den Arbeitsämtern sind jedoch auch die Landrayons zur Registrierung zugewiesen, so daß allmählich der gesamte Bezirk durch die Arbeitsämter beaufsichtigt werden kann. Die Ämter fordern zunächst alle Personen zwischen 14 und 50 Jahren, die nicht arbeiten, auf, sich zu melden. Diese Personen werden registriert. Bei der Registrierung findet meistens eine Untersuchung auf Arbeitsfähigkeit durch einen russischen Arzt statt. Arbeitsfähige Personen, die sich nicht melden, erhalten keine Brotkarte.

Nach den bisherigen Erfahrungen, die allerdings noch keine endgültige Beurteilung zulassen, ist damit zu rechnen, dass etwa 30 - 40 % der arbeitssuchenden einsatzfähigen Personen bei deutschen Wehrnachtdienststellen oder sonstigen Dauerstellungen untergebracht werden können. Es handelt sich in der ganz überwiegenden Mehrzahl um



3943-1
620

-32-

Frauen (80 - 90 %). Den Winter über wird es nicht möglich sein, die Zahl der Arbeitslosen wesentlich zu verringern. Bei dem ständig zunehmenden Kräftebedarf der Landwirtschaft, insbesondere im kommenden Frühjahr, dürften jedoch genügend Möglichkeiten für die Unterbringung der freien Arbeitskräfte offen sein. Schon jetzt macht sich ein spürbarer Mangel an Facharbeitern bemerkbar.

Eine Werbung einheimischer Arbeitskräfte für den Arbeitseinsatz im Reich findet im Einsatzgebiet nicht statt. Aus Tscherkesk wird gemeldet, dass eine 18 Mann starke Gruppe des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ursprünglich Arbeitskräfte für das Reich werben sollte, diese Arbeit aber eingestellt hat und für die Errichtung von Arbeitsämtern eingesetzt worden ist.

Die Haltung der Bevölkerung zur Arbeit ist nicht immer gleich gut. Der Grund hierfür liegt in der Lohnfrage. Die Löhne sind gegenüber den Sowjetlöhnen mit ganz geringen Ausnahmen gleich geblieben. Dagegen sind die Preise für alle Gebrauchsgüter, wie bereits erwähnt, stark gestiegen. Die Löhne entsprechen daher in keiner Weise mehr den heutigen Lebensbedingungen. Es wird zur Zeit versucht, durch Errichtung von Werkküchen in den Betrieben anstelle eines Teiles des Barlohnes Verpflegung zu verabreichen. Dadurch will man das Lohnniveau erhalten. Unabhängig von diesem Versuch wird es aber im Interesse der Gewinnung der Arbeiterschaft und der Steigerung der Arbeitsfreudigkeit überall für erforderlich gehalten, die Lohnfrage in Verbindung mit der Preisfrage baldmöglichst zu regeln. Gelingt dies nicht, so muss mit einem starken Absinken der Arbeitsleistungen gerechnet werden.



H3453 - 0104

aus den unbesetzten Gebieten der UdSSR.

in Russisch-Turkestan.

Mit dem Ausbruch des Krieges mit Polen sind in Turkestan die Männer zwischen 16 und 45 Jahren zum Militär und die Frauen zwischen 26 und 42 Jahren zum Hilfsdienst ausgehoben worden. Seit 1941 werden die Aushebungen bedeutend rigorosierender gehandhabt und auch über die erwähnte Altersgrenze hinaus Männer und Frauen zum Militär- und Hilfsdienst einbezogen. Alle wichtigen staatlichen Posten sind von Parteiangehörigen besetzt worden. Um die Bevölkerung über die wahre Kriegslage in Unklarheit zu halten, sind alle Radioapparate eingezogen worden und ist schon seit Monaten keine Feldpost mehr von der Front nach Turkestan gekommen. Trotzdem ist die Bevölkerung im allgemeinen über das militärische Geschehen im Bilde.

Die turkestanische Bevölkerung ist weitgehend für Kriegslage eingespannt worden. Neben der Umstellung der bestehenden Fabriken (insbesondere der Textilfabriken) auf die Herstellung von Kriegsgütern, sind aus den gefährdeten - in der Nähe der Front liegenden - Gebieten die Maschinen der Rüstungsfabriken abtransportiert und z.T. in Turkestan wieder aufgebaut worden. Die Bevölkerung Turkestans weigerte sich an verschiedenen Orten, in die Fabriken zu gehen. Daraufhin sind in Taschkent 300 Männer erschossen worden.

Um einen Ausgleich für die verlorengegangenen Getreidegebiete zu schaffen, haben die Sowjets die Anbaufläche von Baumwolle weiter und zu Gunsten des Anbaues von Getreide zurückgedrängt. Die Ergebnisse sollen recht gut sein.

Die Stimmung der Bevölkerung ist - wie auch in den anderen Gebieten der Sowjetunion - in erster Linie durch die angespannte Lage im Ernährungs- und Wirtschaftssektor bestimmt. In grossen und kleinen soll die Bevölkerung antibolschewistisch eingestellt sein. Mit grösseren Aufständen von innen heraus kann jedoch einstweilen nicht gerechnet werden. Es liegen unklare Nachrichten über Revolten in der Gegend des Kaspischen Meeres vor. Die GPU ist zahlenmässig nicht schlechter geworden, befindet sich aber qualitativ auf einem tieferen Stand. Die Verschlechterung der Versorgungslage Turkestans ist z.T. auch auf die grosse Zahl von Flüchtlingen aus den besetzten und gefährdeten Gebieten zurückzuführen, die sich zur Zeit dort aufhalten. Von den Russen sind u.a. auch etwa 280 000 Polen, die während des Feldzuges in Polen gefangen eingebracht worden sind, nach Turkestan gebracht worden. Die Polen sind jetzt dort bewaffnet und abtransportiert worden sein.

Die Zahl der in Afghanistan befindlichen turkestanischen Partisanen wird auf zwei Millionen geschätzt. Davon sind etwa 50% Turke-



H3453 - 0105

3943-PS
622

-34-

nen, 30% Kosaken und 20% gehören den übrigen Stämmen an. Sie sind von der afghanischen Regierung zum grossen Teil in Nordafghanistan angesiedelt worden und werden auf Zucker- und Baumwollplantagen beschäftigt. Nach einem Telegramm des afghanischen Botschafters in Moskau sind in nächster Zeit grössere Flüchtlingsströme zu erwarten. Die afghanische Regierung hat bereits entsprechende Massnahmen getroffen.

Gerüchte über sowjetrussische Truppenkonzentrationen an der Afghanischen Grenze haben sich nicht bestätigt. Nach Schätzungen vom März 1942 belaufen sich die Grenztruppen auf 4 - 4 000 Mann. Die in Kabul befindlichen Japaner zeigen sich an Turkestan, das sie als ihre Interessensphäre betrachten, stark interessiert.

In Afghanistan besteht eine antibolschewistische Emigrantenorganisation, die etwa 80 000 Mitglieder hat, deren Leitung sich in Kabul befindet. Die Angehörigen dieser Organisation sind strenge Mohammedaner und zum Teil mit Waffen ausgerüstet. Von dieser Organisation sind noch etwa 60 000 Turkmenen in Turkestan erfasst gewesen, von denen aber fast alle wehrfähigen Männer eingezogen sein sollen. Auch sind in Turkestan nur noch kleine Waffenlager aus der Basmaschikenzzeit vorhanden.

- - -



H3453 - 0106

Z-RV-K. ³⁹⁴³⁻¹
⁶⁰

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-Kommandostab-

Berlin, den 23.XII.1942

Geheim!

*J. v. W.
D. a.
Referat*

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten

Nr. 35

*Im Reichsverwaltungskomitee
für den Reichstag Wien*

Empfangen 4 FEB 1943

Z-RV-K 1320/2-92/43

Hof

-Die nächste Ausgabe der
"Meldungen aus den besetzten Ostgebieten"
erscheint am 8.1.1943-

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen !

~~Der Reichshofmeister in Wien
Empfangen 4 FEB 1943
Z-RV-K~~



H3453 - 0107

3943-
624

Inhaltsangabe!

A. Gegner und Exekutivfragen.

Seite

Bandenunwesen.

Die Aktivität der Banden hat im Gebiet Wolmar (Lettland) nachgelassen. Lobhafte Bandentätigkeit herrscht in den an der lettisch-russischen Grenze gelegenen Kreisen Lettgallens. Es kann angenommen werden, daß an den Raubzügen sich auch einzelne Ortseinwohner beteiligen. Bei der Bandenbekämpfung wirkt sich die späte Benachrichtigung infolge schlechter Telefonverbindung nachteilig aus.

1

Die Bandengefahr in Weissruthenien ist weiterhin akut, wenn auch infolge des Winters die Aktivität der Banden etwas geschwunden ist. Insbesondere sind die Auswirkungen auf das Verkehrswesen immer noch besorgniserregend. Die in dem besonders bandenverseuchten Gebiet angesetzten Unternehmungen nehmen einen erfolgreichen Verlauf. Zahlreiche Bandenlager sind erstürmt. Innerhalb von 5 Tagen wurden 1 383 Feindtote gezählt.

1-2

Im Kdr.-Bereich Shitomir (Ukraine) wurde von Banditen der Kurierdienst eines Gendarmeriepostens überfallen, wobei durch die Banditen insgesamt 18 Personen getötet wurden.

2-3

Ukrainische Widerstandsbewegung.

In Berlin wurde ein Spitzenfunktionär festgenommen, der das Gebiet Deutschland der illegalen Banderagruppe geführt hat. Zwischen einer Banderabande und sowjetischen Fallschirmspringern, die in den Rokitno-Sümpfen abgesetzt worden waren, kam es zu einem Gefecht, weil sie sich im Gelände nicht dulden wollten.

3-5

In der Ukraine sind in letzter Zeit wieder eine grössere Anzahl Flugblätter erfaßt worden, die sich scharf gegen die deutsche Besatzung und die in der Ukraine betriebene Politik wenden.



H3453 - 0108

B. Lebensgebiete.

Seite

Allgemeine Lage und Stimmung im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

6-8

Nach den bis Mitte November vorliegenden Meldungen hat die allgemeine Lage und Stimmung in der Bevölkerung keine wesentliche Änderung erfahren. Während der Bandenterror und die Ernährungslage allgemein als die hauptsächlichsten stimmungsbildenden Faktoren in Erscheinung treten, hat der starke Mangel an Heizmaterial und Bekleidung, z.T. auch die Wohnungsfrage, in der Stadtbewölkerung zu einer gewissen Stimmungsverschlechterung geführt. Die städtische Bevölkerung hat fast alle entbehrlichen Kleidungsstücke in den zurückliegenden Monaten an die Bauern gegen Lebensmittel eingetauscht. Die vereinzelt geplante Einführung von Bezugscheinen für Bekleidungsstücke nach deutschem Muster dürfte die auf diesem Gebiet herrschende Not kaum lindern, da Vorräte an Bekleidungsstücken kaum oder nur in unzureichendem Maße vorhanden sind. Das der Landbevölkerung auferlegte Ablieferungssoll hat durch verschiedene nachträgliche Erhöhungen Mißstimmung hervorgerufen. Der Bandenterror hat den Meldungen zufolge wiederum zugenommen. Trotz aller Sorgen, Nöte und Schwierigkeiten hat die Bevölkerung eine deutschfreundliche Haltung bewahrt.

Wirtschaftliche Lage im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

9-12

Die Herbstbestellung ist trotz zahlreicher Schwierigkeiten rechtzeitig beendet worden.

Dort, wo eine verstärkte Bandentätigkeit zu verzeichnen war, sind allerdings bedeutende Flächen unbestellt geblieben.

Die Anbauflächen wurden allgemein erhöht und liegen nicht nur über den Stand der Vorjahre, sondern teilweise über der zur Sowjetzeit festgelegten Höhe.

Der Mangel an Zugtieren wirkte sich nachteilig aus wie auch die unzureichende Treibstoffzuteilung für die wenigen vorhandenen Traktoren.



3943-12
b26

Allgemeiner Gesundheitszustand der russischen Bevölkerung im
Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Seite
12-17

Der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung konnte im Verlaufe der letzten Monate trotz der angespannten Ernährungslage und der immer noch stark begrenzten Möglichkeiten auf dem Gebiet sanitärer Hilfsmittel und Einrichtungen im allgemeinen den besonderen Verhältnissen des Gebietes entsprechend als zufriedenstellend betrachtet werden. Ein ausgesprochener Mangel an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln macht sich unliebsam bemerkbar und hat allgemein ein Ansteigen der Hautkrankheiten, insbesondere der Krätze, hervorgerufen. Die Verbreitung von Hautkrankheiten wird vielerorts durch den Mangel an Badestuben begünstigt. Die Erkrankungen an Fleckfieber gingen im allgemeinen etwas zurück, sind jedoch dort in einem Ansteigen begriffen, wo eine Einschleppung durch verlauste Flüchtlinge aus den Frontgebieten erfolgte. Seuchenartige Erkrankungen sind im grösseren Umfang bisher nicht aufgetreten. Geschlechtskrankheiten sind im allgemeinen nur vereinzelt festgestellt worden und hielten sich nach Ansicht deutscher und russischer Fachkreise in Grenzen, die z.Zt. zur Besorgnis keinen Anlaß geben. Die Klagen über den Mangel an Arzneimitteln und Impfstoffen halten weiterhin an. Die ärztliche Betreuung der Zivilbevölkerung kann im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die fachlichen Leistungen der russischen Ärzte sind nach Ansicht deutscher Militärärzte als sehr gering zu bewerten.

Verwaltung der Kreise im Generalbezirk Weissruthenien.

12-18

Neue Bezeichnung der Dienststelle der landeseigenen Verwaltung durch Erlaß des Generalkommissars vom 12.10.1942. Die Kreisverwaltung (früher Rayonverwaltung) ist mangelhaft besetzt, so daß ein Grossteil der Kreisaufgaben von den Gebietskommissaren durchgeführt werden muss.

- - -



A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandenunwesen.

In Lettland hat die Aktivität der Banden im Gebiet Wolmar nachgelassen. Es muss angenommen werden, daß sie sich z.T. aufgelöst haben. Dies wird durch eine bisher noch unbestätigte, vertrauliche Meldung erhärtet, wonach der "Bandenstab" beschlossen hat, die Gruppe aufzulösen, um sie bei der Bevölkerung unterzubringen. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind eingeleitet. Andererseits läßt der Absprung eines Banditen bei der Gemeinde Anna, der mit Sendegerät ausgerüstet war jedoch vermuten, daß der "Bandenstab" immer noch in Verbindung mit den Sowjets steht.

Eine lebhafte Banditentätigkeit herrscht in den an der lettisch-russischen Grenze gelegenen Kreisen Lettgallens. In einzelnen Dörfern befinden sich immer noch Elemente, die schon früher mit den Kommunisten sympathisierten und heute die Banden unterstützen. Aus der Art des Auftretens und der Auswahl des Raubgutes ist zu folgern, daß sich an den Raubzügen auch einzelne Ortseinwohner beteiligen. Die Banditen sind fast immer mit Gewehren, Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet. Die Vernichtung der Räuber erschwert der Umstand, daß die Nachrichten erst 8 - 12 Stunden nach dem Geschehen bekannt werden, da die Beraubten die Banditen fürchten und erst dann die Meldung erstatten, wenn sie sich vor ihnen sicher glauben. Auch die schlechte Telefonverbindung in Lettgallen wirkt sich in der Banditenbekämpfung nachteilig aus.

Die Bandengefahr in Weissruthenien ist weiterhin akut.

Der Winter hat zwar örtlich eine gewisse Verminderung der Aktivität der Banden in Aktionen gebracht, was sich vor allem in der Zahl der Verluste auf deutscher Seite zeigt, (Oktober 175 Tote, 126 Verwundete, 42 Vermisste - November: 86 tot, 99 verwundet) aber keinen zahlenmäßigen Schwund in den Banden selbst. Die Sorge um die Ernährung und eine relativ gesicherte Unterkunft zwingt die Banden einen Teil ihrer Aktivität zur Lösung dieser Schwierigkeiten zu opfern.

Die Entwicklung, daß die Banden sich ab Spätherbst zu straffer organisierten Truppenkörpern zusammenschlossen, hat durch den Winter keine Unterbrechung gefunden. Nach den Meldungen über Bandenbewegungen herrschen Bandengruppen in Stärken von 70 bis 200 Mann weiterhin vor.



Die kleineren Banden sind fast ausschliesslich zur Nahrungssuche oder als Vergeltungskommandos eingesetzt, führen aber auch Kampf- und Terroraufträge im Zuge dieser Aktionen mit durch.

Trotz zahlenmässiger Abnahme der Bandenanschläge (Oktober 612 - November 445 Anschläge) sind die Auswirkungen auf das Verkehrswesen noch immer besorgniserregend.

Die in dem besonders bandenverseuchten Gebiet nach eingehender Erkundungstätigkeit angesetzten Unternehmungen nehmen trotz Regens, Schnees und unglaublicher Grundlosigkeit des Bodens einen erfolgreichen Verlauf. Es konnten zahlreiche Bandenlager erstürmt und unüberschbare Mengen an Getreide und Vieh sowie Waffen und Munition in grosser Zahl erbeutet werden. An einem Tag wurden allein 2 Panzerwagen, 2 7,62 cm Kanonen und 2 4,7 cm Pakgeschütze erbeutet. Innerhalb von 5 Tagen wurden 1 383 Feindtote gezählt, die eigenen Verluste betrugen 7 Tote und 10 Verwundete.

In der Ukraine wurde im Kdr.-Bereich Shitomir der auf der Eisenbahn zwischen Jelsk und Bouniwitschi befindliche Kurierdienst des Gendarmeriepostens Jelsk, bestehend aus zwei Gendarmeriewachtmeistern, 10 Letten und 22 ukrainischen Schutz Männern, von Banditen überfallen. Bei dem Überfall wurden die beiden Gendarmeriewachtmeister, 9 lettische Schutz Männer, 7 ukrainische Schutz Männer und 9 im Zug mitfahrende Zivilpersonen getötet.

Den Banden war bekannt, daß regelmässig Mittwochs und Sonnabends die Waldbahn mit dem Kurierdienst zwischen den Gebieten Jelsk und Leltschitzi verkehrt. An der Überfallstelle grenzt der Wald etwa 15 - 20 m an das Bahngleis. Dort hatte die etwa 100 Mann starke Bandengruppe gut getarnte Feldstellungen ausgehoben. Die Banditen hatten an den Schienen ein Seil befestigt, an dem vorher die Laschen gelockert waren und ausserdem eine Mine angebracht war. Kurz vor Eintreffen des Zuges wurden die Schienen mit den Seilen auseinandergezogen, so daß der Zug entgleisen musste und ausserdem noch durch die Explosion der Minen beschädigt wurde. Vor der Lokomotive liefen zwei mit Holz verschaltete Plattenwagen, die zur Verteidigung etwaiger Angriffe durch die darauf befindlichen 2 Gendarmerie-Wachtmeister und 32 Schutz Männer vorgeschoben waren. Im Moment der Entgleisungen wurde der ganze Zug von den Banditen unter ein derartig starkes MG.-, MP.- und Gewehrfeuer genommen, daß die Aufnahme der Verteidigung nicht möglich war. Ausserdem wurden von den Banditen mehrere Handgranaten geworfen. Die meisten Männer sind während dieses 1. Feuerüberfalls bereits gefallen. Die beiden Gendarmeriewachtmeister wurden mit mehreren Kopfschüssen und ihrer Uniform beraubt vorgefunden.

Den Banditen fielen sämtliche im Zug befindliche



Waffen in die Hände, und zwar: 1 SMG, 3 IMG, 21 Gewehre, 2 Pistolen und Munition. Ausserdem nahmen die Banditen sämtliche Dienstaussweise sowie die Armbinden der Schutzleute mit.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

In Berlin gelang es, den ukrainischen Studenten Wasyl Bozchlibnyk, geb. 27.2.1913 in Sikoliw, wohnhaft Berlin O, Fischerstr. 25, Decknamen: Burkut, festzunehmen. Er führte das Gebiet Deutschland der illegalen Banderagruppe und stand unmittelbar mit der Bandera-Zentrale in Lemberg in Verbindung.

Nach vertraulicher Mitteilung sind Anfang November in den Rokitno-Sümpfen eine Anzahl sowjetische Fallschirmspringer abgesetzt worden. Diese Fallschirmspringer sind angeblich mit einer Banderabande aneinandergeraten, die sich gegenseitig im Gelände nicht dulden wollten. Bei dem sich entwickelnden Gefecht sollen eine Reihe Fallschirmspringer erschossen und andere verwundet worden sein. Die Banderabande hat angeblich einige moderne sowjetrussische Waffen erbeutet.

Bei der Festnahme eines Bandera-Anhängers in Poltawa wurden folgende gefälschte Stempel gefunden:

- Der Bürgermeister der Stadt Poltawa, Abteilung für Volksbildung -
- 4-Ukrainischer Ordnungsdienst der Stadt Poltawa -
- Gemeldet am bei Kommandantur Poltawa -.

Im Bezirk Nikolajew wurden 10 Personen wegen Verdachts der Zugehörigkeit zur Organisation Ukrainischer Nationalisten festgenommen. Unter ihnen befanden sich ein Schuldirektor sowie ein Starost.

Während der letzten Zeit sind in der Ukraine wieder eine grössere Anzahl Flugblätter der illegalen Banderagruppe erfaßt worden.

Ein Flugblatt trägt die Überschrift: "H u n g e r" und hat folgenden Wortlaut:

"U k r a i n e r !
Habt ihr schon etwas über die Hungersnot von 1932-33 gehört; wisst ihr, wie eure Brüder aus der Ostukraine zu Millionen umkamen, als Folge des durch die roten Banditen hervorgerufenen Hungers? Es nähert sich der Winter und mit ihm die kritische Spanne zwischen den Ernten. Die deutsche Verwaltung hat auch eurer Verräte be-



3943-15
630

faubt und wird euch ohne Hilfe vor dem drohenden Hunger lassen. Tausende und Millionen werden täglich umkommen. Bauern, gebt kein lebendes Vieh ab; wenn es euch fortgenommen wird, schlachtet es und gebt es nicht dem Feinde, der euer Vieh nach Deutschland, Holland und Dänemark ausführt und das von euch Erarbeitete den dortigen verdeutschten Bauern verteilt, die jetzt schon 3 bis 10-mal mehr Vieh besitzen. Die deutsche Wirtschaftspolitik will aus unseren Landbesitzern Bettler machen, indem sie sie beraubt und aus jedem deutschen Gesinnungslumpen einen reichen Herrn. Wir werden das nicht zulassen. Wir lassen uns nicht berauben. Wir werden alles verbergen!"

Im Kdr.-Bereich Charkow wurden eine Anzahl Flugblätter sichergestellt, die von der "Bezirksleitung der OUN für die Ostukraine" unterzeichnet waren. Diese Flugblätter wenden sich an die national gesinnte ukrainische Bevölkerung mit der Aufforderung, sich der Bewegung Bandoras bedingungslos anzuschliessen zum gemeinsamen Kampf gegen die deutschen Okkupanten. In einem dieser Flugblätter heisst es:

"U k r a i n e r !

Durch ihre grobe Kolonialpolitik in der Ukraine haben die Deutschen eine gerechte Empörung unter allen Schichten unseres Volkes hervorgerufen. Die verblendeten und sich überhebenden Sieger vergessen, daß sie den leichten Sieg über die Bolschewisten im Jahre 1941 zum grossen Teil den Ukrainern verdanken. Unser Volk hat geholfen, das Moskauer Regime zu stürzen, indem es auf eine gesunde Vernunft der deutschen Staatsführung und auf die Anerkennung eines ukrainischen Staates rechnete. In der kurzen Zeit der deutschen Herrschaft ist von diesen Hoffnungen nur ein Rauch geblieben. Jetzt muss jeder Ukrainer begreifen, daß in uns der einzige Weg zum menschlichen freien Staatsleben ist - das ist der Weg eines organisierten Revolutionskampfes grosser Volksmassen für die selbständige Ukraine. Unsere Stunde naht. Die Welt befindet sich in einem Riesenkrieg. Unser stärkster Feind - der Moskauer Imperialismus - verblutet. Je weiter, desto mehr versiegen die Reserven, desto mehr ist Deutschland erschöpft. Auch England strengt seine Kräfte bis zum Äussersten an. Mit der Kriegsdauer wachsen unsere Chancen. Wir dürfen den günstigen Augenblick nicht verpassen. Unser Erfolg hängt von unserem festen Bunde und von unserer Kraft im gemeinsamen Kampf ab. Deshalb seid weise und organisiert euch. Gebt euren Gefühlen keinen freien Lauf".



H3453 - 0114

In einem anderen Flugblatt heißt es:

"Das Moskauer Gefängnis stürzt zusammen. Und obgleich der blutgierige Stalin in seinem Todeskampf durch seine Agenten uns ein neues Paradies versprach, sagen wir voller Zorn, die alle Schrecknisse des Alten noch nicht vergessen haben:

Tod dem ganzen Moskau. Die besten Söhne der Ukraine haben mit ihrem Blut an den Wänden des Moskauer Gefängnisses die flammenden Worte des Urteils geschrieben:

Freiheit der Ukraine, Tod Moskau!

Die Ukraine ist von Moskau für immer durch die Berge von Leichen und einem Blutmeer getrennt. Wir wollen allen denen die Hände abhauen, die ihre Hände nach Moskau strecken oder bei fremden Herren um Hilfe bitten. Wer seinem Volk das beste Los wünscht, soll in die organisierten Reihen der Kämpfer für einen selbständigen ukrainischen Staat eintreten. Es lebe die OUN unter Führung Stefan Bandera!"

Im Kdr.-Bereich Rowno konnte wiederholt festgestellt werden, daß von Banditen durch Stempelaufdruck gekennzeichnete Karbowanazscheine in Umlauf gebracht worden waren. Es handelte sich um zwei verschiedene Stempel. Ein Stempel lautete "Heil Ukraine, Heil den Helden!" und der andere "Heil Bandera!"



3943-PS
632

B. Lebensgebiete.

=====

Allgemeine Lage und Stimmung im Bereich der Heeresgruppe Mitte

Nach den bis Mitte November vorliegenden Meldungen hat die allgemeine Lage und Stimmung in der Bevölkerung keine wesentliche Änderung erfahren. Während der Bandenterror und die Ernährungslage allgemein als die hauptsächlichsten stimmungsbildenden Faktoren in Erscheinung treten, hat der starke Mangel an Heizmaterial und Bekleidung, z.T. auch die Wohnungsfrage, in der Stadtbevölkerung zu einer gewissen Stimmungsverschlechterung geführt. Dass diese Momente augenblicklich besonders stark in Erscheinung treten, ist teils jahreszeitlich durch den eingetretenen Winter und teils durch erhebliche Truppenverschiebungen bedingt. Trotz dieser, die Stimmung ohne Zweifel ungünstig beeinflussenden Lage war die Haltung der Bevölkerung bisher Schwankungen bedeutsamerer Art im allgemeinen nicht oder nur örtlich unterworfen. Immerhin aber tragen die in der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetretenen und noch zu erwartenden Schwierigkeiten bei Verschärfung des Winters und einer damit notwendig verbundenen weiteren Erschwerung der allgemeinen Lebensverhältnisse die Möglichkeit auch einer Wandlung der Haltung der Bevölkerung in sich.

Im Vordergrund der begründeten Sorgen der Stadtbevölkerung steht die Frage ausreichender Beschaffung von Heizmaterial während dieses Problem auf dem Lande infolge natürlicher Versorgungsmöglichkeiten und der verkürzten Anfahrt keine oder nur örtliche Bedeutung hat. Obwohl auch der Stadtbevölkerung im allgemeinen in ausreichendem Masse Brennholz zugeteilt worden ist, fehlt es einerseits doch an Transportmitteln für die Heranschaffung, zum anderen liegt das Material in bandenversuchten Gebieten, so dass es ohne militärischen Schutz nicht eingebracht werden kann. Die bisherigen Vorräte aus zerstörten Gebäuden sind restlos verbraucht, anderes Heizmaterial ist zumeist nicht vorhanden. Die begründete Sorge, frieren zu müssen, ist daher in allen Kreisen der städtischen Bevölkerung vorhanden, zumal nur die wenig-



sten noch mit einer ausreichenden Kleidung versorgt sind. Sämtliche irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke sind in den zurückliegenden Monaten an die Bauern gegen Lebensmittel eifgetauscht worden. Vorräte an neuen Sachen sind kaum oder nur in völlig unzureichendem Maße vorhanden. Die vereinzelt geplante Einführung von Bezugscheinen nach deutschem Muster, die eine gerechte Verteilung der wenigen vorhandenen Spinnstoffe gewährleisten soll, dürfte trotzdem nicht dazu beitragen, die auf diesem Gebiet herrschende Not zu lindern.

Während sich die Bevölkerung aufgrund der ihr eigenen Mentalität zunächst im Hinblick auf die zahlreichen augenfälligen Schwierigkeiten auf dem Gebiet des allgemeinen Gesundheitswesens und die aus den ungünstigen Lebensverhältnissen resultierenden symptomatischen Krankheitserscheinungen keine ernsthaften Sorgen macht, hegt sie diese jedoch gegenüber der Wohnungsfrage. Die vielfach neuen Truppenverlegungen haben in verschiedenen Städten zu der Befürchtung geführt, daß der an sich noch verbliebene geringe Wohnraum zugunsten der Truppen weiter eingeschränkt oder ganz geräumt werden muß. Nach wie vor ist die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung, insbesondere in Kreisen der Arbeiterschaft in den Städten, stärkstens durch die Ernährungslage beeinflusst. Die russische Bevölkerung ist nicht anspruchsvoll - bezeichnend dafür ist die häufig gehörte Äußerung

"Wenn wir Brot und Kartoffeln haben, dann werden wir satt und alles wird gut."

aber sie will diese Hauptnahrungsmittel in ausreichender Menge haben. In den Landgebieten spielt die Ernährungsfrage naturgemäß nicht die Rolle wie in der Stadt, soweit es sich nicht um bandenverseuchte oder durch Banden ausgeplünderte Gebiete handelt. Hier ist es im Augenblick das Ablieferungs-soll, das verschiedentlich durch nachträgliche Erhöhungen, die im Verhältnis zur Ernte als zu hoch angesehen werden, Mißstimmung hervorgerufen hat.

Der Bandenterror hat den Meldungen zufolge wiederum zugenommen. Allein die Überfälle auf Dörfer sind um ein Drittel gestiegen. Auf der anderen Seite wurde die Bekämpfung der



3943-12
634

Banden durch die schlechte Witterung stark beeinträchtigt. Diese Entwicklung hat die Bevölkerung stimmungsmäßig erheblich beeindruckt. Die Aufgabe von einigen deutschen Stützpunkten und laufende Überfälle gaben zu allerlei Mutmaßungen und Gerüchten Anlaß, die durch Mundpropaganda rasch die Runde machten und Angst und Schrecken hervorriefen. Die Bevölkerung ist überwiegend auch heute noch der Überzeugung, daß sie unter deutschem Schutz besser fährt, kann aber nach wie vor nicht verstehen, daß es der deutschen Wehrmacht nicht gelingt, sie entsprechend zu schützen. Von russischer Seite wird daher häufig die Ansicht vertreten, daß man den Bauern zur Organisation eines Selbstschutzes Waffen geben müsse.

Für das militärische Geschehen zeigte die Bevölkerung im allgemeinen wenig Interesse. Lediglich der Wunsch nach einem schnellen Ariegsende wird übereinstimmend aus dem ganzen Gebiet gemeldet. In Verbindung mit diesem Wunsch ist in weitesten Kreisen der Bevölkerung der Glaube an den deutschen Endsieg als Ausdruck eigener Hoffnungen vorhanden. Charakteristisch dafür ist folgender Vorfall:

Als vor einiger Zeit eine deutsche Militärkapelle mit klingendem Spiel durch den Ort Komschatka zog, glaubten die Ortseinwohner fest, daß der Krieg beendet sei.

Auf der gleichen Linie bewegen sich auch die umlaufenden Gerüchte wie: Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland - Erkrankung Stalins - Stalin und Molotow ermordet usw. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrzahl trotz aller Sorgen, Nöte und Schwierigkeiten eine deutschfreundliche Haltung bewahrt. Stimmungsmäßig örtlich auftretende Schwankungen je nach der Entwicklung der Ernährungslage, des Bandenterrors usw. haben bisher die Grundhaltung der Bevölkerung feststellbar nicht beeinflussen können.



Wirtschaftliche Lage im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Nach den vorliegenden Meldungen ist die Herbstbestellung -begünstigt durch gutes Wetter- trotz zahlreicher agrartechnischer Schwierigkeiten überall rechtzeitig zum Abschluß gebracht worden, soweit nicht in einzelnen, flächenmäßig z.T. allerdings bedeutenden Gebieten eine Bestellung infolge unmittelbarer oder mittelbarer Einwirkung durch die Banden-tätigkeit gestört oder völlig unmöglich gemacht wurde.

Weite Gebiete sind der deutschen La-Führung überhaupt verschlossen, andere werden zeitweise von Banden heimgesucht, die eine planmäßige Aufbauarbeit unmöglich machen. So sind beispielsweise

von den 33 Gemeinden des Rayons Lepel 6 vollständig in Händen der Banden, 7 weitere Gemeinden werden zeitweise heimgesucht, die Bevölkerung wird terrorisiert und beraubt, so daß sich auch in diesen Gemeinden die Bestel-lungsarbeiten nicht wie vorgesehen abwickeln konnten.

Im Rayon Polozk waren Gebiete mit 21 800 ha Acker-land von den Banden beherrscht. Diese Gebiete können in keiner Weise erfaßt werden, es ist dort sogar die Kolchos-Wirtschaft wieder eingeführt worden.

Von der anbaufähigen Fläche des Rayons Surash sind etwa 40% in den Händen der Banden, so daß die Herbst-bestellung in diesen Gebieten -wenn überhaupt - nur sehr mangelhaft durchgeführt werden konnte.

Demgegenüber konnten in den Gebieten, die unter deutscher Herrschaft stehen, die Anbauflächen im Vergleich zum Vor-jahre und z.T. schon im Verhältnis zur Größe der Anbaufläche z.Zt. der Sowjetherrschaft vielfach erweitert werden:

So gelang es im Rayon Witebsk, eine um 6% größere Fläche als im Vorjahr zu bestellen. Dieser Erfolg wird in deutschen und russischen Fachkreisen nicht zuletzt auch darauf zurückgeführt, daß in diesem Rayon bereits 130 russische Bauern mit einem durch-schnittlichen Eigenbesitz von 12 ha je Hof begaben wurden.

Im Rayon Newel wurde sogar eine um 20% größere Acker-fläche mit Winterroggen bestellt als im Vorjahr.

Auch im Rayon Surash konnte die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 20% vergrößert werden, ein Erfolg, der ebenfalls wesentlich auf die Begehung mit Eigenland und die hierdurch gehobene Arbeitsfreu-digkeit der Landbevölkerung zurückgeführt wird.

Im Rayon Orel wurden in diesem Herbst 35 000 ha bestellt, gegenüber 22 500 ha im Vorjahr und 30 000 ha zur Sowjetzeit.



In Wjasma, Dorogobush und Ssafonowo wurde gleichfalls eine gesteigerte Arbeitsfreudigkeit der Landbevölkerung verzeichnet. Nach den vorliegenden Schätzungen sind dort etwa 25% mehr Ackerfläche bestellt worden als im vergangenen Jahr.

Diesen Erfolgen steht die Tatsache gegenüber, daß unabhängig von den äußeren Einflüssen des Bandenunwesens und selbst in bandenfreien Gebieten aus kriegsbedingten, rein agrartechnischen Gründen die Herbstbestellung in verschiedenen Rayons und Bezirken z.T. wesentlich hinter der Planung zurückblieb.

So wurden z.B. in Mogilew 16 858 ha mit Winterroggen bestellt gegenüber einer Planung von 18 000 ha, für Winterweizen waren 50 ha vorgesehen, es konnten jedoch nur 10 ha bestellt werden.

Im Bezirk Orel waren von 1 264 000 ha vorhandener Ackerfläche ein Drittel für die Herbstbestellung vorgesehen, doch konnten nur 260 000 ha mit Roggen und eine kleine Fläche mit Winterweizen bestellt werden.

Die Ursachen dieser negativen Entwicklung sind in erster Linie auf einen ausgesprochenen Mangel an Zugtieren und Traktoren, sowie an Treibstoff für die wenigen vorhandenen Traktoren zurückzuführen. Er konnte teilweise dadurch behoben werden, daß Wehrmachtseinheiten den Bauern Pferde zur Verfügung stellten. (Witebsk)

So wären, um die Bestellungsarbeiten im Gebiet Orel reibungslos durchzuführen, schätzungsweise zusätzlich 60 000 bis 70 000 Zugtiere erforderlich gewesen. Zurzeit liegen die Verhältnisse aber so, daß ein Pferd auf je 4 Bauernhöfe entfällt.

Soweit Traktoren noch von früher vorhanden sind oder aus dem Reich geliefert wurden, wurde dafür wiederum zu wenig Treibstoff zugeteilt. In Smolensk z.B. konnten aus diesem Grunde nicht einmal die vorhandenen Traktoren zur Herbstbestellung voll ausgenutzt werden.

An landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bestand und besteht noch vielfach Mangel. wesentlicher jedoch ist die Tatsache, daß sich ein Teil der aus dem Reich gelieferten Maschinen als für hiesige Verhältnisse ungeeignet erwiesen hat:

So wird im Bezirk Mogilew immer noch über den Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen geklagt. Zwar wurden in diesem Bezirk etwa 2 000 Pflüge abgegeben, doch wurden noch weitere 8 000 benötigt. Die anfänglichen Bedenken gegen den zweisecharigen Pflug sind im allgemeinen verschwunden. Der Preis von 140.- Rubel ist sehr günstig. Die gelieferten Eggen jedoch - 600 Stück - sind nach Ansicht von Fachleuten für hiesige Verhältnisse nicht geeignet. Sie sind zu schwer, und zu ihrer Benutzung sind 3 Pferde erforderlich, während der Bauer im allergünstigsten Fall eines besitzt. Auch die gelieferten Dreschmaschinen sind zu groß. Von der Landbevölkerung werden kleinere Dreschmaschinen und Maschinen für Handbetrieb zum Reinigen des Getreides von der Spreu benötigt.

Im Gebiet Witebsk waren Pflüge zwar in ausreichender Menge vorhanden, dagegen fehlte es an Eggen. Die aus Deutschland gelieferten Kultivatoren konnten nicht benutzt werden, da sie für die russischen Pferde zu schwer gebaut sind.

Über die Zahl der aus dem Reich eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte liegen aus Orel genaue Angaben vor. Dieser Bezirk hat bisher

2 057 Grubber
4 586 Pflüge
20 Dreschmaschinen
21 Traktoren-Pflüge und
18 Ableger

erhalten.

Die vorhandenen Saatgutmengen waren im allgemeinen ausreichend, lediglich in Mogilew machte sich Mangel an Saatgut bemerkbar und beeinträchtigte die Bestellungsarbeiten. Auch in den zeitweilig von Banden heimgesuchten Gemeinden des Rayons Newel reichten die vorhandenen Saatgutmengen zur Herbstbestellung nicht aus, da ein Teil der Bestände geplündert worden war. Im einzelnen wird berichtet:

Saatgut ist im allgemeinen reichlich vorhanden, stellenweise mehr als zur Sowjetzeit, so daß die Bestrebungen, die Anbauflächen in diesem Jahr zu vergrößern, zum Erfolg führten (Witebsk).

Das Saatgut für die Herbstsaat und für die Frühjahrsbestellung im nächsten Jahr konnte zum größten Teil aus der diesjährigen Ernte bereitgestellt werden. Es ist als qualitativ gut zu bezeichnen. Lediglich für die Bezirke, in denen Requirierungen durch die Banden stattgefunden hatten, mußte Saatgut durch die Sammelstelle in Minsk bezogen werden (Orel).

Ein empfindlicher Mangel besteht überall an Kunstdünger. Da der Stalldünger der Bauern ausschließlich für die Düngung der Hofparzellen Verwendung fand, und auch der von Wehrmachtsein-





H3453 - 0122

3943 PS
638

-12-

heiten zur Verfügung gestellte Stalldünger mengenmäßig nicht ausreichte, wurden verschiedentlich Befürchtungen geäußert, daß das vorgesehene Abgabesoll im kommenden Jahr nicht erreicht werden könne.

Im Gebiet Witebsk machte sich überall das Fehlen von Stall- und Kunstdünger bemerkbar, obwohl die Wehrmacht verschiedentlich Dünger aus den eigenen Stallungen zur Verfügung gestellt und sogar abgefahren hatte.

In den Bezirk Orel konnten wegen der Transport-schwierigkeiten Düngemittel nicht herangeschafft werden, doch rechnet man in dortigen landwirtschaftlichen Kreisen damit, daß dieser Mangel bis zur Frühjahrsbestellung behoben sein wird. In deutschen und russischen Fachkreisen befürchtet man, daß das Abgabesoll nicht erreicht wird, obwohl die Witterungsverhältnisse für die Bestellungsarbeiten sehr günstig waren.

Auch in Wjasma machte sich der Mangel an Kunstdünger hemmend bemerkbar, man ist dort der Ansicht, daß die Ernte erheblich besser ausfallen würde, wenn es gelungen wäre, genügend Kunstdünger heranzubringen.

Immerhin hofft man in Kreisen der deutschen Landwirtschafts-Führung, den Mangel an Kunstdünger bis zur Frühjahrsbestellung beheben und damit die Erträge steigern zu können.

Allgemeiner Gesundheitszustand der russischen Bevölkerung im Heeresgebiet Mitte.

Der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung konnte im Verlaufe der letzten Monate trotz der angespannten Ernährungslage und der immer noch stark begrenzten Möglichkeiten auf dem Gebiet sanitärer Hilfsmittel und Einrichtungen im allgemeinen den besonderen Verhältnissen des Bereiches entsprechend als zufriedenstellend betrachtet werden. Als ein Beispiel für zahlreiche andere ist z.B. in dieser Richtung symptomatisch, daß die Ansehung der günstigen Entwicklung der Gesundheitslage in Lepel dort die Prophylaxe unterbrochen werden konnte.

Absolut und im einzelnen gesehen bedingen demgegenüber naturgemäß die augenblicklichen besonderen Lebensverhält-

werden muss. So ist durch die Mangelercheinungen in der Ernährungslage weiterhin eine Anfälligkeit für Infektionskrankheiten - neuerdings auch Tuberkulose (Borissow) - zu verzeichnen, von der insbesondere Kleinkinder betroffen werden. Fälle von Blutarmut und Unterernährung werden häufiger. Durch das Fehlen von Fleisch und Fett sind auch zahlreiche Magenkrankungen aufgetreten (Sytschewka). Wenn auch der Mangel an Lebensmitteln spezifische Krankheiten über einen erträglichen Umfang hinaus nicht hervorgerufen hat, so wurden doch manche Krankheiten infolge von Hungerzuständen aktiviert. Da das russische Volk jedoch gegenüber einer einseitigen Ernährung oder einer Nahrungsmittelknappheit aufgrund jahrzehntelanger organisch-biologischer Anpassung an harte Lebensbedingungen physiologisch sehr widerstandsfähig ist, sind bei der arbeitenden erwachsenen Bevölkerung umfangreiche Erkrankungen als Auswirkung schlechter Ernährung bisher nicht aufgetreten.

Auswirkungen des Mangels an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln, sowie Reinigungsmöglichkeiten auf die Volksgesundheit.

Aus allen Rayons wird übereinstimmend über den anhaltenden und überaus empfindlichen Mangel an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln berichtet. Als unmittelbare Auswirkung ist allgemein ein Ansteigen der Hautkrankheiten, insbesondere der Krätze, gemeldet worden.

Wladimirskeje meldet 55 % der Erkrankungen als Hautkrankheiten, vornehmlich Krätzeerscheinungen.

In Newel ist die Zahl der an Krätze Erkrankten seit dem 25.9.1942 von 84 auf 204 Fälle gestiegen.

Polozk besass im Zeitraum von 20.8. bis 20.9.1942 152 Krätzeefälle.

Im hautverenologischen Krankenhaus in Smolensk waren von 126 Zugängen allein 89 Hautkranke, die durchweg mit Krätze behaftet waren.

Die Krätze tritt auch in Orel in stärkerer Masse auf. Es wurden Fälle berichtet, wonach ganze Familien davon befallen sind. Häufig ist auch die Furunkulose zu beobachten.





H3453 - 0124

3943-PS
640

-14-

Um den Seifenmangel zu überwinden, ist die Bevölkerung teilweise dazu übergegangen, die Fette von Hunden und Katzen zum Kochen von Seife zu benutzen (Borissow).

Neben dem Fehlen von Reinigungsmitteln wird die Verbreitung von Hautkrankheiten vielerorts durch den Mangel an Badestuben begünstigt.

So stehen beispielsweise im Rayon Wjasma bei 44 000 Bewohnern nur 83 Badestuben zur Verfügung, von denen nur eine in der Stadt selbst ist.

Ebenso sind in Polozk Badestuben nur in völlig unzureichender Anzahl vorhanden.

Auch die in Newel an drei Tagen der Woche geöffnete Badestube wird den Bedürfnissen der Bevölkerung bei weitem nicht gerecht.

Das Stadtbad in Neu-Borissow ist durch die Wehrmacht besetzt. Das Bad in Alt-Borissow ist nur an 2 Wochentagen geöffnet. Pro Tag können sich dort etwa 100 bis 120 Personen waschen, Badewannen sind nicht vorhanden.

Fälle, in denen es den zuständigen Stellen inzwischen gelang, eine ausreichende Zahl von Badestuben zu schaffen (z.B. Witebsk) gehören z.Zt. noch zu den Ausnahmen.

Infektionskrankheiten

Die Erkrankungen an Fleckfieber gingen im allgemeinen etwas zurück. Während in früheren Jahren jedoch das Fieber spätestens im Juni zum Stillstand kam, wird jetzt unabhängig von der Jahreszeit dort von einem Ansteigen der Fleckfiebererkrankungen berichtet, wo eine Einschleppung durch verlauste Flüchtlinge aus den Frontgebieten erfolgt.

So meldet z.B. Sytshewka, daß die starke Verlausung der russischen Bevölkerung eine zunehmende Ausdehnung des Fleckfiebers zur Folge hatte, das insbesondere durch Flüchtlinge aus dem Frontgebiet eingeschleppt werde.

Ebenso wird aus Polozk in allerletzter Zeit ein stärkerer Zugang an Flecktyphus - und Bauchkranken aus dem Flüchtlingslager Bigosowo berichtet.

Seuchenartige Erkrankungen sind im größeren Umfange bisher nicht aufgetreten.

Geschlechtskrankheiten sind im allgemeinen nur vereinzelt festgestellt worden und hielten sich nach Ansicht deutscher und russischer Fachkreise in Grenzen, die z.Zt. zur Besorgnis keinen Anlaß geben. Eine Zunahme konnte allerdings in dem Gebiet von Brjansk verzeichnet werden. Auch in Smolensk ist ein Ansteigen von Geschlechtskrankheiten feststellbar.

(Nach Aussagen des Stadtarztes von Smolensk habe es Geschlechtskrankheiten früher nur ganz vereinzelt gegeben)

Andere Infektionskrankheiten sind bisher auf Einzelfälle beschränkt geblieben.

Arzneimittelversorgung.

Die Klagen über den Mangel an Arzneimitteln und Impfstoffen halten weiterhin an. Nach den vorliegenden Meldungen fehlt es besonders an Diphterieserum, an Lymphen für Pocken- und Typhusschutzimpfungen, sowie an Salben gegen Hautkrankheiten. Ebenso wird immer wieder auf den Mangel an Verbandstoffen hingewiesen.

Newel. Arzneimittel stehen bei weitem nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung. Herz- und Lungenmittel und solche gegen Erkältungskrankheiten fehlen vollständig. Besonders stark bemerkbar macht sich der Mangel an Schutzimpfstoffen. Die Angehörigen der deutschen Einheiten und Dienststellen konnten zwar durchgehend gegen Typhus, Kolera und Ruhr, zum Teil auch gegen Fleckfieber geimpft werden. Ebenso wurden die bei den deutschen Stellen arbeitenden russischen Zivilarbeiter laufend geimpft. Dagegen konnte prophylaktisch nicht gegen Pocken geimpft werden, da keine Lymphe vorhanden waren und trotz mehrfacher Anforderungen auch nicht geliefert wurde. Die Durchführung einer Pockenprophylaxe ist aber erforderlich, da im Falle einer Epidemie nur schwer Gegenmaßnahmen getroffen werden können. Eine Typhusschutzimpfung war für die 40 000 Köpfe zählende Bevölkerung des Rayons in Aussicht genommen, ist aber aus Mangel an Impfstoff nicht durchgeführt worden.



Cholm. Dem russischen Krankenhaus stehen wöchent-
lich nur 100 g Krätzesalbe zur Verfügung, während
15 kg zur erfolgreichen Bekämpfung bei den an
Krätze erkrankten Personen benötigt werden.

Ärztliche Betreuung der Zivilbevölkerung.

Mit wenigen Ausnahmen stehen für die städtische Zivilbevölke-
rung nach wie vor Ärzte in ausreichender Zahl zur Verfügung
(Witebsk, Polozk, Borissow, Newel, Smolensk).

Schwierigkeiten bestehen allerdings vielfach bei der Be-
treuung der Landbevölkerung.

Die fachlichen Leistungen der russischen Ärzte können an
russischen Verhältnissen gemessen als zufriedenstellend
gelten (Polozk). Nach Ansicht deutscher Militärärzte (u.a.
Lepel) sind ihre tatsächlichen Leistungen jedoch als sehr ge-
ring zu bewerten. Darüberhinaus mangle es den russischen
Ärzten vielfach an dem notwendigen Verantwortungsbewußt-
sein, basierend auf grober Unkenntnis und Oberflächlich-
keit.

Erschwerend für die Arbeit der russischen Ärzte wirkt sich
allerdings der anhaltende Mangel an Medikamenten, Instru-
menten, Impfstoffen und Verbandszeug aus. Hinzu kommen der
teilweise Mangel an Krankenhäusern und deren primitive
Einrichtungen.

In Wjasma konnten keinerlei Schutzimpfungen gegen
Typhus, Scharlach, Cholera, Pocken, Diphtherie
oder Tollwut wegen Fehlens dieser Impfstoffe durch-
geführt werden.

In Dorogobush stehen für Operationen in Kranken-
häusern teilweise nur Militärbestecke zur Ver-
fügung.

Sowohl in der Stadt als auch im Rayon Mogilew
fehlt es besonders an chirurgischen Instrumenten.
Die vorhandenen können jederzeit unbrauchbar wer-
den. Ähnlich ist es hinsichtlich der Röntgenein-
richtung der Stadt.

Hier ist nur eine Röntgen-
röhre vorhanden, die auch jederzeit unbrauchbar
werden kann. Der Röntgenarzt arbeitet ohne jeg-
lichen Schutz. Im Interesse der Bevölkerung werden
mehr Patienten behandelt, als überhaupt zulässig
ist. Die in den Krankenhäusern vorhandene Wäsche
dürfte tatsächlich nur noch als Lappen dienen, es
ist keine Seife vorhanden, um die Wäsche zu waschen.



Polozk. Die für den Bedarf der Bevölkerung freigegebene chirurgische Abteilung und die Abteilung für Entbindungen sowie die Unterbringung von Infektionskranken in einem kleinen Haus sind völlig unzureichend. Geeignete Räume sind zwar vorhanden, doch fehlt es an Glas und Einrichtungsgegenständen.

In den Behelfskrankenhäusern in Sytschewka fehlt es an Betten und Wäsche. Aus Platzmangel sind keine Isolierungsmöglichkeiten vorhanden. Die Ärzte sind überlastet, da sich die Kranken notgedrungen in die Rayonstadt begeben. Die Errichtung wenigstens einiger medizinischer Punkte ist erforderlich.

Der Zustand des Krankenhauses ist in Bolchow in jeder Hinsicht unzureichend. Es fehlen die primitivsten Einrichtungsgegenstände.

Orel. Der heutige Zustand des Krankenhauses ist in jeder Hinsicht unzureichend. Es fehlen die primitivsten Einrichtungsgegenstände wie Stühle, Tische, Bänke, Bettwäsche, Handtücher, Waschsüsseln, Töpfe und Geschirr. Seife ist überhaupt nicht vorhanden. Medikamente können nur im beschränkten Maße abgegeben werden. Die sanitären Einrichtungen des Ambulatoriums und der Abteilung für Geschlechtskrankheiten ist von den Sowjets beim Rückzug zum Teil zerstört oder mitgenommen worden. In der Apotheke fehlt es an Medizinen, Medikamenten und Verbandszeug. Außerdem ist eine vollkommene zahntechnische Einrichtung notwendig.





H3453 - 0128

-18-

3943-PS
644

Verwaltung der Kreise im Generalbezirk Weissruthenien.

Durch einen Erlass des Generalkommissars vom 12.10.42 wurden für die Dienststellen der einheimischen Verwaltung neue Bezeichnungen festgesetzt. So heisst der bisherige Rayon jetzt Kreis, der Rayon-Bürgermeister - Kreisältester, der Gemeinde-Bürgermeister - Gemeindegärtner, das bisherige Dorf (Kolchos) erhielt die Bezeichnung Dorf. Der Kolchos -Vorsteher heisst Dorfgärtner.

Die Kreisverwaltung stellt die höchste Stufe der einheimischen Verwaltung dar, über die der Gebietskommissar die Aufsicht führt. Angesichts der mangelhaften Besetzung der Kreisverwaltungen obliegt bei der in Weissruthenien bestehenden "Gemischten Verwaltung", den Gebietskommissaren ein grosser Teil der Kreisaufgaben zuzureichen. Das Ziel ist jedoch die Freistellung des Gebietskommissars von allen kleinen Verwaltungsarbeiten, um ihn für die Führungs- und Aufsichtsaufgaben freizumachen.

Die Arbeit der Kreisverwaltungen wird derzeit noch stark durch mangelnde Eignung vieler Kreisältester gehemmt; die wenigsten Kreisältesten sind verwaltungsmässig vorgebildet, da die zur Sowjetzeit amtierenden Rayon-Bürgermeister mit den Sowjets geflüchtet sind. Gerade die Kreisältesten, die sich durch besondere politische Regsamkeit auszeichnen, versagen auf verwaltungsmässigem Gebiet. Je grösser und vielseitiger die Aufgaben in der allgemeinen Verwaltung an sie heranreten, umso mehr wirkt sich das Fehlen jeglicher Verwaltungskenntnisse aus. Es gelingt daher den Kreisältesten nur selten, die Abteilungen ihrer Behörden fest in die Hand zu bekommen.

Noch stärker macht sich der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten bei den Gemeindegärtnern bemerkbar. Die Banden gehen mit brutalsten Mitteln gegen alle Personen vor, die mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Die Kreisältesten stossen bei der Auswahl von Nachfolgern für von Banden ermordete Ge-

meindalteste meist auf grosse Schwierigkeiten. Vielfach haben sich auch die Gemeindebürgermeister in die Kreisschäfte geflüchtet. Auch die Stellvertreter oder Sekretäre der Gemeindeverwaltungen, die in der Regel beim Ausfall eines Gemeindebürgermeisters die Amtsgeschäfte weiterführen, wagen es aus Furcht vor den Partisanen nicht mehr, im Amt zu bleiben. So ist der im Generalbezirk aufgebaute Verwaltungsapparat durch die Bandentätigkeit zu einem grossen Teil zerschlagen. In dem verhältnismässig noch gunstig gelegenen Gebiet Minsk-Land beispielsweise sind von 127 Gemeinden noch 70 besetzt, aber auch in diesen wagen die Gemeindebürgermeister nicht mehr, in der eigenen Wohnung zu schlafen, sondern wechseln dauernd ihren Aufenthalt.

Die Besetzung der Dorfschalten stösst auf noch grössere Schwierigkeiten, da sich die vorgesehenen Personen nicht weigern, irgendwelche Verpflichtungserklärungen usw. zu unterschreiben. Sie lehnen es aber auch ab, sich Bestallungsurkunden aushändigen zu lassen, da sie in deren Besitz eine Gefahr für ihr Leben sehen. Anordnungen der Gemeindefürsorgen werden weitgehend nicht mehr befolgt, auch Strafdrohungen oder Strafen führen zu keinem Erfolg, da sich die Dorfschalten lieber ins Arbeitslager schicken lassen, um wenigstens vor den Banden sicher zu sein.

Eine erhebliche Belastung ist für die Kreise augenblicklich die Versorgung der ausgeplünderten Bürgermeister mit den notwendigsten Kleidungs- und Haushaltsgegenständen. Es wird deshalb an eine entsprechende Erhöhung des Fürsorgetats gedacht. Auch die Zahlung der Hinterbliebenenrente an die Angehörigen der im Dienst umgekommenen Gemeindebeamten erfordert erhebliche Beträge.

Die Merenbildung von verwaltensmassigen Nachschubs konnte bisher nur in wenigen Einzelfällen versucht werden, da freie Arbeitskräfte vordringlich ins Reich abgegeben wurden.



3943-1
646

Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-Kommandostab-

3-RT-K-91/43
13202

Z-RV-K

Berlin, den 23.XII.1942

Geheim!

J. r. u.
J. a.
M. f. u.

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten

Nr. 35

-Die nächste Ausgabe der
"Meldungen aus den besetzten Ostgebieten"
erscheint am 8.1.1943-

Nur zur persönlichen Unterrichtung

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen !



H3453 - 0130

3943-PS
647

Inhaltsangabe I

A. Gegner und Exekutivfragen.

Seite

Bandenunwesen.

Die Aktivität der Banden hat im Gebiet Wolmar (Lettland) nachgelassen. Lebhaftes Bandentätigkeit herrscht in den an der lettisch-russischen Grenze gelegenen Kreisen Lettgallens. Es kann angenommen werden, daß an den Raubzügen sich auch einzelne Ortseinwohner beteiligen. Bei der Bandenbekämpfung wirkt sich die späte Benachrichtigung infolge schlechter Telefonverbindung nachteilig aus.

1

Die Bandengefahr in Weissruthenien ist weiterhin akut, wenn auch infolge des Winters die Aktivität der Banden etwas geschwunden ist. Insbesondere sind die Auswirkungen auf das Verkehrswesen immer noch besorgniserregend. Die in dem besonders bandenverseuchten Gebiet angesetzten Unternehmungen nehmen einen erfolgreichen Verlauf. Zahlreiche Bandenlager sind erstürmt. Innerhalb von 5 Tagen wurden 1 383 Feindtote gezählt.

1-2

Im Kdr.-Bereich Shitomir (Ukraine) wurde von Banditen der Kurierdienst eines Gendarmeriepostens überfallen, wobei durch die Banditen insgesamt 18 Personen getötet wurden.

2-3

Ukrainische Widerstandsbewegung.

In Berlin wurde ein Spitzenfunktionär festgenommen, der das Gebiet Deutschland der illegalen Banderagruppe geführt hat. Zwischen einer Banderabande und sowjetischen Fallschirmspringern, die in den Rokitno-Sümpfen abgesetzt worden waren, kam es zu einem Gefecht, weil sie sich im Gelände nicht dulden wollten.

3-5

In der Ukraine sind in letzter Zeit wieder eine grössere Anzahl Flugblätter erfaßt worden, die sich scharf gegen die deutsche Besatzung und die in der Ukraine betriebene Politik wenden.



H3453 - 0131

B. Lebensgebiete.

Seite

Allgemeine Lage und Stimmung im Bereich der Heeresgruppe
Mitte.

6-8

Nach den bis Mitte November vorliegenden Meldungen hat die allgemeine Lage und Stimmung in der Bevölkerung keine wesentliche Änderung erfahren. Während der Bandidenterror und die Ernährungslage allgemein als die hauptsächlichsten stimmungsbildenden Faktoren in Erscheinung traten, hat der starke Mangel an Heizmaterial und Bekleidung, z.T. auch die Wohnungsfrage, in der Stadtbewölkerung zu einer gewissen Stimmungverschlechterung geführt. Die städtische Bevölkerung hat fast alle entbehrlichen Kleidungsstücke in den zurückliegenden Monaten an die Bauern gegen Lebensmittel eingetauscht. Die vereinzelt geplante Einführung von Bezugsscheinen für Bekleidungsstücke nach deutschem Muster dürfte die auf diesem Gebiet herrschende Not kaum lindern, da Vorräte an Bekleidungsstücken kaum oder nur in unzureichendem Maße vorhanden sind. Das der Landbevölkerung auferlegte Ablieferungssoll hat durch verschiedene nachträgliche Erhöhungen Mißstimmung hervorgerufen. Der Bandidenterror hat den Meldungen zufolge wieder zugenommen. Trotz aller Sorgen, Nöte und Schwierigkeiten hat die Bevölkerung eine deutschfreundliche Haltung bewahrt.

Wirtschaftliche Lage im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

9-12

Die Herbstbestellung ist trotz zahlreicher Schwierigkeiten rechtzeitig beendet worden.

Dort, wo eine verstärkte Bandidentätigkeit zu verzeichnen war, sind allerdings bedeutende Flächen unbestellt geblieben.

Die Ankaufslagen wurden allgemein erhöht und liegen nicht nur über den Stand der Vorjahre, sondern teilweise über der zur Sowjetzeit festgelegten Höhe.

Der Mangel an Zugtieren wirkte sich nachteilig aus wie auch die unzureichende Treibstoffzuteilung für die wenigen vorhandenen Traktoren.



H3453 - 0132

Allgemeiner Gesundheitszustand der russischen Bevölkerung im
Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung konnte im Verlaufe der letzten Monate trotz der angespannten Ernährungslage und der immer noch stark begrenzten Möglichkeiten auf dem Gebiet sanitärer Hilfsmittel und Einrichtungen im allgemeinen den besonderen Verhältnissen des Gebietes entsprechend als zufriedenstellend betrachtet werden. Ein ausgesprochener Mangel an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln macht sich unliebsam bemerkbar und hat allgemein ein Ansteigen der Hautkrankheiten, insbesondere der Krätze, hervorgerufen. Die Verbreitung von Hautkrankheiten wird vielerorts durch den Mangel an Badestuben begünstigt. Die Erkrankungen an Fleckfieber gingen im allgemeinen etwas zurück, sind jedoch dort in einem Ansteigen begriffen, wo eine Einschleppung durch verlaute Flüchtlinge aus den Frontgebieten erfolgte. Seuchenartige Erkrankungen sind im grösseren Umfange bisher nicht aufgetreten. Geschlechtskrankheiten sind im allgemeinen nur vereinzelt festgestellt worden und hielten sich nach Ansicht deutscher und russischer Fachkreise in Grenzen, die z.Zt. zur Besorgnis keinen Anlaß geben. Die Klagen über den Mangel an Arzneimitteln und Impfstoffen halten weiterhin an. Die ärztliche Betreuung der Zivilbevölkerung kann im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet werden. Die fachlichen Leistungen der russischen Ärzte sind nach Ansicht deutscher Militärärzte als sehr gering zu bewerten.

Verwaltung der Kreise im Generalbezirk Weissruthenien.

18-12

Neue Bezeichnung der Dienststelle der landeseigenen Verwaltung durch Erlaß des Generalkommissars vom 12.10.1942. Die Kreisverwaltung (früher Rayonverwaltung) ist mangelhaft besetzt, so daß ein Grossteil der Kreisaufgaben von den Gebietskommissaren durchgeführt werden muss.



A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandenunwesen.

In Lettland hat die Aktivität der Banden im Gebiet Wolmar nachgelassen. Es muss angenommen werden, daß sie sich z.T. aufgelöst haben. Dies wird durch eine bisher noch unbestätigte, vertrauliche Meldung erhärtet, wonach der "Bandenstab" beschlossen hat, die Gruppe aufzulösen, um sie bei der Bevölkerung unterzubringen. Entsprechende Gegenmaßnahmen sind eingeleitet. Andererseits läßt der Absprung eines Banditen bei der Gemeinde Anna, der mit Sendergerät ausgerüstet war jedoch vermuten, daß der "Bandenstab" immer noch in Verbindung mit den Sowjets steht.

Eine lebhafte Banditentätigkeit herrscht in den an der lettisch-russischen Grenze gelegenen Kreisen Lettgallens. In einzelnen Dörfern befinden sich immer noch Elemente, die schon früher mit den Kommunisten sympathisierten und heute die Banden unterstützen. Aus der Art des Auftretens und der Auswahl des Raubgutes ist zu folgern, daß sich an den Raubzügen auch einzelne Ortseinwohner beteiligen. Die Banditen sind fast immer mit Gewehren, Maschinenpistolen und Handgranaten ausgerüstet. Die Vernichtung der Räuber erschwert derstand, daß die Nachrichten erst 8 - 12 Stunden nach dem Geschehen bekannt werden, da die Beraubten die Banditen fürchten und erst dann die Meldung erstatten, wenn sie sich vor ihnen sicher glauben. Auch die schlechte Telefonverbindung in Lettgallen wirkt sich in der Banditenbekämpfung nachteilig aus.

Die Bandengefahr in Weisgruthenien ist weiterhin akut.

Der Winter hat zwar örtlich eine gewisse Verminderung der Aktivität der Banden in Aktionen gebracht, was sich vor allem in der Zahl der Verluste auf deutscher Seite zeigt, (Oktober 175 Tote, 126 Verwundete, 42 Vermißte - November: 86 tot, 99 verwundet) aber keinen zahlenmäßigen Schwund in den Banden selbst. Die Sorge um die Ernährung und eine relativ gesicherte Unterkunft zwingt die Banden einen Teil ihrer Aktivität zur Lösung dieser Schwierigkeiten zu opfern.

Die Entwicklung, daß die Banden sich ab Spätherbst zu streng organisierten Truppenkörpern zusammenschlossen, hat durch den Winter keine Unterbrechung gefunden. Nach den Meldungen über Bandenbewegungen herrschen Bandengruppen in Stärken von 70 bis 200 Mann weiterhin vor.



Die kleineren Banden sind fast ausschliesslich zur Nahrungssuche oder als Vergeltungskommandos eingesetzt, führen aber auch Kampf- und Terroraufträge im Zuge dieser Aktionen mit durch.

Trotz zahlenmässiger Abnahme der Bandenanschläge (Oktober 612 - November 445 Anschläge) sind die Auswirkungen auf das Verkehrswesen noch immer besorgniserregend.

Die in dem besonders bandenverseuchten Gebiet nach eingehender Erkundungstätigkeit angesetzten Unternehmungen nehmen trotz Regens, Schnees und unglaublicher Grundlosigkeit des Bodens einen erfolgreichen Verlauf. Es konnten zahlreiche Bandenlager erstürmt und unüberschbare Mengen an Getreide und Vieh sowie Waffen und Munition in grosser Zahl erbeutet werden. An einem Tag wurden allein 2 Panzerwagen, 2 7,62 cm Kanonen und 2 4,7 cm Pakgeschütze erbeutet. Innerhalb von 5 Tagen wurden 1 383 Feindtote gezählt, die eigenen Verluste betragen 7 Tote und 10 Verwundete.

In der Ukraine wurde im Kdr.-Bereich Shitomir der auf der Eisenbahn zwischen Jelsk und Bouniwitschi befindliche Kurierdienst des Gendarmeriepostens Jelsk, bestehend aus zwei Gendarmeriewachtmeistern, 10 Letten und 22 ukrainischen Schutzmannern, von Banditen überfallen. Bei dem Überfall wurden die beiden Gendarmeriewachtmeister, 9 lettische Schutzleute, 7 ukrainische Schutzleute und 9 im Zug mitfahrende Zivilpersonen getötet.

Den Banden war bekannt, daß regelmässig Mittwochs und Sonnabends die Waldbahn mit dem Kurierdienst zwischen den Gebieten Jelsk und Lettschitzki verkehrt. An der Überfallstelle grenzt der Wald etwa 15 - 20 m an das Bahngleis. Dort hatte die etwa 100 Mann starke Bandengruppe gut getarnte Feldstellungen ausgehoben. Die Banditen hatten an den Schienen ein Seil befestigt, an dem vorher die Laschen gelockert waren und ausserdem eine Mine angebracht war. Kurz vor Eintreffen des Zuges wurden die Schienen mit den Seilen auseinandergezogen, so daß der Zug entgleisen musste und ausserdem noch durch die Explosion der Minen beschädigt wurde. Vor der Lokomotive liefen zwei mit Holz verschaltete Plattenwagen, die zur Verteidigung etwaiger Angriffe durch die darauf befindlichen 2 Gendarmerie-Wachtmeister und 32 Schutzleute vorgesehen waren. Im Moment der Entgleisungen wurde der ganze Zug von den Banditen unter ein derartig starkes MG.-, MP.- und Gewehr genommen, daß die Aufnahme der Verteidigung nicht möglich war. Ausserdem wurden von den Banditen mehrere Handgranaten geworfen. Die meisten Männer sind während dieses 1. Feuerüberfalls bereits gefallen. Die beiden Gendarmeriewachtmeister wurden mit mehreren Kopfschüssen und ihrer Uniform beraubt vorgefunden.

Den Banditen fielen sämtliche im Zug befindliche



Waffen in die Hände, und zwar: 1 SMG, 3 LMG, 21 Gewehre, 2 Pistolen und Munition. Ausserdem nahmen die Banditen sämtliche Dienstaussweise sowie die Armbinden der Schutzleute mit.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

In Berlin gelang es, den ukrainischen Studenten Wasyl Bozchilbnyk, geb. 27.2.1913 in Sikoliw, wohnhaft Berlin, O. Fischerstr. 25, Decknamen: Burkut, festzunehmen. Er führte das Gebiet Deutschland der illegalen Banderagruppe und stand unmittelbar mit der Bander-Zentrale in Lemberg in Verbindung.

Nach vertraulicher Mitteilung sind Anfang November in den Rokitno-Sümpfen eine Anzahl sowjetische Fallschirmspringer abgesetzt worden. Diese Fallschirmspringer sind angeblich mit einer Banderabande aneinandergeraten, die sich gegenseitig im Gelände nicht dulden wollten. Bei dem sich entwickelnden Gefecht sollen eine Reihe Fallschirmspringer erschossen und andere verwundet worden sein. Die Banderabande hat angeblich einige moderne sowjetrussische Waffen erbeutet.

Bei der Festnahme eines Bander-Anhangers in Poltawa wurden folgende gefälschte Stempel gefunden:

- Der Bürgermeister der Stadt Poltawa,
Abteilung für Volksbildung -
- 4-Ukrainischer Ordnungsdienst der Stadt
Poltawa -
- Gemeldet am bei Kommandantur
Poltawa -

Im Bezirk Nikolajew wurden 10 Personen wegen Verdachts der Zugehörigkeit zur Organisation Ukrainischer Nationalisten festgenommen. Unter ihnen befanden sich ein Schuldirektor sowie ein Starost.

Während der letzten Zeit sind in der Ukraine wieder eine grössere Anzahl Flugblätter der illegalen Banderagruppe erfaßt worden.

Ein Flugblatt trägt die Überschrift: "H u n g e r" und hat folgenden Wortlaut:

"U k r a i n e r !
Habt ihr schon etwas über die Hungersnot von 1932-33 gehört; wisst ihr, wie eure Brüder aus der Ostukraine zu Millionen umkamen, als Folge des durch die roten Banditen hervorgerufenen Hungers? Es nähert sich der Winter und mit ihm die kritische Spanne zwischen den Ernten. Die deutsche Verwaltung hat auch eurer Vorräte be-



faßt und wird auch ohne Hilfe vor dem drohenden Hunger lassen. Tausende und Millionen werden täglich umkommen. Bauern, gebt kein lebendes Vieh ab; wenn es auch fertiggenommen wird, schlachtet es und gebt es nicht dem Feinde, der euer Vieh nach Deutschland, Holland und Dänemark ausführt und das von euch Erarbeitete den dortigen vordereichten Bauern verteilt, die jetzt schon 8 bis 10-mal mehr Vieh besitzen. Die deutsche Wirtschaftspolitik will aus unseren Landbesitzern Bettler machen, indem sie sie beraubt und aus jedem deutschen Gesinnungslumpen einen reichen Herrn. Wir werden das nicht zulassen. Wir lassen uns nicht berauben. Wir werden alles verbergen!"

Im Kdr.-Bereich Charkow wurden eine Anzahl Flugblätter sichergestellt, die von der "Bezirksleitung der OUN für die Ostukraine" unterzeichnet waren. Diese Flugblätter wenden sich an die national gesinnte ukrainische Bevölkerung mit der Aufforderung, sich der Bewegung Banderas bedingungslos anzuschließen zum gemeinsamen Kampf gegen die deutschen Okkupanten. In einem dieser Flugblätter heißt es:

"U k r a i n e r !

Durch ihre grobe Kolonialpolitik in der Ukraine haben die Deutschen eine gerechte Empörung unter allen Schichten unseres Volkes hervorgerufen. Die verblendeten und sich überhebenden Sieger vergessen, daß sie den leichten Sieg über die Bolschewisten im Jahre 1941 zum grossen Teil den Ukrainern verdanken. Unser Volk hat geholfen, das Moskauer Regime zu stürzen, indem es auf eine gesunde Vernunft der deutschen Staatsführung und auf die Anerkennung eines ukrainischen Staates rechnete. In der kurzen Zeit der deutschen Herrschaft ist von diesen Hoffnungen nur ein Rauch geblieben. Jetzt muss jeder Ukrainer begreifen, daß in uns der einzige Weg zum menschlichen freien Staatsleben ist - das ist der Weg eines organisierten Revolutionskampfes grosser Volksmassen für die selbständige Ukraine. Unsere Stunde naht. Die Welt befindet sich in einem Riesenkrieg. Unser stärkster Feind - der Moskauer Imperialismus - verblutet. Je weiter, desto mehr versiegen die Reserven, desto mehr ist Deutschland erschöpft. Auch England strengt seine Kräfte bis zum Äussersten an. Mit der Kriegsdauer wachsen unsere Chancen. Wir dürfen den günstigen Augenblick nicht verpassen. Unser Erfolg hängt von unserem festen Bunde und von unserer Kraft im gemeinsamen Kampf ab. Deshalb seid weise und organisiert euch. Gebt euren Gefühlen keinen freien Lauf".



In einem anderen Flugblatt heisst es:

"Das Moskauer Gefängnis stürzt zusammen. Und obgleich der blutgierige Stalin in seinem Todeskampf durch seine Agenten uns ein neues Paradies versprach, sagen wir voller Zorn, die alle Schrecknisse des Alten noch nicht vergessen haben:

Tod dem ganzen Moskau. Die besten Söhne der Ukraine haben mit ihrem Blut an den Wänden des Moskauer Gefängnisses die flammenden Worte des Urteils geschrieben:

Freiheit der Ukraine, Tod Moskau!

Die Ukraine ist von Moskau für immer durch die Berge von Leichen und einem Blutmeer getrennt. Wir wollen allen denen die Hände abhauen, die ihre Hände nach Moskau strecken oder bei fremden Herren um Hilfe bitten. Wer seinem Volk das beste Los wünscht, soll in die organisierten Reihen der Kämpfer für einen selbständigen ukrainischen Staat eintreten. Es lebe die OUN unter Führung Stefan Bandera!"

Im Kdr.-Bereich Rowno konnte wiederholt festgestellt werden, daß von Banditen durch Stempelaufdruck gekennzeichnete Karbowanez-Scheine in Umlauf gebracht worden waren. Es handelte sich um zwei verschiedene Stempel. Ein Stempel lautete "Heil Ukraine, Heil den Helden!" und der andere "Heil Bandera!"



B. Lebensgebiete.

Allgemeine Lage und Stimmung im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Nach den bis Mitte November vorliegenden Meldungen hat die allgemeine Lage und Stimmung in der Bevölkerung keine wesentliche Änderung erfahren. Während der Bandenterror und die Ernährungslage allgemein als die hauptsächlichsten stimmungsbildenden Faktoren in Erscheinung treten, hat der starke Mangel an Heizmaterial und Bekleidung, z.T. auch die Wohnungsfrage, in der Stadtbevölkerung zu einer gewissen Stimmungsverschlechterung geführt. Dass diese Momente augenblicklich besonders stark in Erscheinung treten, ist teils jahreszeitlich durch den eingetretenen Winter und teils durch erhebliche Truppenverschiebungen bedingt. Trotz dieser, die Stimmung ohne Zweifel ungünstig beeinflussenden Lage war die Haltung der Bevölkerung bisher Schwankungen bedeutsamerer Art im allgemeinen nicht oder nur örtlich unterworfen. Immerhin aber tragen die in der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetretenen und noch zu erwartenden Schwierigkeiten bei Verschärfung des Winters und einer damit notwendig verbundenen weiteren Erschwerung der allgemeinen Lebensverhältnisse die Möglichkeit auch einer Wandlung der Haltung der Bevölkerung in sich.

Im Vordergrund der begründeten Sorgen der Stadtbevölkerung steht die Frage ausreichender Beschaffung von Heizmaterial während dieses Problem auf dem Lande infolge natürlicher Versorgungsmöglichkeiten und der verkürzten Anfahrt keine oder nur örtliche Bedeutung hat. Obwohl auch der Stadtbevölkerung im allgemeinen in ausreichendem Masse Brennholz zugeteilt worden ist, fehlt es einerseits doch an Transportmitteln für die Heranschaffung, zum anderen liegt das Material in bandenversuchten Gebieten, so dass es ohne militärischen Schutz nicht eingebracht werden kann. Die bisherigen Vorräte aus zerstörten Gebäuden sind restlos verbraucht, anderes Heizmaterial ist zumeist nicht vorhanden. Die begründete Sorge, frieren zu müssen, ist daher in allen Kreisen der städtischen Bevölkerung vorhanden, zumal nur die wenig-



sten noch mit einer ausreichenden Kleidung versorgt sind. Sämtliche irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke sind in den zurückliegenden Monaten an die Bauern gegen Lebensmittel eintauscht worden. Vorräte an neuen Sachen sind kaum oder nur in völlig unzureichendem Maße vorhanden. Die vereinzelt geplante Einführung von Bezugscheinen nach deutschem Muster, die eine gerechte Verteilung der wenigen vorhandenen Spinnstoffe gewährleisten soll, dürfte trotzdem nicht dazu beitragen, die auf diesem Gebiet herrschende Not zu lindern.

Während sich die Bevölkerung aufgrund der ihr eigenen Mentalität zunächst im Hinblick auf die zahlreichen augenfälligen Schwierigkeiten auf dem Gebiet des allgemeinen Gesundheitswesens und die aus den ungünstigen Lebensverhältnissen resultierenden symptomatischen Krankheitserscheinungen keine ernsthaften Sorgen macht, hegt sie diese jedoch gegenüber der Wohnungsfrage. Die vielfach neuen Truppenverlegungen haben in verschiedenen Städten zu der Befürchtung geführt, daß der an sich noch verbliebene geringe Wohnraum zugunsten der Truppen weiter eingeschränkt oder ganz geräumt werden muß. Nach wie vor ist die Stimmung weiter Kreise der Bevölkerung, insbesondere in Kreisen der Arbeiterschaft in den Städten, stärkstens durch die Ernährungslage beeinflusst. Die russische Bevölkerung ist nicht anspruchsvoll - bezeichnend dafür ist die häufig gehörte Äußerung

"Wenn wir Brot und Kartoffeln haben, dann werden wir satt und alles wird gut."

aber sie will diese Hauptnahrungsmittel in ausreichender Menge haben. In den Landgebieten spielt die Ernährungsfrage naturgemäß nicht die Rolle wie in der Stadt, soweit es sich nicht um bandenverseuchte oder durch Banden ausgeplünderte Gebiete handelt. Hier ist es im Augenblick das Ablieferungssoll, das verschiedentlich durch nachträgliche Erhöhungen, die im Verhältnis zur Ernte als zu hoch angesehen werden, Mißstimmung hervorgerufen hat.

Der Bandenterror hat den Meldungen zufolge wiederum zugenommen. Allein die Überfälle auf Dörfer sind um ein Drittel gestiegen. Auf der anderen Seite wurde die Bekämpfung der



3743-PJ
657

Banden durch die schlechte Witterung stark beeinträchtigt. Diese Entwicklung hat die Bevölkerung stimmungsmäßig erheblich beeindruckt. Die Aufgabe von einigen deutschen Stützpunkten und laufende Überfälle gaben zu allerlei Mutmaßungen und Gerüchten Anlaß, die durch Mundpropaganda rasch die Runde machten und Angst und Schrecken hervorriefen. Die Bevölkerung ist überwiegend auch heute noch der Überzeugung, daß sie unter deutschem Schutz besser fährt, kann aber nach wie vor nicht verstehen, daß es der deutschen Wehrmacht nicht gelingt, sie entsprechend zu schützen. Von russischer Seite wird daher häufig die Ansicht vertreten, daß man den Bauern zur Organisation eines Selbstschutzes Waffen geben müsse.

Für das militärische Geschehen zeigte die Bevölkerung im allgemeinen wenig Interesse. Lediglich der Wunsch nach einem schnellen Kriegsende wird übereinstimmend aus dem ganzen Gebiet gemeldet. In Verbindung mit diesem Wunsch ist in weitesten Kreisen der Bevölkerung der Glaube an den deutschen Endsieg als Ausdruck eigener Hoffnungen vorhanden. Charakteristisch dafür ist folgender Vorfall:

Als vor einiger Zeit eine deutsche Militärkapelle mit klingendem Spiel durch den Ort Komschatka zog, glaubten die Ortseinwohner fest, daß der Krieg beendet sei.

Auf der gleichen Linie bewegen sich auch die umlaufenden Gerüchte wie: Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Rußland - Erkrankung Stalins - Stalin und Molotow ermordet usw. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrzahl trotz aller Sorgen, Nöte und Schwierigkeiten eine deutschfreundliche Haltung bewahrt. Stimmungsmäßig örtlich auftretende Schwankungen je nach der Entwicklung der Ernährungslage, des Bandenterrors usw. haben bisher die Grundhaltung der Bevölkerung feststellbar nicht beeinflussen können.



H3453 - 0141

Wirtschaftliche Lage im Bereich der Heeresgruppe Mitte.

Nach den vorliegenden Meldungen ist die Herbstbestellung -begünstigt durch gutes Wetter- trotz zahlreicher agrartechnischer Schwierigkeiten überall rechtzeitig zum Abschluß gebracht worden, soweit nicht in einzelnen, flächenmäßig z.T. allerdings bedeutenden Gebieten eine Bestellung infolge unmittelbarer oder mittelbarer Einwirkung durch die Banden-tätigkeit gestört oder völlig unmöglich gemacht wurde.

Weite Gebiete sind der deutschen La-Führung überhaupt verschlossen, andere werden zeitweise von Banden heimgesucht, die eine planmäßige Aufbauarbeit unmöglich machen. So sind beispielsweise

von den 33 Gemeinden des Rayons Lepel 6 vollständig in Händen der Banden, 7 weitere Gemeinden werden zeitweise heimgesucht, die Bevölkerung wird terrorisiert und beraubt, so daß sich auch in diesen Gemeinden die Bestellarbeiten nicht wie vorgesehen abwickeln konnten.

Im Rayon Polozk waren Gebiete mit 21 800 ha Ackerland von den Banden beherrscht. Diese Gebiete können in keiner Weise erfaßt werden, es ist dort sogar die Kolchos-Wirtschaft wieder eingeführt worden.

Von der anbaufähigen Fläche des Rayons Surash sind etwa 40% in den Händen der Banden, so daß die Herbstbestellung in diesen Gebieten -wenn überhaupt- nur sehr mangelhaft durchgeführt werden konnte.

Demgegenüber konnten in den Gebieten, die unter deutscher Herrschaft stehen, die Anbauflächen im Vergleich zum Vorjahr und z.T. schon im Verhältnis zur Größe der Anbaufläche z.Zt. der Sowjetherrschaft vielfach erweitert werden:

So gelang es im Rayon Witebsk, eine um 6% größere Fläche als im Vorjahr zu bestellen. Dieser Erfolg wird in deutschen und russischen Fachkreisen nicht zuletzt auch darauf zurückgeführt, daß in diesem Rayon bereits 130 russische Bauern mit einem durchschnittlichen Eigenbesitz von 12 ha je Hof begeben wurden.

Im Rayon Newel wurde sogar eine um 20% größere Ackerfläche mit Winterroggen bestellt als im Vorjahr.

Auch im Rayon Surash konnte die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahr um 30% vergrößert werden, ein Erfolg, der ebenfalls wesentlich auf die Begebung mit Eigenland und die hierdurch gehobene Arbeitsfreudigkeit der Landbevölkerung zurückgeführt wird.

Im Rayon Orel wurden in diesem Herbst 35 000 ha bestellt, gegenüber 22 500 ha im Vorjahr und 30 000 ha zur Sowjetzeit.



In Wjasma, Dorogobush und Ssafonowo wurde gleichfalls eine gesteigerte Arbeitsfreudigkeit der Landbevölkerung verzeichnet. Nach den vorliegenden Schätzungen sind dort etwa 25% mehr Ackerfläche bestellt worden als im vergangenen Jahr.

Diesen Erfolgen steht die Tatsache gegenüber, daß unabhängig von den äußeren Einflüssen des Bandenunwesens und selbst in bandenfreien Gebieten aus kriegsbedingten, rein agrartechnischen Gründen die Herbstbestellung in verschiedenen Rayons und Bezirken z.T. wesentlich hinter der Planung zurückblieb.

So wurden z.B. in Mogilew 16 858 ha mit Winterroggen bestellt gegenüber einer Planung von 18 000 ha, für Winterweizen waren 50 ha vorgesehen, es konnten jedoch nur 10 ha bestellt werden.

Im Bezirk Orel waren von 1 264 000 ha vorhandener Ackerfläche ein Drittel für die Herbstbestellung vorgesehen, doch konnten nur 260 000 ha mit Roggen und eine kleine Fläche mit Winterweizen bestellt werden.

Die Ursachen dieser negativen Entwicklung sind in erster Linie auf einen ausgesprochenen Mangel an Zugtieren und Traktoren, sowie an Treibstoff für die wenigen vorhandenen Traktoren zurückzuführen. Er konnte teilweise dadurch behoben werden, daß Wehrmachtseinheiten den Bauern Pferde zur Verfügung stellten. (Witebsk)

So wären, um die Bestellungsarbeiten im Gebiet Orel reibungslos durchzuführen, schätzungsweise zusätzlich 60 000 bis 70 000 Zugtiere erforderlich gewesen. Zurzeit liegen die Verhältnisse aber so, daß ein Pferd auf je 4 Bauernhöfe entfällt.

Soweit Traktoren noch von früher vorhanden sind oder aus dem Reich geliefert wurden, wurde dafür wiederum zu wenig Treibstoff zugeteilt. In Smolensk z.B. konnten aus diesem Grunde nicht einmal die vorhandenen Traktoren zur Herbstbestellung voll ausgenutzt werden.

An landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten bestand und besteht noch vielfach Mangel. wesentlicher jedoch ist die Tatsache, daß sich ein Teil der aus dem Reich gelieferten Maschinen als für hiesige Verhältnisse ungeeignet erwiesen hat:





H3453-0144

-11-

3943-PS
660

So wird im Bezirk Mogilew immer noch über den Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen geklagt. Zwar wurden in diesem Bezirk etwa 2 000 Pflüge abgegeben, doch wurden noch weitere 8 000 benötigt. Die anfänglichen Bedenken gegen den zweischarigen Pflug sind im allgemeinen verschwunden. Der Preis von 140.- Rubel ist sehr günstig. Die gelieferten Eggen jedoch - 600 Stück - sind nach Ansicht von Fachleuten für hiesige Verhältnisse nicht geeignet. Sie sind zu schwer, und zu ihrer Benutzung sind 3 Pferde erforderlich, während der Bauer im allergünstigsten Fall eines besitzt. Auch die gelieferten Dreschmaschinen sind zu groß. Von der Landbevölkerung werden kleinere Dreschmaschinen und Maschinen für Handbetrieb zum Reinigen des Getreides von der Spreu benötigt.

Im Gebiet Witebsk waren Pflüge zwar in ausreichender Menge vorhanden, dagegen fehlte es an Eggen. Die aus Deutschland gelieferten Kultivatoren konnten nicht benutzt werden, da sie für die russischen Pferde zu schwer gebaut sind.

Über die Zahl der aus dem Reich eingeführten landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte liegen aus Orel genaue Angaben vor. Dieser Bezirk hat bisher

2 057 Grubber
4 586 Pflüge
20 Dreschmaschinen
21 Traktoren-Pflüge und
18 Ableger

erhalten.

Die vorhandenen Saatgutmengen waren im allgemeinen ausreichend, lediglich in Mogilew machte sich Mangel an Saatgut bemerkbar und beeinträchtigte die Bestellungsarbeiten. Auch in den zeitweilig von Banden heimgesuchten Gemeinden des Rayons Newel reichten die vorhandenen Saatgutmengen zur Herbstbestellung nicht aus, da ein Teil der Bestände geplündert worden war. Im einzelnen wird berichtet:

Saatgut ist im allgemeinen reichlich vorhanden, stellenweise mehr als zur Sowjetzeit, so daß die Bestrebungen, die Anbauflächen in diesem Jahr zu vergrößern, zum Erfolg führten (Witebsk).

Das Saatgut für die Herbstsaat und für die Frühjahrbestellung im nächsten Jahr konnte zum größten Teil aus der diesjährigen Ernte bereitgestellt werden. Es ist als qualitativ gut zu bezeichnen. Lediglich für die Bezirke, in denen Requirierungen durch die Banden stattgefunden hatten, mußte Saatgut durch die Sammelstelle in Minsk bezogen werden (Orel).

Ein empfindlicher Mangel besteht überall an Kunstdünger. Da der Stalldünger der Bauern ausschließlich für die Düngung der Hofparzellen Verwendung fand, und auch der von Wehrmachtsein-



H3453 - 0145

-12-

heiten zur Verfügung gestellte Stalldünger mengenmäßig nicht ausreichte, wurden verschiedentlich Befürchtungen geäußert, daß das vorgesehene Abgabesoll im kommenden Jahr nicht erreicht werden könne.

Im Gebiet Witebsk machte sich überall das Fehlen von Stall- und Kunstdünger bemerkbar, obwohl die Wehrmacht verschiedentlich Dünger aus den eigenen Stallungen zur Verfügung gestellt und sogar abgefahren hatte.

In den Bezirk Orel konnten wegen der Transport-schwierigkeiten Düngemittel nicht herangeschafft werden, doch rechnet man in dortigen landwirtschaftlichen Kreisen damit, daß dieser Mangel bis zur Frühjahrsbestellung behoben sein wird. In deutschen und russischen Fachkreisen befürchtet man, daß das Abgabesoll nicht erreicht wird, obwohl die Witterungsverhältnisse für die Bestellungsarbeiten sehr günstig waren.

Auch in Wjasma machte sich der Mangel an Kunstdünger hemmend bemerkbar, man ist dort der Ansicht, daß die Ernte erheblich besser ausfallen würde, wenn es gelungen wäre, genügend Kunstdünger heranzubringen.

Immerhin hofft man in Kreisen der deutschen Landwirtschafts-Führung, den Mangel an Kunstdünger bis zur Frühjahrsbestellung beheben und damit die Erträge steigern zu können.

Allgemeiner Gesundheitszustand der russischen Bevölkerung im Heeresgebiet Mitte.

Der Gesundheitszustand der Zivilbevölkerung konnte im Verlaufe der letzten Monate trotz der angespannten Ernährungslage und der immer noch stark begrenzten Möglichkeiten auf dem Gebiet sanitärer Hilfsmittel und Einrichtungen im allgemeinen den besonderen Verhältnissen des Bereiches entsprechend als zufriedenstellend betrachtet werden. Als ein Beispiel für zahlreiche andere ist z.B. in dieser Richtung symptomatisch, daß die Anschung der günstigen Entwicklung der Gesundheitslage in Lepel dort die Prophylaxe unterbrochen werden konnte.

Absolut und im einzelnen gesehen bedingen demgegenüber naturgemäß die augenblicklichen besonderen Lebensverhältnisse der Bevölkerung und Mängel des allgemeinen Gesundheitswesens zahlreiche negative Erscheinungen, denen als nicht zu unterschätzender Gefahrenträger für Bevölkerung und Truppe ständige Beobachtung geschenkt

3943-15
662

werden muss. So ist durch die Mangelercheinungen in der Ernährungslage weiterhin eine Anfälligkeit für Infektionskrankheiten - neuerdings auch Tuberkulose (Borissow) - zu verzeichnen, von der insbesondere Kleinkinder betroffen werden. Fälle von Blutarmut und Unterernährung werden häufiger. Durch das Fehlen von Fleisch und Fett sind auch zahlreiche Magenkrankungen aufgetreten (Sytschewka). Wenn auch der Mangel an Lebensmitteln spezifische Krankheiten über einen erträglichen Umfang hinaus nicht hervorgerufen hat, so wurden doch manche Krankheiten infolge von Hungerzuständen aktiviert. Da das russische Volk jedoch gegenüber einer einseitigen Ernährung oder einer Nahrungsmittelknappheit aufgrund jahrzehntelanger organisch-biologischer Anpassung an harte Lebensbedingungen physiologisch sehr widerstandsfähig ist, sind bei der arbeitenden erwachsenen Bevölkerung umfangreiche Erkrankungen als Auswirkung schlechter Ernährung bisher nicht aufgetreten.

Auswirkungen des Mangels an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln, sowie Reinigungsmöglichkeiten auf die Volksgesundheit.

Aus allen Rayons wird übereinstimmend über den anhaltenden und überaus empfindlichen Mangel an Seife und sonstigen Reinigungsmitteln berichtet. Als unmittelbare Auswirkung ist allgemein ein Ansteigen der Hautkrankheiten, insbesondere der Krätze, gemeldet worden.

Wladimirskoje meldet 55 % der Erkrankungen als Hautkrankheiten, vornehmlich Krätzeerscheinungen.

In Newel ist die Zahl der an Krätze Erkrankten seit dem 25.9.1942 von 84 auf 204 Fälle gestiegen.

Polozk besass im Zeitraum vom 20.8. bis 20.9.1942 152 Krätzeefälle.

Im hautverenologischen Krankenhaus in Smolensk waren von 126 Zugängen allein 89 Hautkranke, die durchweg mit Krätze behaftet waren.

Die Krätze tritt auch in Orel in stärkerer Masse auf. Es wurden Fälle berichtet, wonach ganze Familien davon befallen sind. Häufig ist auch die Furunkulose zu beobachten.



Um den Seifenmangel zu überwinden, ist die Bevölkerung teilweise dazu übergegangen, die Fette von Hunden und Katzen zum Kochen von Seife zu benutzen (Borissow).

Neben dem Fehlen von Reinigungsmitteln wird die Verbreitung von Hautkrankheiten vielerorts durch den Mangel an Badestuben begünstigt.

So stehen beispielsweise im Rayon Wjasma bei 44 000 Bewohnern nur 83 Badestuben zur Verfügung, von denen nur eine in der Stadt selbst ist.

Ebenso sind in Polozk Badestuben nur in völlig unzureichender Anzahl vorhanden.

Auch die in Newel an drei Tagen der Woche geöffnete Badestube wird den Bedürfnissen der Bevölkerung bei weitem nicht gerecht.

Das Stadtbad in Neu-Borissow ist durch die Wehrmacht besetzt. Das Bad in Alt-Borissow ist nur an 2 Wochentagen geöffnet. Pro Tag können sich dort etwa 100 bis 120 Personen waschen, Badewannen sind nicht vorhanden.

Fälle, in denen es den zuständigen Stellen inzwischen gelang, eine ausreichende Zahl von Badestuben zu schaffen (z.B. Witebsk) gehören z.Zt. noch zu den Ausnahmen.

Infektionskrankheiten

Die Erkrankungen an Fleckfieber gingen im allgemeinen etwas zurück. Während in früheren Jahren jedoch das Fieber spätestens im Juni zum Stillstand kam, wird jetzt unabhängig von der Jahreszeit dort von einem Ansteigen der Fleckfiebererkrankungen berichtet, wo eine Einschleppung durch verlaute Flüchtlinge aus den Frontgebieten erfolgt.



3943-7
664

So meldet z.B. Sytschewka, daß die starke Verlausung der russischen Bevölkerung eine zunehmende Ausdehnung des Fleckfiebers zur Folge hatte, das insbesondere durch Flüchtlinge aus dem Frontgebiet eingeschleppt werde.

Ebenso wird aus Polozk in allerletzter Zeit ein stärkerer Zugang an Flecktyphus - und Bauchkranken aus dem Flüchtlingslager Bigosowo berichtet.

Seuchenartige Erkrankungen sind im größeren Umfange bisher nicht aufgetreten.

Geschlechtskrankheiten sind im allgemeinen nur vereinzelt festgestellt worden und hielten sich nach Ansicht deutscher und russischer Fachkreise in Grenzen; die z.Zt. zur Besorgnis keinen Anlaß geben. Eine Zunahme konnte allerdings in dem Gebiet von Brjansk verzeichnet werden. Auch in Smolensk ist ein Ansteigen von Geschlechtskrankheiten feststellbar.

(Nach Aussagen des Stadtarztes von Smolensk habe es Geschlechtskrankheiten früher nur ganz vereinzelt gegeben)

Andere Infektionskrankheiten sind bisher auf Einzelfälle beschränkt geblieben.

Arzneimittelversorgung.

Die Klagen über den Mangel an Arzneimitteln und Impfstoffen halten weiterhin an. Nach den vorliegenden Meldungen fehlt es besonders an Diphtherieserum, an Lymphen für Pocken- und Typhusschutzimpfungen, sowie an Salben gegen Hautkrankheiten. Ebenso wird immer wieder auf den Mangel an Verbandstoffen hingewiesen.

Newel. Arzneimittel stehen bei weitem nicht im ausreichenden Maße zur Verfügung. Herz- und Lungenmittel und solche gegen Erkältungskrankheiten fehlen vollständig. Besonders stark bemerkbar macht sich der Mangel an Schutzimpfstoffen. Die Angehörigen der deutschen Einheiten und Dienststellen konnten zwar durchgehend gegen Typhus, Kolera und Ruhr, zum Teil auch gegen Fleckfieber geimpft werden. Ebenso wurden die bei den deutschen Stellen arbeitenden russischen Zivilarbeiter laufend geimpft. Dagegen konnte prophylaktisch nicht gegen Pocken geimpft werden, da keine Lymphe vorhanden waren und trotz mehrfacher Anforderungen auch nicht geliefert wurde. Die Durchführung einer Pockenprophylaxe ist aber erforderlich, da im Falle einer Epidemie nur schwer Gegenmaßnahmen getroffen werden können. Eine Typhusschutzimpfung war für die 40 000 Köpfe zählende Bevölkerung des Rayons in Aussicht genommen, ist aber aus Mangel an Impfstoff nicht durchgeführt worden.



H3453 - 0148



H3453 - 0149

-16-

3943-P5
65

Cholm. Dem russischen Krankenhaus stehen wöchentlich nur 100 g Krätzesalbe zur Verfügung, während 15 kg zur erfolgreichen Bekämpfung bei den an Krätze erkrankten Personen benötigt werden.

Ärztliche Betreuung der Zivilbevölkerung.

Mit wenigen Ausnahmen stehen für die städtische Zivilbevölkerung nach wie vor Ärzte in ausreichender Zahl zur Verfügung (Witebsk, Polozk, Borissow, Newel, Smolensk).

Schwierigkeiten bestehen allerdings vielfach bei der Betreuung der Landbevölkerung.

Die fachlichen Leistungen der russischen Ärzte können an russischen Verhältnissen gemessen als zufriedenstellend gelten (Polozk). Nach Ansicht deutscher Militärärzte (u.a. Lepel) sind ihre tatsächlichen Leistungen jedoch als sehr gering zu bewerten. Darüberhinaus mangelte es den russischen Ärzten vielfach an dem notwendigen Verantwortungsbewusstsein, basierend auf grober Unkenntnis und Oberflächlichkeit.

Erschwerend für die Arbeit der russischen Ärzte wirkt sich allerdings der anhaltende Mangel an Medikamenten, Instrumenten, Impfstoffen und Verbandzeug aus. Hinzu kommen der teilweise Mangel an Krankenhäusern und deren primitive Einrichtungen.

In Wjasma konnten keinerlei Schutzimpfungen gegen Typhus, Scharlach, Cholera, Pocken, Diphtherie oder Tollwut wegen Fehlens dieser Impfstoffe durchgeführt werden.

In Dorogobush stehen für Operationen in Krankenhäusern teilweise nur Militärbestecke zur Verfügung.

Sowohl in der Stadt als auch im Rayon Mogilew fehlt es besonders an chirurgischen Instrumenten. Die vorhandenen können jederzeit unbrauchbar werden. Ähnlich ist es hinsichtlich der Röntgeneinrichtung der Stadt.

Hier ist nur eine Röntgenröhre vorhanden, die auch jederzeit unbrauchbar werden kann. Der Röntgenarzt arbeitet ohne jeglichen Schutz. Im Interesse der Bevölkerung werden mehr Patienten behandelt, als überhaupt zulässig ist. Die in den Krankenhäusern vorhandene Wäsche dürfte tatsächlich nur noch als Lappen dienen, es ist keine Seife vorhanden, um die Wäsche zu waschen.

Polozk. Die für den Bedarf der Bevölkerung freigegebene chirurgische Abteilung und die Abteilung für Entbindungen sowie die Unterbringung von Infektionskranken in einem kleinen Haus sind völlig unzureichend. Geeignete Räume sind zwar vorhanden, doch fehlt es an Glas und Einrichtungsgegenständen.

In den Behelfskrankenhäusern in Sytschewka fehlt es an Betten und Wäsche. Aus Platzmangel sind keine Isolierungsmöglichkeiten vorhanden. Die Ärzte sind überlastet, da sich die Kranken notgedrungen in die Rayonstadt begeben. Die Errichtung wenigstens einiger medizinischer Punkte ist erforderlich.

Der Zustand des Krankenhauses ist in Bolchow in jeder Hinsicht unzureichend. Es fehlen die primitivsten Einrichtungsgegenstände.

Orel. Der heutige Zustand des Krankenhauses ist in jeder Hinsicht unzureichend. Es fehlen die primitivsten Einrichtungsgegenstände wie Stühle, Tische, Bänke, Bettwäsche, Handtücher, Waschschrüsseln, Töpfe und Geschirr. Seife ist überhaupt nicht vorhanden. Medikamente können nur im beschränkten Maße abgegeben werden. Die sanitären Einrichtungen des Ambulatoriums und der Abteilung für Geschlechtskrankheiten ist von den Sowjets beim Rückzug zum Teil zerstört oder mitgenommen worden. In der Apotheke fehlt es an Medikamenten, Verbandzeug. Außerdem ist eine vollkommene zahntechnische Einrichtung notwendig.



Verwaltung der Kreise im Generalbezirk Weissruthenien.

Durch einen Erlass des Generalkommissars vom 12.10.42 wurden für die Dienststellen der einheimischen Verwaltung neue Bezeichnungen festgesetzt. So heisst der bisherige Rayon jetzt Kreis, der Rayon-Bürgermeister - Kreisaltester, der Gemeinde-Bürgermeister - Gemeindevorsteher, das bisherige Dorf (Kolchos) erhielt die Bezeichnung Dorf. Der Kolchos -Vorsteher heisst Dorfvorsteher.

Die Kreisverwaltung stellt die höchste Stufe der einheimischen Verwaltung dar, über die der Gebietskommissar die Aufsicht führt. Angesichts der mangelhaften Besetzung der Kreisverwaltungen obliegt bei der in Weissruthenien bestehenden "Gemischten Verwaltung", den Gebietskommissaren ein grosser Teil der Kreisaufgaben zuzureichen. Das Ziel ist jedoch die Freistellung des Gebietskommissars von allen kleinen Verwaltungsarbeiten, um ihn für die Führungs- und Aufsichtsaufgaben freizumachen.

Die Arbeit der Kreisverwaltungen wird derzeit noch stark durch mangelnde Bildung vieler Kreisältester gehemmt; die wenigsten Kreisältesten sind verwaltungsmässig vorgebildet, da die zur Sowjetzeit amtierenden Rayon-Bürgermeister mit den Sowjets geflüchtet sind. Gerade die Kreisältesten, die sich durch besondere politische Regsamkeit auszeichnen, versagen auf verwaltungsmässigem Gebiet. Je grösser und vielseitiger die Aufgaben in der allgemeinen Verwaltung an sie herantreten, umso mehr wirkt sich das Fehlen jeglicher Verwaltungskenntnisse aus. Es gelingt daher den Kreisältesten nur selten, die Abteilungen ihrer Behörden fest in die Hand zu bekommen.

Noch starker macht sich der Mangel an geeigneten Persönlichkeiten bei den Gemeindevorstehern bemerkbar. Die Banden gehen mit brutalsten Mitteln gegen alle Personen vor, die mit den deutschen Behörden zusammenarbeiten. Die Kreisältesten stossen bei der Auswahl von Nachfolgern für von Banden ernannte Ge-



meindeälteste meist auf grosse Schwierigkeiten. Vielfach haben sich auch die Gemeindegemeinderäte in die Kreisschäfte geflüchtet. Auch die Stellvertreter oder Sekretäre der Gemeindevorstellungen, die in der Regel beim Ausfall eines Gemeindegemeinderates die Amtsgeschäfte weiterführen, wagen es aus Furcht vor den Partisanen nicht mehr, im Amt zu bleiben. So ist der im Generalbezirk aufgebaute Verwaltungsapparat durch die Bandentätigkeit zu einem grossen Teil zerschlagen. In dem verhältnismässig noch günstig gelegenen Gebiet Minsk-Land beispielsweise sind von 127 Gemeinden noch 70 besetzt, aber auch in diesen wagen die Gemeindegemeinderäte nicht mehr, in der eigenen Wohnung zu schlafen, sondern wechseln dauernd ihren Aufenthalt.

Die Besetzung der Dorfgemeinderäte stösst auf noch grössere Schwierigkeiten, da sich die vorgesehenen Personen nicht weigern, irgendwelche Verpflichtungserklärungen usw. zu unterschreiben. Sie lehnen es aber auch ab, sich Bestallungsurkunden aushändigen zu lassen, da sie in deren Besitz eine Gefahr für ihr Leben sehen. Anordnungen der Dorfgemeinderäte werden weitgehend nicht mehr befolgt, auch Strafdrohungen oder Strafen führen zu keinem Erfolg, da sich die Dorfgemeinderäte lieber ins Arbeitslager schicken lassen, um wenigstens vor den Banden sicher zu sein.

Eine erhebliche Belastung ist für die Kreise augenblicklich die Versorgung der ausgeplünderten Bürgermeister mit den notwendigsten Kleidungs- und Haushaltungsgegenständen. Es wird deshalb an eine entsprechende Erhöhung des Fiskusgetats gedacht. Auch die Zahlung der Hinterbliebenenrente an die Angehörigen der im Dienst umgekommenen Gemeindegemeinderäte erfordert erhebliche Beträge.

Die Heranbildung von verwaltungsmässigen Nachwuchs konnte bisher nur in einem unbedeutenden Masse versucht werden, da freie Arbeitskräfte vorwiegend ins Reich abgegeben wurden.



3443
669
Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD
-Kommandostab-

Z-RV-K.

Berlin, den 8. Januar 1943.

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Reichsgau Wien

Eingel. am 13. JAN 1943

Z-RV-K. 1320/2/34/439 1

Geheim!

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten

Nr. 36

G. d. A.
21. 1. 43.

Nur zur persönlichen Unterrichtung!

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen!



H3453 - 0153

Inhaltsangabe!

A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandentätigkeit.

Seite

Nach einer angeblichen Weisung aus Moskau soll die Zivilbevölkerung von den Banden nunmehr schonend behandelt werden. Bürgermeister und Rayonchefs sowie Angehörige der einheimischen Schutzmannschaften sollen nicht mehr erschossen, sondern womöglich für eine Mitarbeit gewonnen werden.

Eine in Weisseruthenien durchgeführte Grossaktion, hat auf Grund der durchgeführten Erkundungen zu einem beachtlichen Erfolg geführt. 6 172 Banditen bzw. Bandenanhänger wurden unschädlich gemacht und 10 gut ausgebaute Winterlager zerstört.

Kommunistische Bewegung.

In Lettland wurde eine 15 Personen starke kommunistische Gruppe aufgerollt, die für den Tag der Oktoberrevolution die Sprengung der Bahnstrecke Sassenhof/Torenberg vorbereitet hatte.

1-3

Die Tätigkeit kommunistischer Elemente im Bereich der Einsatzgruppe D ist immer mehr im Rückgang begriffen. In den dortigen Gebieten war die Bevölkerung von jeher dem Kommunismus wenig zugänglich. Ihre gegnerische Einstellung zwang die Bolschewisten vielfach zu besonderen Zugeständnissen.

In Maikop wurden 35 Kommunisten festgenommen meistens langjährige Angehörige der Partei, die leitende Stellen des Stantes und der Wirtschaft inne hatten und ihre Machtbefugnisse zum Nachteil der Bevölkerung ausgenutzt hatten.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im Zuge der Aktion gegen die illegale Bandera-Gruppe sind von der Stapo Braunschweig 25,

3-4

" " " Frankfurt/M. 3 und

" " " Prag

6 Bandera-Anhänger noch

festgenommen worden.

Weiter wurde in Lemberg ein KP Pfarrer festgenommen, weil er zusammen mit ukrainischen Kreisen eine reichsfeindliche Tätigkeit ausgeübt und die pflichtgemässe Anzeige über das Bestehen der Bandera-Gruppe nicht erstattet hatte.



B. Lebensgebiete.

Seite

Allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung im
Generalbezirk Estland.

Die Stimmung der Bevölkerung wird immer mehr von der saisonbedingten Verschärfung der Versorgungs- und Ernährungsschwierigkeiten beeinflusst. Klagen über eine angeblich benachteiligende Behandlung der Esten gegenüber den Deutschen, vor allem auf dem Gebiet der Verwaltung und Wirtschaft, werden nach wie vor laut. Auf dem Gebiet der Verwaltung wird starke Kritik an dem Nebeneinander von deutschen und estnischen Behörden geübt, während auf wirtschaftlichem Gebiet vornehmlich die Übertragung estnischer Firmen an reichsdeutsche Privatfirmen heftigen Unwillen erregt. 5-6

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Estland.

Landwirtschaft: Der Mangel an Treibstoff verzögert die Druscharbeiten. Während Treibstoff offiziell nicht zu erhalten ist, kann Aufkauf "unter der Hand" erfolgen. Das Ablieferungssoll wird nach wie vor kritisiert. Die Anordnung über den Holzeinschlag wird als Belastung empfunden. 6-8

Versorgung: Die Reprivatisierung steht nach wie vor im Vordergrund. Der Schleich- und Tauschhandel wirkt sich trotz verhängter empfindlicher Strafen immer wieder ungünstig aus. 8-11

Verkehr: Der Mangel an Waggonen, Brennstoff, Öl, Bereifung und Futtermitteln für Pferde beeinflusst die Transportlage nach wie vor ungünstig. Im Revaler Hafen war im November der Schiffsverkehr ausserst rego. Die mangelnde Aufsicht der Kriegsgefangenen erschwerte die Entladung der Schiffe. 11-13

Arbeits- und Sozialwesen: Der Mangel an Arbeitskräften hält nach wie vor an und tritt vor allem in der kriegswichtigen Industrie nachteilig in Erscheinung. 13-15

Propagandawesen und Führungsmittel im Generalbezirk Estland.

Die Meldungen lassen erkennen, daß die Einwirkung der feindlichen Propaganda durch die Offensiven der Allierten und infolge der sehr kritischen Versorgungslage wieder einen besseren Nährboden gefunden hat. 15-16

Das Interesse für den finnischen Rundfunk lebte insbesondere am Stammverwandtschaftstag der finnisch-ugrischen Völker, dem 21.11.42., auf. Der Finnlandsender brachte in einer estnischen Sendung am 23.11. eine ausführliche Beschreibung der Feierlichkeiten in Helsinki, in deren Mittelpunkt die künftige Freiheit Estlands stand. In einer Sendung in estnischer Sprache am 21.12. kommentierte der Finnlandsender den Aufsatz von Dr. Zierke im VB.v. 15.12.42. Diese Sendung enthielt offene und versteckte Angriffe gegen die deutsche Politik. Am 24.12.42 wurde in einer besonderen Sendung u.a. den in Finnland lebenden Esten die Möglichkeit gegeben, an ihre Verwandten in Estland Grüße zu übermitteln. Der Tenor dieser Sendung war ebenfalls: die Unabhängigkeit und Freiheit Estlands. 16-19





H3453 - 0156

III

3943-PS
672

Seite

Die deutsche Propaganda ist in letzter Zeit durch eine steigende Aktivität gekennzeichnet, findet jedoch in der Öffentlichkeit dementsprechend stärkere Kritik. Nach vorliegenden Meldungen wird jedoch dieser Propaganda, die stärker noch als bisher aktuelle Probleme behandeln muss, auf die Dauer ein psychologischer Erfolg beschieden sein. Die Reden des Generalkommissars stellten weiterhin das beste Propagandamittel dar.

19-20

Die Propagandaarbeit der estnischen Selbstverwaltung hat durch Heranziehung der Volkserziehungsbüros zur aktiven Propaganda eine Intensivierung erfahren. Die Herabsetzung des Papierkontingentes für die Presse hat die wirksame Ausnützung dieses Propagandamittels erheblich erschwert.

20-21

Auswirkung deutscher kultureller Veranstaltungen.

Das kulturelle Leben Estlands wurde durch verschiedene Gastspiele deutscher Frontbühnen und einzelner hervorragender Künstler wirkungsvoll ergänzt. Der Theaterhunger der estnischen Bevölkerung hält unvermindert an. Die Versorgung mit aktuellen Wochenschauen sei nach wie vor schlecht. Der Rundfunk wird infolge der Abschaltzeit von 19.15 Uhr als ein kaum wirksames Propagandamittel bezeichnet.

21-22

Allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung im Generalbezirk Lettland.

In den politisierenden Kreisen der lettischen Intelligenz macht sich ein Wiederaufleben des Interesses für die nationalen Belange bemerkbar. Die estnische Bevölkerung ist besonders erbittert darüber, daß die männliche Bevölkerung Lettlands bisher nicht als "Soldaten" gegen den Bolschewismus antreten konnte, sondern lediglich als "Schutzmannschaften". Aus verschiedenen Provinzstädten wird über eine Zunahme der deutschfeindlichen Stimmung berichtet. Der überaus starke Mangel an Heizmaterial bereitet der Zivilbevölkerung grosse Sorgen.

22-23

Verwaltung im Generalbezirk Lettland.

Aus Kreisen der landeseigenen Verwaltung wird auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Verwaltungsrechtes hingewiesen, da die im ehemaligen Freistaat Lettland geltenden Rechtsvorschriften nicht wieder eingeführt wurden. Das Generaldirektorium des Innern hat einen Entwurf eines landeseigenen Beamtenrechtes ausgearbeitet, der dem Generalkommissar zur Stellungnahme vorgelegt wurde.

24

Propagandawesen und Führungsmittel im Generalbezirk Lettland.

Die Ende November in den verschiedensten Industriebetrieben Rigas veranstalteten Betriebsappelle haben nicht die gewünschte Wirkung erzielt.

25

Auswirkung kultureller Veranstaltungen.

Das lettische Fronttheater entfaltet rege Tätigkeit. Es ist nicht nur bei den lettischen Freiwilligen sondern auch

25-27

bei den deutschen Soldaten beliebt. Einen grossen Erfolg habe beim lettischen Publikum die Erstaufführung des geschichtlichen Schauspiels von Arwid Schwab "Die Weber aus Piebalg" in lettischer Sprache im Dailos-Theater in Riga gehabt. Von den lettischen Konzerten ragte die Feiertagsstunde am 18.11.42, dem lettischen Unabhängigkeitstag, in der überfüllten evangelischen St. Johannis-Kirche zu Riga hervor. Die Veranstaltung war ein klares Bekenntnis zum ungefälschten Lettentum. Die Wochenschau "Ostland-Woche" hat sich in ihrem Inhalt weiterhin gebessert und auch guten Widerhall in der Bevölkerung gefunden.

Presse.

In Journalistenkreisen herrscht grosse Unzufriedenheit über eine geplante Verminderung der Auflage lettischer Zeitungen. 27-28

Lage des Schulwesens.

Unter der arbeitenden Jugend ist das Bestreben festzustellen, das bisherige Arbeitsverhältnis zu lösen und irgendwie in einer Schule, in Kursen usw. unterzuschlüpfen. Die Unterbringung der Rigaer Schulen bereitet nach wie vor grosse Schwierigkeiten. 28

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Lettland.

Landwirtschaft: Der Mangel an Brennstoff und Schmieröl verzögert die Druscharbeiten. Das Ablieferungssoll wird als nicht erfüllbar angesehen. Nach Einfuhr von Zuchtvieh aus Holland wurde das Auftreten der Maul- und Klauenseuche festgestellt. 29-31

Versorgung: Der Mangel an Bekleidung und Schuhwerk macht sich besonders bei der werktätigen Bevölkerung bemerkbar. Der Schleichhandel ist weiterhin angestiegen. 31-33

Industrie. Der Einsatz deutscher Treuhänder in der lettischen Industrie gibt lettischen Kreisen zu der Vermutung Anlaß, daß Rückgabe der Betriebe an frühere Besitzer nicht mehr erfolgen wird. 33

Arbeits- und Sozialwesen: In der Arbeiterschaft machen sich Ermüdungserscheinungen bemerkbar, die auf die geringen Lebensmittelzuteilungen zurückgeführt werden. Die Unterschiedliche Entlohnung zwischen Reichsdeutschen und Letten erregt Mißstimmung. Eine Durchkämpfungsaktion soll weitere Arbeitskräfte, insbesondere Handwerker, freimachen. 34



Allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung im Generalbezirk Litauen.

Seite

Die allgemeine Lage und Stimmung in der litauischen Bevölkerung wird nach wie vor stärkstens beeindruckt durch die allgemeinen Ernährungsschwierigkeiten, Arbeiterverschickung ins Reich und Fragen der Ablieferungspflicht für Bauern; dabei spielt die augenblickliche militärische und politische Situation eine gewisse Rolle mit.

35-36

Propagandawesen und Führungsmittel in Litauen.

Die Propagandalage war am Ende des Jahres durch eine intensive Propaganda lettischer Widerstandskreise gekennzeichnet. Die england- und amerika-freundliche Tendenz tritt in der Gegnerpropaganda immer klarer zu Tage. In letzter Zeit finden sich in den Flugblättern Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit Polen. Die deutsche Propaganda erziele nach wie vor geringe Wirkung, da sie noch zu wenig der Mentalität der Litauer gerecht werde. Die Ostland-Woche wird immer noch sehr kritisiert.

36-38

Auswirkung deutscher kultureller Veranstaltung.

Die Veranstaltungen der Wehrmacht gelegentlich der Truppenbetreuung wurden überall dort, wo die einheimische Bevölkerung zu den Veranstaltungen zugelassen wurde, gern besucht und bieten weitgehende Möglichkeiten als Ansatzpunkte für eine gute Propaganda.

38-39

Wissenschafts- und Hochschulsektor.

Bei Überprüfung der im neuen akademischen Lehrjahr immatrikulierten Abiturienten stellte sich heraus, daß mindestens 50% der arbeitsdienstpflichtigen Abiturienten ihre Aufnahme dadurch bewerkstelligt haben, daß sie sich von lettischen Firmen und Behörden Beschäftigungsausweise ausstellen liessen.

39

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Litauen.

Landwirtschaft: Der Mangel von Eisenstollen für den Hufbeschlag erschwert den Einsatz der Pferde. Das Ablieferungssoll wird als nicht erfüllbar angesehen. Die Druscharbeiten verzögern sich wegen Brennstoffmangel.

39-41

Versorgung: Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln wird als unzureichend angesehen.

41-42

Arbeits- und Sozialwesen: Die Aufbringung der Arbeitskräfte für den Einsatz im Reich bereitet Schwierigkeiten. Nur Ausserste Zwangsmaßnahmen können noch gewisse Erfolge zeitigen. Die bisherigen Zwangsmaßnahmen haben in der Bevölkerung stark beunruhigend gewirkt.

42-43

Als Anlage!

Standorte und Nachrichtenverbindungen.



H3453 - 0158



H3453 - 0159

-1-

3943-PS
615A. Gegner und Exekutivfragen.Bandentätigkeit.

Aufgrund einer angeblichen Weisung aus Moskau soll die Zivilbevölkerung von den Bandenangehörigen nunmehr schonend behandelt werden. Bürgermeister und Rayonchefs sowie Angehörige der einheimischen Schutzmannschaften sollen nicht mehr erschossen, sondern zwecks Vernehmung und Überprüfung zunächst in die Bandenlager mitgenommen werden. In den Lagern soll versucht werden, die Festgenommenen für die Mitarbeit zu gewinnen. Sie sollen dann mit entsprechenden Aufträgen wieder an ihren Wohnort entlassen werden.

Eine im Raum von Weißruthenien durchgeführte Grossaktion führte zu folgendem Ergebnis: 6 172 Banditen bzw. Bandenanhänger wurden unschädlich gemacht, über 10 gut ausgebaute Winterlager zerstört, darunter eines mit einem Fassungsvermögen für 1 000 Mann mit modernsten wirtschaftlichen Einrichtungen, 4 Panzerkampfwagen, 4 Artilleriegeschütze, 3 Pak, eine grosse Menge von Maschinen- und Handfeuerwaffen, grosse Mengen Artillerie- und Infanteriemunition wurden vernichtet oder erbeutet, erhebliche Mengen an landwirtschaftlichen Produkten und eine grosse Anzahl von Vieh wurde sichergestellt. An eigenen Verlusten waren 7 Tote und 17 Verwundete zu verzeichnen. Bei dieser Aktion erwies sich erneut, daß ein erfolgreicher Kampf gegen die Winterlager nur aufgrund von vorher durchgeführten Erkundungen möglich ist. Die Tarnung der Lager, insbesondere des vorerwähnten grossen Lagers, war so vollkommen, daß beim Durchstreifen des Geländes die Lager nicht entdeckt werden konnten und es erst durch nachrichtendienstliche Arbeit gelang, zum Erfolg zu kommen.

Kommunistische Bewegung in den Ostgebieten.

Vom Kdr.dSPuSD in Lettland wurden im Zuge der Aufrollung einer illegalen kommunistischen Gruppe 15 Personen festgenommen, die sich zur Beghung von Terror- und Sabotageakten zusammengeschlossen hatte. Diese Gruppe beabsichtigte anlässlich des "Tages der Oktoberrevolution" die Eisenbahnstrecke Sassenhof/Torensborg zu sprengen. Durch die Festnahme mehrerer Mitglieder der Organisation konnte das Vorhaben vereitelt werden. Der Leiter dieser Gruppe, der unter dem Decknamen "Viktor" bekannt war, wurde festgenommen. Er stand mit mehreren Arbeitern der Waffenwerkstatt in Riga in Verbindung, die auf seine Weisung Waffen und Munition entwendeten und durch Verbindungsleute an die Terrororganisation weiter leiteten. Die entwendeten Waffen wurden sichergestellt. Der Organisation konnten ausserdem 2 Morde nach-

gewiesen worden. Die Gruppe unterhielt auch Verbindungen zu sowjetischen Fallschirmspringern, die in Lettland abgesetzt worden waren und sich in Riga aufhielten. Es wurde auch ein deutscher Deserteur festgenommen, der von der Gruppe Wohnung und Verpflegung erhielt.

Die organisierte Tätigkeit kommunistischer Elemente ist im Bereich der Einsatzgruppe D immer mehr im Rückgang begriffen; in vielen Gebieten des Einsatzraumes war bisher überhaupt davon nichts zu bemerken, zumal fast alle kommunistischen Aktivisten aus Furcht vor deutschen Gegenmaßnahmen oder mit der Weisung, im Gebirge Bandengruppen zu bilden, geflohen waren. Im Vertrauen auf die korrekte Behandlung der Bevölkerung durch die deutsche Wehrmacht lassen sich viele von den Geflüchteten bewegen, aus ihren Schlupfwinkeln zu den früheren Wohnstätten zurückzukehren. So sind z.B. in letzter Zeit im Raum von Krassnodar eine Reihe geflüchteter GUGB-Agenten zurückgekehrt. Sie äussern heute, daß es ihnen gleichgültig sei, was man mit ihnen mache. Sie wüssten nicht, wem sie noch Glauben schenken sollten, der roten Propaganda, die behauptete, sie würden alle erschossen werden und es gehe der Zivilbevölkerung bei den Deutschen schlecht, oder dem, was sie über die gute Behandlung gehört hätten.

Im Bereich des Einsatzkommandos 10a - Krassnodar - war das Ergebnis durchgeführter Razzien gering. Hierzu ist zu sagen, daß der Kommunismus in diesem Gebiet nicht so sehr in Erscheinung tritt, wie in anderen besetzten Gebieten, da hier die Bevölkerung von jeher gegen den Kommunismus eingestellt war. Dieser ablehnenden Haltung wurde von den Sowjets durch Verschickungen und Durchsetzung mit zuverlässigen Kommunisten entgegengearbeitet. Andererseits hat die KP mit ihrer Arbeit eine grosse Duldsamkeit an den Tag gelegt. So war beispielsweise nur ein ganz geringer Teil der in den dortigen Instituten Studierenden Mitglied der Partei oder des Komsomol. Ein Zwang zum Eintritt wurde nicht ausgeübt. Diese Feststellung steht im Gegensatz zu den Erfahrungen in anderen Einsatzgebieten. Durch Vernehmungen wurde festgestellt, daß nur ein geringer Prozentsatz der Bevölkerung der Partei angehört. Hinzu kommt noch, daß die Partei selbst durch die Besetzung mit weniger zuverlässigen Funktionären stark gelitten hatte, da alle führenden Kommunisten zur Roten Armee eingezogen waren. Es ergibt sich daher der Eindruck, daß die Gegnerschaft zum Kommunismus in diesem Einsatzbereich einen Faktor darstellte, der den Bolschewisten stets Schwierigkeiten bereitete, zumal der Kampf stets die Furo-



le "Freiheit der Kaukasier" trug.

Im Bereich des Einsatzkommandos 11b - Maikop - hatten sich fast alle führenden kommunistischen Persönlichkeiten und Aktivisten in den umliegenden Wäldern versteckt. Auf Grund von Zeugenaussagen, V-Mann-Meldungen und sichergestelltem Material konnten die Geflüchteten kartellmäßig erfaßt und so zurückkehrende kommunistische Elemente festgenommen und unschädlich gemacht werden. Eingesetzten Streifen gelang es darüber hinaus, bei der Durchkämmung eines Waldgebietes am Kuban eine Reihe führender Parteimitglieder aus dem Rayon in Verstecken aufzuspüren und festzunehmen. Es handelt sich um Fabrikdirektoren und Parteiangestellte, die sich z.T. an der Sprengung der Lokomotiv-Workstätte und der Ölfabrik aktiv beteiligt hatten. In der Stadt Maikop selbst wurden 35 Kommunisten festgenommen. Es waren dies meistens langjährige Angehörige der Partei, die leitende Stellen des Staates und der Wirtschaft inne hatten und ihre Machtbefugnisse zum Nachteil der Bevölkerung ausgenutzt hatten. 60 weitere Personen wurden nach Überprüfung wieder aus der Haft entlassen, da ihnen eine besondere politische Aktivität nicht nachgewiesen werden konnte.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im Zuge der Aktion gegen die illegale Banderagruppe sind von der Staatspolizeistelle Braunschweig in Zusammenarbeit mit der Staatspolizeistelle Magdeburg und der Staatspolizei-Aussenstelle Gotha weitere 25 Bander-Anhänger festgenommen worden. Unter ihnen befinden sich der Rayonführer von Watenstedt, Johann F e d o r u s , geb. 13.9.1915 in Dimitriw, der Rayonleiter für Gotha Michael S t u p k a , geb. 19.9.16 in Czernychiw sowie der Ukrainer Wladimir K o s t y k , 31.1.19 in Nadworna geb., der für den Bezirk Braunschweig der illegalen Bander-Gruppe die Kassengeschäfte führte und gleichzeitig Kurieranlaufstelle war.

Weiter wurden von der Staatspolizeistelle Frankfurt/M. festgenommen:

Osip K o t e l n i z k y , geb. 16.4.20 in Hayi, der als Führer der Bander-Gruppe für Frankfurt/M. und Umgebung anzusprechen ist und Verbindung zu dem Berliner Spitzenfunktionär Michael R u m o c a k hielt.

Pawlo L e n y k , geb. 9.11.20 in Dryschtschew, der Leiter einer Fünfer-Gruppe war.



Stefan Kowalyschin, geb. 16.5.19 in Woschtschanzi, der ebenfalls Fünfer-Gruppenführer war.

Ein weiterer Fünfer-Gruppenführer namens Nikola Wolitschko, geb. 23.3.22 in Oitula sowie der politische Schulungsleiter Wolodimir Lennyk, geb. 14.6.22 in Druschtschew sind flüchtig.

Von der Staatspolizeileitstelle Prag wurde der Gebietswarter der illegalen Bandera-Gruppe Wasyl Iwanowtschuk, geb. 17.12.12 in Dukasne-Halla/USA, festgenommen, desgleichen 5 ukrainische Studenten, die bei der deutschen Karls-Universität in Prag immatrikuliert sind. Bei den Studenten, die seit langem als Bandera-Anhänger bekannt sind, handelt es sich um

Michael Maruntschak,
Alexander Ljatyshewskyj,
Bohdan Okolot,
Alexander Sydorjak und
Eugen Krawtschuk.

Die Ermittlungen dauern noch an.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß am 11.12.42 in Lemberg der RD. Pfarrer Josef Peters, geb. 28.2.05 in Biedlungshausen, festgenommen werden musste, weil er zusammen mit ukrainischen Kreisen eine reichsfeindliche Tätigkeit ausübt und eine pflichtgemäße Anzeige über das Bestehen einer deutschfeindlichen Organisation (Bandera-Gruppe) nicht erstattet hatte.



B. LebensgebieteAllgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung
im Generalbezirk Estland.

Die Stimmung der Bevölkerung wird den Meldungen zufolge immer mehr von der saisonbedingten Verschärfung der Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten negativ beeinflusst.

Obwohl die offizielle Propaganda bemüht ist, in wachsendem Masse den Blick der Massen auf die Erkenntnis der allgemein gültigen Kriegsnotwendigkeiten zu lenken, ist dieser noch sehr stark auf den eigenen Lebensraum begrenzt. Es werden laufend Klagen über eine angeblich benachteiligende Behandlung der Esten gegenüber den Deutschen laut, wobei z.B. auf dem Gebiet der Verwaltung starke Kritik an dem Nebeneinander von deutschen und estnischen Behörden geübt wird. Dort seien in den meisten Fällen die Zuständigkeiten keineswegs geklärt, was nicht nur Verzögerungen in der Abwicklung der Geschäfte, sondern auch eine stetige Verengung des estnischen Tätigkeitsbereichs und der Auswirkungsmöglichkeiten der aktiven estnischen Kräfte zur Folge habe. Damit sei ein Absinken der Verantwortungsfreudigkeit der estnischen Amtsträger und der allgemeinen Leistung verknüpft. Es zeige sich immer mehr das Streben, die Verantwortung den deutschen zentralen Stellen zuzuschieben und dadurch sich den Vorwürfen der eigenen Volksgenossen gegenüber zu decken.

In den breiten Massen wird bei der Diskussion darüber, wer die Schuld an den erörterten Schwierigkeiten und missliebigen Erscheinungen trage, diese abwechselnd deutschen und estnischen Stellen zugesprochen, wobei auch hier die Neigung auftritt, den deutschen Behörden als den mit grösserer Machtvollkommenheit ausgestatteten auch das grössere Mass zuzuerkennen.



Besonders stark sind die Klagen über Benachteiligung auf wirtschaftlichem Gebiet. Fälle, wie die Übertragung der estnischen Grosshandelsfirma "Ephag" an eine reichsdeutsche Privatfirma, regen Betrachtungen darüber an, dass trotz der deutscherseits erklärten Notwendigkeit, im Interesse der Kriegsproduktion Menschenmaterial zu sparen, immer wieder deutsche Kräfte angesetzt würden, um eine Arbeit zu verrichten, die bisher ebenso gut von Esten habe getan werden können.

Die Ereignisse an den Fronten werden in der estnischen Bevölkerung mit wachsender Besorgnis verfolgt. In den Ereignissen in Afrika und in der Lage in Stalingrad sieht man deutsche Misserfolge, deren Auswirkung auf die gesamte Kriegsführung überschätzt wird. Im allgemeinen scheint es, dass wenn auch im grossen ganzen die Verbundenheit des eigenen Schicksals mit dem Erfolg der deutschen Waffen nach wie vor innerlich empfunden wird, gewisse Zweifel an der deutschen Schlagkraft aufgetreten sind.

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Estland.

Landwirtschaft: Vorliegenden Meldungen zufolge verzögerte der Mangel an Treibstoff den Drusch des Getreides und es ist damit zu rechnen, dass zu Beginn des Jahres 1943 die Druscharbeiten noch nicht beendet sein werden.

Vom Wintergetreide waren Ende November noch ca. 20 % und vom Sommergetreide noch ca. 50 % ungedroschen.

In bäuerlichen Kreisen herrscht über die mangelnde Zuteilung an Betriebsstoff grösste Unzufriedenheit, die estnische Selbstverwaltung und die deutschen Dienststellen werden starker Kritik unterzogen, da diese es nicht ermöglichen würden, grössere Betriebsstoffmengen der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Es seien doch davon genügend vorhanden, da Öl, Petroleum und sonstige Betriebsmittel in grösseren Mengen im Schleichhandel zu haben seien. Es wird gefragt, warum die Mengen nur "unter der Hand" zu haben sind und warum sie



3943-13
681

nicht auf legalem Wege ohne Vermittlung von Spekulanten auf den Markt gebracht werden könnten. Zu diesem Betriebsstoffmangel kommt noch dazu, dass die Besitzer vieler Druschgarnituren diese nicht zweckmässig einsetzen und auch gar kein Interesse zeigen würden, die Arbeit irgendwie beschleunigt durchzuführen. Infolge der niedrigen Löhne, die von der Preisbildungsstelle festgesetzt worden sind, sei ein weiteres Absinken des Interesses festzustellen. Besonders schwierig sei die Lage im Kreise Dorpat und Werro.

Wenn auch diesmal 1 Monat länger offenes Wetter herrschte als im vergangenen Jahr, so hat sich die Pflugarbeit verzögert, einmal wegen schlechter Witterungsverhältnisse, zum anderen wegen Überlastung der Bauern durch sonstige Arbeiten. Dazu kam noch Mangel an Zug- und Arbeitskräften. Im Gebiet von Narwa wurde mit Hilfe der Wehrmacht, die in grossem Masse Pferde zur Verfügung stellte, fast alles gepflügt. Eine grössere Sorge ist in letzter Zeit der Landwirtschaft durch die in Lettland aufgetretene Maul- u. Klauenseuche entstanden. Man befürchtet allgemein, dass die Maul- und Klauenseuche auch in Estland ausbrechen könne, da durch die L.O. grössere Viehtransporte aus Lettland importiert worden seien. Auf einigen Betrieben war angeblich Maul- und Klauenseuche vorhanden, doch stellte sich heraus, dass es sich nicht um diese Krankheit, sondern um eine Folgeerscheinung des Seetransportes handelte, die sich beim Vieh in einer der Seuche ähnlichen Form äusserte.

Stimmungsmässig ist festzustellen, dass die Ablieferungsnormen nach wie vor viel besprochen, kritisiert und als zu hoch empfunden werden; zum Teil wird sogar von einer ungerechten Verteilung der Normen gesprochen. Besondere Schwierigkeiten bereiteten den Bauern die Ablieferung des Fleisch- und Butternormen. Im letzten Monat sei die Butterlieferung um 19% zurückgegangen. Den Bauern sei es versprochen worden, für Übernormmilch ein gewisses Quantum an Fett zurückerstattet zu bekommen. Dieses Versprechen



H3453 - 0165

sei aber nicht gehalten worden. Da diese Übernormmilch auf die Winterperiode nicht angerechnet werde, seien viele Bauern in eine äusserst schwierige Lage gekommen. Vielfach wird von den Bauern die Art des Empfanges der Normen kritisiert und sie meinen, dass die Verwaltungsstellen nicht immer zweckmässig mit den empfangenen Beständen umgehen. So soll z.B. in der Gemeinde Imawere das empfangene Getreide schlecht untergebracht worden sein, sodass grössere Mengen davon verdorben seien. Ähnliche Klagen hört man vielerorts hinsichtlich der Einmietung von Kartoffeln.

Im Zusammenhang mit den Normen und den Festpreisen wird vielfach auf dem Lande über die Steuerbelastung geklagt. Die Steuerbelastung wird mit der zur Zeit des estnischen Freistaates gültigen verglichen. Früher betrug die Höhe der Steuern 34 Cent pro Steuereinheit, wobei 1 kg Roggen 17 Cent kostete. Jetzt jedoch beträgt die Steuer pro Steuereinheit 1.-- RM und ein kg Roggen kostet 9,5 RPfg.

Die Anordnung über den Holzeinschlag im Bauernwald wird stark kritisiert. Die Bauern klagen vielfach, dass sie zur Erfüllung des Solls stark ihren Jungwald angreifen und sogar Zierbaumbestände abholzen müssten. Zusätzlich zu den Arbeiten auf dem eigenen Hof sind im eigenen Walde und auch im Staatswald noch gewisse Quanten aufzuarbeiten.

Versorgung: In den Kreisen des Handels und Handwerks steht die Frage der Reprivatisierung im Vordergrund. Nach langsamer Überwindung der ersten Schwierigkeiten sollen sich die Abwicklungsarbeiten jetzt reibungsloser einspielen und bei dem Kleinhandel bereits normal verlaufen. Bisher - Ende November - sind bei dem estnischen Wirtschaftsdirektorium 328 von den einzelnen Verwaltungsstellen vorgesehene Anträge eingegangen, von denen 81 Anträge abgeschlossen wurden. 62 wurden endgültig genehmigt und 20 abgelehnt. Die Ablehnung sei auf Grund von Verstössen wegen Schleich- und Tauschhandels erfolgt, zum Teil sei auch eine Säuberung des Berufsstandes erforderlich gewesen.





H3453 - 0167

3943-PS
683

-9-

Es laufen noch täglich aus allen Kreisen Estlands neue Anträge ein, die aber in der Mehrzahl der Fälle den Einsendern zurückgegeben werden mussten, weil die Unterlagen lückenhaft oder unvollständig seien. Darum konnten die Anträge auch heute noch nicht mit der erwarteten Beschleunigung durchgeführt werden. Es wird bemängelt, dass die schon früher aufgetauchten Erbschaftsfragen noch nicht geregelt seien, so dass es immer wieder zu ungerechtfertigten Härten käme, die vermieden werden könnten.

Eine weitere Unklarheit herrscht in der Behandlung der Mühlen- und Sägewerke. In Estland sind Kornmühlen und Sägewerke in einem Betriebe vereinigt. Während einer Reprivatisierung der Kornmühlen nichts im Wege stehe, gehörten die Sägewerke zur Monopolgesellschaft Ostland-Faser und könnten nicht reprivatisiert werden. Da eine Trennung der Betriebe schon aus rein buchungs-technischen Gründen nicht möglich ist, müsse die Reprivatisierung ganz unterbleiben.

Da für Grosshandel und Grossindustrie keine Reprivatisierung vorgesehen ist und für den Haus- und Grundbesitz nur eine Rückgabe zur Nutzniessung und Verwaltung in Frage kommt, bleiben nur noch Handwerks- und Kleinindustriebetriebe zu reprivatisieren. Hier gestaltet sich die Abwicklung wesentlich schwieriger als beim Kleinhandel, weil die Beschaffung der Unterlagen und der Besitznachweise in vielen Fällen nicht möglich oder doch zumindest sehr erschwert sei. Auch macht man den bearbeitenden Abteilungen einzelner Stadtverwaltungen den Vorwurf, dass sie die Abwicklung aus unbegreiflichen Gründen absichtlich verzögern. Besonders komme das bei der Liquidierung der Handwerker-Artelle in Frage. Es wird behauptet, die Liquidatoren erfänden immer neue Gründe zur Verzögerung der Liquidierung einzelner Artelle, weil sie selbst materiell daran interessiert seien. Dabei gehe viel kostbare Zeit verloren und das an sich schon stark zusammengeschmolzene Artellgut werde restlos aufgebraucht. Die Artellmitglieder, ehemalige Kleingewerbe- und Handwerksbesitzer, die zur Kommunisten-



H3453-0168

3943-PS
684

-10-

zeit durch die Aufstellung der Artelle sowieso schon schweren materiellen Schaden erlitten hatten, seien gerade an einer schnellen Liquidierung interessiert, um von ihrem Vermögen retten zu können, was noch übrig geblieben ist.

Obwohl bei dem grossen Warenmangel und der allseitigen Materialknappheit nicht mit einer Rentabilität von Handel und Handwerk gerechnet werde, sei nach wie vor das Interesse an der Reprivatisierung sehr rege, weil man auf die Zukunft hoffe und bei Einsetzen normaler Verhältnisse mit einem eigenen Betriebe den allgemeinen Wettbewerb aufnehmen wünsche.

In Kreisen des Handels hege man sowieso die Befürchtung, dass der ständig wachsende deutsche Wirtschaftseinfluss dazu führe, die Esten auszuschalten und bestehende einheimische Firmen, obwohl sie sich durchaus bewährt hatten, in deutsche Hände überzuleiten. Als typisches Beispiel, das nach Bekanntwerden in weitesten Kreisen Estlands grosse Erregung hervorgerufen hatte, sei die Übergabe der nationalisierten pharmazeutischen Aktiengesellschaft "Ephag" an die deutsche Firma Rosenberger und Co., Stettin, zu nennen.

Der Schleich- und Tauschhandel wird nach wie vor, trotz der Veröffentlichung bereits verhängter empfindlicher Strafen, mit gleicher Intensität betrieben. Es ist sogar ein Steigen der Schleichhandelspreise zu beobachten. So wurden folgende Preise festgestellt:

	Am 16.9.	Am 4. 11.	Am 1. 12.
1 Huhn, ca 1 kg	-	25.--	bis 50.-- RM
Kase, 1 kg	-	20.--	" 30.-- "
Butter, 1 kg	bis 25.--	b. 40.--	" 40.-- "
Petroleum, 1 Ltr.	-	10.--	" 25.-- "
Seifenstein, 1 kg	-	b. 55.--	" 100.-- "
1 P. Stiefelschlen	" 30.--	-	" 70.-- "
1 P. Herrenschuhe	" 120.--	200.--	" 400.-- "

Um die Verstösse gegen die Preisvorschriften, den Wucherhandel und die Spekulation mit Erfolg bekämpfen zu können, ist die estnische Preisbehörde dazu übergegangen, Geheimagenten einzusetzen und das ganze Land mit einem Netz von Berichterstatlern zu überspannen. Es handelt sich hierbei um bezahlte Mitarbeiter, die von einer besonderen Agentur betreut werden. Die Unkosten für diese Einrichtung sowie die Auslagen für umfangreiche Probeankäufe werden zukünftig aus den eingehenden Strafgeldern gedeckt, indem 30 % aller Ordnungsstrafbeträge aus Preisverstössen einem Sonderfond zur Bekämpfung des Wucherhandels zugeführt werden.

Verkehr: Auf dem Gebiete des Verkehrswesens ist die Lage nach wie vor äusserst angespannt. Der erhebliche Mangel an Waggons, Brennstoffen, Öl, Bereifungen und Futtermitteln für Pferde konnte in keiner Weise gemildert werden. Schnee- und Eisverhältnisse wirken sich erschwerend aus.

Der Arbeit der Transportabteilung des estnischen Direktoriums für Wirtschaft sei es gelungen, trotz der eben herausgestellten Schwierigkeiten einem unerwünschten Stillstand von LKW's vorzubeugen, ja sogar noch eine kleine Steigerung der Transportleistung zu erzielen.

Zur Einsparung von Benzin habe die estnische Transportabteilung der Umstellung auf Holzgasgeneratoren weitere Beachtung geschenkt. Zur Vermeidung von Ausfällen bei auftretenden Reparaturen seien Ersatzteile für Imbert-Generatoren im Werte von RM 30.000.-- aufgegeben und für das nächste Jahr bereits 300 weitere Generatoren bestellt worden. Zur gründlichen Kenntnis der Imbert-Generatoren stehe den Fahrern ein entsprechendes Handbuch zur Verfügung, wie auch der aus dem Reich bezogene Lehrfilm "Imbert" verschiedentlich zur Vorführung gelangt.

Mit Einführung der deutschen Strassenverkehrsordnung und der neuen Kennzeichen der Kraftfahrzeuge soll eine weitere Drosselung des während der Dauer des Krieges nicht unbedingt notwendigen Kraftfahrzeugverkehrs erreicht werden. Während die Anzahl der unter strenger Kontrolle



stehenden LKW's nicht eingeschränkt werden soll, ist bei den PKW's eine Verminderung bis 50 % vorgesehen. Vor allem sollen Firmen, die bis 4 und mehr PKW's im Besitz hatten, nur noch einen Wagen behalten, damit die Reifen anderen kriegswichtigen Fahrzeugen zugeteilt werden können.

Die Schwierigkeiten im Fuhrtransport, der für Estland eine wichtige Rolle spielt, habe man dadurch zu beheben versucht, dass man für alle Pferde der städtischen Transportämter durch die Marktversorgungsverwaltungen Futter zur Verfügung stellen lasse. Bis zur Festlegung der Getreideeinkäufe wurden zunächst bis 1.1.1943 folgende Normen verausgabt:

	f. Pferde d. Gruppe I	d. Gruppe II u. III
Hafer	2 kg	3 kg
Heu	8 "	10 "
Stroh	2 "	2 "

Da nur auf dem Gebiete des städtischen Fuhrtransportes eingesetzte Pferde versorgt werden können, kämen für Reval 770, Dorpat 290, Pernau 172 und in Narwa 170 Pferde für diese Betreuung in Frage. Ferner seien für die gleichen Pferde 10.000 Hufeisen und in beschränkter Masse Pferdegerätschaften ausgeteilt worden, so dass man glaube, die dringlichste Not beseitigt zu haben.

Im Revaler Hafen war auch im November ein reger Überseeverkehr zu verzeichnen. Die Kapitäne der deutschen Dampfer führen Klage, dass die Ent- und Beladung der Schiffe zu viel Zeit in Anspruch nehme, weshalb es ihnen nicht möglich sei, den gewünschten Tonnageumsatz zu erzielen. Während in Friedenszeiten hier ein 1.500 t-Schiff in 8 Tagen ent- und beladen werden konnte, würde heute diese Zeit allein für die Entladung benötigt. Die Gründe sieht man in einer uneinheitlichen Leitung der verschiedensten Hafenbehörden, ferner in dem Mangel an Transportfahrzeugen, in der verkürzten Tageszeit im Winter (Verdunkelung) und in der schlechten Arbeitsleistung der russischen Gefangenen. Die Bewachung der Russen durch die estnischen Wach-





H3453 - 0171

-13-

mannschaften liesse insofern zu wünschen übrig, als die Wache die Gefangenen wohl an- und abführten, sich im übrigen aber wenig um sie kümmerten und auch nicht Diebstahle und ähnliche Ausschreitungen verhiederten. Die Schiffsoffiziere müssten wiederholt zur Selbsthilfe greifen, wobei die auf frischer Tat ertappten Gefangenen nur handgreiflich zurechtgewiesen werden könnten. Da man sich im Reich bei derartigem Einschreiten strafbar mache, sehe man auf die Dauer keine Veranlassung, sich gegebenenfalls auch hier dieser Gefahr auszusetzen. Würde andererseits nicht in dieser Form vorgegangen, würden die Beraubungen sehr schnell unverantwortliche Formen annehmen. So seien die Gefangenen z.B. dabei ertappt worden, wie sie Griesssäcke anbohrten und den Griess in grösseren Mengen in Kochgeschirre abfüllten. Ein andermal hatten sie aus den Fässern Butterschmalz handevoll herausgeholt und aufgegessen, Milch und andere Nahrungsmittel gestohlen.

Arbeits- und Sozialwesen: Der Mangel an Arbeitskräften hielt unverändert an und kennzeichnet die Lage des Arbeitsmarktes. Namentlich auf dem Lande machte sich wiederum ein Anwachsen der Nachfrage geltend, da die Arbeiten noch nicht zum endgültigen Abschluss gelangt seien und zusätzliche Hilfskräfte, wie durch den Einsatz der Stadtbevölkerung, nicht mehr zur Verfügung standen. Darüber hinaus tritt der durchgeführte Abzug von russischen Kriegsgefangenen aus den landwirtschaftlichen Betrieben merklich hemmend in Erscheinung.

Der Bedarf an Arbeitskräften in den kriegswichtigen Betrieben, so vor allen Dingen in der Brennschieferindustrie, bereitet den verantwortlichen Stellen ernste Sorge, da gerade auf diesem Gebiete eine grössere Anzahl von Fällen der Arbeitsverweigerung ständig zu verzeichnen ist. Obwohl der Einsatz in den Betrieben der kriegswichtigen Industrie meist eine Erhöhung des Lohnes mit sich bringt, ziehen es die Arbeiter, die nach auswärtigen Arbeitsplätzen geschickt werden sollen, vor, sich einer solchen Ver-



Schickung zu entziehen bzw. aus gesundheitlichen Gründen eine Entlassung zu erreichen. Als hauptsächlicher Grund wird hierbei die Furcht vor einer Verschlechterung der Verpflegungslage angeführt, daneben allerdings die sich ständig verschlechternde Lage auf dem Gebiete der Versorgung mit Berufskleidung. In der Frage der Beschaffung von Fussbekleidung scheint eine teilweise leichte Besserung eingetreten zu sein, eine zufriedenstellende Lösung der Bekleidungsfrage glaubt man für die absehbare Zukunft allerdings noch nicht erblicken zu können. Dieses Problem rückt umso gewichtiger in den Vordergrund, da es der Bevölkerung nun schon zwei Jahre im wesentlichen Ausmass nicht möglich war, die eigene Bekleidung zu ergänzen. Besonders hart sind in dieser Beziehung die Arbeiter betroffen, die schmutzige Arbeit verrichten oder deren Tätigkeit im Freien vor sich geht.

Die Verpflegung der Arbeiter in den Betrieben konnte in letzter Zeit in grösserem Umfange durchgeführt werden. In kleineren Betrieben, bei denen die Schaffung eigener Küchen auf Schwierigkeiten stösst, konnte vielfach Suppe von der Estnischen Volksgemeinschaftshilfe zur Verfügung gestellt werden. Wenn auch teilweise über Wert und Menge des Essens Klage geführt wird, so wird insgesamt die betriebliche Verpflegung von der Arbeiterschaft dankbar begrüsst, doch wird mit Unwillen darauf hingewiesen, dass russische Kriegsgefangene in den Betrieben bessere und grössere Nahrungszuteilungen erhalten als die einheimischen Arbeiter.

Die Gegenüberstellung der wöchentlichen durchschnittlichen Verpflegungssätze zeigte folgendes Bild, wobei noch hervorzuheben ist, dass Fleisch und Butter praktisch an die Zivilbevölkerung grösstenteils nicht zur Verteilung gelangten.



H3453 - 0173

3943-12
689

-15-

Wöchentliche Verpflegungssätze für

	Esten	Kriegsgefangene
Brot	1.700 g	2.300 g
Fleisch	250 " (tatsächl. = 0)	350 "
oder Fisch	500 "	700 "
Butter	180 "	130 "
Käse	-	32 "
Quark	-	32 "
Marmelade	-	100 "
Trockennährmittel	150 "	150 "
Gemüse	-	500 "
Kartoffeln ca.	2.000 "	8.500 "

Im Brennschiefergebiet macht sich eine auffällige Minderung der Arbeitsfreudigkeit bemerkbar, was z.T. auf die schlechte Behandlung der Arbeiter zurückgeführt werden kann. Die estnischen Arbeiter führen Klage über das leitende Personal und die Behandlung durch Vorgesetzte russischer Nationalität. So sollen Kriegsgefangene auf Vertrauensposten eingesetzt worden sein, ferner in Kanzleien und sonstigen leichteren Posten Arbeit verrichten. Es sollen ferner Fälle vorgekommen sein, dass aus Ukrainern bestehende Schutzmannschaften estnische Arbeiter mit Gewehrkolben geschlagen und mit Füßen getreten haben.

Propagandawesen und Führungsmittel im Generalbezirk Estland. Gegnerpropaganda.

In den vorliegenden Berichten kommt zum Ausdruck, dass die grossangelegten Offensiven der Alliierten sowohl an der Ostfront als auch im afrikanischen Raum die Neigung der Bevölkerung, feindliche Rundfunksendungen abzuhören, verstärkt haben. Gerüchte, die sich mit einer militärischen Krise Deutschlands einerseits und mit der Rückkehr ehemals führender estnischer Politiker aus England andererseits befassen, lassen erkennen, dass die Einwirkung der feindlichen Propaganda wieder einen besseren Nährboden gefunden



H3453 - 0174

-16-

3943-P
690

hat. Unterstützt wird diese Einwirkung durch die zur Zeit sehr kritische Versorgungslage, deren Ursache in der estnischen Bevölkerung darin gesucht wird, dass grosse Mengen Bedarfsgüter ausser an die Front angeblich auch in das deutsche Reich transportiert würden. Sehr viele Gerüchte haben auch im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten, völlig privaten Reise des 1. Landesdirektors Dr. Mäe ins Reich die verschiedensten Betrachtungen über angebliche Veränderungen in der staatlichen Stellung Estlands zum Inhalt.

In den östlichen Gebieten Estlands wurden wiederholt Flugblätter der Sowjets aufgefunden, in denen die Bevölkerung zur Durchführung von Sabotageakten aufgefordert wurde.

Tätigkeit des Finnlandsenders.

Das Interesse für den finnischen Rundfunk lebte insbesondere am Stammverwandtschaftstage der finnisch-ugrischen Völker, dem 21.11.42, auf. In einzelnen Bevölkerungskreisen sei die Frage aufgeworfen worden, warum man diesen Feiertag nicht auch in Estland begehen dürfe. Der Finnlandsender brachte in seiner estnischen Sendung am 23.11.42 eine ausführliche Beschreibung der Feierlichkeiten im Festsaal der Universität Helsinki. An der Feier haben Staatspräsident Ryti und Frau, Premierminister Rangell und Frau, Bildungsminister Kukkonen, General Sihvo, der ungarische Gesandte und der frühere estnische Gesandte in Helsinki, Varma, teilgenommen. Das Programm dieser Feier war vorwiegend den Völkern Ingermanlands und Ostkareliens gewidmet, die, den Ausserungen der Veranstalter zufolge, ernst und hoffnungsvoll auf ihre Befreiung warteten. Von dem Universitätsprofessor Sovijärvi wurde eine Stammverwandtschafts-erklärung in estnischer Sprache verlesen, in der es u.a. hiess:

"Wir glauben, dass die in den letzten Jahren des Leides den Esten geschlagenen Wunden schnell heilen können und dass von den estnischen Männern für die Freiheit ihres Landes und das neue Europa vergossene Blut die

sonnige Zukunft Estlands eingelöst hat und dass die Zeit nicht weit liegen dürfte, in der die estnischen und finnischen Stammverwandtschaftsvölker wieder die in den schweren Zeiten abgebrochenen Verbindungen aufnehmen können. Wir Finnen senden einen herzlichen Gruss an die südlichen Gestade des Finnischen Meeresbusens. Wir haben das im Zeichen der Stammverwandtschaftsstunde getan und im Glauben an die ferne Zukunft".

Im weiteren Verlauf des Aktes trug die Künstlerin Irma Tyllinen als Gruss Estlands ein Gedicht aus der Zeit des estnischen Freiheitskrieges "Tõsta lipp!" (Hebt die Fahne!) von Gustav Suits vor. Grüsse Ingermanlands und Ostkareliens brachte Leutnant Ojajärvi vor. Die Feier wurde mit dem gemeinsamen Gesang der Hymne abgeschlossen. Sie ist insoweit bemerkenswert, als sie durch das Erscheinen des finnischen Staatspräsidenten und anderer offizieller Persönlichkeiten eine besondere Hervorhebung erfahren hat. Der frühere estnische Gesandte Varma, der als "Vertreter Estlands" an der Feier teilgenommen hat, gehört seiner politischen Vergangenheit nach zur ehemaligen estnischen Führungsschicht liberal-demokratischer Prägung, betätigt sich heute noch in diesem Sinne innerhalb der estnischen Kolonie in Helsinki.

Am 21. 12. 42 brachte der Finnlandsender in seiner Sendung in estnischer Sprache Kommentare der finnischen Presse über den Aufsatz, den Dr. Zierkes im "Völkischen Beobachter" vom 15.12.42 geschrieben hat. So habe "Suomen Sosialdemokrati" unter der Überschrift "Kleinvölker ohne Lebensraum" etwa folgendes geschrieben:

"... Immerhin fehle aber noch ein klares Bild, wie die künftigen Grossräume vorzuzugestalten seien. Unter den kriegsführenden Mächten sei man sich vollkommen einig darüber, dass es kein Zurück mehr zum Kleinstaatensystem gebe. Die internationale Zusammenarbeit müsse dahingehend erweitert werden."



H3453 - 0175

In Bezug auf die Ausschaltung der Polen und Tschechen aus der europäischen Völkerfamilie und die Begründung dieser Massnahme schreibt das Blatt, dass diese Ausschaltungsmotive nicht gut geheissen werden könnten. Ausserdem sei es nicht richtig, dass die Kleinvölker erst beweisen müssten, welchen Grad der Freiheit sie verdienen. Finnland sei zwar eine führende Stellung zugebracht und in Finnland sei man für jede ausländische Anerkennung dankbar. Finnland führe aber nur einen Verteidigungskrieg für s e i n e Freiheit und s e i n Eigenleben. Der Gedanke, eine führende Stellung einzunehmen, sei in Finnland und im gesamten Norden fremd. Eine Zusammenarbeit setze keine führende Stellung voraus. Im Norden rede man von Gleichberechtigung, wobei ein Staat auf diesen und der andere auf jenem Gebiet als Vorbild gelten könnte. Finnland z.B. auf dem Gebiet der Landesverteidigung. Darüber könne aber erst gesprochen werden, wenn dieser Krieg zu Ende sei. Auch sei es unwahrscheinlich, dass dann noch die Notwendigkeit zur Einnahme einer führenden Stellung bestehe. Das neue Europa müsse Lebensbedingungen schaffen, die von jeglichen Fesseln frei seien.

Nach einer Vorankündigung am 21.12.42 wurde am 24.12.42 um 22 Uhr in einer besonderen Sendung des finnischen Rundfunks u.a. den in Finnland lebenden Esten die Möglichkeit gegeben, an ihre Verwandten in Estland Grösse zu übermitteln. Die Sendung wurde mit Gedichten eingeleitet. Nach einem estnischen Weihnachtslied folgte der Gruss des Helsingforsker estnischen Vereins. In diesem Gruss wurde zum Schluss folgendes ausgeführt:

"Nur ein einziges Mal im Jahr, am Weihnachtsabend, dürfen wir Grösse an unsere Anverwandten übermitteln. Alle gemeinsam wünschen wir der Heimat schöne Feiertage. Wir wünschen, dass das neue Jahr der Heimat Frieden und Freiheit beschern möge."

Danach folgten ca. 80 persönliche Grösse und weitere 7 Grösse aus Ungarn für Familien in Estland. Von den ersteren sind z.B. zu nennen: der ehemalige estnische Konsul in



Helsinki Emil Vesterinen, der seinen Verwandten und Freunden in ganz Estland sowie allen Forstbeamten Estlands im festen Glauben an die Auferstehung Estlands Grüße übermittelte. Der ehemalige Professor der Universität Dorpat August Tammekann an alle Dozenten der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät. Der ehemalige Gesandtschaftssekretär Alex. Palo seinen Freunden und Kindern, von denen er schon 5 Jahre getrennt lebt. Der ehemalige estnische Gesandtschaftssekretär Walter Kotsar an Gustav mit der Bitte, am 24. Februar die Gräber der Eltern mit einem Tannenzweig zu schmücken, da dem Vater dieser Tag besonders teuer gewesen sei (Tag der estnischen Selbständigkeit). Als letzter übermittelte der estnische Sprecher des Finnlandsenders allen seinen Hörern seine persönlichen Grüße. Hier und da haben diese übermittelten Weihnachts- und Neujahrsgrüsse in der Bevölkerung Überraschung hervorgerufen. Mit Verwunderung sei wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, so heisst es in einer Meldung aus Reval, dass die in Finnland lebenden Esten ungeachtet des ihnen bekannten Abhörverbotes des finnischen Rundfunks es wagen, durch diese Sendung ihren Verwandten und Bekannten in Estland evtl. Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten mit den hiesigen Behörden zu bereiten.

Deutsche Propaganda.

Die deutsche Propaganda ist in letzter Zeit durch eine steigende Aktivität gekennzeichnet. Sie findet in der Öffentlichkeit den Meldungen zufolge entsprechend immer stärkere Kritik. Jede grössere Propagandaaktion wie beispielsweise der Aushang von Wandplakaten, deren Parolen gleichzeitig sowohl in der Presse als auch durch Diapositive in den Lichtspielhäusern jeweils propagiert werden, würden immer wieder mit der bolschewistischen Propagandarbeit verglichen. Trotz dieser Kritik und auch trotz des gelegentlichen Abreissens der Plakate von den Anschlagstellen werde dieser Propaganda auf die Dauer doch ein psychologischer Erfolg beschieden sein. Stärker als bisher



müsse jedoch der Inhalt dieser Parolen und Plakate aktuelle Probleme behandeln. Bei der augenblicklich schwierigen Lage auf den einzelnen Lebensgebieten müssten der Bevölkerung vor allem die kriegsbedingten Schwierigkeiten in geeigneter Form verständlich gemacht werden. Nach wie vor geschehe eine diesbezügliche Aufklärung meist durch den Generalkommissar selbst, der in seinen Reden auf die einzelnen Schwierigkeiten und Probleme eingehe. Diese Reden müssten aber von den Führungsmitteln stärker aufgegriffen und behandelt werden, da deren positive Auswirkung dadurch beträchtlich erhöht würde.

Propaganda in der estnischen Verwaltung.

Die Propagandaarbeit in der estnischen Selbstverwaltung hat eine grundlegende Intensivierung dadurch erfahren, dass die Volkserziehungsbüros nunmehr zur aktiven Propaganda herangezogen werden. In allen Orten des Landes wurden, soweit nicht schon vorhanden, Volkserziehungsbüros errichtet, deren Aufgabe es ist, bestimmte Informationen, die von der Selbstverwaltung ausgegeben werden, in der Bevölkerung zu kolportieren.

Wie berichtet wird, ist durch die Herabsetzung des Papierkontingents für die Presse die wirksame Ausnutzung dieses Propagandamittels für die estnische Selbstverwaltung erheblich erschwert worden. Die grösste estnische Tageszeitung "Eesti Sõna" kann nur noch 4-seitig herausgebracht werden. Der weitaus grösste Teil ihres Raumes wird für die Meldungen über die Kriegsergebnisse, Veröffentlichungen von amtlichen Verordnungen, für Anzeigen und Inserate benötigt. Für feuilletonistische Beiträge bleibt praktisch kein Raum mehr. Einige Zeitungen hielten ihren Umfang auf Kosten der Auflageziffer bei, so z.B. "Postimees" von 31.000 auf 25.000. "Wiruma Teataja" von 6.600 auf 5.500. Obwohl der "Postimees" beispielsweise seine Auflageziffer um rund 6.000 verringerte, hat er darüber hinaus noch wöchentlich 8 Seiten eingebüsst. Die Zeitungsversorgung ist dadurch sehr erschwert. Die "Revaler Zeitung"



erscheint noch in ihrem alten Umfang. Diese Tatsache wird von der Bevölkerung allgemein heftig kritisiert. Die "Revaler Zeitung" sei verhältnismässig weniger verbreitet, da der grösste Teil der Bevölkerung doch nicht genügend deutsch lesen könne. So würden beispielsweise im Kreise Werro täglich 5.500 Exemplare "Wõrumaa Teataja", ca. 800 "Eesti Sõna", ca. 400 "Postmees", aber nur rund 40 Exemplare "Revaler Zeitung" abgesetzt.

Auswirkung kultureller Veranstaltungen.

Das kulturelle Leben Estlands wurde während der Berichtszeit durch verschiedene Gastspiele deutscher Frontbühnen und einzelner hervorragender Künstler wirkungsvoll ergänzt. Vor allem die Darbietungen der Frontbühnen in kleineren Ortschaften wurden mit dankbarer Freude aufgenommen. Auch das russische Theater aus Riga gab am 21.11.42 in Narwa ein gelungenes Gastspiel, welches vom estnischen und russischen Publikum beifällig aufgenommen wurde.

Der Theaterhunger der estnischen Bevölkerung hält unvermindert an. Fast jede Theatervorstellung ist ausverkauft. Auf dem Lande sind weitere Theaterspielgruppen ins Leben gerufen worden, die von der Bevölkerung eifrig gefördert werden. In Reval wurde nach einer Renovierung auch das Varietétheater "Plaza" wieder eröffnet, dessen massige Leistungen jedoch das Publikum auf die primitiveren Bevölkerungskreise begrenzen.

Die diesjährigen Kunstausstellungen in Reval und Dorpat weisen gegenüber den Ausstellungen der vorigen Saison qualitativ eine spürbare Besserung auf, wobei innerhalb der Künstlerschaft vor allem das Streben auffällt, sich von den jüdisch-kulturbolschewistischen Einflüssen der Vergangenheit, wie sie z.Zt. der Selbständigkeit namentlich die estnische Malerei beherrschten, wieder freizumachen.



Während auf dem Lande weiterhin der Wunsch besteht, möglichst in jedem kleineren Ort ein Lichtspieltheater zu errichten, ist Filmbetreuung nach den vorliegenden Meldungen in den grösseren Städten unverändert geblieben. Nach wie vor sei jedoch die Versorgung mit aktuellen Wochenschauen sehr schlecht. Als hervorragendster Film wurde in Reval während der Berichtszeit "Der grosse König" im "Soldatenkino" gezeigt. Der Film sei von sehr vielen Esten besucht worden.

Der Rundfunk wird infolge der Abschaltzeit von 19.15 Uhr in den vorliegenden Meldungen als ein kaum wirksames Propagandamittel bezeichnet. Ausserdem sei durch die ungünstige Wellenlänge des Revaler Senders ein Abhören nach Eintritt der Dunkelheit bereits ab 19.15 Uhr, kaum mehr möglich, da er dann von anderen Stationen vollkommen überlagert sei. Diese Mangellage leistet zwangsläufig dem Abhören feindlicher Sender Vorschub. Es wird in diesem Zusammenhang in den Berichten angeregt, durch Zuteilung einer anderen Wellenlänge diesem Übelstand abzuhelpen.

Allgemeine Lage und Stimmung in der Bevölkerung im Generalbezirk Lettland.

Durch die aussenpolitischen Ereignisse und kriegsbedingten Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Versorgung für den Winter sind die Erörterungen der innenpolitischen Probleme in der breiten Masse der lettischen Bevölkerung in den Hintergrund getreten. Dagegen ist in den politisierenden Kreisen der lettischen Intelligenz ein Wiederaufleben des Interesses für die nationalen Belange zu beobachten. Man hofft, infolge der aussenpolitischen Ereignisse und der derzeitigen militärischen Lage Zugeständnisse in Bezug auf die ersehnte lettische Selbständigkeit zu erhalten.

Mit Erbitterung wird in der lettischen Bevölkerung darauf hingewiesen, dass die meisten europäischen Völker als "Soldaten" gegen den Bolschewismus kämpfen können, während



das Reich die Letten lediglich als "Schutzmannschaften" gelten lässt. Dabei wird gesagt:

"Seht doch, wie die Engländer es verstehen, andere Völker sich einzuspannen; weshalb könnt ihr Deutschen das nicht?"

Nach den vorliegenden Meldungen nimmt die deutschfeindliche Stimmung unter den Einwohnern in den Provinzstädten immer mehr zu. In einem an die deutsche Verwaltung gerichteten anonymen Schreiben heisst es u.a.:

"Sie wissen doch auch, was für feine Geschäfte die Deutschen jetzt überall machen? Sie verstehen das noch besser als die Juden. Für Speck, Butter, Eier und fabelhafte Preise kann man alles kaufen, was der Lette braucht, aber nicht im Laden kaufen kann. Vielleicht ist es mit Absicht so eingerichtet, damit die Herren Deutschen mehr Speck, Butter und Geld von uns ausziehen können.

+Wäsche

Wo sind unsere Kleiderstoffe, Strümpfe, Leder usw. geblieben? Das wissen wir zu gut. Jeder Deutsche hat sich 5 - 6 Anzüge, Mäntel, Schuhe usw. machen lassen. Nur nicht für sich selbst, sondern auf für die Verwandten in Deutschland. Ebenso ist das mit Lebensmitteln und anderen Sachen. Wir können die süssen Worte von bitteren Taten unterscheiden und verstehen zu gut, wozu Sie uns und den Reichtum unseres Landes brauchen. Aber treiben Sie es nicht zu weit, es könnte das neue Europa frühzeitig zusammenstürzen und Ihnen auf den Kopf fallen, denn Zwang, Hass und Hunger sind keine festen Baumaterialien."

Auch die Klagen auf wirtschaftlichem Gebiet halten nach wie vor an. Neben der unzureichenden Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Textilwaren, vor allem mit Wintersachen, löst der starke Mangel an Heizmaterial grosse Unzufriedenheit aus.

Mit Befremden wird beobachtet, dass neben den Wehrmachts- und anderen deutschen Dienststellen, für deren hinreichende Beheizung allgemein Verständnis aufgebracht wird, auch diejenigen Häuser, die ausser lettischen Zivilisten einige Wehrmachtsangehörige beherbergen, gut geheizt werden. Dagegen erhalten die ausschliesslich mit Letten bewohnten Häuser nicht genügend Heizmaterial zur Verfügung gestellt. Die lettische Bevölkerung ist daher bestrebt, deutsche Untermieter zu bekommen, um auch mit dem nötigen Heizmaterial versorgt zu werden.



698

Verwaltung im Generalbezirk Lettland.
Bestrebungen zur Einführung eines landeseigenen
Verwaltungsrechtes.

In Kreisen der lettischen Beamtenschaft der landeseigenen Verwaltung wird nach vorliegenden Meldungen immer wieder auf die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung des Verwaltungsrechts hingewiesen. Die im ehemaligen Freistaat Lettland gültig gewesenen Rechtsvorschriften sind durch die Verordnung des Generalkommissars über das geltende Recht und die Behandlung von Entscheidungen im Generalbezirk Lettland vom 13.6.42 nicht wieder eingeführt worden, sondern es sollten besondere Regelungen auf dem Gebiet des Staats- und Verwaltungsrechts vorbehalten bleiben.

Zur Zeit wird bei den landeseigenen Behörden insbesondere in Beamtenrechtsfragen sehr unterschiedlich gehandelt. Das Bedürfnis nach einheitlichen Rechtsvorschriften auf diesem Gebiet hat die Generaldirektion des Innern zur Ausarbeitung eines Entwurfs über das Beamtenrecht im öffentlichen Dienst veranlasst. Der Entwurf dieser Verordnung wurde Anfang Oktober d.Js. von General Dankers den übrigen Generaldirektoren zur Stellungnahme übergeben. Nach gemeinsamer Übereinstimmung und Überprüfung ist dieser Entwurf dem Generalkommissar zur Entscheidung vorgelegt worden. Bei der Ausarbeitung ist versucht worden, die Rechtsvorschriften des früheren lettischen Beamtenrechts den Grundprinzipien der deutschen Rechtsvorschriften im öffentlichen Dienst anzupassen.



Propagandawesen und Führungsmittel im General-
bezirk Lettland.

Deutsche Propaganda.

Die Meldungen besagen, dass die Ende November in den verschiedensten Industriebetrieben Rigas veranstalteten Betriebsappelle, bei denen teils deutsche Redner vom Generalkommissar, teils lettische Redner vom Zentralverband der Berufsverbände sprachen, nicht die gewünschte Wirkung erzielt hätten. Die Arbeiter seien den Ausführungen ohne Interesse gefolgt und hätten am Ende nur pflichtschuldigen Beifall gezollt. Zu irgendwelchen Zwischenfällen während der Appelle ist es nicht gekommen. Erst später hätten sich viele Arbeiter in kleinem Kreise geäußert, dass die Deutschen sowjetische Methoden anwendeten. Die Arbeiter würden zusammengerufen, die Zukunft würde in einem rosigen Licht geschildert, Versprechungen würden gemacht usw. Die Deutschen sollten dafür lieber die Gehälter erhöhen. Diese Äusserungen seien bezeichnend für die Stimmung in der Arbeiterbevölkerung.

Die für den 28. und 29.11.42 geplante Propagandawelle musste in letzter Minute wegen der von Holland eingeschleppten Maul- und Klauenseuche abgesagt werden.

Auswirkung der kulturellen Veranstaltungen.

Theater: Das lettische Fronttheater entfaltet den Meldungen zufolge eine rege Tätigkeit. Unter Leitung des Direktors Kanbrats ist ein aus 22 Personen bestehendes lettisches Fronttheater an der gesamten Ostfront unterwegs. Dieses Theater bietet lettische Volkslieder und ein Kabarettprogramm und besteht zum grössten Teil aus jungen lettischen Kräften. Es sei nicht nur bei den lettischen Freiwilligen sondern auch bei den deutschen Soldaten beliebt und schaffe



eine deutsch-lettische Annäherung. Bei den deutschen Soldaten fänden vor allem die lettischen Volkslieder des Männerchors "Tewija" Anklang.

Die anlässlich des 80. Geburtstages von Gerhard Hauptmann im Dailes-Theater in Riga zur Aufführung gelangten Schauspiele "Elga" und "Goldene Harfe" sind von höchsten lettischen Kreisen besucht worden und haben guten Anklang gefunden. Einen grossen Erfolg habe beim lettischen Publikum die Erstaufführung des geschichtlichen Schauspiels von Arwid Schwabe "Die Weber aus Piebalg" in lettischer Sprache im vorgenannten Theater gehabt.

Über die Tätigkeit des von der deutschen Gemeinschaft "Erholung und Lebensfreude" aufgezogenen Rigaer Varieté-Theaters "Bunte Bühne", eines Vorstadt-Theaters, wird in einer zeitlich etwas zurückliegenden Meldung berichtet, dass sich dessen Niveau zwar etwas gebessert habe, jedoch von weiten Kreisen immer noch als bedauerliche Erscheinung deutschen Kulturausdrucks bezeichnet und auf die Dauer als unbrauchbar angesehen werde, wenn die Niveauverbesserung nicht weiterhin ansteige.

Konzerte: An deutschen Konzerten ist nur das gut gelungene 3. Sinfoniekonzert im Rigaer Opernhaus Ende November unter der ausgezeichneten Stabsführung von Helmut Tierfelder zu erwähnen, während unter den lettischen Konzerten die Feiertagsstunde am 18.11.42, dem lettischen Unabhängigkeitstag, zugunsten der lettischen Freiwilligen in der überfüllten evangelischen St. Johannis-Kirche zu Riga hervorragte. Die bekannten Solisten des Rigaer Opernhauses M. Vetra und A. Kaktinsch sangen volksliedmässige Lieder, Alle Lieder hatten nur ein Thema: die lettische Vaterlandsliebe. Durch die Bedeutung des 18. November für die Letten erhielten alle diese Lieder eine besondere Note. Obgleich die lettische Hymne nicht auf dem Programmzettel



stand, wurde von der Orgel nach Schluss des Programms nach minutenlangem, schweigendem Verweilen aller Anwesenden in der Kirche die ehemalige lettische Staatshymne intoniert, die alle Anwesenden teils unter Tränen mitsangen. Die Veranstaltung war ein klares Bekenntnis zum Lettentum. Während die Besprechung in der deutschen Zeitung "Im Ostland" den Schluss der Feierstunde durch das Lettlandlied verschwieg, hat die lettische Tageszeitung "Tewija" offen auf den Gesang der lettischen Hymne hingewiesen.

Film: Die Wochenschau "Ostlandwoche" hat sich den Meldungen zufolge in ihrem Inhalt weiterhin gebessert und daher auch guten Widerhall in der Bevölkerung gefunden. Die Bildstreifen, die u.a. den U-Boot-Krieg und die Kriegsmarine im Norden zeigten, wurden von einem grossen Teil der Besucher als zu harmlos empfunden. Die Bildstreifen von der Rigaer Keramikfabrik, in denen grosse Mengen schönen Geschirrs gezeigt wurden, hätten bei den Zuschauern die Frage nach dem Verbleib dieser Gegenstände im Handel erwirkt. Besondere Begeisterung hätten die Sportbildstreifen unter der lettischen Bevölkerung ausgelöst.

Der Film "Die grosse Liebe" habe guten Anklang gefunden und wiederum gezeigt, dass gute deutsche Filme von den Letten gern gesehen würden und solche Filme so ebenfalls eine gute Propaganda für Deutschland darstellen könnten.

Presse: In Journalistenkreisen herrscht den Meldungen zufolge augenblickliche grosse Unzufriedenheit über eine geplante Verminderung der Auflage lettischer Zeitungen. So sollen z.B. von der "Tewija" 30 000 Exemplare weniger gedruckt werden. Ausserdem sei der Papierverbrauch pro Exemplar um 25 v.H. vermindert worden. Ähnlich sei es bei den übrigen Zeitungen. Eine solche Massnahme werde zwar



H3453 - 0185

z.T. als notwendige Kriegsmassnahme verstanden, jedoch auch als absichtliche Schmälerung der lettischen Presse gewartet. Die örtliche Presse richtete sich im grossen und ganzen an die von deutscher Seite gegebenen Weisungen.

Lage des Schulwesens: Zu Beginn des Schuljahres war allgemein unter der halbgebildeten arbeitenden Jugend das Bestreben festzustellen, das bisherige Arbeitsverhältnis zu lösen und irgendwie in einer Schule, in Kursen usw. unterzuschlüpfen. Es liegen viele Meldungen darüber vor, dass z.B. Hausgehilfinnen neuerdings irgendwelche Kurse, Fachschulen oder dgl. besuchen wollen. Diese Erscheinung sei nicht nur mit dem allgemeinen lettischen "Bildungshunger" zu erklären, sondern zeige, wie die Meldungen hervorheben, das Bestreben der lettischen Jugend, sich von der physischen Arbeit zu befreien. Vermutlich sei auch von der lettischen Führung eine Weisung in der Art herausgegangen, dass die lettische Jugend in ihrer Gesamtheit den Beweis ihrer hohen Kultur erbringen solle.

Die Unterbringung der Rigaer Schulen bereitet nach wie vor grosse Schwierigkeiten, da viele Räume von der Wehrmacht belegt wurden. In den meisten Schulen wird in 3 Abschnitten gearbeitet, so dass von 7 bis 18 Uhr unterrichtet wird.



Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Lettland.

Landwirtschaft: Nach den vorliegenden Meldungen konnte die Aussaat des Wintergetreides trotz vieler Schwierigkeiten im Rahmen des Anbauplanes eingehalten werden.

Aus Mangel an Brennstoff und Schmieröl verzögern sich die Druscharbeiten, so dass in vielen Gemeinden mit dem Abschluss der Arbeiten erst Anfang 1943 gerechnet werden kann.

Grosse Schwierigkeiten bereitete der Abtransport der Kartoffeln und Zuckerrüben von den Bahnhöfen zu den Sammelstellen bzw. Fabriken. An mehreren Bahnhöfen lagen die abgelieferten Kartoffeln seit Wochen im Freien und waren den Witterungseinflüssen preisgegeben. Durch Nachtfröste im Monat November ist ein Teil der im freien lagernden Kartoffeln verdorben. In vielen Fällen hat auch die unzweckmässige Errichtung der Kartoffelsammelstellen Unzufriedenheit unter den Bauern hervorgerufen. So sind z.B. die Kartoffeln der Gemeinden Vecpils auf dem Bahnhof Jlmaja abzuliefern, der von mehreren Dörfern der Gemeinde 18 km entfernt ist. Obgleich sich andere Bahnhöfe von diesen Gemeinden nur etwa 5 km entfernt befinden, müssen die Kartoffeln laut Anweisung zu dem weiter entfernten Bahnhof hingeschafft werden. Auch andere landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Heu, Stroh usw. müssen von den Bauern an einem bestimmten Termin zur Bahn geschafft werden, dort jedoch mangels eines sofortigen Bahnanschlusses längere Zeit im Freien liegen bleiben. Aus gleichem Grunde sind schon im vorigen Jahre Kartoffeln und Heumengen verdorben.

Nach dem Stand der Ablieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen kann damit gerechnet werden, dass die vorgesehenen Auflagen - die von den Landwirten allgemein als zu hoch empfunden werden - nicht ganz zu erfüllen sind. In diesem Zusammenhang werden auf dem Lande Gerüchte laut, dass



H3453 - 0187

die diesjährigen erhöhten Auflagen mit Absicht von den deutschen Behörden angesetzt worden sind, damit die Bauern diese nicht erfüllen könnten und dadurch eine Handhabe geschaffen würde, um der lettischen Landbevölkerung Sabotageabsichten zu unterschieben und sie mit dieser Begründung von ihren Betrieben entfernen zu können.

Unter den verschiedenen Schwierigkeiten und Sorgen, mit denen die lettische Landwirtschaft zu kämpfen hat, ist die Beleuchtungsfrage das Problem, welches am ernstesten und ausschlaggebend die wirtschaftliche Lage auf dem Lande beeinflusst. Da Petroleum nicht vorhanden ist, kommt für die Beleuchtung der Stallgebäude nur Karbid in Frage. Die Bemühungen, aus dem Reich Karbidlampen zu beschaffen, haben zu einem Erfolg geführt. Es werden ca. 50 000 gebrauchsfertige Karbidlampen eintreffen, die auf die in Lettland vorhandenen etwa 200 000 ländlichen Betriebe zur Verteilung kommen. Dadurch würde somit durchschnittlich jeder vierte Betrieb eine Karbidlampe erhalten.

Um den für das Reich äusserst wichtigen Anbau von Kleesamen zu fördern, besteht nunmehr die Aussicht, aus dem Reich für diese Anbauflächen als Düngemittel Thomasmehl zu erhalten. Ferner soll das Interesse an der Kleesaatbestellung auch dadurch gefördert werden, dass durch Kleesaatablieferung die Ablieferung von Getreide im Verhältnis von 1 zu 2,5 ermässigt wird.

Falls der Mangel an Hufeisen und Hufnägeln, die eben nur für ca 30 % des allerdringendsten Bedarfes vorhanden sind, nicht behoben werden kann, wird, wie gemeldet, mit katastrophalen Auswirkungen gerechnet. Es ist zu befürchten, dass erhebliche Schwierigkeiten bei dem Abtransport landwirtschaftlicher Erzeugnisse auftreten. So konnten Ablieferungstermine teilweise schon nicht eingehalten werden, weil die Pferde fusskrank und infolgedessen nicht einsatzfähig waren.



Um die dezimierten Zuchtviehbestände im Ostland wieder aufzufüllen, werden aus Holland Zuchtviehrinder, die dort aus Mangel an Kraftfutter nicht erhalten werden können, nach dem Ostland eingeführt, mit der Bedingung, dass 50% der eingeführten Menge dem Reich als Schlachtvieh wieder abgeliefert wird. Bisher sind 1000 Stück Rinder in Estland und 450 Stück in Lettland eingetroffen und auf die Betriebe verteilt worden. Obgleich die Rinder beim Eintreffen in Riga keinerlei Merkmale einer Seuchenbehaftung vorwiesen, sind Anfang November eine Anzahl an der Maul- und Klauenseuche erkrankt. Um eine weitere Verschleppung dieser Seuche zu verhindern, wurden schärfste Gegenmassnahmen getroffen und die betroffenen Gesinde vollständig isoliert und einer strengen Quarantäne unterzogen. Bis Ende November sind an dieser Seuche 1600 Stück Grossvieh, 667 Schweine, 653 Schafe und 354 Pferde erkrankt. Es besteht die Absicht, sämtliche eingeführte Rinder notzuschlachten. Eine weitere Ausbreitung der Seuche dürfte eine starke Verminderung des derzeitigen Viehbestandes zur Folge haben.

Versorgung: Der Mangel an Bekleidung wird immer grösser. Vor allen Dingen steht die Frage der Schuhwerkbeschaffung und das Fehlen von Reparaturmöglichkeiten am stärksten bei der werktätigen Bevölkerung im Vordergrund. Obgleich die geringen Lebensmittelrationen nach wie vor keine Besserung erfahren haben, steht diese Frage in erster Linie im Mittelpunkt der Erörterungen. In sämtlichen Berichten, sei es aus der Provinz, vom Lande oder aus den Städten, wird immer wieder auf die schwierige Lage hingewiesen.

In letzter Zeit ist ein weiteres starkes Ansteigen des Schleichhandels festzustellen. Nachdem die Schwarzhandelspreise einige Zeit unverändert geblieben waren, sind sie in der letzten Zeit wieder angestiegen. So kostete 1 kg



Gänsebraten 40,-- RM, 1 kg Bohnenkaffee 280,-- RM, 1 kg Butter 45,-- RM, 1 Schwarzbrot 10,-- RM und 1 kg Räucher-speck 50,-- RM.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage wird von den Letten sehr pessimistisch beurteilt. In Kreisen des Handels ist man der Überzeugung, dass durch den oftmaligen Paralellismus in der Arbeit der deutschen Wirtschaftsführung und der zuständigen lettischen Selbstverwaltung eine einheitliche Lenkung und ein zielstrebigter Aufbau nicht möglich ist.

Als Hauptgrund werden oftmals die ungeklärten Verhältnisse zwischen den deutschen und lettischen Behörden genannt. Die gleichfalls nicht immer geklärten Kompetenzverhältnisse würden schnelle Entscheidungen behindern und erschweren, die bei der sich häufig ändernden Wirtschaftslage dringend nötig wären. Das Zurückdrängen der lettischen Wirtschaftsführung aus der Lenkung von Industrie und Handel hat dazu geführt, dass die lettischen Beamten in den entsprechenden lettischen Dienststellen ihre Arbeiten ohne eigene Initiative verrichten. Wenn auch nicht von einer Sabotage gesprochen werden kann, so macht sich zumindest eine zunehmende Gleichgültigkeit bemerkbar. Die mit grosser Propaganda im vorigen Jahr angekündigte und bisher auch teilweise durchgeführte Reprivatisierung des Handels, des Handwerks und der Kleinindustrie hat den Meldungen zufolge in Lettland sehr stark an Bedeutung verloren und geniesst nur noch eine theoretische Bedeutung. Der Glaube daran, dass die hiesige Wirtschaft nach der Vertreibung der Bolschewisten wieder einer Gesundung - unter Berücksichtigung der kriegswirtschaftlichen Belange - zugeführt wird, ist ins Wanken geraten. Man hört oftmals die Ansicht, dass es der deutschen Führung nicht darauf ankäme, eine auch auf lange Sicht leistungsfähige und den augenblicklichen Verhältnissen entsprechende gesunde Wirtschaft herzustellen, sondern dass es nur darum gehe, aus dem Lande und der hiesigen Wirtschaft auf Kosten der Substanz ohne Rücksicht auf die Auswirkungen für die



H3453 - 0190

Zukunft so viel als möglich herauszupumpen.

In Kreisen des Handwerks herrscht grosse Unzufriedenheit darüber, dass der Einsatz von Handwerksmeistern und Gesellen, die oftmals plötzlich aus ihren Betrieben entfernt werden, sehr unzweckmässig erfolgt und zwar insofern, als dieselben nicht immer nach ihren Spezialkenntnissen, sondern öfters für Hilfsarbeiten eingesetzt werden. Dadurch wird nicht das erstrebte Ziel der Leistungssteigerung, sondern gerade das Gegenteil erreicht.

Industrie: Die Lenkung der hiesigen Industrie ist nunmehr so gut wie ganz in deutsche Hände übergegangen. Auch frühere Zweige der lettischen Selbstverwaltung sind durch deutsche Treuhänder übernommen worden. Die Industrieunternehmen, die bisher von lettischen Direktoren geleitet wurden, erhalten laufend deutsche Treuhänder, die nicht nur die technische, sondern auch die kaufmännische und damit die Gesamtleitung des Betriebes übernehmen. Dadurch wird bei den lettischen Betriebsführern, die oftmals die früheren Begründer und Eigentümer der Betriebe sind, eine Verbitterung hervorgerufen. Sie glauben nunmehr den Beweis für ihre bisherige Vermutung erhalten zu haben, dass eine Rückgabe der industriellen Betriebe an die früheren Eigentümer niemals erfolgen wird.

Es wird geplant, in Lettland eine Fabrik zur Herstellung von Torfbriketts zu errichten. Da Torf im Lande genügend vorhanden ist, und auch der Abbau keine grossen Schwierigkeiten bereitet, dürfte - unter der Voraussetzung, dass die Produktionskapazität genügend gross ist - einerseits eine Entspannung des Brennstoffproblems eintreten und andererseits Holz für andere kriegswichtige Zwecke freigemacht werden könnten. Mit dem Anlaufen der Produktion kann jedoch nicht früher als Anfang 1944 gerechnet werden.



Arbeits- und Sozialwesen: Bei der Arbeiterschaft machen sich immer mehr Ermüdungserscheinungen und Anzeichen von Gleichgültigkeit bei der Arbeit bemerkbar, die auch in einer erhöhten Zahl der Unglücksfälle zum Ausdruck kommt. Schuld an diesen Erscheinungen ist hauptsächlich die zu geringe Lebensmittelzuteilung.

Infolge der ungünstigen Arbeitsbedingungen und des geringen Stundenlohnes macht sich bei den Arbeitern der Textilindustrie immer mehr das Bestreben bemerkbar, in einen anderen lohnstärkeren Industriezweig umzuwechseln.

Das unterschiedliche Entlohnungsverhältnis zwischen den Reichsdeutschen und Letten erzeugt immer wieder Unzufriedenheit und ist stets der Anlass zu der Behauptung, dass die Letten als ein den Deutschen nicht gleichgestelltes Volk angesehen werden, von denen man die gleichen Pflichten fordert, denen man aber nicht dieselben Rechte zugesteht.

Um weitere Arbeitskräfte für den kriegswichtigen Arbeits-einsatz freizubekommen, soll im Auftrage des Reichskommissars, Abteilung Arbeits- und Sozialpolitik, durch die Wirtschaftskammer Lettland eine Durchkämmung sämtlicher Betriebe stattfinden.

Schätzungsweise hofft man, durch diese Aktion etwa 1500 bis 2000 Handwerker freizubekommen. Somit würden anstelle der z.B. im Juni d.J. in 40 000 Betrieben beschäftigten 70 000 Handwerker nur in ca 2000 Betrieben etwa 30 000 Handwerker verbleiben, die dann vorwiegend für den Bedarf der Wehrmacht, der Landwirtschaft und Versorgung des Zivilbedarfs arbeiten werden.

Ferner besteht die Absicht, die zur Zeit etwa 10 000 im Handel Tätigen um weitere 20 % zu kürzen. Im Zuge dieser Überprüfung sollen sämtliche Beschäftigte nach einer Dringlichkeitsskala eingestuft werden.



Allgemeine Lage und Stimmung der Bevölkerung im
Generalbezirk Litauen

Die allgemeine Lage und Stimmung in der litauischen Bevölkerung wird nach wie vor stärkstens beeindruckt durch die Ernährungsfragen, Arbeiterverschickung ins Reich, Fragen der Ablieferungspflicht für Bauern und die militärischen und politischen Ereignisse.

Im Hinblick auf die allgemeinen Ernährungsschwierigkeiten wird immer wieder auf die Unzulänglichkeit der Ernährung der Bevölkerung aufmerksam gemacht. Es müsse zugegeben werden, dass die Rationen zu klein sind, eine Erhöhung aber kaum zu erwarten sei, da von höchster Stelle erklärt worden sei, dass, solange ein kleines tapferes Volk (gemeint sind offensichtlich die Finnen) im Kampf stehe und mit den gleichen Rationen auskommen müsse, eine Erhöhung in Litauen nicht vorgenommen werden könne. Hierzu wird von verschiedenen Stellen die Ansicht vertreten, dass diese Auffassung zwar bekannt sei, dass es sich jedoch hier nicht um eine Gesamterhöhung der Rationen handelt, sondern nur um die Erhöhung der Rationen für etwa 10 % der Gesamtbevölkerung. Praktisch handelt es sich hier nur um die Arbeiterschaft und einen Teil der Angestellten, die zum überwiegenden Teil ausserdem noch in wehrwirtschaftlichen Betrieben oder bei Reichsbehörden tätig sind. In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass an verschiedenen Tagen etwa 50 % der Eisenbahnangestellten durch mangelhafte Versorgung mit Schuhwerk oder Lebensmitteln dem Dienste fernblieben. Eine Versorgung der Bahnarbeiter mit deutschen Lebensmittelkarten wird angestrebt.

Auch das Problem der Arbeiterverschickung ins Reich bereitet den zuständigen Stellen erhebliche Sorgen. Da das Ostland bis zum Mai 1943 weitere 50 000 Arbeitskräfte zum Einsatz ins Reich zu stellen habe und Estland von Arbeitskräften bereits stark entblösst sei, obliege die Gestellung der Arbeitskräfte praktisch Lettland und Litauen. Der Be-



darf der verschiedenen Wehrmachtsstellen, der OT, Wehrwirtschaftsbetriebe usw. könne im Lande selbst jedoch nicht mehr gedeckt werden. Man stehe vor einem Problem, dessen Lösung als äusserst schwierig bezeichnet wird.

Um die Ablieferungsfreudigkeit der Bauern zu heben, wurden z.T. Anordnungen der Gebietskommissare herausgegeben, die sich stimmungsmässig äusserst schlecht auswirken. So erhielt beispielsweise die städtische Bevölkerung in Nordwestlitauen (Krottlingen) wochenlang kein Fleisch zugeteilt, da die Bauern ihr Kontingent nicht abgeliefert hätten und infolgedessen der städtischen Bevölkerung kein Fleisch zur Verfügung gestellt werden könne.

Die Entwicklung der militärischen Lage an der Ostfront, vor allem in Nordafrika beschäftigt einen grossen Teil der litauischen Intelligenz. Verschiedentlich wurden besorgte Äusserungen laut, dass der Abzug vieler deutscher Kräfte aus den Ostgebieten den Russen einen Durchbruch nach Westen ermöglichen könnte. Die Angst vor dem Bolschewismus lässt in den meisten Fällen die Litauer keine tatsächlich wirksame Gegenarbeit in Bezug auf direkte oder indirekte Sabotage unternehmen.

Propagandawesen und Führungsmittel im Generalbezirk Litauen.

Propagandalage: Die Propagandalage war am Ende des Jahres nach den vorliegenden Berichten durch eine intensive Propaganda litauischer Widerstandskreise gekennzeichnet. Die zur Verteilung gelangten Flugblätter befassen sich vorwiegend mit Arbeitseinsatzfragen, mit der Wiedergabe englischer Propagandaparolen zur Kriegslage und mit Umsiedlungsangelegenheiten. Die england- und amerika-freundliche Tendenz tritt in der Gegnerpropaganda immer klarer zutage. Neu in dieser



Propaganda war in letzter Zeit der Hinweis in Flugblättern auf eine Zusammenarbeit mit Polen. Jedoch fanden derartige Propagandaparolen, die bisher in der litauischen Öffentlichkeit überhaupt keinen Anklang gefunden hätten, neuerdings allmählich auch in ehemals polen-feindlichen Kreisen Interesse. Für Rundfunkpropaganda und Flugblätter der Sowjets zeigten die Litauer nach wie vor keine Aufmerksamkeit.

Die deutsche Propaganda erziele nach wie vor wenig Wirkung, da sie noch zu wenig der Mentalität der Litauer gerecht werde. Man sehe den Presseartikeln beispielsweise mehr oder weniger die litauische Übersetzung eines deutschen Artikels an. Sowohl von deutscher als auch von positiv eingestellter litauischer Seite wird in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass genügend litauische Journalisten vorhanden seien, die gegen entsprechend gute Honorierung Artikel und Hörspiele schreiben würden, die der Psychologie des Litauers besser entsprächen als ins Litauische übersetzte deutsche Berichte. Vermisst werde in der deutschen Propaganda eine gewisse Offenheit, die die Probleme kalt und nüchtern beim Namen nenne und über Dinge, die den Litauern als Mängel erscheinen, klaren Aufschluss gebe.

Das Schrifttum beschränke sich im wesentlichen auf einige Bücher antikomunistischen Inhalts, während sich der Film vorwiegend in mehr oder weniger guten Spielfilmen erschöpft. Es werden in diesem Zusammenhang immer noch Kulturfilm und Filme, die das Leben in Deutschland und anderen besetzten Gebieten zeigen, vermisst. Gerade auch von solchen Filmen versproche man sich eine gute Aufnahme unter der litauischen Bevölkerung. Die Ostland-Wochenschau wird nach übereinstimmenden Meldungen aus Litauen immer noch sehr kritisiert. Neben teilweiser ungeschickter Zusammenstellung der Wochenschau werden das zeitliche Zurückliegen der gezeigten Ereignisse und das Bringen von Bildern, die für die Litauer wenig Interesse habe, wie z.B. die Feier-



lichkeiten anlässlich des 6. Jahrestages der Ausrufung General Francos zum Caudillo, der Besuch König Michaels in Konstanz, der Besuch des Vizeadmirals Nomura in Rumänien, als besondere Mängel bezeichnet. Wenn Ereignisse aus dem Leben des Generalbezirks gebracht würden, so geschehe dies nicht immer in einer geschickten Form. Beispielsweise wurde in der Ostlandwochenschau Nr. 21 der Prozess der Zuckergewinnung einer bekannten Zuckerfabrik gebracht. Während der Vorführung dieses Bildstreifens wurden im Publikum Stimmen laut, wie: Den Zucker bekommen wir ja doch nicht zu sehen usw. Es wird in diesem Zusammenhang in den Meldungen angeregt, alle auf derselben Ebene liegenden Vorgänge, wie auch die unzeitgemässe und propagandistisch wertlose Anpreisung von Waren, die die litauische Bevölkerung fast nur im Schleichhandel oder nur zu horrenden Preisen erhält, in Bildvorführungen nicht zu bringen. Allgemein ist der Wunsch verbreitet, deutsche Wochenschauen mit litauischem Text anstelle der Ostlandwochenschauen zu sehen. Die Meldungen darüber enthalten die Anregung, diesem Wunsch der Bevölkerung Rechnung zu tragen und anstelle der Ostlandwochenschau dann einen besonderen Kulturfilm in litauischer Sprache zu bringen, der von Zeit zu Zeit auch eine Zusammenstellung politischer Ereignisse aus aller Welt enthalten könnte. Gelegentlich der im Bildteil "Aus aller Welt" gezeigten Ordensverleihung an deutsche und rumänische Seeleute sei von den Litauern darauf hingewiesen worden, dass die Rumänen deutsche Orden bekämen, während die Litauer an der Front das EK nicht verliehen erhielten.

Auswirkung deutscher kultureller Veranstaltungen.

Die Veranstaltungen der Wehrmacht, die gelegentlich der Truppenbetreuung stattfinden, z.B. Konzertreisen von Solisten, Theateraufführungen usw. werden, wie berichtet wird, überall dort, wo die einheimische Bevölkerung zu



diesen Veranstaltungen zugelassen wird, gerne besucht und bieten weitgehende Möglichkeiten als Ansatzpunkte für eine gute Propaganda.

Wissenschafts- und Hochschulsektor.

Bei der Überprüfung der Personalien der im neuen akademischen Lehrjahr immatrikulierten Abiturienten hat sich herausgestellt, dass mindestens 50 % der arbeitsdienstpflichtigen Abiturienten der Jahrgänge 1921 - 24 ihre Aufnahme dadurch bewerkstelligt haben, dass sie sich von litauischen Firmen und Behörden Beschäftigungsausweise ausstellen liessen. Der grösste Teil dieser Studenten stammt aus der Provinz und liess sich auch bei Provinzfirmen einstellen. Von diesen Firmen erhielten sie Bescheinigungen, wonach sie 40 und mehr Arbeitsstunden in der Woche beschäftigt seien. Es sei aber offensichtlich, dass ein Student, der in Kaunas studiert, nicht gleichzeitig auch in der Provinz seinen 48-stündigen Dienst verrichten kann.

Wirtschaftliche Lage im Generalbezirk Litauen.

Landwirtschaft: Trotzdem sich die gesamte Ernte im letzten Jahr um ungefähr 3 Wochen verspätet hatte, konnten den vorliegenden Meldungen zufolge bis zum 25.11.1942 von dem Kartoffelkontingent in Höhe von 325 000 t bereits 131 216 t abgeliefert werden; d.h. soviel als von der gesamten Ernte des Vorjahres (132 000 t). Wo Aufkaufstellen die Erfassung organisierten, sind bis 70 % des für diese Zeit bestimmten Solls abgeliefert worden, andererseits allerdings nur 10 bis 20 %. Von erfahrener litauischer Seite wird immer wieder betont, dass der Ablieferungswille der Bauern da sei, die Ablieferung selbst aber, insbesondere infolge Mangels von Eisenstollen für den Winterhufbeschlag, ausserordentlich erschwert werde. In der ersten Dekade des November wurden 5000 t, in der zweiten 7000 t Getreide abgeliefert (das Ergebnis der letzten Dekade liegt noch nicht vor), sodass man damit rechnen kann, dass aus der Ernte 1942 bis Anfang Dezember 50 000 t abgeliefert würden. Von dem Gesamtablieferungs-soll in Höhe von 245 000 t sollten bis 15.12. 60 % abgelie-



fert sein. Dieses Soll dürfte jedoch in keinem Fall erreicht werden, man rechnet höchstens mit 185 000 t, die aufgebracht werden können. Die Ablieferungsfristen sind nicht einzuhalten, da der Drusch, wo er mit maschineller Kraft durchgeführt wird, unter Brennstoffmangel leidet und im Wilnaer Gebiet, wo vielfach noch mit der Hand gedroschen wird, kein Petroleum da ist und deshalb nur während der kurzen Wintertage gedroschen werden kann. Bei der gegenwärtigen Brennstoffversorgung rechnet man damit, dass z.B. im Kreis Schaulen der Drusch sich auf 7 Monate erstrecken wird. Unterschiedlich ist er bis jetzt zu 35 - 43 %, im Mittel zu 40 % durchgeführt. Dem so gewonnenen Getreide musste aber auch das Saatgut für die Herbstbestellung entnommen werden. Durch ein Abkommen mit der Wehrmacht sollen der Zivilverwaltung gegen 500 deutsche Soldaten zu rascher Durchführung des Drusches und der Getreideablieferung auf ca. 8 Wochen gestellt werden.

Die grösste Schwierigkeit bietet die Erfüllung des Schweinefleischkontingentes. Für die Monate September und Oktober war das Kontingent auf 2 700 t festgesetzt, wovon 35 % erfüllt wurden. Von den 1 700 t der ersten Novemberhälfte sind nur 27 % erfüllt. Wenn jetzt auch die Schlachtzeit beginnt, so ist mit Sicherheit damit zu rechnen, dass die Ablieferung weit hinter dem auferlegten Soll, das für 1942 auf 42 500 t (diese Menge entspricht 420 000 Schweinen) festgesetzt ist, zurückbleiben wird. In den besten Jahren der litauischen Schweinezucht, als das gesamte überschüssige Getreide und Kartoffeln, die heute abgeliefert werden müssen, zur Verfütterung gelangten, betrug die Jahresproduktion 92 % des Bestandes. Bei der letzten Zählung wurden im Generalbezirk Litauen 817 000 Schweine gezählt, was bei 92 % 742 000 Schweine ausmachen würde. Die Aufzucht ist aber in diesem Jahr bedeutend geringer, ebenfalls sind die Schweine infolge der schlechten Fütterung erst 2 Monate später als normal schlachtreif. In einzelnen Kreisen erreichte in der Zeit vom 1. September bis 1. November die Ablieferung nicht einmal ein Prozent des Solls (Kreis Aschmenen 0,8 %, Eischiskis 0,6 %, Zwyriai 0,9 %, Wilna 0,8 %), andere





H3453 - 0199

-41-

3943-PS
715

Kreise, die gleichfalls nur sehr schwach abgeliefert haben, konnten dafür das Ablieferungssoll in anderen Produkten gut erfüllen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass der Kreislandwirtschaftsführer von Wilkowschken am 29.11. unerwartet eine Schweinezählung für seinen Kreis anordnete, was die Bauern in großen Schreck versetzte, so dass nach Schätzung ortskundiger Fachleute in diesem Gebiet in wenigen Tagen etwa 10 000 Schweine schwarzgeschlachtet sein sollen.

In Rindfleisch ist die Ablieferung recht gut. Bis jetzt sind 87 % der Norm erfüllt worden; in einer ganzen Reihe von Kreisen über 100 % (Kreis Rokischkis 180 %). Das Ablieferungskontingent ist auf das ganze Jahr verteilt. Die Bauern äusserten vielfach den Wunsch, dass das von der Sommerweide her gut genährte Vieh auch zur Füllung der späteren Ablieferungssolls schon jetzt abgenommen wird, da sie Schwierigkeiten befürchten, wenn das Vieh infolge der schlechten Winterfütterung an Gewicht abnimmt.

Die Ablieferung von Pferden liegt mit 125 % über dem Durchschnitt.

Versorgung: Die Versorgungslage ist den Meldungen zufolge nach wie vor unverändert. Die Brotversorgung in Wilna ist wegen des geringen Mahlvermögens der Mühlen immer nur kurzfristig und für wenige Tage ausreichend. Nachdem vor kurzem die Stadt Wilna aus ihren Beständen 300 t Butter an die Wehrmacht abliefern musste, verblieben ihr nur 100 t als Lagerbestand, die bis zum Februar ausreichen müssen. Es besteht kaum Aussicht, dass die Stadt weitere Fettmengen erhält und an zuständiger Stelle rechnet man bereits heute damit, dass die ohnehin schwierige Versorgung gerade in dieser Stadt ab Februar durch das Ausbleiben von Fett katastrophal werden wird.

Fleisch bekommt die Bevölkerung schon seit langem nicht mehr.

Mit Kartoffeln sind etwa 65 % der Bevölkerung versorgt. Etwa 10 % dieser Kartoffelmenge wurden allerdings in erfrorenem Zustand angeliefert. Die Versorgung der restlichen 35 % stösst auf sehr grosse Schwierigkeiten. Zu einem grossen Teil handelt es sich um städtische Arbeiter, die schon seit längerer Zeit belegschaftsweise die Kartoffeln bezahlt haben, sie aber wegen Transportschwierigkeiten nicht erhalten.

Die Versorgung mit Textilien und Leder ist gleichfalls gänzlich unzureichend. Für Textilien entfallen pro Kopf und Jahr etwa 5 Punkte, wovon der grösste Teil in nicht gefragten Textilartikeln lieferbar ist.

Auch in der Brennstoffversorgung ist eine Besserung nicht eingetreten.

Arbeits- und Sozialwesen: Von den 13 000 Personen, die im Rahmen der Gesamtaktion des Generalbezirks Litauen seit Mai bis Ende November zum Arbeitseinsatz nach Deutschland brachte, hat das Arbeitsamt Wilna etwa 8 500, das übrige Litauen nur rund 3 600 Personen gestellt. Es bestehen den Meldungen zufolge keine Aussichten, in der nächsten Zeit grössere Kontingente aufzubringen, so dass weder die Zahl von 37 500, noch das neue Soll auch nur annähernd erfüllt werden kann. Ohne Anwendung von ganz rigorosen Zwangs-Razzien durch die Stadt, diesmal aber auch ganz besonders durch die Dörfer, werden sich auch nicht ein paar Tausend aufbringen lassen. Die Arbeitseinsatzdienststellen glauben aus den Dörfern noch zahlreiche Kräfte abziehen zu können. In vielen Wirtschaften sitzen Familien mit mehreren Köpfen, die wegen der geringen Ertragsfähigkeit der Betriebe fehl am Platze sind. Allerdings wäre eine



solche Aktion, wie bereits erwähnt, nur unter Anwendung scharfer Gewaltmassnahmen, die an bolschewistische Methoden erinnern würden, erfolgreich.

Durch scharfe Massnahmen, die das Arbeitsamt beim Einsatz bereits anwenden musste - Gestellungspflichtige wurden nachts von der Polizei abgeholt und bis zum Tage des Abtransportes in Lukischkigefängnis behalten - ist in all die Kreise, die sich von der Erfassung in den Arbeitseinsatz bedroht fühlen, ein starkes Unruheelement hineingetragen, das zur Folge hat, dass bedeutende Teile sich aufs Land begeben haben oder in der Stadt keinen ständigen Wohnsitz besitzen. Wie gross die Angst vor dem Arbeitsamt ist, beweist auch folgender Umstand. Das Arbeitsamt hat, ähnlich wie in Deutschland, Arbeitsbücher für die arbeitende Bevölkerung ausgestellt, und zwar 12 000 Stück. Die Arbeitsbücher abzuholen, sind bis jetzt nur 2000 Personen nachgekommen. Die Arbeitseinsatzdienststellen sind der Auffassung, dass die anderen die Arbeitsbücher nicht abholen werden, weil sie Angst haben, an Ort und Stelle in den Arbeitseinsatz erfasst zu werden.

Das Ergebnis der ärztlichen Untersuchungen der Gestellungspflichtigen hat erbracht, dass gegen 50 % wegen organischer Krankheiten nicht einsatzfähig sind. An der Spitze stehen Tuberkulose und Trachom.



3943-175
718

1320/2/34 143f

Anlage zu den "Meldungen aus den besetzten Ostgebieten" Nr. 36
vom 8.I.1943.

Standorte und Nachrichtenverbindungen:

Höherer W- und Polizeiführer Nord

(H-O'Gruf. Jeckeln)

Standort: R i g a

- - -

Befehlshaber dSPudSD Ostland

(H-Staf. Dr. Pifrader)

Standort d.Bfh.: R i g a , Kalpakstr. 4

N-Verbindungen: FS., FT. Riga.

Standort d.EG.A: N a t a l j e w k a

N-Verbindungen: FT., FS. Riga, FT. Nataljewka
Feldpost-Nr. 15 119.

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. Estland

(H-O'Stubaf. OHR. Dr. Sandberger)

Standort: R e v a l , Antoniusberg 16
Dienststellen in Dorpat, Pernau,
Arensburg.

N-Verbindungen: FT., FS. Reval, FS. Dorpat,
Feldpost-Nr. 23 007.

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. Lettland

(H-Stubaf. RR. Dr. Lange)

Standort: R i g a , Moltkestr. 1
Aussendienststellen in Libau, Wolmar,
Dünaburg, Mitau.

N-Verbindungen: FT. Riga,
FS. Riga, Libau, Wolmar, Dünaburg.
Feldpost-Nr. 15 437



H3453 - 0202



H3453 - 0203

2

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. Litauen

(H-Staf. Jäger)

Standort:

K a u e n
Dienststellen in Wilna, Schaulen
und Ponnewesch

N-Verbindungen:

FS. Kauen und Wilna
Feldpost-Nr. 15 641.

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. Weißruthenien

(H-O'Stabf.RR. Strauch)

Standort:

M i n s k
Dienststellen in Wileika und
Baranowitsche

N-Verbindungen:

FT., FS. Minsk, FT. Baranowitsche
und Wileika.
Feldpost-Nr. 15 641.

Einsatzkommando 1

(H-O'Stabf.Dr.Isselhorst)

Standort:

K r a s n o g w a r d e j s k

N-Verbindungen:

FT.Krasnogwardesjk.

Einsatzkommando 2

Standort:

T o s s e n o
Aussenstelle Nasswa.

- - -

Höherer H- und Polizeiführer Mitte

(H-O'Gruf.v.d.Bach)

Standort:

M o g i l e w

- - -

Einsatzgruppe B

(H-Brif. Naumann)

Standort:

S m o l e n s k , Falkenhaus.

N-Verbindungen:

FT. Smolensk

Feldpost-Nr. 37 857

Sonderkommando 7a

(H-O'Stabf. Rapp)

Standort:

O r e f i n o

N-Verbindungen:

FT. Orefino

Feldpost-Nr. 10 811.

Sonderkommando 7b

(H-O'Stubaf. Raabe)

Standort:

O r e l

N-Verbindungen:

FT. Orel

Feldpost-Nr. 18 555

Einsatzkommando 8

(H-Stubaf.RR.Schindhelm)

Standort:

M o g i l e w

N-Verbindungen:

FT. Smolensk

Feldpost-Nr. 37 857

Einsatzkommando 9

(H-O'Stubaf. Wiebens)

Standort:

W i t e b s k

N-Verbindungen:

FT. Witebsk

Feldpost-Nr. 37 857

- - -

Höherer H- und Polizeiführer Süd

(H-O'Gruf. Prützmann)

Standort: K i e w , Jungfernstieg 10

N-Verbindungen:

FT. Orel

Feldpost-Nr. 18 555

Befehlshaber dSPuSD U k r a i n e

(H-Gruf. Dr. Thomas)

Standort d.Bfh.: K i e w

N-Verbindungen:

FT.,FS. Kiew

Standort d.EG.O:

S t a r o b j e l s k

N-Verbindungen:

FT. Kiew

Feldpost-Nr. 32 704

Kommandeur dSPuSD f.d.Gen.Bez. W o l h y n i e n

(H-Stubaf.RR.Dr. Pütz)

Standort:

R o w n o

N-Verbindungen:

FS. Kiew

Höherer H- und Polizeiführer Süd

(H-O'Gruf. Prützmann)

Standort: K i e w , Jungfernstieg 10

N-Verbindungen:

FT. Orel

Feldpost-Nr. 18 555



3943 PS
721 4

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. S h i t o m i r
(H-Stubaf.Dr. Ernst Kacsmann)

Standort: S h i t o m i r
N-Verbindungen: FS. Shitomir
Feldpost-Nr. 48 840

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. K i e w
(H-O'Stubaf.Dr. Ehrlinger)

Standort: K i e w
N-Verbindungen: FT. Kiew üb.Bfh.dSPudSD Kiew und
FS. Kiew üb.Bfh.dSPudSD Kiew
Feldpost-Nr. 35 102.

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. T s c h e r n i g o w
(H-Stubaf. Christensen)

Standort: T s c h e r n i g o w
N-Verbindungen: FT. Kiew

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. N i k o l a j e w
(H-Stubaf.RR.Dr. Spann)

Standort: N i k o l a j e w
N-Verbindungen: FT. Nikolajew.

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. C h a r k o w
(H-Stubaf.RR.Dr. Kransbitter)

Standort: C h a r k o w
N-Verbindungen: FT. Charkow

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez.D n j e p r o p e t r o w s k
(H-Stubaf. Mulde)

Standort: D n j e p r o p e t r o w s k
N-Verbindungen: FT. Dnjepropetrowsk

Kommandeur dSPudSD f.d.Gen.Bez. S t a l i n o
(H-O'Stubaf. Körting)

Standort: S t a l i n o
N-Verbindungen: FT. Stalino



H3453 - 0205

3943-PS
722

5

Kommandeur dSPudSD f.d.Gon.Boz. Taurien

(1/4-Stubaf. Zapp)

Standort: S i m f e r o p o l

N-Verbindungen: FT. Simferopol

Sonderkommando 4a

(1/4-O'Stubaf. Steimle)

Standort: K u r s k

N-Verbindungen: FT. Kursk
Feldpost-Nr. 22 789

Sonderkommando 4b

(1/4-Stubaf. Suhr)

Standort: R o s t o w

N-Verbindungen: FT. Rostow
Feldpost-Nr. 34 310

Einsatzkommando 6

(1/4-O'Stubaf. ORR. Biberstein)

Standort: R o s t o w

N-Verbindungen: FT. Rostow
Feldpost-Nr. 35 979

- - -

Höherer 1/4- und Polizeiführer Kaukasien

(1/4-Gruf. Korsemann)

Standort: W o r o s c h i l o w s k .

- - -

Einsatzgruppe D

(1/4-Oberf. Bierkamp)

Standort: W o r o s c h i l o w s k

N-Verbindungen: FT. Woroschilowsk
Feldpost-Nr. 47 540



H3453 - 0206

Sonderkommando 10a

(1-Stubaf. ORR. Dr. Christmann)

Standort: K r a s n o d a r
N-Verbindungen: FT. Krasnodar
Feldpost-Nr. 35 583

Sonderkommando 10b

(1-Stubaf. Persterer)

Standort: N a l t s c h i k
N-Verbindungen: FT. Naltschik

Einsatzkommando 11a

(1-O'Stubaf. Schultz)

Standort: W o r o s c h i l o w s k
N-Verbindungen: FT. Woroschilowsk

Einsatzkommando 11b

(1-Stubaf. Herrmann)

Standort: M a i k o p
N-Verbindungen: FT. Maikop

Einsatzkommando 12

(1-O'Stubaf. Günther Herrmann)

Standort: P j a t i g o r s k
N-Verbindungen: FT. Pjatigorsk
Feldpost-Nr. 42 942.

Sonderkommando A s t r a c h a n

Standort: E l i s t a
N-Verbindungen: FT. Elista.

- - -



Der Chef der Sicherheitspolizei
und des SD

-Kommandostab-

3943-B
724 Z-RV-K.
Berlin, den 15. Jan. 1943.

Geheim!

Der Reichsverteidigungskommissar
für den Reichsgau Wien

Eingel. am 19. JAN 1943

Z-RV-K. 1320/2/49/43 g *h*

Meldungen aus den besetzten Ostgebieten

Nr. 37

-Nur zur persönlichen Unterrichtung-

1.) *Personen*

Reg. Persönlichkeiten

an d. Stelle im Bundesarchiv



2.) *g. d. A.*

s. a.

Bei Rückfragen bitte
auf obige Nummer Bezug
nehmen !

20.1.43

W. Feing.



H3453 - 0208

A. Gegner und Exekutivfragen.

Seite

Bandentätigkeit.

In Wjasma wurde eine Diversantengruppe gefaßt, die aus 1 kommunistischen Funktionären bestand. Sie war von Moskau in den Bereich entsandt worden, um Banden zu organisieren, Bahnsprengungen vorzunehmen und Spionage zu treiben.

Weiter wurde in Smolensk eine illegale Organisation aufgehoben und 31 Festnahmen gemacht. Auch dieser Organisation waren vornehmlich Ausspähaufträge erteilt und Unterstützung der Banden aufgegeben. Die Ermittlungen dauern noch an.

Im Bereich des Kdrs.dSPudSD Kiew ist ebenfalls eine illegale Organisation aufgerollt worden, die sich fast ausschliesslich aus NKWD-Leuten zusammensetzte und unter der Führung eines gewissen Warakow stand. Bei Warakow handelt es sich um einen berüchtigten Bandenführer, der monatelang mehrere Kreisgebiete unsicher gemacht und zu dessen Ergreifung wiederholt grössere Einheiten der Wehrmacht angesetzt worden waren.

Aufgefunden wurde ein Befehl der NKWD-Verwaltung Moskau, der ins einzelgehende Anweisungen zur Beschaffung von deutschen Dokumenten enthält.

Fallschirmspringer, Sabotage usw.

Die Festnahmen von Fallschirmspringern, die mit Ausspäh- und Sabotageaufträgen hinter der Front und z.T. im Generalgouvernement abgesetzt worden sind, dauern an. Auf Bahnstrecken im Bereich des RK. Ostland wurden wieder eine Reihe von Minenanschlägen durchgeführt. Ebenso wurden die Telefonleitungen unterbrochen. Aufgefunden wurden Leichtmetallphiolen, Taschenuhren, Salzstreuer, die mit Sprengladungen versehen waren. Es ist festgestellt, daß Minen, die bei Sabotagehandlungen Verwendung finden sollen, in Brot eingebacken werden.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im RK Ukraine und im Generalgouvernement wurden Druckschriften der Banderagruppe erfaßt, die den erschossenen Parteiführer M i r o n als ukrainischen Nationalhelden verherrlichen. In der Schrift ist u.a. folgendes gesagt: "Polen und Bolschewisten können Partisanen spielen, so viel sie wollen; es würde uns nicht interessieren, wenn sich die Schärfe des Partisanenkampfes nicht auch gegen uns richtete."

Im weiteren Verlauf der Aktion gegen die illegale Banderagruppe wurden von der Stapelleit Wien 2

" " "	Oppeln 10
und " " "	Hannover 55 Personen

festgenommen.



Das Hochschulwesen und die Wissenschaft in der Sowjetunion.
(Erörterungsergebnisse aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte)

9

Die Entwicklung des Hochschulwesens.	9-10
Der Aufbau der Hochschulen in der Sowjetunion.	11-13
Die Voraussetzungen zum Besuch einer Hochschule.	13-14
Der Studienbetrieb.	14-15
Altersmäßiger Aufbau und herkunftsmäßige Zusammensetzung der Studentenschaft, Frauenstudium.	15-16
Prüfungserfolge und Leistungen der Studenten.	16-17
Die Organisationen von Studenten und Dozenten.	17-20
Die Studien- und Begabtenförderung in der Sowjetunion.	20-23
Die Ausbildung der Dozenten.	23-26
Die Steuerung der Wissenschaft.	26-27

Berichtigung der Standorte und Nachrichtenverbindungen:

Anstelle #-O'Stubaf. Wiebens (Einsatzkommando 9 auf S.3) ist zu setzen: #-Stubaf. Dr.Buchardt.



H3453 - 0210

A. Gegner und Exekutivfragen.

Bandentätigkeit.

In Wjasma (Bereich der Einsatzgruppe B) wurde eine Diversanten-
gruppe gefaßt, die aus kommunistischen Funktionären bestand. Unter
ihnen befand sich der ehemalige Sekretär des Partei-Rayon-Komitees
von Wjasma, der Direktor des MDS von Kassnia und andere Kommunisten,
die dem NKWD und der Miliz angehört haben. Bisher wurden 7 Personen
festgenommen. Die Festnahme weiterer Mitglieder ist in Vorbereitung.
In Ganzen handelt es sich um ungefähr 15 Personen, die in Mai von
Moskau in den Bereich Wjasma entsandt worden sind, um Banden zu or-
ganisieren, Bahnsprengungen vorzunehmen und Spionage zu treiben.

Weiter ist es der Einsatzgruppe B gelungen, in Smolensk eine
illegale Organisation auszuheben und 31 Mitglieder festzunehmen.
Die Organisation stand in wesentlichen in den Rayons Rudnja und De-
nidow, einzelne Angehörige befanden sich in Smolensk. Führer der
Organisation war der 1920 geborene Ukrainer Peter
N o w a t s c h e n k o w , wohnhaft in Denidow, bis zu seiner Fest-
nahme beschäftigt als Dolmetscher bei einer Wehrmachtseinheit mit
der Feldpostnummer 46 790 in Denidow.

Die Organisation arbeitete teils unmittelbar im Auftrage der
4. russischen Stoßarmee, teils mittelbar über die Bandenstäbe
"Grischin" und "Sadtschenkow".

Der Organisation war zur Aufgabe gestellt:

Erfassung der Standorte und Stärken deutscher Truppen,
Angaben über durchziehende Truppen und Transportbewe-
gungen auf der Eisenbahn,
Angaben über Flakstellungen und Munitionslager,
Angaben über Lage von deutschen Stäben und Lazaretten,
Angaben über das Milchwerk Denidow und die dort lagern-
den Lebensmittelmengen,
Nachrichten über Stimmung in der russischen Bevölkerung
und in der deutschen Truppe,
Herstellung von falschen Dokumenten,
Mitteilung über Stärke und Personalien des OD,
Beschaffung bzw. Fälschung von Papieren,
Beschaffung von Medikamenten,
Beschaffung von Benzin für die Banden.

Mit Ausnahme von 3 Angehörigen, die sich z.Zt. der Festnahmen
jenseits der deutschen Linie befanden, konnten alle Angehörigen der
Organisation festgenommen werden.

Die Vernehmungen weisen darauf hin, daß in Smolensk selbst
eine weitere Organisation besteht, die Ermittlungen in dieser Rich-
tung laufen z.Zt. mit Aussicht auf baldigen Erfolg.





H3453 - 0212

-2-

3943-PS
728

Z-RV-K

Durch geschicktes Ansetzen von V.-Personen konnte im Kdr.-Bereich Kiew eine illegale Organisation aufgerollt werden, die sich fast ausschliesslich aus NKWD-Leuten zusammensetzte. Im Zuge der Aktion wurden 22 Personen festgenommen.

Bei dem Führer der illegalen Organisation handelt es sich um einen berüchtigten von Wehrmacht, GFP und Gendarmerie monatelang gesuchten Bandenführer, der mehrere Kreisgebiete unsicher gemacht und zu dessen Ergreifung wiederholt grössere Einheiten der Wehrmacht angesetzt worden waren.

Wassil Warakow, geb. 23.1.1900 in Osmeritz bei Jaroslawi, der auf Grund seiner Parteizugehörigkeit seit 1924 die GPU-Schule in Moskau besuchte, wurde von den Sowjets als Chef der Rayonverwaltung in Obuchow, Swenigorodka und Perejaslaw (Gebiet Kiew) eingesetzt. Wegen besonderer Leistungen wurde er noch in Obuchow zum Oberleutnant des Staatssicherheitsdienstes des NKWD befördert und im März 1941 nach Moskau berufen, wo er zum stellvertretenden Chef der Bauabteilung des NKWD für Flugplätze im Bezirk Kiew ernannt wurde. Bei Ausbruch des Krieges wurde er als stellvertretender Reg.-Kommandeur im Range eines Majors eingezogen. Dieses Regiment wurde bei Ostjor zerschlagen. Sein Versuch, die russische Front zu erreichen, mißlang und er geriet bei Jagotin in deutsche Gefangenschaft. Auf dem Transport von Shitomir nach Schepetowka flüchtete er und fand in Obuchow bei gleichgesinnten Genossen Unterkunft. Diese Gelegenheit ausnützend, sammelte er einen Mitarbeiterstab um sich, dem er den Auftrag gab, sich für sämtliche KP-Mitglieder, kommunistische Aktivisten und gleichgesinnte Elemente zu interessieren und sie zu Banden zusammenzustellen. Warakow selbst begab sich Ende Januar 1942 nach Kiew, um eine Verbindung mit illegal arbeitenden Organisationen herzustellen, die ihm jedoch nicht gelang. Er kehrte abermals nach Obuchow zurück, wo er sich mit der Aufstellung von Banden befaßte. Mit diesen führte er im Mai 1942 verschiedene räuberische Überfälle durch und versuchte u.a. auch aus dem Polizeigefängnis Tripolje dort einsitzende Bandenmitglieder mit Gewalt zu befreien. Bei dieser Gelegenheit warfen die Banditen in die dortige Gendarmeriestation 3 Handgranaten und entwaffneten einen Milizmann, verschleppten ihn und marterten ihn später auf Befehl Warakows bestialisch zu Tode.

Die Banden wurden Anfang Juni 1942 durch ein stärkeres Polizeibataillon gestellt und zerschlagen. Warakow jedoch gelang es zu entkommen. Er flüchtete nach Kiew und fand dort Anschluss an eine kleine illegale Aktivistengruppe, die bereits seit Dezember 1941 bestand. Auf Betreiben von Warakow wurden Flugblätter hergestellt und

verbreitet, in denen der Bevölkerung glaubhaft gemacht werden sollte, daß die Rote Armee der deutschen Überlegen sei und die Verluste der deutschen Truppen weit höher seien, als diejenigen der Roten Armee. Zu einer rechten Entfaltung der illegalen Arbeit ist es wegen Fehlens technischer Einrichtungen jedoch nicht gekommen. Warakow fühlte sich durch die Gegenarbeit der Sicherheitspolizei bedroht und unsicher und wollte Kiew verlassen, um sich durch die Front zu schlagen. Durch die Festnahme wurde er daran gehindert und die ganze illegale Organisation ausgehöhlt.

Nach einem aufgefundenen Befehl legt die NKWD-Verwaltung Moskau Wert auf die Beschaffung folgender Dokumente:

1. Sowjetpässe mit Registration und Vermerken der Deutschen als Älteste, Bürgermeister usw.
2. Personalausweise, ausgehändigt an Personen, die nicht im Besitz von Sowjetpässen sind.
3. Dienstaussweise und allerartige Bescheinigungen und Passierscheine, die an ortsansässige Bewohner ausgehändigt wurden, welche in Diensten deutscher Okkupationsbehörden stehen. Das heißt: Deutsche Kommandanturen bei militärischen Einheiten, in der Hilfspolizei, Gendarmerie, Bewachungseinheiten, auf der Eisenbahn, bei der Eisenbahnpolizei und Wache, bei der Organisation TODT (Bauorganisation der deutschen Wehrmacht), bei der Organisation "Major Schuh" (Deutsche Organisation zur Sammlung von Altmateriale), in Behörden, die die Wirtschaftsleitung inne haben usw.
4. Verschiedenartige Ausweise und Passierscheine für Fahrten, die von deutschen Kommandanturen, örtlichen Selbstverwaltungen, militärischen Organisationen als Genehmigung zur Benutzung der Eisenbahnen, wie auch von Strecken zu Fuß ausgestellt werden.
5. Sämtliche Befehle, Rundschreiben, Mitteilungen, die sich auf Umorganisation in den z.Zt. besetzten Gebieten beziehen, Dokumentationen, die Anordnungen über Umsiedlung, Wohnsitz und Kontrollen, die von der Gestapo, Gendarmerie, Polizei und den örtlichen Besatzungsverwaltungen herausgegeben sind. Ebenfalls alle Armbinden, Brustzeichen, Nummern, Koppelschlösser und die nummerierten Holzbrettchen, die an die ortsansässige Bevölkerung ausgehändigt werden.
6. Sämtliche Beutedokumente der Okkupanten (der Deutschen, Rumänen, Italiener, Ungarn und Legionäre, die von den Deutschen aus den verschiedenen, ihnen untergeordneten Staaten gesammelt wurden). Ferner Wehrpässe allerartiger Bescheinigungen, Soldbücher, Marschbefehle, Urlaubsscheine, Brustzeichen, Orden, Erkennungsmarken, Fahrdokumente, persönliche Dokumente, Befehle usw."

Fallschirmspringer, Sabotage usw.

In Kaluga wurde u.a. ein sowjetrussischer Fallschirmspringer festgenommen, der im Besitze einer Mauserpistole sowie gefälschter Ausweispapiere war. Er gehörte zu einer Gruppe, die am 17.7.1942 in Welkisalki abgesetzt wurde. Die Fallschirmspringer hatten die Aufgabe, mit der Zivilbevölkerung in Verbindung zu treten und diese über





H3453 - 0214

-4-

3943-PS
730

Z-RV-K

politische und militärische Dinge (Truppenbewegungen und Transporte) auszufragen.

Der am 8.11.42 in der Gemeinde Anna im Kreise Walk festgenommene Fallschirmspringer will in der Zeit vom 12.8. bis 15.9.1942 in der sogen. "blauen Villa" im Fischerort Lisij/Noss ausgebildet worden sein.

Im vergangenen Monat wurden in Estland 5 Fallschirmspringer, darunter eine Frau, festgenommen. Sie hatten die Aufgabe,

1. den Schiffsverkehr,
2. die Landung der Schiffe,
3. die Namen der Schiffe,
4. den Schiffsverkehr zwischen Reval und Baltischport,
5. die Truppentransportbewegungen durch Eisenbahn und Lastkraftwagen,
6. die Stimmung in der Bevölkerung, welche Zeitungen erscheinen usw. und welche Zahlungsmittel in Reval in Umlauf sind,

auszukundschaften und zu melden.

Am 7.11.1942 kam der Fallschirmspringer R e n i zum Einsatz. Er trug deutsche Wehrmachtsuniform und das Eiserne Kreuz II. Klasse und sollte versuchen, als Polizeibeamter bei einer Polizeitruppe in Wesenberg unterzukommen.

Die am 27.11.42 in Petschur eingesetzte 5-köpfige Fallschirmspringergruppe hatte den Auftrag, die Eisenbahnstation Liiwa zu sprengen. Die Fallschirmspringerin B i l l a j o w a konnte am 28.10.42 im Dorfe Stefanowka festgenommen werden. Die B. meldete sich bei Ausbruch des russisch-polnischen Krieges freiwillig zu einem bolschewistischen Frauenbataillon und kämpfte bis Oktober 1941 aktiv als Leutnant an der Front. Sie liess sich später als Fallschirmspringerin ausbilden. Im Januar 1942 sprang sie bei Nowograd im Generalgouvernement ab. Mit ihr wurden noch 2 weibliche und 2 männliche Fallschirmspringer abgesetzt. Diese Gruppe hat im Generalgouvernement Sprengungen von Eisenbahngleisen, Brücken und Gebäuden durchgeführt sowie Brunnen-, Vieh- und Milchvergiftungen verübt.

In Stebschitzsche wurde der Fallschirmspringer S a r o k i n festgenommen. Er gab an, daß Mitte August 1942 im Waldgebiet Schemerniki, etwa 50 km von Ostrow (Generalgouvernement) entfernt, 11 Fallschirmspringergruppen gelandet sind, die unter Führung des sowjetischen Majors M a j o r a stehen. Die Gruppen hatten den Auftrag, wichtige Brücken, Eisenbahnanlagen und andere Verkehrseinrichtungen unter Verwendung von Minen zu sprengen. Weiter waren die Gruppen angewiesen, die Bevölkerung aufzuhetzen und zur Mithilfe heranzuziehen sowie Verbindungen mit Bandengruppen herzustellen. Der Abflug dieser

Gruppen erfolgte vom Flugplatz Silescheijewa mit sowjetischen Maschinen, die mit deutschen Hoheitszeichen versehen waren.

Bei einer Aktion in Choiniki wurden 56 Personen festgenommen, deren Anführer ein ehem. sowjetischer Oberleutnant, ein Lehrer und ein Schuhmacher waren. Diese 3 Personen hatten selbständig in allen Ortschaften des Rayons Choiniki Gruppen von kommunistisch gesinnten Einheimischen gebildet, mit dem Ziel, die Bevölkerung zu verhetzen, Sabotage zu betreiben und eine grössere Bande zu organisieren. Der Oberleutnant erklärte, daß er die Absicht gehabt habe, den Bürgermeister, die Schutzleute und alle anderen Personen, die mit deutschen Behörden zusammenarbeiteten, zu vernichten. Unter den weiteren Mitgliedern der Gruppe befanden sich 14 ehem. Rotarmisten, die in Herbst 1941 einen Kursus an der Spionageschule in Belga-Bergora, in Gebiet Brjansk besucht hatten und im Oktober 1941 durch die deutsche Front geschleust wurden, um im rückwärtigen Gebiet Sabotage zu betreiben.

Sabotagehandlungen durch Verwendung von Minen erfolgten auf den Strecken

Dsirwani - Sengallen,
Indra - Idriza,
Indra - Skaiska,
Indra - Robeschnicki,
Dünaburg - Wilna,
Wilna - Minsk,
Wilna - Kauen,
Lentvaris - Varena,
Podbrodzie - Postawy,
Wilna - Dünaburg,
Tschernigowskaja - Apscherowskaja und
Pscherowskaja - Ssamurskaja.

Die Telefonverbindung zwischen dem Ort Sillanägi und dem Bergwerk Wiwikonna wurde durch Zusammenbinden der Telefondrähte unterbrochen.

In der Nacht zum 18.11.1942 wurde die Telefonverbindung zwischen der Insel Worms und Hapsal unterbrochen. Es wurde festgestellt, daß die Täter auf Worms das Seekabel von der Landlinie abgeschraubt hatten.

Im Bereich eines AOK, wurden silbergraue Leichtmetallphiole mit der Aufschrift "Marschgetränk", wie sie im Sommer an die Truppe ausgegeben worden waren, gefunden. Nach Öffnung des Deckels, der





H3453 - 0216

-6-

3943-PS
732

Z-RV-K

leicht abzuheben war, erfolgte eine Explosion, die zur Handverletzung führte.

Im Raum nördlich Ljuban fanden Kinder 2 Taschenuhren. Beim Spielen mit diesen Uhren explodierten diese und verursachten Brandwunden durch eine phosphorhaltige Substanz.

Von russischen Flugzeugen sollen Salzstreuer abgeworfen worden sein, die bei Benutzung explodieren.

Minen, die bei Sabotagehandlungen Verwendung finden sollten, wurden für den Transport in Brot eingebacken.

Ein im Bereich des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD. Lettland festgenommener Fallschirmspringer war im Besitze gefälschter Dienstaussweise der Aussenstelle Libau. Es handelt sich um Totalfälschungen, die in den Fallschirmspringerschulen in Moskau und Petersburg hergestellt worden sind.

Ukrainische Widerstandsbewegung.

Im Reichskommissariat Ukraine sowie im Generalgouvernement konnten eine Anzahl im Druckverfahren hergestellte Broschüren der illegalen Bandera-Gruppe erfaßt werden, die sich inhaltlich mit der Person des vor kurzem in Kiew erschossenen Bandera-Funktionärs *M i r o n* befassen. Die Broschüren, die ein Lichtbild des Miron enthalten, haben vor allem den Zweck, den erschossenen Parteiführer zu einem ukrainischen Nationalhelden zu stempeln.

In den Broschüren heisst es unter anderem:

"Das polnische Gefängnis hat *M i r o n* nicht bezwungen. Das NKWD konnte ihn in seinen Schlingen nicht fangen, er fiel im Kampfe gegen den deutschen Imperialismus, den grausamen Okkupanten der Ukraine. Deutschland, das sich als Verbündeter und Befreier ausgibt, will die Ukraine nicht selbständig und vereinigt sehen, es will nicht, daß der ukrainische Staat existiert, es will die Ukraine zu seiner Kolonie und das ukrainische Volk zu leibeigenen Sklaven machen. Es ist jedoch noch niemandem gelungen, das freiheitsliebende ukrainische Volk in Fesseln zu legen. Es hat immer gekämpft und es wird weiter gegen jeden kämpfen, der es knechten will. Das ukrainische Volk wird im Kampf den selbständigen ukrainischen Staat erobern gegen den Willen aller Imperialisten, die die reichen ukrainischen Länder an sich reißen wollen. Möge der deutsche Okkupant sich heute an den Erfolgen des Mordes ergötzen. Betäubt vom Siege an allen Fronten sieht er nicht, daß er durch seine törichte Politik der Unterdrückung, der Gewalttaten und Morde seine eigene Katastrophe herbeiführt. Der Kampf, den wir jetzt führen, ist der Kampf des ganzen ukrainischen Volkes für den ukrainischen Staat, für die Ehre der Nation, für die Würde und das bessere Leben der Menschen".

Unter der ukrainischen Bevölkerung des Kreises Jaslo hat ein an Bäumen, Zäunen, Telegrafmasten usw. angeheftetes Flugblatt der illegalen Bandera-Gruppe erhebliches Aufsehen hervorgerufen. Das Flugblatt nimmt zu der Bandenfrage Stellung. In ihm wird unter

anderem ausgeführt:

"Polen und Bolschewisten können Partisanen spielen, soweit sie wollen; es würde uns nicht interessieren, wenn sich die Schärfe des Partisanenkampfes nicht auch gegen uns richtete. Das Gebiet bolschewistischer Partisanentätigkeit ist teilweise ukrainischer Boden. Weder im Moskowiterland noch in Kernpolen gibt es Partisanen. Stalin und Sikorski haben absichtlich für diese Zwecke unsere Gebiete ausgewählt. Sie haben vorausgesehen, daß die Deutschen die Bevölkerung dieser Gebiete pazifizieren werden. Stalin und Sikorski wollten die russische und polnische Bevölkerung vor den deutschen Vergeltungsmaßnahmen behüten. Sie wollten, daß wir Ukrainer die Rechnung für die Ausschreitungen ihrer Parteigänger bezahlen. Alle Bemühungen Stalins, gleich nach dem Einmarsch der Deutschen den Partisanenkampf auszulösen, haben keinen Erfolg gehabt. Dies ist dem Einsatz der OUN zu verdanken, die nur das Volk im Kampf für einen selbständigen führt. Das alles hält aber die deutschen Strafexpeditionen vor neuen Repressalien, dem Anzünden der Dörfer und dem Erschiessen waffenloser Ukrainer nicht ab. Sie wollen uns bei dieser Gelegenheit vernichten.

Welche Stellung nehmen wir zum Partisanenkampf ein?

Wir haben lediglich ukrainische Interessen im Auge.

Wir kämpfen für einen ukrainischen Staat und nicht für einen fremden Imperialismus. Wir müssen unsere Kräfte schonen, da wir daran glauben, daß der Krieg in seiner Endphase uns die Gelegenheit zum Kampf und Aufbau des ukrainischen Staates geben wird. Für uns ist jeder Mann zu schade, der für die Interessen Moskaus oder Berlins stirbt. Wir sind den Partisanen gegenüber feindlich eingestellt und bekämpfen sie deshalb. Unsere Zeit ist noch nicht gekommen. Sie muß uns unter den Fahnen der OUN und unter einer politischen Führung geeint vorfinden. Nicht der Tausch einer Okkupationsmacht gegen eine andere, sondern die Selbständigkeit ist das Ziel, nicht der Partisanenkampf, sondern die nationale Befreiungsrevolution der ukrainischen Massen".

In weiteren Verlauf der Aktion gegen die illegale Bandera-Gruppe wurden von der Staatspolizeistelle Wien folgende Funktionäre festgenommen:

Jaroslav S t a n k o , 20.11.1914 geb. und

Eugen H a r a t s c h , 3.1.1915 geb.

Von der Staatspolizeistelle Oppeln wurden ebenfalls weitere Funktionäre der illegalen Bandera-Gruppe in Haft überführt. Es handelt sich um:



H3453 - 0217

B. Lebensgebiete.

Das Hochschulwesen und die Wissenschaft in der Sowjetunion.

(Erörterungsergebnisse aus dem Bereich der Heeresgruppe Mitte)

Notwendige Voraussetzung für eine absolute und dauerhafte Herrschaft des Bolschewismus war die Schaffung einer eindeutig bolschewistisch ausgerichteten und - in diesem Sinne - kulturtragenden Intelligenzschicht, die das öffentliche Leben beherrschen und das Privatleben beeinflussen und gestalten konnte.

Die Sowjetunion machte daher alle Anstrengungen, um eine politisch verlässliche und gleichzeitig leistungsmässig wertvolle Intelligenz heranzuziehen: Das Studium geeignet erscheinender junger Leute wurde in grosszügigster Weise gefördert.

Die Entwicklung des Hochschulwesens.

Einschneidende Reformen bezweckten, im Sinne revolutionär marxistisch-leninistischer Forderungen eine eigene proletarische Intelligenzschicht zu schaffen.

Die Autonomie der Hochschulen - eine Einrichtung der Kerenski-Revolution - blieb zwar in den ersten Jahren offiziell noch bestehen, praktisch war sie aber durch die Institution der Politischen Kommissare aufgehoben, die den Fakultäten beigegeben waren und deren Aufgabe es war, Professoren und Studenten im Sinne der marxistischen Lehre zu schulen und gegnerische Elemente und Bestrebungen auszuschalten.

Kolleggelder und Teyen wurden abgeschafft und das Studium für alle Sowjetbürger kostenfrei gestaltet. Das Recht zum Besuch einer Hochschule wurde an keine weiteren Voraussetzungen als die Erreichung des 16. Lebensjahres gebunden. Die Zahl der Prüfungen wurde eingeschränkt, soweit sie noch abgehalten wurden, geschah dies in Form der Gruppenprüfung, die keine genaue Beurteilung des Wissens der einzelnen Kandidaten ermöglichte, und die Dauer des Studiums verkürzte.

Da es sich jedoch bald als unmöglich erwies, Arbeiter und Bauern ohne jede Vorbildung auf die Hochschule zu schicken, wurden im Jahre 1919 die ersten sogenannten "Arbeiterfakultäten" (Rabfaki) gegründet, Schulen, die ursprünglich meist Universitäten angegliedert, in denen den angehenden proletarischen Hochschüler in drei bis 4 Jahren die Kenntnisse eines Abiturienten beigebracht werden sollten. Zum

Rabfak-Studium wurden nur von Partei-, Jugend- oder Gewerkschaftsorganisationen empfohlene Personen von einwandfreier proletarischer Abstammung zugelassen. Die Zahl der Arbeiterfakultäten stieg bis zum Jahre 1929 allmählich an. Mit der um das Jahr 1930 einsetzenden Industrialisierung stieg der Bedarf der Sowjetunion an "Spezialisten" jedoch sprunghaft an. Die Zahl der Rabfaks wurde stark vermehrt, sie wird für das Jahr 1932 mit 1 025 339 500 Schülern angegeben, - gleichzeitig wurde aber auch der Ausbau des Mittelschulnetzes vorwärtsgetrieben, da man sich über die Unzulänglichkeit des Rabfak-Studiums infolge mangelnder Bildungsvoraussetzungen nicht im Zweifel war. Die Zahl der Rabfaks sank dann auch vom Jahre 1933 bis zum Jahre 1938 rapide ab und schon 1939/40 hat es praktisch keine Rabfaks mehr gegeben. Obwohl die Rabfaks in fachlicher Hinsicht nicht das gehalten haben, was von ihnen erwartet wurde, haben sie aber wesentlich dazu beigetragen, dass innerhalb weniger Jahre eine neue Sowjetintelligenz als wesentliche Voraussetzung für die Durchführung des Industrialisierungs- und Rüstungsprogramms entstehen konnte.

Um den einzelnen Volkskommissariaten selbst die Möglichkeit zu geben, für die Auffüllung ihrer "Spezialisten-Kader" zu sorgen, wurden die Hochschulen den fachlich zuständigen Volkskommissariaten unterstellt, auch eine Anzahl von Universitäten wurde aufgelöst und in fachlich ausgerichtete "Institute" verwandelt.

Die Forderung, fachlich baldmöglichst ausgebildete Kräfte für die Aufgaben der Fünfjahrpläne einsetzen zu können, führte zur Aufgabe eines Teils der Reformen der Revolutionszeit. Der angehende Student musste wieder den Nachweis entsprechender Kenntnisse erbringen, die Dauer des Studiums, die vielfach verkürzt worden war, wurde verlängert, Examen eingeführt, die in Form der Einzelprüfung abgehalten wurden, und Bestimmungen über die Ausbildung des Hochschullehrer-Nachwuchses erlassen.

Der Grund dieser Maßnahmen hob sich das Niveau der sowjetischen Hochschulen, das infolge der Fehler und Mißgriffe der Revolutionszeit stark abgesunken war. Die Verhältnisse auf wissenschaftlichem Gebiet strebten, wie sich ein russischer Universitätsprofessor ausdrückte, zusehends der Konsolidierung zu.





H3453 - 0220

394384
736

Z-RV-K

Die letzte einschneidende Änderung auf dem Gebiet des Hochschulwesens trat im Jahre 1940 ein: An Mittel- und Hochschulen wurden Schultagen eingeführt und damit auf eine grundlegende kulturelle marxistische Forderung - freie Bildungsmöglichkeit für jedermann - Verzicht geleistet. Gleichzeitig wurden die Stipendien, die bis dahin mit jedem Studienplatz verbunden waren, gestrichen, sie wurden künftig nur mehr in Ausnahmefällen verliehen.

1941 kehrte man auch wieder zum System der einheitlichen Universität zurück und gab denjenigen Universitäten, die 1930 in verschiedene Institute aufgelöst worden waren, ihren ursprünglichen Charakter wieder.

Der Aufbau der Hochschulen in der Sowjetunion.

Die Hochschul-Autonomie wurde in der ersten Zeit der bolschewistischen Herrschaft dahingehend ausgebaut, dass ausser Professoren und Dozenten auch die Studenten, das wissenschaftliche und das sonstige Personal das aktive und passive Wahlrecht in die akademischen Behörden erhielten, deren Befugnisse allerdings durch die gleichzeitig eingeführte Institution der Politischen Kommissare weitgehend eingeschränkt wurde. Mit einer Verordnung des Rates der Volkskommissare vom 3. 7. 1922 wurde die praktisch nie bestandene Hochschul-Autonomie auch de jure aufgehoben, und die Hochschulen wurden unmittelbar der staatlichen Aufsicht unterstellt.

Mit ihrem internen Aufbau erfuhren vor allem die Universitäten nach der bolschewistischen Revolution eine weitgehende Umgestaltung: Die juristischen Fakultäten wurden aufgelöst, die historisch-philologischen zu "sozialwissenschaftlichen" Fakultäten umgestaltet, die Lehrstühle für Philosophie teils belassen teils in solche für Politische Wissenschaften - Marxismus, Dialektischer Materialismus usw. - umgewandelt.

Spätere Reformen brachten die Wiedereinführung juristischer Fakultäten, die allerdings keine grosse Bedeutung erlangten. Im Jahre 1934 betrug die Zahl der Juristen nur 1,1 % aller Hochschüler, denn das Rechtsstudium war nicht Voraussetzung für die Ausübung ausgesprochen juristischen Berufe - Gericht, Prokurator, Advokatur -, deren Angehörige vielmehr ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung ernannt wurden.

Aus den ehemaligen historisch-philologischen ("sozialwissenschaftlichen") und naturwissenschaftlichen ("physikalisch-mathematischen") Fakultäten wurden Pädagogische Fakultäten geschaffen, denen die Ausbildung der Mittelschullehrer übertragen wurde.

Als es im Jahre 1930 zugleich mit der Unterstellung der einzelnen



H3453 - 0221

Fachhochschulen unter die fachlich zuständigen Volkskommissariate zur Auflösung und Umwandlung einer Anzahl von Universitäten in Fach-Institute kam, blieben andere - z.B. die Universitäten Leningrad, Moskau, Gorki, Kasan, Woronesh - zwar bestehen, doch wurden die medizinischen und 1931 auch die juristischen Fakultäten herausgenommen und in selbständige Institute umgewandelt.

Der verbliebenen Rumpf - Universitäten wurde die Aufgabe gestellt, wissenschaftlichen Nachwuchs heranzubilden, künftige Hochschullehrer in den allgemeinen theoretischen Disziplinen zu unterrichten und darüberhinaus wissenschaftliche, betriebstechnische und politische Erkenntnisse in den Massen der Werktätigen zu verbreiten.

Die Universitäten gliederten sich in eine grosse Zahl von verschiedenen Fakultäten, es gab z.B.: Biologische, chemische, physikalische, physikalisch-mathematische, mechanisch-mathematische, geologisch-boedenkundlich-geographische, historische und eine orientalische Fakultät.

Im Jahre 1941 war beabsichtigt, wieder zum System der einheitlichen Universitäten zurückzukehren und die 1930/31 selbständig gewordenen pädagogischen, medizinischen und juristischen Institute zu geschlossenen Universitäten zu vereinigen, der Ausbruch des Krieges hat die Durchführung dieser Pläne verhindert.

Die bei weitem grösste Verbreitung in der Sowjetunion hatten die industriellen Hochschulen, die sogenannten Ingenieur-Institute sowie die landwirtschaftlichen Hochschulen gefunden, in denen mehr als die Hälfte aller Hochschüler studierte. Auch die Ingenieur-Institute waren stark spezialisiert, es gab z.B. Institute für Autobau, Flugmotorenbau, für Telegrafwesen, für Radio und drahtlose Telegrafie usw. Die industriellen Institute hielten enge Verbindung mit der Praxis, die Studenten hatten während der letzten Jahre ihres Studiums einige Monate praktisch tätig zu sein.

Neben den beiden allgemeinen Typen der sowjetischen Hochschule, dem Institut und der Universität gab es eine grosse Zahl von Spezialhochschulen aller Art: Partei- und Gewerkschaftshochschulen, Schulen der Roten Armee und des NKWD. Sowohl die Universitäten als auch eigene Fernunterrichts-Institute veranstalteten Fernkurse, von denen besonders die Sprachkurse des Zentralen Fernunterrichts-Institutes für Fremdsprachen des Volkskommissariats für Bildungswesen weiteste Verbreitung gefunden haben, da die Teilnahme an diesen Kursen für alle Lehrer einer Fremdsprache an den

Mittelschulen Pflicht war.

Die Dauer des Studiums an den Universitäten und Instituten betrug zuletzt 5 Jahre, an den Spezialhochschulen war sie vielfach geringer.

Die Voraussetzungen zum Besuch einer Hochschule.

Die erste Voraussetzung zum Besuch einer Hochschule der Sowjetunion war in den letzten Jahren der Nachweis der erfolgreichen Absolvierung einer 10-klassigen Mittelschule, bzw. der einer 7-klassigen

Mittelschule und eines 3-jährigen beliebigen Technikums. Die Rabfaks waren - wie bereits dargelegt - in den letzten Jahren fast völlig verschwunden und auch die Erwachsenen-Abendschulen, die an ihre Stelle hätten treten sollen, hatten sich aus Mangel an Schülern nicht halten können.

Nachdem einmal ein bestimmter Bildungsgrad zum Besuch einer Hochschule verlangt wurde, wurde als weitere Voraussetzung die erfolgreiche Ablegung einer Aufnahmeprüfung an der betreffenden Hochschule selbst verlangt. Diese Prüfung, von der nur jene Bewerber ausgenommen waren, die ihre Mittelschule mit dem Prädikat "ausgezeichnet" absolviert hatten, war aus sämtlichen Lehrfächern der 10-klassigen Mittelschule abzulegen, und zwar aus

Russischer Sprache, Literatur, Arithmetik, Algebra, Geometrie, Trigonometrie, Naturkunde, Geschichte, Verfassung der Sowjetunion, Geographie, Physik, Chemie, Geologie, Mineralogie, Astronomie, Militärwesen und einer Fremdsprache.

Da das Studium bis Oktober 1940 kostenlos und mit einem Stipendium verbunden war, musste bei der Aufnahme streng gesiebt werden, da der Andrang naturgemäss sehr gross war und in einem sehr ungünstigen Verhältnis zu den verfügbaren Studienplätzen stand. So konnten z.B. von 1 242 Kandidaten, die sich 1938 um Aufnahme in das medizinische Institut in Smolensk bewarben, nur 600 berücksichtigt werden. An den Moskauer Hochschulen sind die Verhältnisse nach Angabe der befragten Fachkreise noch schlimmer gewesen, dort hätten regelmässig 3/4 der Bewerber aus Mangel an Studienplätzen abgelehnt werden müssen. Hier habe es sich gezeigt, dass die Absolventen der Moskauer Mittelschulen den Mittelschülern aus der Provinz wissenschaftlich überlegen waren.



H3453 - 0222



Vom Besuch der Mittel- und Hochschulen waren alle Personen ausgeschlossen, die als politisch unverlässlich galten.

Der Studienbetrieb.

Der Unterrichtsbetrieb an einer sowjetischen Hochschule unterschied sich wenig von dem einer deutschen Oberschule. Die einzelnen Jahrgänge waren zu Klassen("Kurse") zusammengefasst, Besuch der Vorlesungen und vorgeschriebenen Übungen war Pflicht, Versäumnisse mussten durch ärztliche Krankheitsbescheinigungen entschuldigt und belegt werden. Die Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften und die Führung einer Art "Klassenbuch" war den "Jahrgangsaltesten" übertragen, die von ihren Kameraden gewählt wurden. Als im Oktober 1940 den meisten Studenten die Stipendien entzogen und gleichzeitig Schulgeld eingeführt wurde, entfiel die Pflicht zum Besuch der Vorlesungen, da sich viele Studenten ihren Unterhalt in Halbtagsbeschäftigungen verdienen mussten.

Der Versorgungsplan gestattete in der Regel keine individuellen Wünsche, es mussten, zusammen mit dem ganzen Kurs, die Vorlesungen gehört werden, die der Stundenplan vorsah.

Der Unterricht schied sich in einen theoretischen und einen praktischen Teil, die sich gegenseitig ergänzten. Die Lehrpläne der sowjetischen Hochschulen zeigen, neben den üblichen Lehrfächern, folgende Besonderheiten: Die Studenten aller Fachrichtungen hatten Pflichtvorlesungen über die Grundlagen des Marxismus- Leninismus, Politische Oekonomie, Dialektischen Materialismus, über Militärwesen und Militärwissenschaften zu hören, ferner musste eine Fremdsprache - deutsch, französisch oder englisch - gehört werden und für einige Fachrichtungen war auch noch die lateinische Sprache Pflichtfach, so für Mediziner, Pharmazeuten und Juristen. Auch Turnen ("Fiskultur") zählte zu den Pflichtfächern.

Der Student einer Hochschule der Sowjetunion erhielt bei seiner Aufnahme ein Legitimationsbüchlein mit Lichtbild, dessen Gültigkeit alljährlich verlängert wurde und an Stelle des Meldungsbuches der deutschen Hochschulen ein sogenanntes Prüfungsbuch, in dem die abgelegten Prüfungen mit Klassifikation eingetragen wurden.

Alljährlich zweimal, am Ende eines jeden Halbjahres, mussten aus

sämtlichen jeweiligen Unterrichtsfächern Prüfungen abgelegt werden, auch die Leistungen in den praktischen Übungen und im Turnen wurden bewertet. Den Abschluss des Studiums bildete ein Staatsexamen vor einer Kommission. An technischen Instituten bestand das Staatsexamen in einer grösseren selbständigen Arbeit, die rechnerisch und konstruktiv durchzuführen war. Diese Arbeit wurde der Staatsprüfungskommission vorgelegt, der Professor, der die Aufgabe gestellt und die Ausführung überwacht hatte, referierte darüber. Dem Kandidaten wurden sodann von Seiten der Kommissionsmitglieder noch eine Reihe von Fragen gestellt, meist die Arbeit selbst betreffend, mit deren Beantwortung das Diplom der Hochschule erworben war.

Das Diplom selbst wurde den Absolventen nach bestandenen Staatsexamen jedoch nicht ausgefolgt, dies geschah erst nach längerer Tätigkeit an dem ihm zugewiesenen Dienstort durch seine dortige vorgesetzte Stelle. Die männlichen Hochschulabsolventen, soweit sie noch nicht in der Roten Armee gedient hatten, wurden gleich nach Abschluss ihrer Studien zur Wehrdienstleistung einberufen und in der Regel einem ihrer fachlichen Ausbildung entsprechenden Truppenteil zugewiesen.

Altersmässiger Aufbau und herkunftsmässige Zusammensetzung der Studentenschaft, Frauenstudium.

Der altersmässige Aufbau der Studentenschaft hat mit dem Verschwinden der Rabfak-Studenten von den Hochschulen eine Veränderung erfahren, da die Mittelschulabsolventen, die nunmehr an die Stelle der Rabfak-Studenten traten, im Durchschnitt wesentlich jünger waren.

Die 10-klassige Mittelschule entliess ihre Absolventen im Alter von 17 - 18 Jahren, anschliessend genügte ein Teil der männlichen Absolventen seiner Wehrpflicht, während der Rest, der das wehrpflichtige Alter von 18 Jahren noch nicht erreicht hatte, sich bis nach Beendigung des Studiums zurückstellen liess. Das Durchschnittsalter der Studenten und Studentinnen im ersten Studienjahr hat zwischen 19 und 20 Jahren gelegen.

Über die herkunftsmässige Zusammensetzung der Studentenschaft hat sich auch zur Sowjetzeit kein klares Bild gewinnen lassen, da nach den Beobachtungen der befragten ehemaligen Sowjetprofessoren jeder



Student bestrebt gewesen sei, seine etwaige nichtproletarische Herkunft zu verbergen. Die Zahl der Studenten bäuerlicher Abkunft scheint, auch nach amtlichen Statistiken, zurückgegangen zu sein: Ihre Zahl wird für 1926 mit 22,2 %, für das Jahr 1932 aber nur mehr mit 16,5 % angegeben.

Das Verhältnis zwischen Professoren und Studenten sei im allgemeinen gut und kameradschaftlich gewesen.

Das Frauenstudium war in der Sowjetunion stark verbreitet, nach einer amtlichen Statistik aus dem Jahre 1938 betrug der Anteil der Frauen 43,1 % aller Hochschulstudenten. Die Frauen studierten vor allem an den pädagogischen und medizinischen Instituten und nur in viel geringerer Zahl auch an den industriellen und landwirtschaftlichen Hochschulen. An den pädagogischen Instituten seien sie in manchen Fakultäten so zahlreich gewesen, dass man, nach den Worten eines russischen Professors, den Eindruck eines Mädchenpensionats gehabt habe.

Der Hundertsatz der Frauen an den Ingenieur-Instituten wird mit etwa 15 bis 20 angegeben, an den pädagogischen Instituten habe er 50 und mehr und an den medizinischen Instituten 60 bis 65 betragen.

Prüfungserfolge und Leistungen der Studenten.

Der Wissensstand der Studenten, der nach der bolschewistischen Revolution katastrophal abgesunken war, hatte sich in den letzten Jahren mit der Verschärfung der Prüfungsordnung und dem Verschwinden der Rabfak-Studenten von den Hochschulen wieder gehoben. Noch in den Jahren 1928-30, als die Mehrzahl der Studenten über die Rabfak auf die Hochschule kam, war das Niveau ein sehr tiefes. Die meisten dieser Studenten bestanden, trotz der damals noch sehr leichten Examen, ihre Prüfungen erst nach einigen Misserfolgen, und auch dann weniger auf Grund ihrer Kenntnisse, als um ihrer "Ausdauer" willen.

Nach Angaben der befragten Fachkreise ist jedoch auch das Wissen, das später die Absolventen der 10-klassigen Mittelschule auf die Hochschule mitbrachten, vielfach zu gering gewesen, es habe vor allem keinen Vergleich mit den Kenntnissen ausgehalten, die ein Gymnasium der Vorrevolutionszeit vermittelte. Die Ursachen dafür hätten nicht im Aufbau und Lehrplan der sowjetischen Mittelschule gelegen, die





beide geschickt und zweckentsprechend gemacht gewesen waren, sondern vielmehr in der Unfähigkeit der Lehrer und der mangelnden Disziplin der Schüler.

Wegen ungenügender Wissensgrundlagen blieb ein verhältnismässig grosser Teil der Studenten im 1. und 2. Studienjahr zurück. Bei der Abschlussprüfung - dem Staatsexamen - sei allerdings praktisch niemand sehr durchgefallen, auch wenn die Kenntnisse einzelner Kandidaten nicht voll entsprechen, da alle angehenden "Spezialisten" auf den ihnen zugewiesenen Arbeitsstellen erwartet und benötigt wurden.

Übereinstimmend wird von russischen Hochschullehrern hervorgehoben, dass der Mangel an selbständiger Arbeit unter den Studenten auffällig gewesen sei.

Die Organisation von Studenten und Dozenten.

Die Studentenschaft war straff organisiert, und zwar sowohl in fachlicher als auch in politischer Beziehung. Daneben gab es noch zahlreiche sportliche, wehrpolitische und kulturelle Organisationen.

Fachlich war der Student in der Gewerkschaft jenes Volkskommissariats organisiert, dem sein Institut oder seine Fakultät unterstellt war, angehende Lehrer also z.B. in der Gewerkschaft der Bildungsarbeiter, Studenten der Institute für Bauingenieure in der Gewerkschaft der Bauarbeiter usw.

An politischen Organisationen gab es die Hochschulorganisationen der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes ("Komsomol"), ferner die "Rote Hilfe", bei denen die Mitgliedschaft mehr oder weniger freiwillig war - ebenso wie bei den sportlichen und kulturellen Organisationen -, während es moralische Pflicht eines jeden Studenten war, Mitglied der Gewerkschaft zu sein. Diese Mitgliedschaft brachte, mit Ausnahme eines monatlichen Beitrages, keine weitere Belastung mit sich.

Die Studenten gehörten jedoch zum überwiegenden Teil dem Komsomol an. Amtliche Statistiken darüber liegen hiernicht vor, von Professoren und Studenten wird die Zahl der Komsomolmitglieder auf etwa 70 - 80% der Hörschaft geschätzt. Von dieser Seite wird auch betont, dass die Zugehörigkeit zum Kommunistischen Jugendverband noch

kein weltanschauliches Bekenntnis bedeutet habe, da es in der Regel reine Zweckmassigkeitsgründe waren, die den Eintritt veranlassten; vielfach seien die Studenten schon in der Mittelschule dem Komsomol beigetreten, um bei der Aufnahmeprüfung für die Hochschule grössere Chancen zu haben. Aber auch die Nichtmitglieder seien nur zum geringsten Teil aus weltanschaulichen Gründen nicht beigetreten: Manche von ihnen wären wegen ihrer nichtproletarischen Abstammung abgelehnt worden, andere wegen mangelnder politischer Aktivität und Einsatzfreudigkeit, bei vielen seien es Bequemlichkeitsgründe gewesen.

Die organisatorische Arbeit wurde von Komsomol- Büros erledigt, die an den einzelnen Jahrgängen oder Abteilungen (Fakultäten) der Hochschule bestanden. Von diesen Büros wurden in der Regel auch die Wandzeitungen redigiert. Für die ganze Schule bestand ein Komitee, das dem Rayon- Komsomol-Komitee unterstellt war.

Die im Komsomol- Komitee und in den Büros tätigen Studenten blieben wegen ihrer starken politischen Arbeitsüberlastung in der Regel im Studium zurück, sie genossen jedoch alle Vorteile jener Studenten, die ihre Prüfungen mit Auszeichnung ablegten ("otlitschni").

Die wenigen Parteimitglieder unter den Studenten hatten eine eigene Hochschul- Parteiorganisation mit einem Parteibüro.

Die praktische politische Arbeit an der Hochschule spielte sich in den sogenannten "Akademischen Gruppen" ab. Die Jahrgänge waren in Gruppen von etwa 30 Personen unterteilt - zahlenmässig schwache Lehrgänge blieben ungeteilt - , an deren Spitze ein Dreierkomitee stand. Diesem Komitee gehörten der "Komsomol-Organisator", der "Starost" (Jahrgangsaltester) und der Gewerkschaftsfunktionär an. Der Komsomol- Organisator, der gleichzeitig Mitglied des Komsomol- Komitees der Hochschule war, hatte die politische Arbeit in der Gruppe zu leiten, der von der Gruppe gewählte Starost war sein Gehilfe, dem ferner die Aufgabe oblag, für die Disziplin in der Gruppe zu sorgen, die Anwesenheitslisten im Unterricht zu führen und sich um den studienmässigen Fortschritt der Gruppenangehörigen zu kümmern.

Aufgabe des Dreierkomitees war es, für die Planerfüllung zu sorgen, darauf zu achten, dass kein Student im Studium zurückblieb und dass die Anordnungen und Richtlinien des Obersten Sowjets und der Volkskommissariate vollständig und genau befolgt wurden.



Der Komsomol und seine Mitglieder hatten aktiven Einfluss auf die Nicht-Komsomols nach den Richtlinien der Staats- und Parteiführung zu nehmen.

Die Dozentenschaft verfügte über keine eigene Organisation, sie war ebenfalls in der Gewerkschaft organisiert, die Komsomol-Mitglieder unter den jüngeren Lehrern, Assistenten und Dozenten waren dem Komsomol-Komitee unterstellt, die Parteimitglieder unter den Professoren der Parteiorganisation. Trotz mancher Vorteile, die den Parteimitgliedern geboten wurden, war ihre Zahl auch unter den Professoren nicht gross. Abgesehen von den Inhabern der ausgesprochen politischen Lehrstühle - Grundlagen des Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie, Dialektischer Materialismus, Geschichte der UdSSR, der Kommunistischen Partei und des Bürgerkrieges - hat es noch Bekundung ehemals sowjetischer Professoren und Dozenten unter ihnen wenig überzeugte Kommunisten gegeben, da die Mehrzahl der Professoren ihre Ausbildung noch in der Vorrevolutionszeit erfahren hatte und weltanschaulich nicht auf marxistischem Boden stand.

Professoren, die sich als "parteilose Nichtkommunisten" bezeichneten und in ihren Vorlesungen und Veröffentlichungen entsprechend vorsichtig waren, haben nach den gleichen Angaben im allgemeinen keine Schwierigkeiten gehabt. Man habe sie wohl als unverlässlich angesehen, da es aber nicht möglich gewesen sei, sie durch kommunistische Fachleute zu ersetzen, habe man sie auf den Lehrstühlen belassen. Die Parteilinie habe jedoch immer eingehalten werden müssen, und der harmloseste Verstoss in dieser Richtung konnte zur Entziehung der Lehrbefugnisse führen.

Der ehemalige Althistoriker an der Moskauer Universität, Professor Suschalski, hatte in einer Vorlesung über die Wirtschaftsverfassung Athens zur solonischen Zeit eine Feststellung getroffen, die im Widerspruch zu einer Behauptung von Engels stand. Nach der Vorlesung wurde Professor S. von einem Studenten, der seinen Engels genau kannte, auf diesen Widerspruch hingewiesen und um Aufklärung gebeten. Unvorsichtigerweise blieb der Professor bei seiner Ansicht, die er durch das Ergebnis neuester Forschungen stützen konnte und bemerkte im Laufe des Gespräches, dass diese neuen Forschungsergebnisse Engels noch nicht zur Verfügung gestanden seien. Der Student machte von dem Vorfall der Universitätsbehörde Meldung und Professor S. wurde wegen Verletzung der Parteilinie - er hatte eine Behauptung von Engels für veraltet erklärt - die Professur entzogen.



3943-PS
795

- Für die Einhaltung der Parteilinie sorgten in erster Linie die
- "Aktivisten" unter den Komsomols, und es sei öfters vorgekommen, dass, vor allem bei politischen Fachern, dem vortragenden Lehrer von dieser Seite während des Unterrichtes widersprochen wurde. Hauptsächlich Juden hätten sich auf diese Weise hervorgetan und mit ihrer Kabulistik den Lehrer nicht selten in Verlegenheit gebracht.

Auch von Einmischungen der politischen Organisationen in reine Unterrichts- und Verwaltungsangelegenheiten der Hochschulen wird berichtet:

Ein Professor am Institut für Radiotechnik in Moskau wurde von der Parteiorganisation dieses Instituts vorgeladen und ihm Vorholte darüber gemacht, dass er in der Beurteilung der Leistungen seiner Studenten zu streng sei.

Eine offizielle Verbindung zwischen dem Komsomol-Komitee oder der Parteiorganisation an den Hochschulen zum NKWD scheint nicht bestanden zu haben, dagegen wird es von den Gewährsleuten als sicher angenommen, dass es unter den Studenten und Professoren je eine grössere Zahl von Geheimagenten des NKWD gegeben habe.

Die Studien- und Begabtenförderung in der Sowjetunion.

Der Besuch von Volks- und Mittelschulen, Technika, Rabfaks und Hochschulen war ursprünglich kostenlos, Rabfak-Studenten und Hochschüler erhielten überdies regelmässig ein Stipendium, falls das Einkommen der Eltern nicht eine gewisse, verhältnismässig hoch gezogene Grenze überschritt.

Die Höhe des Stipendiums war an den einzelnen Hochschulen verschieden, in Moskau im allgemeinen höher als in den Provinzstädten, regelmässig war es nach der Zahl der Studienjahre gestaffelt.





H3453 - 0230

3943-75
746

Z-RV-K

- 21 -

- In Medizinischen Institut in Smolensk betrug die Höhe des Stipendiums z.B. im ersten Studienjahr 125.-- Rubel monatlich,
- im zweiten und dritten 150.-- Rubel monatlich, im vierten 175.-- und im fünften Studienjahr 200.-- Rubel monatlich. An einem Moskauer Ingenieur-Institut lagen die Sätze zwischen 145.-- und 210.-- Rubel.

Für verdiente Partei-, Komsomol- und Gewerkschaftsfunktionäre waren eine geringe Zahl sogenannter "Stalinstipendien" vorgesehen, die etwa 500.-- Rubel monatlich betrugen.

Studenten, deren Eltern nicht am Studienort wohnten, konnten in Gemeinschaftshäusern kostenlos oder gegen geringen Entgelt - es wurden Beträge von 5.-- bis 15.-- Rubel monatlich genannt - Quartier finden. Diese Studentenheime seien im allgemeinen gut und mit einigem Komfort ausgestattet gewesen, die Unterbringung erfolgte in Zimmern zu 4 bis 8 Personen.

An den Hochschulen gab es regelmässig eigene Studenten-Volsküchen, in denen die Studenten ihre Mahlzeiten verhältnismässig billig einnehmen konnten.

Mit dem Stipendium habe man auch ohne elterlichen Zuschuss ein Auskommen finden können, wenn man seine Ansprüche auf das allergeringste Maß herunterschraubte und auf jedes Vergnügen verzichtete. Die meisten Studenten hätten jedoch noch Zuwendungen von zu Hause

erhalten, manche in Geld, die meisten in Form von Lebensmittelsendungen.

Von seinem Stipendium hatte der Student Staatsobligationen zu zeichnen - es war üblich, ein Monatseinkommen dafür zur Verfügung zu stellen - und die Beiträge für Gewerkschaft, Komsomol und sonstige Organisationen zu leisten. Darüber hinaus entstanden keine Auslagen, ambulatorische ärztliche Behandlung und Spitalaufenthalt waren für jedermann kostenlos.

Im Oktober 1940 trat dann die bereits erwähnte einschneidende Änderung der bisherigen Hochschulpolitik ein: An den oberen drei Klassen der Mittelschule wurde Schulgeld eingeführt, die Rabfaks waren zu diesem Zeitpunkt fast restlos verschwunden. Gleichzeitig wurden die Stipendien an den Hochschulen generell gestrichen und nur in Ausnahmefällen belassen: "Studenten, die ihre Prüfungen mit der Klassifikation "ausgezeichnet" abgelegt hatten, die diesen gleichgestellten Aktivisten unter den Komsomol- und Parteimitgliedern und die Kinder von Invaliden.

Die Höhe des Schulgeldes - an den Hochschulen 300. - bis 400.- Rubel jährlich - und mehr noch der Fortfall des Stipendiums machte es vielen Hochschülern unmöglich, ihr Studium fortzusetzen. Anderen gelang es, Halbtagsbeschäftigungen - z.B. als Rechnungsführer, Buchhalter, Zeichner oder Hilfsarbeiter - zu finden und mit diesem Verdienst und einen Zuschuss von den Eltern das Studium abzuschliessen.

Die Abschaffung des kostenlosen Studiums wurde propagandistisch damit gerechtfertigt, dass die Verdienstmöglichkeiten in der Sowjetunion so gut wären und



der allgemeine Lebensstandard so hoch, dass die fernere generelle Gewährung von Stipendien unberechtigt sei und dass auch die Bezahlung des Schulgeldes für niemand ein Opfer bedeuten könne.

Die tatsächlichen Ursachen dieser Massnahmen werden darin gesehen, dass ein Teil der bisher für Schulzwecke vorgesehenen Mittel nunmehr für Rüstungszwecke Verwendung fanden. Der grosse Andrang zum Studium habe es ausserdem wahrscheinlich gemacht, dass sich auch eine ausreichende Zahl von Studenten aus den Reihen der neuen, finanziell gut gestellten Sowjetintelligenz finden würde und schliesslich sei im gleichen Jahr - 1940 - ein neuer Schultyp, die Gewerbeschule, eingeführt worden, auf die ein Teil des Zustromes an Studenten habe abgelenkt werden sollen.

Obwohl die Stimmung unter Studenten und Professoren über diese plötzliche einschneidende Massnahme, die auch vielen Studenten im letzten Studienjahr die Möglichkeit nahm, das Studium abzuschliessen, erregt war, und die offizielle Begründung als unwahr erkannt wurde, wagte es niemand, sich um eine Milderung der Bestimmung - z.B. die Belassung des bisherigen Zustandes für die letzten Jahrgänge - zu bemühen, da über Anordnungen der Regierung nicht diskutiert werden durfte.

Die Ausbildung der Dozenten.

Die sowjetischen Hochschulen waren als Lehr- und Forschungsanstalten gedacht. Von den Dozenten wurde daher wieder der Nachweis selbständiger wissenschaftlicher Arbeit gefordert, als die Zeit des Kriegskommunismus überwunden war: Während der ersten Jahre nach der



bolschewistischen Revolution war nämlich Hochschullehrer geworden, wer weltanschaulich geeignet erschien, ohne Rücksicht auf fachliche Qualifikation. Als sich die Folgen dieser wahllosen Professoren-Ernennungen auch in einem starken Rückgang der wissenschaftlichen Arbeit bemerkbar machten, wurde die Verleihung einer Dozentur wiederum von der Vorlage einer wissenschaftlichen Arbeit, die von einer staatlichen Kommission geprüft wurde, abhängig gemacht. 1940, mit der Unterstellung der Hochschulen unter die sachlich zuständigen Volkskommissariate, wurde von jedem Volkskommissariat eine derartige Kommission eingesetzt, die jedoch fachlich nicht befriedigend gearbeitet haben, da die Kommissionsmitglieder in ihrer Mehrzahl keine Wissenschaftler, sondern Partei- oder Verwaltungsleute waren. Einige Jahre später wurden diese Kommissionen aufgelöst, und die Aufsicht über die Ausbildung des Hochschullehrernachwuchses einer neu gegründeten "Akademie der Wissenschaften" übertragen.

Auf Grund der von der Akademie der Wissenschaften ausgearbeiteten Richtlinien war der Ausbildungsgang der Hochschullehrer folgender :

Nach Ablegung der Diplomprüfung an einer Hochschule hatte der angehende Dozent die sogenannte Aspirantur zu durchlaufen, d.h. durch mehrere Jahre als Assistent eines Professors wissenschaftlich zu arbeiten. Während dieser Zeit war eine Prüfung - das sogenannte "Kandidatsminimum" - abzulegen, die sich auf politische Fächer (Marxismus-Leninismus, Dialektischer Materialismus, Politische Ökonomie) und das gewählte spezielle Fach erstreckte.

Nach 3 bis 4jähriger Tätigkeit als Assistent konnte eine "Kandidats-Dissertation" eingereicht werden, mit deren Annahme und erfolgreichen Verteidigung vor einem wissenschaftlichen Forum der Magistertitel und die Bezeichnung "Kandidat der (Medizinischen, chemischen, volkswirtschaftlichen usw.)





H3453 - 0234

Wissenschaft" erworben war. Erhielt der nunmehrige Kandidat einen Lehrauftrag, so führte er die Berufsbezeichnung "Dozent".

Zur Erlangung des Doktor-Grades war eine zweite, grössere wissenschaftliche Arbeit vorzulegen und zu verteidigen. Ein Doktor konnte ohne weitere Habilitationssarbeit auf einen Lehrstuhl berufen werden und führte dann die Bezeichnung Professor.

Die Hochschullehrer der alten Schule konnten sich in der Regel nicht aus innerer Überzeugung zur marxistisch-leninistischen Lehre bekennen. Diesem Umstand wurde auch meist Rechnung getragen: Man liess die parteilosen Wissenschaftler in ihrer Arbeit unbehelligt, soweit sie sich einfügen bemühten und die Parteilinie nicht verletzten, und übertrug die ausgesprochen politischen Fächer, wie "Grundlagen des Marxismus-Leninismus", Dialektischer Materialismus, Politische Ökonomie usw., sowie die Vorlesungen, deren Stoff politisch-weltanschaulich gefärbt gebracht werden mussten - z.B. Geschichte vom Beginn der französischen Revolution bis zur Gegenwart, Biologie, Psychologie usw. - den jüngeren "politischen" Wissenschaftlern, zu deren Ausbildung einige zeitlang in Moskau ein "Institut der Roten Professoren" bestanden hatte.

Das wissenschaftliche Niveau der sowjetischen Hochschulen hat sich nach Angaben von Fachleuten nach dem Tiefstand der Nachrevolutionszeit wesentlich gehoben, vor allem in den letzten Jahren. Die grösseren Institute und Universitäten hätten durchaus europäischen Verhältnissen entsprochen. Unter den älteren Professoren habe es eine ganze Anzahl bedeutender Persönlichkeiten gegeben, der jüngere Hochschullehrernachwuchs wird allerdings weniger günstig geschildert: Etwa die Hälfte der Assistenten und

- 26 -

jüngeren Dozenten seien ihren Leistungen nach als ungeeignet für die Laufbahn eines Hochschullehrers erschienen.

Die Steuerung der Wissenschaft.

Die Sowjetunion besass in der "Akademie der Wissenschaften" ein oberstes, zentrales Forschungsamt, das auf die wissenschaftliche Forschungsarbeit der Universitäten und Hochschulen Einfluss nahm. Dies geschah einerseits durch die Kontrolle der Themenstellung: Jedes Vorhaben einer wissenschaftlichen Arbeit musste dem Fakultätsrat vorgelegt werden, der die Aufgabenstellung auf Grund von Weisungen der "Akademie" genehmigte oder ablehnte bzw. abänderte. Diese Weisungen gingen, ebenso wie die direkten Forschungsaufträge der Akademie und anderer Stellen, z.B. des Verteidigungsrates, über die zuständigen Volkskommissariate den Hochschulen zu. Die Akademie hatte ferner die Möglichkeit, Forschungsaufträge im Rahmen der Ausbildung des Hochschullehrernachwuchses zu vergeben.

In den Hochschullaboratorien arbeiteten auch Studenten während ihrer praktischen Laboratoriumstätigkeit an Teilaufgaben grösserer Forschungsaufträge mit, die dem Leiter des betreffenden Laboratoriums zugewiesen worden waren.

Auch die Diplomarbeiten an den Ingenieur-Instituten waren nur zum Teil theoretische Aufgaben: Sehr oft waren es Pläne und Berechnungen tatsächlich projektierte Anlagen bzw. Details derselben, die von der staatlichen Planungsstelle oder dem Volkskommissariat selbst benötigt wurden.



H3453 - 0235